

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Tobias Hof

Widerwillige Retter?

Die Judenpolitik des italienischen Außenministeriums
unter Galeazzo Ciano 1936 bis 1943

Frieder Günther

Verfassung vergeht, Verwaltung besteht?

Die vier deutschen Innenministerien 1919 bis 1970

Christina Morina

Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung

Der Historikerstreit und die DDR
(Dokumentation)

VfZ-SCHWERPUNKT

Wolfgang Knöbl

After Modernization

Der Globalisierungsbegriff als Platzhalter und
Rettungsanker der Sozialwissenschaften

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

2
20

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter
Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Agnes Bresselau von Bressensdorf,
Johannes Hürter, Thomas Raithel,
Elke Seefried, Martina Steber
Chefredakteur: Thomas Schlemmer
Stellvertreterin: Petra Weber
VfZ-Online: Barbara Schäffler
Lektorat und Büro: Mirella Kraska

68. Jahrgang Heft 2 April 2020

**Anschrift der
Redaktion** Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Homepage www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/

**Offenes
Heftarchiv** Alle Ausgaben und Beiträge seit 1953 im Free Access,
aktuell bis einschließlich 2014.
www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv

Impressum © 2020 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Offenlegung der Inhaber und Beteiligungsverhältnisse gem. § 7a Abs. 1 Ziff. 1, Abs. 2 Ziff. 3 des Berliner Pressegesetzes: Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maïke, Wien (Österreich); Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan/Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Berit, Hamm; Cram-Gomez, Susana, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Kurt, Angestellter, Mexico DF (Mexiko); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunternehmer, Ingolstadt; Gomez Cram, Arturo Walter, Global Key Account Manager, Bonn, Gomez Cram, Ingrid Arlene, Studentin, Mexico, DF (Mexiko), Gomez Cram, Robert, Student, Philadelphia, PA, USA, Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Mannheim; Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld; Tran, Renate, Mediatorin, Zürich (Schweiz).

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift. Anzeigenverwaltung: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-358, Fax: +49 (0)30 260 05-264, E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,-; Print- und Online-Abonnement € 72,-; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,-/Ausland: € 34,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: aprinta druck GmbH, Senefelderstr. 3-11, 86650 Wemding
Druck: Franz X. Stücker Druck und Verlag e.K., Ettenheim.

■ Tobias Hof		
Widerwillige Retter?	181	Aufsätze
Die Judenpolitik des italienischen Außenministeriums unter Galeazzo Ciano 1936 bis 1943		
■ Frieder Günther		
Verfassung vergeht, Verwaltung besteht?	217	
Die vier deutschen Innenministerien 1919 bis 1970		
■ Christina Morina		
Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung	249	Dokumentation
Der Historikerstreit und die DDR		
■ Wolfgang Knöbl		
After Modernization	297	VfZ-Schwerpunkt
Der Globalisierungsbegriff als Platzhalter und Rettungsanker der Sozialwissenschaften		
Europa und der Holocaust	319	Notiz
Forschungstrends auf dem Kongress <i>Lessons & Legacies</i> 2019 in München		
	327	Rezensionen online
	331	Abstracts
	333	Autorinnen und Autoren
	335	Hinweise

Italien war das erste Land, in dem mit Benito Mussolini 1922 ein Faschist an die Macht kam, das faschistische Königreich ging nach 1935 ein enges Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland ein, und Italien gab sich 1938 eine strenge anti-jüdische Gesetzgebung. Dennoch blieb die Judenpolitik des faschistischen Regimes ambivalent – radikal, auf Vertreibung zielend, aber nicht tödlich im Innern, situativ, von den jeweiligen Gegebenheiten abhängig und sogar beschützend in den nach dem Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 besetzten Gebieten. Tobias Hof untersucht die Ursachen und politischen Auswirkungen dieser Ambivalenz am Beispiel einer zentralen Institution, dem italienischen Außenministerium mit Mussolinis Schwiegersohn Galeazzo Ciano an der Spitze.

Tobias Hof

Widerwillige Retter?

Die Judenpolitik des italienischen Außenministeriums unter Galeazzo Ciano 1936 bis 1943

I. Problemstellung

In der vergleichenden Faschismusforschung hat man die Frage, ob der Antisemitismus als Gradmesser dienen kann, um eine Trennlinie zwischen deutschem Nationalsozialismus und italienischem Faschismus zu ziehen, immer wieder kontrovers diskutiert.¹ Lange Zeit erfreute sich das Bild des „guten Italieners“ als Gegenentwurf zum „bösen Deutschen“ in der italienischen Erinnerungskultur großer Beliebtheit.² Ehemalige Diplomaten, Überlebende des Holocaust, selbst Historiker erzählten fortwährend Geschichten italienischer Hilfsbereitschaft für

¹ Vgl. Patrick Bernhard, Blueprints of Totalitarianism. How Racist Policies in Fascist Italy Inspired and Informed Nazi Germany, in: *Fascism* 6 (2017), S. 127–162, hier S. 130 f.; Robert S. C. Gordon, Race, in: R. J. B. Bosworth (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Fascism*, Oxford 2009, S. 296–316, hier S. 299 und S. 315, sowie Jonathan Steinberg, *All or Nothing. The Axis and the Holocaust 1941–1943*, London/New York 1990, S. 220–222. – Der Aufsatz ist im Rahmen des Projekts „Galeazzo Ciano. Eine Studie über Außenpolitik und Faschismus in Italien“ entstanden, das von der Gerda Henkel Stiftung finanziert wurde. Ich danke meinen Kollegen Johannes Hürter und Thomas Schlemmer für ihre wertvollen Hinweise sowie der Volkswagen-Stiftung für die Förderung meiner Archivrecherchen im Rahmen eines Post-Doctoral Fellowships an der Washington University in St. Louis.

² Vgl. Angelo Del Boca, *Italiani, brava gente? Un mito duro a morire*, Vicenza 2005, und Filippo Focardi, *Falsche Freunde? Italiens Geschichtspolitik und die Frage der Mitschuld am Zweiten Weltkrieg*, Paderborn 2015. Das Buch erschien erstmals auf Italienisch unter dem Titel *Il cattivo tedesco e il bravo italiano. La rimozione delle colpe della seconda guerra mondiale*, Bari 2013.

die Juden angesichts der deutschen „Endlösung“. Hannah Arendt sprach sogar von einer beinahe intuitiven Reaktion eines zivilisierten Volks.³

Als Antwort auf die Verharmlosung der faschistischen Verbrechen haben seit den späten 1980er Jahren zahlreiche Studien unsere Kenntnisse über die italienische Rassen-, Juden- und Besatzungspolitik erheblich erweitert und den Nachkriegsmythos des „guten Italieners“ überzeugend dekonstruiert. Während sich Historiker wie Michele Sarfatti verstärkt mit der italienischen Rassegesetzgebung und deren Folgen auseinandersetzten, widmeten sich Davide Rodogno oder MacGregor Knox insbesondere Fragen der faschistischen Besatzungspolitik und Kriegführung. Beide wiesen humanitäre Gründe für die italienische Judenpolitik als irrelevant zurück und rückten politische Motive als Reaktion auf die deutsche Vernichtungspolitik in den Vordergrund.⁴ Trotz unterschiedlicher Ansätze arbeiteten all diese Forschungen erstmals die zentrale Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus für den italienischen Faschismus heraus. Sie betonten die Existenz eines autochthonen italienischen Rassismus, der vor allem kultureller Natur gewesen sei und sich vom Antisemitismus deutscher Prägung unterschieden habe. Diese Diskrepanz haben in jüngster Zeit kulturalistische Studien, die sich mit Performanz, Diskursanalyse und Verflechtungen zwischen NS-Deutschland und dem faschistischen Italien befassen, grundsätzlich in Frage gestellt. Sie argumentierten, vermeintliche Differenzen seien

³ Vgl. Ruth Ben-Ghiat, *A Lesser Evil? Italian Fascism in/and the Totalitarian Equation*, in: Helmut Dubiel/Gabriel Motzkin (Hrsg.), *The Lesser Evil. Moral Approaches to Genocide Practices*, New York/London 2004, S. 137–153; Renzo De Felice, *Jews in an Arab Land. Libya, 1835–1970*, Austin 1985; ders., *The Jews in Fascist Italy. A History*, New York 2001, und Wiley Feinstein, *The Civilization of the Holocaust in Italy. Poets, Artists, Saints, Anti-Semites*, Madison 2004, S. 41.

⁴ Vgl. MacGregor Knox, *Das faschistische Italien und die „Endlösung“ 1942/43*, in: VfZ 55 (2007), S. 53–92, und Davide Rodogno, *Fascism's European Empire. Italian Occupation during the Second World War*, Cambridge/New York 2006. Vgl. auch R. J. B. Bosworth, *Mussolini's Italy. Life under the Dictatorship 1915–1945*, London 2006, S. 531; Enzo Collotti, *Fascismo e gli ebrei. Le leggi razziali in Italia*, Rom 2003; Christian Goeschel, *Italia docet? The Relationship between Italian Fascism and Nazism Revisited*, in: *European History Quarterly* 42 (2012), S. 480–492; Aram Mattioli, *Ein vergessenes Schlüsselereignis der Weltkriegsepoche*, in: Asfa-Wossen Assef/Aram Mattioli (Hrsg.), *Der erste faschistische Vernichtungskrieg. Die italienische Aggression gegen Äthiopien 1935–1941*, Köln 2006, S. 9–26; Ruth Nattermann, *Humanitäres Prinzip oder politisches Kalkül? Luca Pietromarchi und die italienische Politik gegenüber den Juden im besetzten Kroatien*, in: Lutz Klinkhammer/Amedeo Osti Guerrazzi/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die „Achse“ im Krieg. Politik, Ideologie und Kriegführung 1939–1945*, Paderborn u. a. 2010, S. 319–339; Michele Sarfatti, *Mussolini contro gli ebrei. Cronaca dell'elaborazione delle leggi del 1938*, Turin 1994; ders., *Gli ebrei nell'Italia fascista. Vicende, identità, persecuzione*, Turin 2000 (ins Englische übersetzt erschien das Buch unter dem Titel *The Jews in Mussolini's Italy. From Equality to Persecution*, Madison 2006), und Susan Zuccotti, *The Italians and the Holocaust. Persecution, Rescue, and Survival*, New York 1987. Auch die neuesten Studien über die Verfolgung und Ermordung der Juden auf dem Balkan folgen diesem Interpretationsmuster; vgl. Ivo Goldstein/Slavko Goldstein, *The Holocaust in Croatia, Pittsburgh 2016*, und *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, hrsg. von Susanne Heim u. a., Bd. 14: *Besetztes Südosteuropa und Italien*, bearb. von Sara Berger u. a., Berlin 2017.

überbewertet worden, und meinten stattdessen eine intensive, gegenseitige Beeinflussung zu erkennen. Deshalb, so ihr Fazit, sollte der Antisemitismus nicht mehr wie bisher als Kategorie herangezogen werden, um beide Regime voneinander abzugrenzen.⁵

Trotz der Dynamik, die in den letzten Jahren in diesem Forschungsfeld zu verzeichnen ist, enthalten auch neuere Studien nach wie vor Lücken, zumal ältere Forschungsarbeiten einseitig ausgelegt werden, um die eigenen Ergebnisse besser herauszustellen.⁶ Vor allem vier Probleme seien hier angesprochen: Erstens basieren etliche kulturalistische Arbeiten auf einer engen Quellenauswahl, die den Einfluss radikaler Antisemiten wie Giovanni Preziosi und Telesio Interlandi auf die italienische Judenpolitik zu überhöhen scheinen. Die Frage, wie repräsentativ und relevant derartige Personen für die Praxis waren, wird selten thematisiert. Es fehlt eine überzeugende Rückbindung der Diskurse an den „alltäglichen Vollzug“ faschistischer Politik, wie dies Robert O. Paxton für ein Verständnis des faschistischen Systems in seinen Arbeiten zu Recht einforderte.⁷

Zweitens weisen einige Studien einen engen zeitlichen Zuschnitt auf. Während kulturalistische Arbeiten oftmals die 1930er Jahre fokussieren, konzentrierten sich Arbeiten zur italienischen Juden- und Besatzungspolitik vor allem auf die Jahre 1942/43.⁸ Meist unterblieb eine Verknüpfung dieser unterschiedlichen Zeithorizonte genauso wie die Einbettung in die *longue durée* des italienischen Rassediskurses, wie er sich seit dem 19. Jahrhundert entwickelte. Doch gerade diese zeitliche Perspektive ist notwendig, wie Aristotle Kallis gezeigt hat. Zu einem Völkermord sei es vor allem dann gekommen, wenn eine Minderheit durch Propaganda und pseudo-wissenschaftliche Studien ihrer Menschlichkeit beraubt worden sei und sich dieses Feindbild über lange Zeit ins kollektive Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft habe einbrennen können.⁹

Drittens fand bislang die Asymmetrie zwischen der NS-Forschung und der Forschung zum italienischen Faschismus nur wenig Beachtung. Auch wenn sich in

⁵ Vgl. Bernhard, *Blueprints of Totalitarianism*, und Patrick Bernhard, *The Great Divide? Notions of Racism in Fascist Italy and Nazi Germany: New Answers to an Old Problem*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 24 (2019), S. 97–114.

⁶ So schrieb Bernhard, *Blueprints of Totalitarianism*, S. 128, Renzo De Felice habe behauptet, die italienische Rassepolitik sei nur erfolgt, um Berlin zu befrieden. Jedoch führte De Felice, *Jews in Fascist Italy*, S. 171, auch die antizionistische Außenpolitik des Regimes an. Wiederum behauptete Rodogno, *Empire*, S. 400 f., dass nur von einer humanitären Aktion gesprochen werden könne, wenn eine entsprechende Anordnung Mussolinis vorliegen würde, die es aber nie gegeben habe. Allerdings haben sich viele Autoren auf die Humanität Einzelner oder des italienischen Volks berufen, und nicht auf eine Anordnung des Diktators; vgl. Leon Poliakov, *The Jews Under the Italian Occupation in France*, in: *Jews Under the Italian Occupation*, hrsg. von Leon Poliakov/Jacques Sabille, Paris 1955, S. 17–44, hier S. 20.

⁷ Robert O. Paxton, *Die fünf Stadien des Faschismus*, in: *Mittelweg* 36 16 (2007), S. 55–80, hier S. 79.

⁸ Vgl. Bernhard, *Blueprints of Totalitarianism*; Goldstein/Goldstein, *Holocaust in Croatia, and Knox, Italien*.

⁹ Vgl. Aristotle Kallis, *Genocide and Fascism. The Eliminationist Drive in Fascist Europe*, New York 2009, S. 134–138.

Italien mehr Dokumente erhalten haben als in Deutschland, so behindern restriktive Benutzungsbestimmungen sowie veraltete oder fehlende Findmittel eine systematische Auswertung. Darüber hinaus besteht eine Diskrepanz im Bereich der Grundlagenforschung, zu der auch wissenschaftliche Editionen gehören. Und schließlich liegen kaum fundierte geschichtswissenschaftliche Studien über die Führungselite der faschistischen Diktatur vor – sieht man einmal von Benito Mussolini ab. Es fällt auf, dass es der Biografie italienischer Provenienz bislang nur selten gelang, aus dem teils selbstreferenziellen System auszubrechen. Viele Arbeiten basieren lediglich auf italienischer Literatur, deutsch- oder englischsprachige Werke werden nur sporadisch rezipiert, von Quellen ganz zu schweigen.¹⁰ Die Historiografie über den Nationalsozialismus hat indes eindrücklich bewiesen, welche Erkenntnisse Studien über die Männer hinter Hitler für das Verständnis der NS-Vernichtungspolitik liefern können.¹¹

Und schließlich rückt Benito Mussolini als zentraler Akteur der italienischen Judenpolitik in den Mittelpunkt, dessen antisemitische Gesinnung die Forschung lange Zeit gänzlich in Abrede gestellt hatte.¹² Bis heute existieren jedoch keine Detailstudien über die Judenpolitik relevanter Institutionen wie dem Innenministerium, der Armeeführung oder der Faschistischen Partei. Dies ist umso bedauerlicher, wenn man bedenkt, welchen Forschungsbeitrag derartige Arbeiten im deutschen Kontext geleistet haben, auch wenn diese zumeist erst spät erschienen sind. Stellvertretend sei auf die Studien Christopher Brownings oder auf den 2010 erschienenen Bericht der Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes verwiesen, der eine kontroverse Debatte ausgelöst hat.¹³

¹⁰ Vgl. Tobias Hof, Galeazzo Ciano. Eine Studie über Außenpolitik und Faschismus, Habilitationsschrift Ludwig-Maximilians-Universität München, 2018, S. 10. Die Studie wird unter dem Titel Galeazzo Ciano. The Fascist Pretender, Toronto 2020, erscheinen.

¹¹ Vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studie über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft: 1903–1989, Bonn 1996; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002; Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2007, und Robert Gerwarth, Hitler's Hangman. The Life of Heydrich, New Haven 2011.

¹² Zum Antisemitismus Mussolinis vgl. Giorgio Fabre, Mussolini razzista. Dal socialismo al fascismo – La formazione di un antisemita, Mailand 2005. Kritik an der Darstellung eines omnipotenten Mussolini äußerte überzeugend Rainer Behring, Italien im Spiegel der deutschsprachigen Zeitgeschichtsforschung. Ein Literaturbericht (2006–2013), in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 345–394. Auch Amedeo Osti Guerrazzi, Das System Mussolini. Die Regierungspraxis des Diktators 1922 bis 1943 im Spiegel seiner Audienzen, in: VfZ 66 (2018), S. 201–232, wies darauf hin, dass wir über das eigentliche Tagesgeschäft von Mussolini noch wenig wissen.

¹³ Vgl. Christopher Browning, The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abt. Deutschland 1940–43, New York 1978; ders., Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York 1992; Eckhart Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, und Johannes Hürter/Michael Mayer (Hrsg.), Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur, München/Boston 2014.

Die aufgezeigten Probleme illustrieren, dass viele Untersuchungen das komplexe Hin und Her faschistischer Judenpolitik nur bedingt erklären. Widersprüche werden vielfach ignoriert; die Frage, weshalb sie aber auftraten und warum spezifische antisemitische Strömungen und Diskurse zu bestimmten Zeiten für das Regime handlungsleitend wurden, bleibt zumeist unbeantwortet. Um Antworten zu finden, gilt es, ausgewählte Institutionen und deren führende Funktionäre in den Blick zu nehmen und ihre Motive ebenso zu analysieren wie ihr Handeln. Eine empirisch fundierte Untersuchung aller beteiligten Institutionen, ihre Kooperation und Rivalität wäre vonnöten, um die italienische Judenpolitik differenziert bewerten zu können. An diesem Punkt setzt der vorliegende Aufsatz an, der mit dem italienischen Außenministerium (*Palazzo Chigi*) unter Leitung von Galeazzo Ciano einen zentralen Akteur der Judenpolitik in den Mittelpunkt des Interesses rückt.¹⁴

In Anlehnung an die Debatte über die Rolle des Auswärtigen Amts bei der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ergeben sich für den italienischen Fall folgende Leitfragen: Welche Rolle spielte der *Palazzo Chigi* bei der Genese und der Implementierung der Rassegesetzgebung? Wie verhielt sich das Ministerium gegenüber anderen italienischen Institutionen und wie gegenüber dem deutschen Verbündeten, als dieser die „Endlösung“ forcierte? Welche Motive und Faktoren bestimmten das Handeln des Ministeriums und seiner führenden Funktionsträger? In welchen Situationen gelang es dem Außenministerium, die Judenpolitik mitzubestimmen und weshalb?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, gilt es zunächst, den *Palazzo Chigi* als Akteur vorzustellen. Dabei werden die Zuständigkeiten und die Rolle des Ministeriums, seiner Unterabteilungen und der wichtigsten Funktionäre dargelegt, wobei es auch um ihre Haltung zu Rassismus und Antisemitismus geht. Anschließend soll anhand ausgewählter Fallbeispiele die Rolle des Außenministeriums bei der Umsetzung der Rassegesetze bis zum Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 analysiert werden. Das nachfolgende Kapitel thematisiert die Reaktion des *Palazzo Chigi* auf die „Endlösung“, und zwar anhand einer exemplarischen Untersuchung, wie mit italienischen Juden und jüdischen Flüchtlingen auf dem Balkan sowie in Frankreich bis zum Frühjahr 1943 umgegangen wurde. Für beide Kapitel ist die Frage nach der Bedeutung ideologischer, sozio-politischer sowie strategischer Motive zentral.

Der Beitrag basiert auf intensiven Quellenrecherchen insbesondere im Archiv des *United States Holocaust Memorial Museum* in Washington D.C. (USHMM), im Archiv des italienischen Außenministeriums, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, in den britischen und amerikanischen *National Archives* sowie im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Das USHMM bot dabei die einzigartige Gelegenheit,

¹⁴ Vom 27.1. bis zum 14.7.2019 fand im „Museo della Shoah“ eine Ausstellung zur Judenpolitik des „Palazzo Chigi“ statt. Der dazugehörige Ausstellungskatalog bietet eine Sammlung von Dokumenten und Illustrationen, jedoch zumeist ohne analytische Auswertung; vgl. Sara Berger/Marcello Pezzetti, *Solo il dovere oltre il dovere. La diplomazia italiana di fronte alla persecuzione degli ebrei 1938–1943*, Rom 2019.

relevante Dokumente verschiedenster nationaler und institutioneller Provenienz zur Rolle des italienischen Außenministeriums bei der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden einzusehen, die ansonsten über viele Standorte verteilt gewesen wären und teils wegen restriktiver Archivbestimmungen in italienischen Archiven nur schwer bis gar nicht zugänglich sind. Auf diese Weise konnten zahlreiche, auch bislang unbekannte Dokumente aus britischen, deutschen, italienischen und schweizerischen Archivbeständen gesichtet werden. Im Lichte dieser Funde lassen sich oftmals auch bereits bekannte Aktenstücke neu bewerten und interpretieren.

II. Das Außenministerium als Akteur

Im Dezember 1937 notierte Außenminister Galeazzo Ciano, er werde „mit anonymen Schimpfbriefen“ überschüttet, in denen Juden „mir vorwerfen, ich hätte Hitler ihre Verfolgung versprochen. Falsch. Niemals haben die Deutschen über diese Angelegenheit zu uns etwas gesagt“.¹⁵ Entgegen der hartnäckigen Mythen, die Verfolgung der Juden sei Rom von Berlin aufoktroziert worden, pflichtet die Forschung mittlerweile Cianos Aussagen weitgehend bei.¹⁶ Für enttäuschte Apologeten ist es jedoch äußerst verlockend, einem anderen Narrativ zu folgen, das insbesondere ehemalige Diplomaten propagierten, um sich selbst von jeder Schuld freizusprechen: Der *Palazzo Chigi* habe kein Interesse an der „Judenfrage“ gehabt, da diese weder in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums gefallen noch als Problem eingestuft worden sei.¹⁷

Diese Lesart missachtet die ministeriellen Befugnisse und Aufgaben des *Palazzo Chigi* unter Ciano ebenso wie seine exponierte Stellung innerhalb des Regimes. Zum einen fungierte das Ministerium als erste Anlaufstelle für Anfragen und Beschwerden ausländischer Regierungen, war als Vermittler bei Streitigkeiten tätig und koordinierte gemeinsame Aktionen auf diplomatischer Ebene. Darüber hinaus war der *Palazzo Chigi* zuständig für alle Auslandsitaliener, einschließlich der italienischen Juden, sowie für ausländische Juden in Italien und den annektierten Gebieten, in denen die italienischen Rassegesetze galten.¹⁸ Zum anderen ging der Einfluss des Ministeriums bisweilen weit über seine eigentlichen Kernkompetenzen hinaus. Ciano, oft als Nachfolger Mussolinis gehandelt, mischte sich wiederholt in die Belange der Partei und anderer Ministerien ein, um seine heraus-

¹⁵ Tagebucheintrag 3.12.1937, in: Galeazzo Ciano, Tagebücher 1937/38, aus dem Italienischen von Hans Mollier, Hamburg 1949, S. 56. Zur Quellenkritik vgl. Tobias Hof, Die Tagebücher von Galeazzo Ciano, in: VfZ 60 (2012), S. 507–527.

¹⁶ Vgl. Filippo Focardi/Lutz Klinkhammer, The Question of Fascist Italy's War Crimes. The Construction of a Self-Acquitting Myth (1943–1948), in: Journal of Modern Italian Studies 9 (2004), S. 330–348; Del Boca, Italiani, und Focardi, Falsche Freunde.

¹⁷ Vgl. Roberto Ducci, La bella gioventù, Bologna 1996, S. 58, und Nicola Caracciolo, Uncertain Refuge. Italy and the Jews During the Holocaust, Urbana/Chicago 1995, S. 96–98 (Interview mit Botschafter Egidio Ortona).

¹⁸ Vgl. Berger/Pezzetti, Solo il dovere, S. 27.

gehobene Stellung zu unterstreichen und auszubauen.¹⁹ Zudem unterzeichnete er die wichtigsten Rassegesetze, die das Regime erließ, und beanspruchte nicht nur die politische Richtlinienkompetenz für das 1939 errichtete italienische Protektorat Albanien, sondern trachtete auch danach, die Besatzungsverwaltung aller eroberten Gebiete in seinem Ministerium zu konzentrieren.²⁰ Zudem übernahmen ehemalige Mitarbeiter des *Palazzo Chigi* wie Giuseppe Bastianini in Dalmatien oder Serafino Mazzolini in Montenegro wichtige Positionen in den annektierten oder besetzten Gebieten. Und schließlich waren italienische Diplomaten vor Ort oftmals die ersten Ansprechpersonen für die Armeeführung oder für die Verbündeten und konnten durch ihre Berichterstattung den Entscheidungsprozess in Rom beeinflussen.²¹

Mit dem Eintritt Italiens in den Zweiten Weltkrieg im Juni 1940 nahmen das Oberkommando der Streitkräfte sowie die Ministerien für Krieg, Luftfahrt und Marine unter Mussolini zunehmend die Zügel in die Hand und folglich verminderte sich der Handlungsspielraum des *Palazzo Chigi*. Dennoch gab Ciano nicht klein bei, sondern versuchte stets, die Kriegs- und Besatzungspolitik und damit auch die Judenpolitik in den eroberten Gebieten zu beeinflussen. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Außenministeriums schwanden in den ersten Kriegsjahren aber nicht nur wegen des desaströsen Kriegsverlaufs, der zur Ablösung ziviler Verwaltungen durch das Militär führte. Vielmehr begannen seit 1941 auch die deutschen Behörden verstärkt Druck auf ihre Verbündeten auszuüben, die jüdische Bevölkerung zu deportieren.

Als sich seit Mitte 1942 das Kriegsglück mehr und mehr gegen die „Achse“ wandte, forderten einige Stimmen in Italien oder auch in Rumänien separate Friedenssondierungen mit den Alliierten. Diese teils noch verhaltene Suche nach diplomatischen Lösungen verlieh dem *Palazzo Chigi* wieder mehr Gewicht. Etwa zur gleichen Zeit forcierte Berlin die Ermordung der europäischen Juden: Im Zuge der „Aktion Reinhardt“ wurden 1,8 Millionen Juden allein im Generalgouvernement ermordet.

Welche Stellen und Personen waren im *Palazzo Chigi* für die Formulierung und Implementation der Judenpolitik zuständig? Zunächst ist Galeazzo Ciano zu nennen, der das Amt des Außenministers zwischen Juni 1936 und Februar 1943 bekleidete. Geboren am 18. März 1903 in Livorno als Sohn von Admiral Costanzo Ciano, begann er 1925 seine Ausbildung im diplomatischen Dienst und war zunächst an den Gesandtschaften in Buenos Aires, Rio de Janeiro und Shanghai. Nach seiner Heirat mit Edda Mussolini, der ältesten Tochter des *Duce*, machte er eine steile politische Karriere: Mussolini ernannte ihn zunächst zu seinem persönlichen Pressechef und erhob ihn im Juni 1935 zum Propagandaminister. Nachdem Ciano am Abessinienkrieg teilgenommen hatte, berief ihn der *Duce* zum Au-

¹⁹ Vgl. Hof, Galeazzo Ciano, S. 435, und Stefania Galassi, Pressepolitik im Faschismus. Das Verhältnis von Herrschaft und Presseordnung in Italien zwischen 1922 und 1940, Stuttgart 2008, S. 419.

²⁰ Vgl. Rodogno, Empire, S. 115.

²¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden Hof, Galeazzo Ciano, S. 164–166.

Benminister. Mit Hilfe zahlreicher Umstrukturierungen gedachte er, in seinem Ministerium die alleinige Richtlinienkompetenz auszuüben – auch in Fragen der Judenpolitik.

Neben dem Außenminister avancierte der Chef des Kabinetts (*Gabinetto*) zur einflussreichsten Person im *Palazzo Chigi*, nachdem Ciano den Posten des Staatssekretärs seit 1939 vakant ließ.²² Der Kabinettschef traf sich mehrmals am Tag mit Ciano und legte ihm die Berichte der diplomatischen Vertretungen und der Generaldirektionen des Ministeriums vor. Ciano wiederum entschied, welche Dokumente an den *Duce* gingen und welche nicht. Dadurch konnte er seinen Einfluss auf die Außenpolitik zusätzlich erhöhen – einen Einfluss, der nicht nur eine große Verantwortung mit sich brachte, sondern auch die Möglichkeit bot, den *Duce* selbst in Fragen der Judenpolitik zu manipulieren.²³ Darüber hinaus vertrat der Chef des *Gabinetto* Ciano immer dann, wenn der Außenminister nicht in Rom weilte.²⁴ Unter Ciano gewann das *Gabinetto* an Personalstärke und Struktur, so dass es 1940 gleichsam als Ministerium im Ministerium agierte. Die Zahl seiner Mitarbeiter, die sich durch ihre große Loyalität zu Ciano, ihre Verschwiegenheit und ihr niedriges Alter auszeichneten, stieg von elf Personen im Jahr 1939 auf 42 im Jahr 1942.²⁵

Cianos erster Kabinettschef war Ottavio De Peppo, der mit ihm bereits im Propagandaministerium zusammengearbeitet hatte.²⁶ 1938, im Jahr der italienischen Rassegesetze, wurde De Peppo an die Botschaft in Ankara entsandt und von Filippo Anfuso abgelöst, den Ciano seit seiner Ausbildung im diplomatischen Dienst kannte. Anfuso gilt bis heute als fähiger Diplomat, aber er war auch ein überzeugter Faschist und Verehrer Mussolinis.²⁷ Im April 1942, als der deutsche Druck, die Juden aus den Besatzungsgebieten auszuliefern, mehr und mehr zunahm,

²² Vgl. *L'amministrazione centrale dall'Unità alla Repubblica. Le strutture e i dirigenti*, Bd. 1: Il Ministero degli Affari Esteri, hrsg. von Vincenzo Pellegrini, Bologna 1992, S. 86 f.

²³ Bundesarchiv Berlin (künftig: BArchB), R58/9486, Frame 790148 f., Information des „Duce“ durch den Sekretär der Faschistischen Partei, Berlin, 22.11.1940. Vgl. auch Mario Lucioli, *Palazzo Chigi. Anni roventi. Ricordi di vita diplomatica italiana dal 1933 al 1948*, Florenz 2011, S. 54 f. Im Mai 1940 findet sich ein Hinweis, dass Ciano nicht alle Informationen an den „Duce“ weitergab; Tagebucheintrag Cianos 12.5.1940, in: National Archives, Kew (künftig: NA), GFM 36/643.

²⁴ National Archives and Record Administration (künftig: NARA), RG 59, LM142, Reel 3, File 865.00/1954, Telegram William Phillips (Rome) to Sumner Welles (Washington), 21.3.1941, S. 5, und NARA, RG 59, LM142, Reel 3, File 865.00/1958, Telegram Phillips (Rome) to Welles (Washington), 20.5.1941.

²⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PAAA), Botschaft in Rom (Quirinal), Bd. 815b, Vermehrung der Stellen im italienischen auswärtigen Dienst. Vgl. auch Lucioli, *Palazzo Chigi*, S. 55 f., und Fabio Grassi Orsini, *La diplomazia*, in: Angelo Del Boca/Massimo Legnani/Mario G. Rossi (Hrsg.), *Il regime fascista. Storia e storiografia*, Bari 1995, S. 277–328, hier S. 325.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 314 und S. 320.

²⁷ Vgl. Elisabetta Cerruti, *Frau eines Botschafters*, Frankfurt a. M. 1954, S. 288; Giorgio Nelson Page, *L'Americano di Roma*, Mailand 1950, S. 489, und Giordano Bruno Guerri, *Galeazzo Ciano*, Mailand 2011, S. 62 f. und S. 275. Da noch keine historisch-kritische Biografie über Filippo Anfuso vorliegt, sind diese Charakterbeschreibungen mit Vorsicht zu genießen. Fest

wurde er von Blasco Lanza D'AJeta abgelöst. Berlin beäugte diesen Wechsel mit großer Skepsis, denn D'AJeta, der durch verwandtschaftliche Beziehungen dem US-Diplomaten Sumner Welles sowie dem italienischen Königshaus verbunden war und seine diplomatische Karriere bei der italienischen Völkerbundesdelegation begonnen hatte, galt nicht gerade als glühender Verfechter des deutsch-italienischen Bündnisses.²⁸

Im *Gabinetto* richtete Ciano immer wieder ad hoc Unterabteilungen ein, die für Fragen der Besatzungspolitik zuständig waren.²⁹ So schuf er nach der Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 den *Ufficio Armistizio e Pace*, um die Modalitäten des Waffenstillstands zwischen Italien und Frankreich zu regeln sowie die Verwaltung der besetzten Territorien zu übernehmen.³⁰ Dieses Büro, dem Luca Pietromarchi vorstand, wurde im Sommer 1941 in *Ufficio Armistizio e Territori Occupati* umbenannt und war nun auch für die besetzten Gebiete auf dem Balkan zuständig.³¹ Im Dezember 1941 wurde das Büro in mehrere länderspezifische Abteilungen aufgegliedert, die ebenfalls Pietromarchi koordinierte. Laut Davide Rodogno verantwortete dieses Büro die wirtschaftliche und politische Besatzungsverwaltung und entwickelte sich so zum Nervenzentrum der italienischen Besatzungspolitik, in dem alle Informationen aus den eroberten Gebieten zusammenliefen.³²

Neben dem *Gabinetto* und seinen Unterabteilungen muss die *Direzione Generale degli Affari d'Europa e del Mediterraneo* genannt werden, die seit Dezember 1941 für die von Italien besetzten Gebiete in Frankreich zuständig war. Sie wurde zunächst von Gino Buti, dann seit Februar 1942 von Leonardo Vitetti geleitet.³³ Vitetti, lange Jahre an der Botschaft in London und mit der wohlhabenden Amerikanerin Natali Mai Coe verheiratet, wurde damit neben Pietromarchi zu einem der wichtigsten Diplomaten, die sich mit der Verwaltung besetzter Gebiete – und damit auch mit der dortigen Judenpolitik – befassten.³⁴

Ohne nennenswerten Einfluss blieb indes die ehemalige Auslandsorganisation der Faschistischen Partei, die 1927 als eigene Generaldirektion (*Direzione Generale*

steht, dass er einer der wenigen hochrangigen Diplomaten war, die sich später in den Dienst der „Repubblica Sociale Italiana“ stellten.

²⁸ Archivio Centrale dello Stato (künftig: ACS), MI, DGPS, b. 22A, fasc. 1, Rapporto, Roma, 1.9.1940; NARA, RG 59, Central Decimal Files, Box 1878, File 701.6566A/8, Telegram Leland Harrison (Bern) to Cordell Hull (Washington), 13.2.1943. Vgl. auch Tagebucheintrag 5.1.1938, in: I diari e le agende di Luca Pietromarchi (1938–1940). *Politica estera del fascismo e vita quotidiana di un diplomatico romano del '900*, hrsg. von Ruth Nattermann, Rom 2009, S. 76 f., hier S. 76, und Filippo Anfuso, Rom – Berlin in diplomatischem Spiegel, Essen u. a. 1951, S. 220.

²⁹ Vgl. Orsini, *Diplomazia*, in: Del Boca/Legnani/Rossi (Hrsg.), *Regime fascista*, S. 321.

³⁰ Vgl. Tagebucheintrag Pietromarchis 23.6.1940, in: *Diari e agende*, S. 454.

³¹ Vgl. *Amministrazione centrale*, Bd. 1, S. 180.

³² Vgl. Rodogno, *Empire*, S. 115, und Ruth Nattermann, *Introduzione. Gli appunti del diplomatico Luca Pietromarchi (1938–1940)*, in: *Diari e agende*, S. 9–68, hier S. 19.

³³ Vgl. *Amministrazione centrale*, Bd. 1, S. 157 und S. 166–168.

³⁴ Vgl. H. James Burgwyn, *Mussolini's Troika in Occupied Yugoslavia. Fascist Commissars, 2nd Army, and Foreign Ministry*, in: Klinkhammer/Osti Guerrazzi/Schlemmer (Hrsg.), *Achse*, S. 292–304, hier S. 299, und Nattermann, *Humanitäres Prinzip*, in: *Ebenda*, S. 321.

degli Italiani all'Estero; DGIE) unter Piero Parinis Leitung in das Außenministerium integriert und damit – im Gegensatz zur Auslandsorganisation der NSDAP – einer staatlichen Institution untergeordnet worden war. Als Ciano Parinis Profilierungssucht zu weit ging, setzte er ihn Ende September 1937 kurzerhand ab und schränkte die Kompetenzen der DGIE weitgehend ein.³⁵

Was wissen wir nun über antisemitische Einstellungen der leitenden Beamten des Ministeriums? Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach, da – sieht man von Ciano und Pietromarchi ab – aussagekräftige Dokumente nur selten überliefert sind. Überdies muss der Antisemitismus im Zusammenhang mit dem italienischen Rassediskurs gesehen werden, wie er sich seit dem 19. Jahrhundert in Italien entwickelte. Der damalige Rassediskurs, der sich vor allem gegen die slawischen Völker richtete, war zentraler Bestandteil des neu geschaffenen Nationalstaats und diente nicht zuletzt dazu, eine neue italienische Identität zu konstruieren.³⁶ Nach 1917 heizte ein sich verschärfender Antikommunismus, der die slawischen Völker zu Marionetten Moskaus degradierte, diese Feindseligkeit weiter an.³⁷ Der Rassediskurs war aber auch eine Reaktion auf pseudo-wissenschaftliche Vorwürfe aus Deutschland, die Italiener hätten durch die Verbindung mit Nordafrika ihre einstige Größe und Reinheit verloren.³⁸

Auch Roms Kolonialpolitik führte zu einer Radikalisierung des Rassediskurses. Die Italiener waren überzeugt, es sei ihre Aufgabe als Erben des Römischen Reichs und der Renaissance, „minderwertige“ Völker zu zivilisieren. Die Sehnsucht nach einem *spazio vitale* im Mittelmeerraum und Begriffe wie *italianità* und *romanità* drückten diese Anspruchshaltung aus.³⁹ Die rassische Überlegenheit der Italiener sollten „Zivilisierungsmissionen“ unter Beweis stellen. Einheimische, die sich widersetzen, wurden im Namen von Modernisierung und Fortschritt deportiert,

³⁵ Vgl. Tagebucheinträge 21.9.1937, 23.9.1937 und 6.1.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 18 f. und S. 83. Auch: PAAA, Geheime Reichssachen der Politischen Abteilungen, Bd. R61140, Bl. 28-31, hier Bl. 31, Ulrich von Hassell, Aufzeichnung, Rom, 7.10.1937, und PAAA, Botschaft in Rom, Bd. 709b, Politischer Bericht Hassell (Rom) an AA (Berlin), Betr. Unterstellung der Abteilung „Auslandsitaliener“ unter den Unterstaatssekretär im Außenministerium, 17.10.1937. Vgl. auch Amministrazione centrale, Bd. 1, S. 169.

³⁶ Auf der einen Seite wurde ein gemeinsames kulturelles Erbe bemüht, um in einem zerklüfteten Königreich ein Gefühl nationaler Einheit zu erschaffen. Auf der anderen Seite sollten andere europäische Völker von der italienischen Nation ausgeschlossen werden in einer Zeit, als in ganz Europa der Rassismus einen Höhepunkt erreichte; vgl. Gordon, Race, in: Bosworth (Hrsg.), Oxford Handbook, S. 315; Kallis, Genocide and Fascism, S. 64–66, und Rodogno, Empire, S. 334, Anm. 3.

³⁷ Vgl. Nevenka Troha, Ethnopolitische „Flurbereinigungen“ im italienisch-slowenisch-kroatischen Grenzraum, in: Brigitte Entner/Valentin Sima (Hrsg.), Zweiter Weltkrieg und ethnische Homogenisierungsversuche im Alpen-Adria-Raum, Klagenfurt/Wien 2012, S. 59–77, hier S. 60.

³⁸ Vgl. Kallis, Genocide and Fascism, S. 64.

³⁹ Vgl. Michael Mann, Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberungen, Hamburg 2007, S. 453; Tonia Siebers, Mussolinis Medienmacht. Themen und Instrumente der Propaganda im faschistischen Italien, Saarbrücken 2007, S. 93, und Romke Visser, Fascist Doctrine and the Cult of the „Romanità“, in: Journal of Contemporary History 27 (1992), S. 5–22.

interniert oder getötet. Deshalb verbietet es sich, den sogenannten kulturellen Rassismus als humane Variante zu verharmlosen, wie dies auch heute immer wieder geschieht.⁴⁰

Das faschistische Regime erließ die ersten Rassegesetze nach dem Abessinienkrieg.⁴¹ Als Propagandaminister war Ciano mitverantwortlich für eine groß angelegte Kampagne gegen die Abessinier, die als „unzivilisiertes“ Volk gebrandmarkt wurden.⁴² Als Kriegsteilnehmer brüstete er sich, ihnen Fortschritt zu bringen und sie zu „zivilisierten Wilden“ zu erziehen.⁴³ Nach Kriegsende forderte er eine Verschärfung der Rassepolitik und trat dafür ein, jede „Vermischung“ zwischen Italienern und Afrikanern zu verhindern, um die „starke Reinheit“ der italienischen Rasse zu bewahren.⁴⁴ Ciano stufte die „schwarze Rasse“ aber nicht als Gefahr ein – zu überlegen war seinem Verständnis nach der Italiener.⁴⁵ Cianos Ansichten waren in der faschistischen Führungsschicht weit verbreitet.⁴⁶ Vermeintliche Unstimmigkeiten über die Rassepolitik im Faschistischen Großrat waren mehr Ausdruck machtpolitischer als humanitärer Überlegungen.⁴⁷

⁴⁰ Vgl. Alexander De Grand, Mussolini's Follies. Fascism in Its Imperial and Racist Phase, 1935–1940, in: *Contemporary European History* 13 (2004), S. 127–147, hier S. 142. Als Spätstarter im Rassediskurs bezeichnete Gabriele Schneider, *Mussolini in Afrika. Die faschistische Rassepolitik in den italienischen Kolonien 1936–1941*, Köln 2000, S. 261, die Italiener. Zum Gedanken der „Zivilisierungsmission“ vgl. Christopher Duggan, *The Force of Destiny. A History of Italy since 1796*, London 2007, S. 336 f., und Patrizia Palumbo, Introduction. *Italian Colonial Cultures*, in: Dies. (Hrsg.), *A Place in the Sun. Africa in Italian Colonial Culture from Post-Unification to the Present*, Berkeley 2003, S. 1–16.

⁴¹ Vgl. Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, und Hans Woller, *Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 152.

⁴² ACS, Min Cul Pop, Direzione Generale Servizi della Propaganda, Propaganda presso gli stati esteri, b. 61, fasc. 1935, Articolo sulla schiavitù in Etiopia, Cairo, 5.10.1935, und Telegramma Alessandria a Ministero per la Stampa e Propaganda, 7.12.1935. Vgl. auch George Talbot, *Censorship in Fascist Italy, 1922–43*, New York 2007, S. 117 f.

⁴³ ACS, Min Cul Pop, Gabinetto, b. 17, Ciano, Testo del discorso, Asmara, 1.11.1935. Vgl. auch *The Times* vom 1.7.1936: „Italy's Note to League“; G. C. Baravelli, *L'ultimo baluardo della schiavitù. L'Abissinia*, Rom 1935, und Guerri, Galeazzo Ciano, S. 189.

⁴⁴ Zit. nach Schneider, *Mussolini in Afrika*, S. 150. Auch: PAAA, Rundfunkpolitische Abteilung/Kult R 1939–1945, Bd. R122638, E529616, Telegramm Hassel (Rom) an AA (Berlin), 29.5.1936, und Library of Congress, Hull Papers, Reel 16, Telegram Phillips (Rome) to Hull (Washington), 29.7.1938. Vgl. auch Tagebucheintrag 8.1.1938, in: Ciano, *Tagebücher*, S. 84 f.; Nicola Tranfaglia, *La stampa del regime 1932–1943. Le veline del Minculpop per orientare l'informazione*, Mailand 2005, S. 149 (Rundschreiben vom 26.5.1936), und Siebers, *Mussolinis Medienmacht*, S. 65.

⁴⁵ Tagebucheinträge Cianos 25.2.1939 und 19.12.1939, in: NA, GFM 36/642. Zur entgegengesetzten Auffassung Mussolinis vgl. Angelo Del Boca, Yperit-Regen. Der Giftgaskrieg, in: Asserate/Mattioli (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 45–58, hier S. 50; Christopher Duggan, *Fascist Voices. An Intimate History of Mussolini's Italy*, Oxford/New York 2013, S. 286, und Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 53.

⁴⁶ Vgl. R. J. B. Bosworth, *Mussolini*, London 2002, S. 307, und De Grand, *Mussolini's Follies*, S. 142.

⁴⁷ Archiv des United States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. (künftig: USHMM), RG 40.002, Reel 4, Frame 5919 f., Telegramm Ciano (Rom) an alle diplomatischen Vertreter, 26.7.1937, und Franklin D. Roosevelt Library (künftig: FDR Library), Sum-

Die Eroberung Abessinien wirkte sich auch auf die antisemitische Gesetzgebung des Jahrs 1938 aus. Gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Rom, William Phillips, bezeichnete Ciano sie als Teil einer „Imperium-Bewegung“, die darauf abziele, die „italienische Rasse“ auch im Imperium „rein“ zu halten. Die Juden würden deshalb politisch und gesellschaftlich diskriminiert, damit sie das Schicksal des italienischen Volks nicht mehr beeinflussen könnten. Zugleich versicherte er, es werde zu keiner Verfolgung der Juden kommen.⁴⁸ Aber wer zählte eigentlich zur „italienischen Rasse“, und wer war Jude?

Auch wenn die Bedeutung des Abessinienkriegs nicht zu unterschätzen ist, so wäre es irreführend zu glauben, Ciano habe sich erst jetzt mit dieser Frage beschäftigt. Bereits als Verantwortlicher für die faschistische Propaganda war er in die ersten antisemitischen Kampagnen involviert. Dabei griff er auf ein Feindbild zurück, das sich seit den späten 1920er Jahren sukzessive in Italien herausgebildet hatte. Demnach gab es einen religiösen Flügel des Judentums, der sich nach wie vor als Teil der italienischen Nation verstehe. Eine zweite Gruppe, die Zionisten, definiere aber das Judentum als eine eigene Nation und bedrohe so – wie auch Sozialisten und Kommunisten – die Einheit des faschistischen Vaterlands. Damals war die „Judenfrage“ also weniger durch biologische Kriterien konditioniert, als dies in der nationalsozialistischen Ideologie der Fall war. Was zählte, waren nationalistische und ideologische Zuschreibungen, die über Inklusion und Exklusion entschieden.⁴⁹

Wie viele seiner Zeitgenossen machte Ciano die Juden zu Sündenböcken und hielt sie für Antifaschisten.⁵⁰ Negative Entwicklungen im In- und Ausland führte er pauschal auf jüdische Aktivitäten zurück. Er beschuldigte die Juden in Livorno, die „Anführer“ des Antifaschismus in seiner Heimatstadt zu sein, und vermutete bei mehreren Gelegenheiten eine jüdische Verschwörung, um Italien auf in-

ner Welles Papers, Box 165, Folder 4, Memorandum of Conversation, 26.7.1938. Wenige Tage nach dem Erlass der Rassegesetze forderte Italo Balbo als Gouverneur von Libyen die italienische Staatsbürgerschaft für alle Libyer. Vielfach wurde sein Vorstoß als Zeichen gewertet, dass er die Rassepolitik des Regimes nicht mitunterstützte; vgl. Giordano Bruno Guerri, *Italo Balbo. Lo squadrista, il gerarca, l'aviatore. La biografia, basata su documenti inediti, del più pericoloso rivale di Mussolini*, Mailand 1984, S. 338, und De Felice, *Jews in Fascist Italy*, S. 184. Diese Interpretation vernachlässigt die Konflikte in der faschistischen Elite. Balbo hatte mit seiner Versetzung nach Libyen an Einfluss verloren und wollte sich nun in Libyen eine neue Machtbasis aufbauen, um dadurch seine Position im Regime wieder zu stärken; vgl. Nir Arielli, *Fascist Italy and the Middle East, 1933–1940*, London 2010, S. 146, und Hof, *Galeazzo Ciano*, S. 213.

⁴⁸ The Ambassador in Italy (Phillips) to the Secretary of State, 29.7.1938, in: *Foreign Relations of the United States* (künftig: FRUS), *Diplomatic Papers 1938*, Bd. 2: *The British Commonwealth, Europe, Near East, and Africa*, Washington 1955, Dok. 187, S. 587 f.

⁴⁹ Vgl. Meir Michaelis, *The Attitude of the Fascist Regime to the Jews in Italy*, in: *Yad Vashem Studies* 4 (1960), S. 7–41, hier S. 9 und S. 15–17; ders., *Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy, 1922–1945*, Oxford/New York 1978, S. 66 und S. 75, sowie Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 60–62.

⁵⁰ Auch König Vittorio Emanuele III. hegte keine Sympathien für Juden; vgl. Michaelis, *Attitude*, S. 21.

ternationaler Bühne zu diskreditieren.⁵¹ Dennoch wandte er sich gegen eine pauschale Verfolgung der Juden. „Ich glaube nicht“, schrieb er im Dezember 1937,

„dass es für uns richtig wäre, in Italien eine antisemitische Kampagne loszulassen. Das Problem existiert bei uns nicht. Die Juden sind wenig an Zahl und, von Ausnahmen abgesehen, in Ordnung. Und dann darf man niemals die Juden ‚als solche‘ verfolgen. Das fordert die Solidarität aller Juden auf der Welt heraus. Man kann sie unter vielen anderen Vorwänden treffen. Aber, ich wiederhole, das Problem existiert bei uns nicht. Und vielleicht sind die Juden in kleinen Dosen notwendig für die Gesellschaft, wie die Hefe für den Brotteig notwendig ist.“⁵²

Zum Jahreswechsel 1937/38 wies Ciano Giovanni Preziosis⁵³ Bitte zurück, die antisemitische Kampagne zu unterstützen. Obwohl er keine Sympathien für die Juden hegte, sehe er keine Gefahr von ihnen ausgehen. Gegenüber Mussolini plädierte er für einen moderaten Kurs, da es unvernünftig sei, ein Problem aufzuwerfen, „das glücklicherweise bei uns nicht existiert“.⁵⁴ Die geringe Anzahl der Juden in Italien mag ein Faktor für Cianos Haltung gewesen sein. Dazu kam, dass der Außenminister nicht die Auffassung radikaler Antisemiten teilte, die gerade nach dem Abessinienkrieg die Existenz einer eigenen „jüdische Rasse“ propagierten. Dies zeigte sich unter anderem in seiner peniblen Unterscheidung zwischen italienischen und anderen Juden. So ließ er der Botschaft in Berlin nach dem „Anschluss“ Österreichs mitteilen, dass er die Diskriminierung von Italienern im Ausland nicht akzeptiere, und schloss dabei explizit italienische Juden mit ein.⁵⁵

Auch der Erlass der Rassegesetze im November 1938 änderte Cianos Ansicht nicht. Für ihn blieb die Haltung zum Zionismus weiterhin bestimmend, um Juden als gefährlich oder ungefährlich einzustufen. Dies unterstreicht eine Episode im November 1938, als er die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs im Innenministerium, Guido Buffarini Guidi, auf einen Juden lenkte, „der eine arische Frau hat. Ich bin der Ansicht, dass er wegen dieser Geste, die ihn von der jüdischen

⁵¹ Vgl. Tagebucheinträge 30.10.1937, 10.2.1938, 28.3.1938, 23.4.1938, 21.6.1938 und 24.7.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 35, S. 101, S. 134, S. 152, S. 184 und S. 200 f.

⁵² Tagebucheintrag 3.12.1937, in: Ebenda, S. 56.

⁵³ Giovanni Preziosi (1881–1945) war ein faschistischer Journalist und Herausgeber der Zeitschrift „La vita italiana“. Er war als glühender Antisemit bekannt und übersetzte unter anderem im Jahr 1921 die gefälschte antisemitische Verschwörungsschrift Die Protokolle der Weisen von Zion ins Italienische. Zu Preziosi vgl. Luca Menconi, Giovanni Preziosi e „La vita italiana“. Biografia politica e intellettuale, Canterano 2018.

⁵⁴ Vgl. Tagebucheintrag 29.12.1937 und 6.2.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 74 f. und S. 98 (Zitat).

⁵⁵ Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri (künftig: ASMAE), Affari Politici, Germania, b. 46, fasc. Antisemitismo, 4022, Telegramma Ciano (Roma) a Bernardo Attolico (Berlino), 28.6.1938.

Nation und Religion loslöst, nicht diskriminiert werden müsste“.⁵⁶ Spätestens als die deutschen Verbündeten und Vichy-Frankreich im Frühjahr 1942 die Verfolgung der europäischen Juden forcierten, kann indes eine Wandlung bei Ciano festgestellt werden. Immer öfter und immer vehementer betonte er, dass die italienischen Juden Teil der italienischen Nation seien und in Abgrenzung zu anderen Europäern die gleichen Rechte wie jeder andere Italiener besäßen – Aussagen, die dem Wortlaut der italienischen Rassegesetze widersprachen.⁵⁷

Wie kann Cianos Haltung erklärt werden, die alles andere als widerspruchsfrei war? Eine Rolle mag seine Erziehung und Sozialisation gespielt haben. Er verbrachte seine Kindheit und Jugend in Livorno und Venedig. In beiden Städten gab es eine lebendige jüdische Gemeinde, die in das gesellschaftliche Leben integriert war.⁵⁸ Zudem genoss er eine strenge katholische Erziehung, die eine traditionelle Judenfeindschaft verstärkte, wie sie auch sein Vater Costanzo Ciano, sein Onkel Arturo Ciano oder sein Schwager Massimo Magistrati teilten.⁵⁹ Der biologische Rassismus scheint ihm dagegen fremd geblieben zu sein, zumal sich in Galeazzo Cianos Umfeld Personen finden, die keine radikalen Antisemiten oder sogar selbst Juden waren. Hierzu zählten Daniele Varè, Anna Laetitia Pecci-Blunt,⁶⁰ Leon B. Helfand, Leonardo Vitetti und Blasco Lanza D'Ajeta.⁶¹

⁵⁶ Tagebucheintrag 11.11.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 278. Darüber hinaus gibt es noch weitere Fälle, in denen Ciano zum Wohl einzelner Juden eingriff; USHMM, RG 40.002, Reel 4, Frame 59999 f., Lista, o. D., und BArchB, R58/9478, Frame 050270, Bericht Depaoli mit Sendung 37, 11.12.1941.

⁵⁷ USHMM, RG 40.002, Reel 5, Frame 9092-9103, Telegramma Consolato Generale di Italia (Tunisia), Statuto degli Ebrei in Tunisia, März 1942; USHMM, RG 40.002, Reel 4, Frame 5988 f., Ministero degli Affari Esterti, Appunto, o. D.

⁵⁸ Vgl. Matteo Mazzoni, *Livorno all'ombra del fascio*, Florenz 2009, S. 234, und Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 26.

⁵⁹ USHMM, RG 58.003, Reel 18, Notiz, 6.10.1944. Vgl. auch Tagebucheintrag 28.8.1938, in: Giovanni Ansaldo, *Il giornalista di Ciano. Diari 1932–1943*, Bologna 1946, S. 143; Robert Aleksander Maryks, „Pouring Jewish Water into Fascist Wine“. *Untold Stories of (Catholic) Jews from the Archive of Mussolini's Jesuit Pietro Tacchi Venturi*, Leiden/Boston 2012, S. 135–137, und Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas*, Bonn 1949, S. 578. Wie Cianos Tagebuch werden auch Memoiren und Autobiografien mit der gebührenden Vorsicht verwendet und mit Archivalien in Bezug gesetzt.

⁶⁰ Anna Laetitia Pecci-Blunt war mit Cecil Charles Blumenthal, einem wohlhabenden amerikanischen Juden, verheiratet und avancierte in den 1930er Jahren zu einer bedeutenden Kunstmäzenin in Rom. Im Zuge der antijüdischen Maßnahmen verbot Mussolini seinem Schwiegersohn, die Veranstaltungen der Gräfin zu besuchen – ein Verbot, an das sich Ciano nicht hielt. Kurze Zeit später musste Pecci-Blunt ihre Galerie schließen und wanderte nach New York aus; Houghton Library der Harvard University, Cambridge MA, William Phillips Diaries, Box 11/22, Folder 6, *Diary of William Phillips*, 4.12.1939. Vgl. auch Quinto Navarra, *Memorie del Cameriere di Mussolini*, Mailand 1972, S. 156 f., und Philip V. Cannistraro/Brian R. Sullivan, *Il Duce's Other Woman. The Untold Story of Margherita Sarfatti, Benito Mussolini's Jewish Mistress, and How She Helped Him Come to Power*, New York 1993, S. 459.

⁶¹ Vgl. Daniele Varè, *The Two Impostors*, London 1949, S. 177 f.; Tagebucheinträge 8.9.1937 und 10.8.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 12 und S. 204. Auch: PAAA, Nachlass Hans Georg von Mackensen, Bd. 2, Bl. 64527-64529, Brief Mackensen (Rom) an Weizsäcker (Berlin), 16.6.1939; NA, FO 371/23799, R10445/9/22, 11-15, Telegram Noel Charles (Rome)

Auch Luca Pietromarchi, einer der für die Judenpolitik des *Palazzo Chigi* wichtigsten Mitarbeiter Cianos, muss zu dieser Gruppe gezählt werden. Geboren 1895 als Sprössling einer aristokratischen römischen Familie, begann er seine diplomatische Karriere bereits vor Cianos Berufung. Er galt Zeitgenossen als überzeugter Katholik, Gegner der Pariser Friedensverträge und Nationalist, der dem deutschen Nationalsozialismus und Rassismus nur wenig Verständnis entgegenbrachte.⁶² Auch gegenüber der offiziellen Rassen- und Judenpolitik des faschistischen Regimes äußerte er sich zunehmend kritisch, war er doch mit Emma Zuccari, einer aus Triest stammenden Jüdin, verheiratet und damit von den Rassegesetzen persönlich betroffen.⁶³ Bereits im Sommer 1942 erfuhr Pietromarchi vom Massenmord an den europäischen Juden dank Depeschen und Radiosen- dungen der Alliierten. Auch Curzio Malaparte, der für den *Corriere della Sera* von der Ostfront berichtete und mit dem er und Ciano befreundet waren, setzte ihn über Massenerschießungen von Juden in Osteuropa in Kenntnis, die Malaparte später in seinem autobiografischen Roman „Kaputt“ mit grausiger Präzision beschrieb.⁶⁴

Neben seinem Umfeld und seiner Sozialisation mag Cianos Haltung gegen- über den Juden auch durch sein Rasseverständnis beeinflusst worden sein. Früh konstatierte er, dass die Deutschen und die Italiener nach „Rasse und Kultur, Religion und Neigungen an entgegengesetzten Polen stehen“.⁶⁵ Seine Furcht vor einer deutschen Hegemonie brach immer wieder auf, sobald die aggressive Außen- politik Berlins seinen Vorstellungen zuwiderlief – so beim „Anschluss“ Österreichs 1938 oder der Besetzung Prags ein Jahr später.⁶⁶ „Haben denn die Teutonen“, so schrieb er, „geradezu das physische Bedürfnis, die ganze Menschheit so lange zu reizen, bis sie sich gegen sie verbündet?“⁶⁷ Mit dem anachronistischen Wort Teu- tonen knüpfte er an den Topos vom „Furor Teutonicus“ an und erinnerte an die ungezügelte, mitleidlose Barbarei der germanischen Stämme, die einst das Rö-

to Philip Nichols (London), Situation in Italy, 17.11.1939; PAAA, Inland II geheim, Bd. R101084, Fiche 2795, Bl. 283980 f., Telegramm SS-Brigadeführer Heinz Jost (Berlin) an Martin Luther (Berlin), 2.8.1940. Vgl. auch Adolf Borstendoerfer, Graf Ciano, Buenos Aires 1944, S. 23, S. 38 f. und S. 51 f.

⁶² PAAA, Geheime Reichssachen, Bd. R61140, Bl. 290 f., Telegramm Mackensen (Rom) an AA (Berlin), 16.11.1942.

⁶³ Tagebucheinträge Pietromarchis 3.9.1938, 15.12.1938, 20.6.1938, 14.7.1938 und 19.7.1938, in: *Diari e agende*, S. 183, S. 224, S. 139 (Anm. 32), S. 146 (Anm. 37), und S. 148 f. (Anm. 51), sowie Nattermann, *Introduzione*, in: *Ebenda*, S. 14–16.

⁶⁴ Vgl. Liliana Picciotto, *The Italians and the Jews During the Fascist and German Persecutions*, in: David Bankier/Israel Gutman (Hrsg.), *Nazi Europe and the Final Solution*, Jerusalem 2009, S. 491–518, hier S. 509–511.

⁶⁵ Tagebucheintrag 29.9.1937, in: Ciano, *Tagebücher*, S. 20. Vgl. auch John T. Whitaker, *We Cannot Escape History*, New York 1943, S. 59 und S. 62.

⁶⁶ Tagebucheintrag 15.3.1939, in: NA, GFM 36/642. Vgl. auch Burgwyn, *Italian Foreign Policy*, S. 98, und Hof, *Galeazzo Ciano*, S. 283 f. Auch: NARA, RG 59, M982, Reel 1, File 740.00/709, Telegram William C. Bullitt (Paris) to Hull (Washington), 30.3.1939.

⁶⁷ Tagebucheintrag 18.4.1938, in: Ciano, *Tagebücher*, S. 148. Das Wort „teutonisch“ verwendete Ciano auch im Jahr 1939; Tagebucheinträge Cianos 25.2.1939, 18.3.1939 und 20.9.1939, in: NA, GFM 36/642.

mische Reich bedrohten. Was diese Grausamkeit bedeutete, bemerkte Ciano spätestens seit den Feldzügen des Jahrs 1941, als ihn schockierende Schilderungen über die deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik im ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion erreichten.⁶⁸

Spätestens im Sommer 1942, als die deutsche Führung die „Endlösung“ forcierte, bereitete Ciano die Rassepolitik des Verbündeten schlaflose Nächte. Eine „europäische Nachkriegsordnung“, in der es für die anderen Völker „keine Freiheit, keine Rechte [geben werde], nur das eine, dem [deutschen] ‚Herrenvolk‘, zu dienen“,⁶⁹ beunruhigte nicht nur Ciano. Pietromarchi erklärte einem kroatischen Gesandten, dass die deutsche Rassepolitik „für Italien untragbar“ sei, „da ihre Durchführung Italien in die untergeordnete Rolle eines Bastard-Volkes herabdrücken würde“. ⁷⁰ Die Furcht, Opfer der deutschen Rassepolitik zu werden, mag dazu beigetragen haben, sich für den Schutz der jüdischen Bevölkerung einzusetzen, die er nicht als Bedrohung für das italienische Volk wahrnahm.⁷¹

Bei Ciano und führenden Diplomaten im *Palazzo Chigi* lässt sich ein „kultureller Rassismus“ der *italianità* und *romanità* nachweisen. Mit beiden Konzepten konnten sich nicht nur Faschisten anfreunden, sondern auch Nationalisten und Imperialisten aus vorfaschistischer Zeit, die auch unter Ciano die meisten leitenden Funktionen innerhalb des Außenministeriums innehatten.⁷² Verbreitet war auch ein konfessioneller Antisemitismus, der nicht zuletzt in katholisch-konservativen Kreisen zahlreiche Anhänger gefunden hatte. Dazu kamen ein immer radikalerer Nationalismus und die Ablehnung des Zionismus, die der Judenfeindschaft neue Komponenten hinzufügten.⁷³ Gleichwohl war eine Assimilierung

⁶⁸ Vgl. Colloquio del Conte Ciano col Führer, col Marsciallo Göring e col Ministro degli Affari Esteri von Ribbentrop, 24.–27.11.1941, in: Galeazzo Ciano, *L'Europa verso la Catastrofe*. 184 Colloqui con Mussolini, Hitler, Franco, Chamberlain, Sumner Welles, Rustu Aras, Stoiadinovic, Göring, Zog, François-Poncet ecc., Mailand 1948, S. 686–693, und *Il Capo del Servizio Informazioni Militari, Amè, al Ministro degli Esteri, Ciano, 14.3.1942*, in: *I Documenti Diplomatici Italiani* (künftig: DDI), Serie 9: 1939–1943, Bd. 8: 12.12.1941–20.7.1942, Rom 1988, Dok. 369, S. 412–415. Zudem lagen Ciano Berichte über die Grausamkeit der Deutschen in Belgien, Polen und Slowenien vor; Tagebucheinträge Cianos 4.12.1939, 12.12.1939, 17.1.1940, 25.4.1941 und 25.11.1941, in: NA, GFM 36/642 und GFM 36/643. Auch: NA, FO 1011/66, Telegram Loraine (Rome) to Halifax (London), 5.12.1939.

⁶⁹ Tagebucheintrag Cianos 30.8.1942, in: NA, GFM 36/644.

⁷⁰ PAAA, Nachlass Mackensen, Bd. 7, Bl. 40578 f., hier Bl. 40579, Aufzeichnung, 29.10.1942.

⁷¹ Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass Ciano auch – insbesondere in den Jahren 1941 und 1942 – den japanischen Rassismus als eine Gefährdung für Italien einstufte; vgl. *Il Ministro a Shanghai, Ciano, al Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, Shanghai, 19.11.1932*, in: DDI, Serie 7: 1922–1935, Bd. 12: 1.4.–31.12.1932, Rom 1987, Dok. 441, S. 558 f., und *L'Ambasciatore a Tokio, Auriti, al Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, Tokio, 5.6.1935*, in: DDI, Serie 8: 1935–1939, Bd. 1: 15.4.–31.8.1935, Rom 1991, Dok. 338, S. 345. Auch: Tagebucheinträge Cianos 20.2.1942, 24.2.1942, 10.3.1942, 15.3.1942 und 11.4.1942, in: NA, GFM 36/644. Vgl. ebenso Ken Ishida, *Racisms Compared. Fascist Italy and Ultra-Nationalist Japan*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 7 (2002), S. 380–391, hier S. 383 f.

⁷² Vgl. Visser, *Fascist Doctrine*, S. 17 f.

⁷³ Zur Stellung der Juden in Italien vgl. Alexander Stille, *The Double Blind of Italian Jews. Acceptance and Assimilation*, in: Joshua D. Zimmerman (Hrsg.), *Jews in Italy under Fascist and*

möglich, wenn die Juden ihrem Glauben abschworen. Der biologische Antisemitismus, der eine Assimilierung per se ausschloss, gewann zwar unter den Faschisten immer mehr Anhänger, konnte sich aber in Italien letztlich nicht durchsetzen.⁷⁴

Wie beim „kulturellen Rassismus“ besteht die Gefahr, die Konsequenzen des konfessionellen Antisemitismus für die jüdische Bevölkerung zu verharmlosen oder gar zu negieren. Diese Spielart der Judenfeindschaft legitimierte in Italien einen rechtsfreien Raum, der eine wahllose Verfolgung ermöglichte und den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status der Juden auf Dauer zerstörte.⁷⁵ Zudem schufen die Rassegesetze wichtige bürokratische Voraussetzungen, die zwischen 1943 und 1945 von Italienern und Deutschen gleichermaßen missbraucht werden konnten, um italienische Juden zu verhaften und in die Vernichtungslager zu deportieren.⁷⁶

Es gibt Autoren, die die unterschiedlichen Begründungen rassistischer Diskurse und antisemitischer Politik südlich und nördlich der Alpen auf Bemühungen der Abgrenzung und der Identitätskonstruktion zurückführen und betonen, diese diskursiven Differenzen hätten die eigentliche Judenpolitik nicht beeinträchtigt. Die Zusammenarbeit bei der Judenverfolgung habe im Gegenteil gut funktioniert.⁷⁷ Ob diese Behauptung auch auf den *Palazzo Chigi* zutrifft und wie die Judenpolitik des Außenministeriums in der Praxis aussah, wird in den folgenden Abschnitten zu untersuchen sein.

III. Der *Palazzo Chigi* und die italienische Judenpolitik 1938 bis 1940

Im Jahr 1938 wurde Europa von einer antisemitischen Welle erfasst. Nach dem „Anschluss“ Österreichs kam es in Wien zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen Juden; der Novemberpogrom in Deutschland kostete etwa 400 von ihnen das Le-

Nazi Rule, 1922–1945, Cambridge 2005, S. 19–34, und Mario Toscano, Italian Jewish Identity from the Risorgimento to Fascism, 1848–1938, in: Ebenda, S. 35–54.

⁷⁴ Im November 1938 erklärte der „Duce“, „dass für den Fall, dass [...] der Katholizismus das gleiche Schicksal wie die Juden erleiden sollte, die Achse dies schwerlich überstehen würde“; Tagebucheintrag 13.11.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 279. Diese Aussage, der Ciano zustimmte, legt die Vermutung nahe, dass selbst Mussolini auch noch nach dem Erlass der Rassegesetze die Juden als religiöse Gruppe definierte. Zum biologischen Antisemitismus in Italien vgl. Bernhard, *Great Divide*, S. 108, und Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 131–133.

⁷⁵ Vgl. die Beiträge von Annalisa Capristo, *The Exclusion of Jews from Italian Academies* (S. 81–95); Roberto Finzi, *The Damage to Italian Culture. The Fate of Jewish University Professors in Fascist Italy and After, 1938–1946* (S. 96–113), und Iael Nidam-Orvieto, *The Impact of Anti-Jewish Legislation on Everyday Life and the Response of Italian Jews, 1938–1943* (S. 158–181), in: Zimmerman (Hrsg.), *Jews in Italy*.

⁷⁶ Vgl. Thomas Schlemmer/Hans Woller, *Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945*, in: VfZ 53 (2005), S. 165–201, hier S. 195. Zur Judenverfolgung in Italien in den Jahren 1943 bis 1945 vgl. Simon Levis Sullam, *The Italian Executioners. The Genocide of the Jews in Italy*, Princeton 2018, und Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945*, Tübingen 1993, S. 530–553.

⁷⁷ Vgl. Bernhard, *Great Divide*, S. 105.

ben; Ungarn und Rumänien erließen ihre Versionen der „Nürnberger Gesetze“.⁷⁸ Italien machte keine Ausnahme: Anfang 1938 wurde im Propagandaministerium das *Ufficio Studi sulla Razza* unter Leitung von Antonio Le Pera gegründet, der Vorläufer der *Direzione Generale della Demografia e Razza*.⁷⁹ Im Juli erschien das pseudowissenschaftliche *Manifesto della Razza* und einen Monat später die erste Ausgabe von Telesio Interlandis antisemitischer Zeitschrift *La Difesa della Razza*.⁸⁰ Am 8. April 1938 entschied die Regierung in Rom, alle Juden aus den Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen zu entlassen. Die Schnelligkeit, mit der das faschistische Regime den Antisemitismus in legislative Normen goss, überraschte selbst die deutsche Botschaft in Rom.⁸¹

In rascher Folge ergingen Gesetzesdekrete, die unter anderem den Verweis jüdischer Schülerinnen und Schüler von staatlichen Schulen (*decreto-legge* 1390/1938 und 1630/1938) und die Ausweisung der ausländischen Juden (*decreto-legge* 1381 vom 7. September 1938) bis zum 31. März 1939 vorsahen. Dies war ein erster Schritt, um ein „judenfreies“ Italien zu schaffen. Dabei sollte allen ausländischen Juden die italienische Staatsbürgerschaft entzogen werden, sofern sie diese erst nach 1919 erhalten hatten. Ausgenommen waren diejenigen, die sich in besonderem Maße für die italienische Nation verdient gemacht hatten.⁸² Am 6. Oktober 1938 befasste sich der Faschistische Großrat erstmals ausführlich mit der „Judenfrage“ und bekräftigte in einem Kommuniqué die Existenz einer „jüdischen Rasse“ ebenso wie die Notwendigkeit antijüdischer Maßnahmen.⁸³

Dieses Kommuniqué bildete die Grundlage für das Herzstück der antisemitischen Gesetzgebung, das Dekret 1728 vom 17. November 1938 (*Provvedimenti per la difesa della razza italiana*). Mit diesem Dekret wurden die Juden auf allen Ebenen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens diskriminiert. Es verbot unter anderem sogenannte Mischehen, verwehrte Juden den Militärdienst und die Mitgliedschaft in der Faschistischen Partei und sah vermögensrechtliche Beschränkungen vor. Das Dekret enthielt zudem eine komplexe Definition, wer als Jude galt.⁸⁴ Ob-

⁷⁸ Vgl. Ingo Loose, Die Wahrnehmung der Nürnberger Gesetze in Polen und Ostmitteleuropa, in: Magnus Brechtken u. a. (Hrsg.), Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen, Göttingen 2017, S. 105–122; Sarfatti, Mussolini contro gli ebrei, und ders., Jews in Mussolini's Italy, S. 123 f.

⁷⁹ Vgl. ebenda, S. 121–123.

⁸⁰ Vgl. Tagebucheinträge 14.7. und 15.7.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 195 f.

⁸¹ Vgl. Michaelis, Mussolini and the Jews, S. 161–163, und Sarfatti, Jews in Mussolini's Italy, S. 127.

⁸² Vgl. ebenda, S. 129–131. Im Juni 1939 wurde es Juden verboten, als Journalisten und Anwälte zu praktizieren („decreto-legge“ 1054/1939), einen Monat später wurde ihr Erbrecht eingeschränkt („decreto-legge“ 1055/1939).

⁸³ USHMM, RG 40.004, Reel 60, Frame 119035-119037, Deliberazione del Gran Consiglio del Fascismo sulla razza, 6.10.1938.

⁸⁴ USHMM, RG 40.004, Reel 60, Frame 119038-119045, Regio Decreto Legge, XVII, N. 1728, 17.11.1938: Provvedimento per la difesa della razza italiana.

wohl Ausnahmen genannt wurden, zielte dieses Regelwerk darauf ab, die jüdische Bevölkerung aus der italienischen Rasse auszuschließen.⁸⁵

Welche Rolle spielte der *Palazzo Chigi* bei der Formulierung und Implementierung der antisemitischen Gesetze? Das Außenministerium beobachtete von Anfang an die Reaktionen auf den sich verstärkenden Antisemitismus in Europa.⁸⁶ Die italienische Diplomatie verteidigte die Diskriminierung der Juden im eigenen Land, diffamierte jede Intervention aus dem Ausland als antifaschistische Verschwörung und nahm die deutsche Judenpolitik gegen Kritik in Schutz.⁸⁷ Nachdem Mussolini im November 1936 die „Achse“ ausgerufen hatte, sollte einer internationalen Öffentlichkeit die Kooperation zwischen Berlin und Rom deutlich vor Augen geführt werden; Differenzen über Rassefragen durften dieses Bild nicht trüben. Der *Palazzo Chigi* förderte oder behinderte die konsequente Anwendung der Rassegesetze im Inland oder in den italienischen Gemeinden außerhalb Italiens, sofern es den außenpolitischen Zielen zu nützen schien. Ohne Gewissensbisse waren Ciano und seine Mitarbeiter bereit, die „Judenfrage“ zu instrumentalisieren, um die Juden aus der italienischen Gesellschaft auszuschließen und letztlich ein „judenfreies“ Italien zu schaffen.

Die Zielkonflikte, die sich immer wieder ergeben konnten, zeigten sich insbesondere bei der Abschiebung ausländischer Juden aus Italien. Als das Regime im September 1938 den Beschluss dazu fasste, löste dies internationale Proteste aus. Zahlreiche Regierungen warnten vor einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen oder drohten wie die Türkei mit der Ausweisung italienischer Juden, was wiederum den Plan gefährdet hätte, ein „judenfreies“ Italien zu schaffen.⁸⁸ Selbst das franquistische Spanien erinnerte das italienische Außenministerium an einen Vertrag aus dem Jahr 1872, der Rom verpflichtete, die spanische Minderheit – Juden eingeschlossen – zu schützen.⁸⁹ Nach einigen Beschwichtigungs- und Erklärungsversuchen seitens des *Palazzo Chigi* favorisierte das Außenministerium eine pragmatische Auslegung der Gesetze und erwirkte teils gar deren Aufweichung. Nach Gesprächen mit Ankara durften die türkischen Juden im Land bleiben; die Bestimmungen über die ausländischen jüdischen Studenten wurden ge-

⁸⁵ Vgl. Bernhard, *Blueprints of Totalitarianism*, S. 156, und Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 131–133.

⁸⁶ Zu den Beobachtungen: USHMM, RG 40.002, Reel 1, Frame 1283 f., Telegramma Attolico (Berlino) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), 15.2.1939. Vgl. auch Ruth Nattermann, *Politische Beobachtung im „tono fascista“*. Italienische Konsulatsberichte über das „Dritte Reich“, in: Frank Bajohr/Christoph Strupp (Hrsg.), *Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“*. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945, Göttingen 2011, S. 304–348.

⁸⁷ USHMM, RG 40.002, Reel 1, *Questione Ebraica*, *Informazione Diplomatica*, N. 14, 18.2.1938. Vgl. auch Bernhard, *Blueprints of Totalitarianism*, S. 154.

⁸⁸ Library of Congress, Cordell Hull Papers, Reel 16, Telegram Phillips (Rome) to Hull (Washington), 2.9.1938. Vgl. auch *The Ambassador in Italy (Phillips) to the Secretary of State*, 14.9.1938, in: FRUS, 1938, Bd. 2, Dok. 243, S. 591. Und: USHMM, RG 40.004, Reel 51, Frame 101272 f., Telegramma Luigi Vidau (Roma) a Guido Leto (Roma), 23.2.1939. Vgl. auch De Felice, *Jews in Fascist Italy*, S. 330.

⁸⁹ USHMM, RG 40.004, Reel 61, Frame 119539, *Lettera al Ministero dell'Esteri*, o. D.

lockert.⁹⁰ Bereits eingeschriebene Studenten konnten trotz des Widerstands von Bildungsminister Giuseppe Bottai ihre Ausbildung fortsetzen.⁹¹ Als es im März 1939 offensichtlich war, dass die Ausweisung ausländischer Juden wegen administrativer Hürden und der restriktiven Einwanderungspolitik westlicher Länder kaum zu verwirklichen war, verkündete der *Palazzo Chigi*, dass sie vorerst das Land nicht verlassen müssten, sofern sie einen entsprechenden Antrag stellten.⁹² Die Kooperation deutscher und italienischer Sicherheitsbehörden bei der Festnahme und Auslieferung deutscher Juden, die sich in Italien aufhielten, wurde derweil ohne Einschränkung fortgesetzt. Das Außenministerium erhob keine Einwände, da etwaige Differenzen in der „Judenfrage“ das Bild der unerschütterlichen „Achse“ nicht beschädigen sollten.⁹³

Auch als US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Sommer 1938 zur Konferenz von Évian einlud, um das Problem der jüdischen Flüchtlingsströme in Europa zu erörtern – wobei auch die Frage eines jüdischen Nationalstaats immer im Raume stand –, agierte Ciano in Abstimmung mit Berlin und lehnte eine Teilnahme ab.⁹⁴ Vielmehr verfolgte er eine proarabische und antizionistische Außenpolitik, um einen jüdischen Staat in Palästina zu verhindern, den er als potenziellen Verbündeten Großbritanniens einstufte und somit als Gefahr für die italienischen Ambi-

⁹⁰ USHMM, RG 40.004, Reel 51, Frame 101292, Telegramma Vitetti (Roma) a Ministero Scambi a Valuta (Roma), Scambio di popolazione ebraica con la Turchia, 29.4.1939, und USHMM, RG 40.004, Reel 62, Frame 122658, Casi segnalati al Ministero degli Affari Esteri, o. D.

⁹¹ USHMM, RG 40.004, Reel 51, Frame 101066, Ciano, Circolare N. 008: Studenti stranieri ebrei iscritti alle università nel Regno, 9.9.1938, und USHMM, RG 40.004, Reel 51, Frame 100964, Telegramma Vidau (Roma) a Consolato Kattowitz e Regio Ministero Interno, 17.4.1940.

⁹² Erste Probleme meldeten die Sicherheitsbehörden im Januar 1939 und plädierten mit Unterstützung des Außenministeriums für einen zeitlichen Aufschub; USHMM, RG 40.004, Reel 50, Frame 98925-98929, Ostacoli all'esodo degli ebrei stranieri dall'Italia, Milano, 1.1.1939; USHMM, RG 40.004, Reel 50, Frame 98919, Telegramma Carmine Senise (Roma) a Ministero degli Affari Esteri, 22.2.1939, und USHMM, RG 40.004, Reel 50, Frame 98918, Telegramma Ministero degli Affari Esteri a Ministero dell'Interno, Roma, 27.2.1939. Im Februar 1939 stoppte Ciano die Ausweisung britischer Juden; NA, FO 371/238000, R1640/10/22, Telegram Perth (Rome) to Foreign Office (FO; London), Anti-Jewish measures in Italy, 11.3.1939. Vgl. auch De Felice, *Jews in an Arab Land*, S. 173. Insgesamt wanderten 3.720 ausländische Juden aus, 3.190 stellten Anträge auf eine Verlängerung ihres Aufenthalts und 964 verhielten sich passiv; vgl. De Felice, *Jews in Fascist Italy*, S. 355–357; Valeria Galimi, *The „New Racist Man“*. Italian Society and the Fascist Anti-Jewish Laws, in: Giulia Albanese/Roberta Pergher (Hrsg.), *In the Society of Fascists. Acclamation, Acquiescence, and Agency in Mussolini's Italy*, New York 2012, S. 149–168, hier S. 152, und Michaelis, *Mussolini and the Jews*, S. 212.

⁹³ Vgl. Bernhard, *Blueprints of Totalitarianism*, S. 152 f. Der „Palazzo Chigi“ informierte die italienischen Sicherheitsbehörden unter anderem über die in Rom und Florenz lebenden Juden, die während des Hitler-Besuchs im Mai 1938 aus „Sicherheitsgründen“ inhaftiert wurden. Diese Informationen gelangten danach an die Deutschen; USHMM, RG 40.004, Reel 50, Frame 98973, Per la vista di Hitler a Roma, Roma, 17.1.1938, und NARA, RG 59, LM192, Reel 7, File 762.65/461, Telegram John Putnam (Florence) to Phillips (Rome), 21.5.1938.

⁹⁴ USHMM, RG 40.002, Reel 3, Frame 4066, Telegramma Ciano (Roma) a Ministero delle Comunicazioni et. al. (Roma), 21.6.1938.

tionen im Mittelmeerraum.⁹⁵ In der von ihm mitverfassten *Informazione Diplomatica* Nr. 14 schlug er deshalb am 16. Februar 1938 vor, einen jüdischen Nationalstaat außerhalb Palästinas zu gründen.⁹⁶ Ciano konzipierte die Verlautbarung als Gegenentwurf zu den britischen Peel (1937) und Woodhead Kommissionen (1938), die beide einen jüdischen Nationalstaat in Palästina empfahlen. Durch seine antizionistische Positionierung wollte sich Ciano das Wohlwollen arabischer Nationalisten sichern, als die Beziehungen zwischen Rom und London auf einem Tiefpunkt angelangt waren. Die *Informazione* ist somit ein exzellentes Beispiel dafür, wie Cianos außenpolitische Ziele die Haltung seines Ministeriums zur „Judenfrage“ beeinflussten. Als mögliche Alternative brachte das Außenministerium eine Ansiedlung der Juden in Abessinien ins Spiel, um den Mangel an italienischen Siedlern in der ostafrikanischen Kolonie zu kompensieren. Dieser Vorschlag scheiterte an der Weigerung des zuständigen Ministeriums und Mussolinis.⁹⁷

Auch beim Ausschluss von Juden aus italienischen Firmen in Ländern, die antisemitische Gesetze erlassen hatten, spielte das Außenministerium eine unrühmliche Rolle. Obwohl der *Palazzo Chigi* nach heutigem Kenntnisstand im eigenen Ministerium zurückhaltend agierte,⁹⁸ befürwortete er den Ausschluss jüdischer Mitarbeiter aus international agierenden italienischen Unternehmen, um bilaterale Wirtschaftsbeziehungen nicht zu belasten. Im November 1936 ersuchte Ciano alle Ministerien, keine Juden mit offiziellem Auftrag nach Deutschland zu schicken. Er reagierte damit auf eine Bitte seines Botschafters in Berlin, Bernardo Attolico.⁹⁹ Im Juli 1937 warnte der Botschafter in Budapest, Luigi Orazio Vinci, vor einem Boykott der in Ungarn ansässigen italienischen Firmen, wenn diese nicht ihre jüdischen Mitarbeiter entließen. Ciano leitete das Gesuch an das Kooperationsministerium und das Ministerium für Luftfahrt weiter. Nach weiterem Drängen des Botschafters gaben letztlich Firmen wie Lancia, Fiat und Olivetti

⁹⁵ Ausführlich zu Palästina: USHMM, RG 59.006, Reel 53, FO 371/21881, Telegram Miles Lampson (Alexandria) to FO (London), Palestine: Egyptian Government's Attitude, 10.10.1938. Vgl. auch Hof, Galeazzo Ciano, S. 288 f.

⁹⁶ USHMM, RG 40.002, Reel 1, Frame 101 f., *Questione Ebraica, Informazione Diplomatica*, N. 14, 16.2.1938, und Tagebucheintrag 15.2.1938, in: Ciano, Tagebücher, S. 105. Vgl. ebenso Giorgio Fabre, La „Informazione Diplomatica“ N. 14 del Febbraio 1938, in: *La Rassegna Mensile di Israel* 73 (2007), S. 45–101, hier S. 51.

⁹⁷ Vgl. Arielli, *Fascist Italy*, S. 151, und Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 123. Die jüdische Bevölkerung wies die Umsiedlungspläne ebenfalls zurück, da die diskutierten Gebiete kein menschenwürdiges Leben ermöglicht hätten; USHMM, RG 59.006, Reel 9, Frame 454, Mr. Pell (Conversation), 5.1.1939. Auch ein Vorschlag des niederländischen Faschisten Anton Mussert, die Juden in niederländischen, französischen und britischen Kolonien anzusiedeln, wurde von Rom nicht angenommen; USHMM, RG 40.002, Reel 1, Frame 1518-1521, *Ministero degli Affari Esteri, Telespresso, Il problema ebraico ed il Progetto Mussert*, 27.12.1938.

⁹⁸ Wichtige Archivalien über den Ausschluss der Juden aus dem diplomatischen Dienst wie die Dokumente in: Archivio del Personale, Serie I: Comune, b. 121, fasc. 500: *Dispensa del servizio di funzionari ebrei 1939*, konnten auch mit Hilfe der Mitarbeiter des ASMAE nicht gefunden werden. Wie Berger/Pezzetti, *Solo il dovere*, zeigten, wurden im Ministerium Listen jüdischer Mitarbeiter erstellt. In einzelnen Fällen kam es auch zu einer Entlassung aus dem diplomatischen Dienst; vgl. Hof, Galeazzo Ciano, S. 178 f.

⁹⁹ Vgl. Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 103.

nach und vermeldeten die Entlassung oder zumindest den Austausch des jüdischen Personals.¹⁰⁰

Vereinzelt machte das Außenministerium aber auch wirtschaftliche Gründe geltend, um für eine weniger rigide Auslegung der Rassegesetze zu plädieren. So ordnete Ciano in Palästina Zurückhaltung an, um die dortigen Kontakte der *Banca d'Italia* nicht zu gefährden.¹⁰¹ Im Sommer 1938 empfahl der *Palazzo Chigi* den Auslandsvertretungen in Nordafrika und im Nahen Osten eine maßvolle Anwendung der Gesetze in Gebieten, in denen eine große jüdische Gemeinde lebte. Dadurch sollten negative ökonomische Konsequenzen abgemildert oder gar gänzlich verhindert werden.¹⁰² Auch bei Einreiseverboten für ausländische Juden ließ das Außenministerium aus wirtschaftlichen Erwägungen letztlich Pragmatismus walten. Offiziell unterstützte der *Palazzo Chigi* das im Sommer 1938 ausgesprochene Verbot. Eine Einwanderung von Juden wurde als Gefährdung des homogenen faschistischen Nationalstaats dargestellt – eine Argumentation, die auch bei westlichen Regierungen auf Verständnis stieß.¹⁰³ Wenn es um Urlaub ging, erlaubte der *Palazzo Chigi* aber einen Aufenthalt für maximal sechs Monate, um die wirtschaftlichen Interessen der Ferienorte und der italienischen Reedereien nicht zu gefährden. Voraussetzung war, dass die Rück- oder Weiterreise des Feriengasts gewährleistet war.¹⁰⁴ Mit der Unterstützung des Kooperationsministeriums konnte sich der *Palazzo Chigi* in dieser Frage zunächst gegen Einwände aus dem Innenministerium und dem Sicherheitsapparat durchsetzen.¹⁰⁵

¹⁰⁰ USHMM, RG 40.002, Reel 5, Frame 8995-9046. Offenbar sympathisierte Luigi Orazio Vinci mit der deutschen Rassenlehre; vgl. „Conversation [John F. Montgomery] with Tibor Eckhardt, Budapest, 13.11.1937“, in: Tibor Frank (Hrsg.), *Discussing Hitler. Advisers of U.S. Diplomacy in Central Europe 1934–1941*, Budapest/New York 2003, S. 158–162, hier S. 158 f.

¹⁰¹ USHMM, RG 40.002, Reel 5, Frame 8184-8188, Appunto, 8.11.1938.

¹⁰² USHMM, RG 40.002, Reel 5, Frame 8254 f., Telegramma Ciano (Roma) a Cairo et. al., *Politica razzista e mondo arabo*, 10.8.1938. Einen Beweis für die „strikte Umsetzung“ der antijüdischen Maßnahmen sah Sarfatti, *Jews in Italy*, S. 130. Jedoch betonte Ciano explizit, dass mit „großer Umsicht“ gehandelt werden solle.

¹⁰³ Vgl. Ambassador in Italy (Phillips) to Secretary of State, in: FRUS, 1938, Bd. 2, Dok. 187, S. 587 f. Auch: Tagebucheintrag Cianos 13.1.1939, in: NA, GFM 35/642. Vgl. ebenso Michaelis, *Mussolini and the Jews*, S. 186 f. Als Reaktion verschärften auch die Schweizer Behörden die Einreisemöglichkeiten für österreichische Juden; USHMM, RG 58.003, Reel 24, „Kreisschreiben“ an die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate und an die Polizeidirektionen der Kantone, 29.3.1938, und USHMM, RG 58.003, Reel 24, „Kreisschreiben“ an die Grenzpolizei-posten der schweizerisch-italienischen Grenze, 6.8.1938.

¹⁰⁴ USHMM, RG 40.004, Reel 50, Frame 98783, Telegramma Bastianini (Roma) a Ministero Interno (Roma), 28.1.1939. Vgl. auch Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 130. Die „Circolare“ N. 10 vom Februar 1939 ermöglichte es, dass sich ausländische Juden sechs Monate in Italien aufhalten durften. Voraussetzung war, dass ihre Rück- oder Weiterreise gesichert war; USHMM, RG 40.004, Reel 50, Frame 100801, Bastianini, *Circolare* N. 10, 27.2.1939.

¹⁰⁵ Um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und der Slowakei zu verbessern, wurde im Januar 1940 eine kurzzeitige, geschäftliche Einreise slowakischer Juden nach Italien erleichtert. Die italienische Botschaft in Bratislava erhielt vom „Palazzo Chigi“ diesbezüglich die alleinige Entscheidungskraft; USHMM, RG 40.004, Reel 51, Frame 101190 f., Telegramma Vitetti (Roma) a Regia Legazione Bratislava, 18.1.1940.

Auch im Umgang mit Albanien – seit April 1939 italienisches Protektorat – lässt sich die ambivalente Judenpolitik des *Palazzo Chigi* nachzeichnen. Im Zuge der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Übernahme – in Deutschland hätte man von „Gleichschaltung“ gesprochen – drängte das Außenministerium die Albaner dazu, antijüdische Gesetze zu erlassen, wie sie in Italien Gültigkeit besaßen.¹⁰⁶ Ciano erhoffte sich dadurch die Unterstützung nationalistischer Kreise, die seit Sommer 1938 versucht hatten, die Juden in Albanien aus der Gesellschaft auszuschließen und die Grenzen für jüdische Flüchtlinge zu schließen.¹⁰⁷ Der erste Entwurf eines albanischen Rassegesetzes im Mai 1939 wurde vom *Palazzo Chigi* überarbeitet und an das italienische Vorbild angeglichen.¹⁰⁸ Dass das Verhältnis Cianos und seines Apparats gegenüber den Juden ambivalent war, zeigte sich, als Francesco Jacomoni, italienischer Vizekönig in Albanien, alle ausländischen Juden des Lands verweisen wollte.¹⁰⁹ Aber weder war eine Ausweisung möglich, noch war Ciano gewillt, den Juden ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht in Italien zu gewähren. Über das weitere Schicksal der Juden in Albanien bis zum Ausbruch des Kriegs und darüber hinaus ist bislang aufgrund der schwierigen Quellenlage nur wenig bekannt.¹¹⁰

Mit der flexiblen Auslegung der Rassegesetze reagierte das Außenministerium immer wieder auf die Verschärfung antisemitischer Maßnahmen in Europa. Dies

¹⁰⁶ ASMAE, Affari Politici, Albania, b. 82, fasc. Ebrei in Albania, Appunto per la Direzione Generale Affari Generali Ufficio IV, Roma, 26.5.1939. Nur kurze Zeit später wurde Zenone Benini, Staatssekretär für albanische Angelegenheiten im „Palazzo Chigi“, eine Auflistung aller antijüdischen Gesetze Italiens zur Durchsicht zugesandt; ASMAE, Affari Politici, Albania, b. 82, fasc. Ebrei in Albania, Appunto per il Sottosegretariato per gli Affari Albanesi, Roma, 2.6.1939.

¹⁰⁷ ASMAE, Affari Politici, Albania, b. 82, fasc. Ebrei in Albania, Lettera Camera di Commercio (Tirana) a Ministro dell'Economia Nazionale (Tirana), 9.9.1938. Andere Berichte zeigen, dass deutsche und österreichische Juden nach Albanien flohen; USHMM, RG 59.006, Reel 9, 455-457, Report Italy and the Jewish Problem, 4.1.1939.

¹⁰⁸ ASMAE, Sottosegretariato di Stato Affari Albanesi, Telegramma Ministero degli Affari Esteri (Roma) a Jacomoni (Tirana), Provvedimenti nei confronti degli ebrei residenti in Albania, 15.5.1939.

¹⁰⁹ ASMAE, Sottosegretariato, Telegramma Jacomoni (Tirana) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), Sudditi Ebraici, 2.8.1939.

¹¹⁰ ASMAE, Sottosegretariato, Telegramma Jacomoni (Tirana) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), 8.6.1939; ASMAE, Sottosegretariato, Telegramma Ciano (Roma) a Jacomoni (Tirana), 15.6.1939, und ASMAE, Sottosegretariato, Telegramma Benini (Roma) a Jacomoni (Tirana), Ebrei stranieri in Albania, 9.8.1939. 2007 erwarb das USHMM mehr als 5.000 Seiten Dokumente aus albanischen Archiven, die neben allgemeinen Anweisungen auch Einzelfallakten enthalten (RG 79.001). Die darin enthaltenen Informationen legen den Schluss nahe, dass eine Ausweisung der Juden weiterhin schwierig war. Vielmehr sind weitere Juden nach Albanien geflohen oder wurden von italienischen Behörden gar dorthin deportiert und seit Sommer 1941 interniert; USHMM, RG 79.001, Box 1, Folder 2, Telegramma Luogotenenza Generale in Albania (Tirana) a Presidenza del Consiglio dei Ministri, 30.8.1940; USHMM, RG 79.001, Box 2, Folder 9, Telegramma G. Travaglio (Tirana) al Comando Superiore CC.RR., 2.2.1941, und USHMM, RG 79.001, Box 1, Folder 2, Telegramma Luogotenenza Generale in Albania (Tirana) al Comando Superiore Forze Armate Albania (Tirana), 8.8.1941.

zeigte sich insbesondere zwischen September 1939 und Juni 1940, als sich Ciano gegenüber dem Westen als verantwortungsbewusster Politiker inszenieren wollte.¹¹¹ So intervenierte er zugunsten jüdischer Studenten in Italien oder erleichterte die Ausreise deutscher, polnischer und tschechoslowakischer Juden über Italien, auch wenn die betroffenen Personen über keine Papiere verfügten. Ferner unterstützte das Außenministerium zusammen mit der amerikanischen Botschaft in Rom Hilfsorganisationen, die sich in der jüdischen Flüchtlingshilfe engagierten. Damit sabotierte der *Palazzo Chigi* aber indirekt die bisherige Kooperation zwischen den deutschen und italienischen Sicherheitsbehörden, als gefährlich eingestufte deutsche Juden aus Italien auszuliefern.¹¹² Und während der *Duce* im Februar 1940 das absolute Einreiseverbot und die Ausweisung aller ausländischer Juden bekräftigte, verwiesen Ciano und sein Mitarbeiter Vitetti schließlich noch im April 1940 auf Ausnahmeregelungen für ungarische und rumänische Juden.¹¹³ Dieser Konflikt spiegelte nicht zuletzt die Auseinandersetzungen zwischen dem Außenministerium und den faschistischen Interventionisten um Mussolini über einen Kriegseintritt wider.¹¹⁴

IV. Der *Palazzo Chigi* und die Ermordung der europäischen Juden 1941 bis 1943

Hatte die „Judenfrage“ in der italienischen Öffentlichkeit zum Jahreswechsel 1939/40 an Bedeutung verloren, so verstärkte sich der Antisemitismus mit dem Kriegseintritt erneut.¹¹⁵ Geschickt gelang es der faschistischen Propaganda, den Zweiten Weltkrieg als einen den Italienern vom „Judentum“ aufgezwungenen Krieg darzustellen und Niederlagen der jüdischen Bevölkerung anzulasten.¹¹⁶ Zudem wurde die antisemitische Stimmung dadurch verstärkt, dass die Juden vom Militärdienst ausgeschlossen waren. Im Schatten dieses sich verschärfenden Antisemitismus verbot die italienische Regierung den Juden unter anderem, Radios zu besitzen und Grenzregionen oder Hafenstädte zu besuchen.¹¹⁷ Im Juni 1940 befahl Polizeichef Arturo Bocchini die Verhaftung aller Juden im Alter von 18 bis 60 Jahren, die entweder aus Staaten mit antisemitischen Gesetzen kamen oder

¹¹¹ Vgl. Hof, Galeazzo Ciano, S. 335–337.

¹¹² USHMM, RG 40.004, Reel 51, Frame 101066, Ciano, Circolare N. 0008, 9.12.1938; USHMM, RG 40.004, Reel 52, Frame 103612-103614, Telegramma Ciano (Roma) a Regio Ministero Interno (Roma), Transito israeliti in Italia, 25.11.1939, und USHMM, RG 40.004, Reel 50, Frame 100801, Bastianini, Circolare N. 10, 27.2.1939.

¹¹³ USHMM, RG 40.002, Reel 1, Frame 1384, Ciano, Circolare N. 4, 13.1.1940; USHMM, RG 40.002, Reel 1, Frame 1305, Circolare N. 1754, Visti d'ingresso o di transito nel regno ad ebrei polacchi, 25.4.1940, und USHMM, RG 40.002, Frame 1316 f., Telegramma Vitetti (Roma) a Regia Ambasciata Londra, 18.5.1940.

¹¹⁴ Vgl. Hof, Galeazzo Ciano, S. 216–218 und S. 302–304.

¹¹⁵ Vgl. De Felice, *Jews and Fascist Italy*, S. 335, und Galimi, *New Racist Man*, in: Albanese/Pergher (Hrsg.), *Society of Fascists*, S. 155.

¹¹⁶ Vgl. De Felice, *Jews in an Arab Land*, S. 179 f., und Michaelis, *Mussolini and the Jews*, S. 292 f.

¹¹⁷ Vgl. Galimi, *New Racist Man*, in: Albanese/Pergher (Hrsg.), *Society of Fascists*, S. 157–159.

staatenlos waren.¹¹⁸ Im September 1940 gab es in Italien 15 Lager, in denen 1.650 der 3.000 nach Italien geflohenen Juden interniert waren.¹¹⁹ Außenminister Ciano trug diese Maßnahmen mit, war aber an ihrem Zustandekommen und ihrer Umsetzung nur am Rande beteiligt. Die Passivität Cianos und des Außenministeriums in dieser Phase sollte nur wenig überraschen, agierte der *Palazzo Chigi* generell auch auf anderen Politikfeldern in den ersten Kriegsmonaten zurückhaltend.

Konnte die italienische Regierung bis zum Kriegseintritt noch autonom über ihre Judenpolitik entscheiden, so stellte sich nach den militärischen Erfolgen im Frühjahr 1941 die Frage nach der Abstimmung mit dem deutschen Bündnispartner. Die ersten Massenerschießungen in Osteuropa durch Einsatzgruppen sowie die Beschlüsse der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 waren eindeutige Indizien, dass Berlin die Umsetzung der „Endlösung“ forcierte. Zudem forderten deutsche Behörden die Verbündeten auf, alle ausländischen Juden auszuliefern. Die Tatsache, dass Vichy-Frankreich, Kroatien oder Bulgarien den deutschen Forderungen nachkamen und so zu willigen Erfüllungsgehilfen beim Genozid an den europäischen Juden wurden, erhöhte den Druck auf Rom zusätzlich.¹²⁰ Die italienische Regierung zeigte zunächst wenig Kooperationswillen. Im Reichssicherheitshauptamt stellte man resigniert fest, dass die Juden in den italienischen Besatzungszonen „in keiner Weise behelligt werden“.¹²¹ Dies blieb auch den Betroffenen nicht verborgen, und um der Verfolgung zu entgehen, flohen über Tausende Juden in die von Italien besetzten beziehungsweise annektierten Regionen auf dem Balkan¹²² oder in Südfrankreich.¹²³

Die Forschung setzte sich bislang vor allem mit der Führung der 2. Armee unter General Mario Roatta im ehemaligen Jugoslawien auseinander, die eine Auslieferung der Juden ablehnte. Auch in Frankreich weigerten sich die italienischen Militärs, antijüdische Maßnahmen nach deutschem Vorbild wie das Tragen des Judensterns zu übernehmen. Ebenso unterbanden sie eine Auslieferung der Juden, wobei sie vielfach mit den Diplomaten vor Ort kooperierten, die als Verbindungsmänner zwischen Militärverwaltung und Außenministerium fungierten. Zu nennen wären Vittorio Castellani und Raffaele Casertano auf dem Balkan oder

¹¹⁸ Vgl. New York Times vom 30.8.1939: „Diplomatic Front engages Mussolini“, und Galimi, New Racist Man, in: Albanese/Pergher (Hrsg.), Society of Fascists, S. 157.

¹¹⁹ Vgl. Michaelis, Mussolini and the Jews, S. 292.

¹²⁰ Zu Frankreich: USHMM, RG 40.002, Reel 2 und Reel 3. Vgl. auch Michael R. Marrus/Robert O. Paxton, Vichy France and the Jews, New York 1981, S. 363 f., und Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München/Zürich 1998, S. 496 f.

¹²¹ BArchB, R58/9487, Frame 950168, Lage in Dalmatien und Montenegro, Berlin, 31.7.1941, und BArchB, R58/9482, Frame 410336, Italienische Gegenarbeit gegen die Interessen des Reiches, Berlin, 28.8.1941.

¹²² USHMM, RG 40.003, Folder 12, Fiche 1, Telegramma De Renzo a Ministero dell'Interno et. al. (Roma), Ingresso clandestine di ebrei nel Regno della frontiera italo-croata, 31.8.1941. Allgemein vgl. Knox, Italien.

¹²³ Vgl. Longerich, Politik der Vernichtung, S. 526 f.

der italienische Generalkonsul in Nizza, Alberto Calisse.¹²⁴ Sie warnten ihre Vorgesetzten in Rom vor einem immensen Prestigeverlust für Italien und seine Armee; sie dokumentierten Selbstmorde von Juden, die eine Auslieferung fürchteten, und sie stellten den Nutzen einer möglichen Internierung der Juden in Frage.¹²⁵

Welche Rolle spielten nun Außenminister Ciano und seine Mitarbeiter im *Palazzo Chigi*? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den Vorkriegsjahren können festgestellt werden? Zwar hatten sich die Machtverhältnisse im faschistischen Regime zunächst zuungunsten des *Palazzo Chigi* verschoben, doch aufgrund der militärischen Erfolge der „Achse“ erhöhte sich die Anzahl der Juden, für die das Außenministerium nominell zuständig war. Dies galt für ausländische Juden in den besetzten und annektierten Gebieten ebenso wie für italienische Juden, die sich in von Bündnispartnern kontrollierten Gebieten befanden.

Als im Frühjahr 1942 die ersten Deportationszüge Paris in Richtung Osten verließen, stellte Botschafter Gino Buti gegenüber französischen und deutschen Stellen unmissverständlich klar, dass nur Rom über das Schicksal italienischer Juden zu entscheiden habe.¹²⁶ Während die Deutschen versicherten, italienische Juden seien von den Maßnahmen ausgenommen, begannen französische Behörden, deren Besitz zu beschlagnahmen.¹²⁷ Als der *Palazzo Chigi* davon erfuhr, intervenierte er unverzüglich und unterstrich erneut, dass solche Aktionen – wenn überhaupt – nur von italienischen Behörden angeordnet werden dürften. In Tunesien bat das italienische Außenministerium sogar schweizerische Diplomaten, die Rechte der Italiener gegenüber der Vichy-Regierung zu wahren.¹²⁸

¹²⁴ Im Dezember 1942 lebten in Nizza bis zu 20.000 Juden, im Sommer 1943 waren es 30.000. Viele erhofften sich in einem von Italien kontrollierten Gebiet mehr Sicherheit und Überlebenschancen als in anderen Regionen Europas; gar als ein „politisches und kulturelles Zentrum“ der Juden in dieser Zeit bezeichneten Marrus/Paxton, *Vichy France*, S. 317–319, Nizza. Auch: USHMM, RG 40.002, Reel 2, Frame 2245-2247, Calisse, *Gli ebrei e l'occupazione militare italiana*, 15.12.1942.

¹²⁵ USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10164, Telegramma Castellani (Sussak) a Pietromarchi (Roma), 11.9.1942; USHMM, RG 40.014, Fiche 1, 14, Supreme Command to the Ministry of Foreign Affairs, 10.10.1942; USHMM, RG 40.014, Fiche 1, 22, Lettera a Ciano, 6.11.1942; USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 9998-10001, Comando dei Carabinieri Reali del V Corpo d'Armata a Comando del V Corpo d'Armata, Internamento degli ebrei residenti nella 2 Zona, 8.11.1942, und USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 9997, Telegramma Castellani a Ministero degli Affari Esteri, Casi di suicidio tra gli ebrei della 2 Zona, 18.11.1942. Vgl. auch Benjamin Wood, *Defying Evil. How the Italian Army saved Croatian Jews during the Holocaust*, New York 2012, S. 83 f.

¹²⁶ Vgl. Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 494.

¹²⁷ USHMM, RG 40.002, Reel 2, Frame 2169, Telegramma Buti (Roma) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), *Misure antiebraiche*, 18.3.1942, und USHMM, RG 40.002, Reel 2, Frame 2168, Telegramma Buti (Roma) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), *Stella gialla per gli ebrei in Francia*, 4.6.1942.

¹²⁸ USHMM, RG 40.002, Reel 5, Frame 9092-9103, Telegramma Consolato Generale di'Italia (Tunisia), *Statuto degli ebrei in Tunisia*, März 1942; USHMM, RG 40.002, Reel 2, Frame 2171, Telegramma Ministero degli Affari Esteri (Roma) a Buti (Parigi), *Nomina di amministratore provvisorio delle attività patrimoniali di israeliti di nazionalità italiana in Francia*, 28.4.1942; USHMM, RG 40.002, Reel 5, Frame 9123-9125, Telegramma Ciano (Roma) a Regia Rappresentanza d'Italia (Parigi) et. al., *Ebrei italiani in Francia, in Tunisia e nel Marocco*,

Im September 1942 gab Carltheo Zeitschel, als „Judenreferent“ eine zentrale Figur bei der „Endlösung“ in Frankreich, bekannt, dass zukünftig auch italienische Juden deportiert werden sollten.¹²⁹ Der *Palazzo Chigi* reagierte empört und bestand weiterhin auf den bisher geltenden Absprachen.¹³⁰ Als 20 italienische Juden aus der deutschen Besatzungszone deportiert wurden und einer von ihnen zu Tode kam, forderte Ciano persönlich die sofortige Rückkehr der übrigen Deportierten. Als Gegenleistung wollte er dafür sorgen, dass keine ausländischen Juden mehr in Gebiete einreisen konnten, die von italienischen Streitkräften kontrolliert wurden.¹³¹ Den deutschen Behörden war die Intransigenz, mit welcher der *Palazzo Chigi* die italienischen Juden weltweit unter seinen Schutz stellte, ein Dorn im Auge. Sie bezichtigten Ciano, die deutsche „Endlösung“ absichtlich zu sabotieren,¹³² zumal sich andere Nationen die Haltung des *Palazzo Chigi* zum Vorbild nahmen, um eigene Juden vor der Deportation zu bewahren.¹³³

Im Dezember 1942 forderte deshalb Albert Prinzing, Mitarbeiter des Italien-Referats des Auswärtigen Amts, „Italien [...] zu einer radikalen Lösung der Judenfrage“¹³⁴ zu zwingen – eine Empfehlung, die zwei Monate später in die Tat umgesetzt wurde. Sämtliche Juden, gleich welcher Nationalität, sollten nun aus Deutschland und den von der Wehrmacht besetzten Gebieten deportiert werden. Italienische Proteste wurden zurückgewiesen; es stehe Rom frei, jüdische Staatsbürger nach Italien heimzuholen. Berlin ging davon aus, dass die italienische Regierung auf diesen Vorschlag nicht eingehen wollte, da dies das Projekt eines Italiens ohne Juden gefährdet und womöglich antisemitische Ausschreitungen provoziert hätte.¹³⁵

Zur Überraschung der Deutschen übermittelte D’Ajeta im Auftrag Cianos Anfang Februar 1943 eine Liste von Kriterien für die Rückkehr italienischer Juden in die Heimat: Italienische Juden mit gültigem Reisepass konnten demnach sofort nach Italien zurückkehren; abgelaufene Pässe galten für die Rückreise, sofern

28.5.1942, und USHMM, RG 40.002, Reel 5, Frame 9130 f., Telegramma Buti (Roma) a Ministero Affari Esteri (Roma), 10.7.1942.

¹²⁹ USHMM, RG 40.002, Reel 2, Frame 2221, Telegramma Buti (Parigi) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), Misure antiebraiche nella zona occupata, 29.9.1942.

¹³⁰ USHMM, RG 40.002, Reel 4, Frame 6149-6151, Ebrei italiani in Francia, Tunisia e Marocco, o. D.; PAAA, Inland II geheim, Bd. R100872, Aufzeichnungen Luther, 17.9.1942; USHMM, RG 40.002, Reel 4, Frame 5988-5990, Ministero degli Affari Esteri, Appunto, Roma, o. D.

¹³¹ USHMM, RG 40.002, Reel 2, Frame 2225, Telegramma Ciano (Roma) a Regia Ambasciata (Berlino) et. al., 11.12.1942.

¹³² Zit. nach dem Dokument „Telegram Ribiere (Nice) to Secretary-General for the Police, 14.1.1943“, in: Jews under the Italian Occupation, Dok. 2, S. 51–55, hier S. 54.

¹³³ FDR Library, Sumner Welles Papers, Box 79, Folder: Harrison, Leland, 1942, R. Lichtheim, Dr. Rieger, Aide Memoire concerning the persecution of the Jews of Europe, Geneva, 22.10.1942; USHMM, RG 58.003, Reel 25, Telegram Legation de Suisse en Grèce (Athènes) an Abteilung für Auswärtiges des Eidgenössischen Politischen Departments (Bern), 27.5.1943. Vgl. auch Marrus/Paxton, Vichy France, S. 320.

¹³⁴ PAAA, Inland II Geheimakten, Bd. R101084, Fiche 2796, E050155, Prinzing (Berlin), Die Lage Italiens im Dezember 1942.

¹³⁵ Vgl. Marrus/Paxton, Vichy France, S. 318. Zur antisemitischen Stimmung vgl. Galimi, New Racist Man, in: Albanese/Pergher (Hrsg.), Society of Fascists, S. 161 f.

das Innenministerium in Rom zustimme; Juden ohne Pass durften mit Einwilligung des Innenministeriums ebenfalls zurückkehren. Zurückbleibende materielle Güter seien Eigentum Italiens.¹³⁶ Trotz Einbindung des Innenministeriums eröffneten sich den Diplomaten vor Ort dadurch neue Handlungsspielräume; welche Erfolgchancen sie besaßen, ist schwer zu sagen, da schon der weitere Kriegsverlauf jegliche Rückkehr massiv erschwerte.¹³⁷ Jedoch konterkarierte die italienische Diplomatie die Vernichtungspläne der deutschen Verbündeten, auch wenn der *Palazzo Chigi* damit das Ziel aufgab, Italien „judenfrei“ zu machen.

Wie verhielt es sich mit den ausländischen Juden in den von Italien kontrollierten Gebieten? Am 18. August 1942 teilte der deutsche Gesandte Otto II. von Bismarck Kabinettschef D'Ajeta mit, dass Berlin und Zagreb die etwa 50.000 kroatischen Juden – inklusive derjenigen, die in von Italien besetzten Gebieten lebten – in den Osten deportieren wollten, um sie dort zu eliminieren.¹³⁸ D'Ajeta fürchtete freilich, eine derartige Aktion könnte unnötige Spannungen mit den Einheimischen auslösen und die Sicherheit der italienischen Truppen in den besetzten Gebieten gefährden.¹³⁹ Diese Einschätzung teilten die Militärs vor Ort. Das Gesprächsprotokoll, das dem *Duce* wenige Tage später vorgelegt wurde, erwähnte die geplante Deportation und Ermordung der kroatischen Juden; die Rolle, die Italien dabei spielen sollte, wurde jedoch genauso verschwiegen wie D'Ajetas ablehnende Haltung. Verantwortlich dafür zeichnete Ciano.¹⁴⁰ Mussolini wurde somit lediglich um eine Stellungnahme zu den deutschen Plänen gebeten, der daraufhin „nichts einzuwenden“ (*nulla osta*) auf das Dokument schrieb.¹⁴¹

Da das Dokument nicht explizit eine Kooperation mit Berlin vorschlug, wahrte der *Palazzo Chigi* einen gewissen Ermessensspielraum, der sich bereits in einer ersten Stellungnahme des Ministeriums an das Oberkommando der Streitkräfte zeigte. Dort stand zu lesen, Mussolini habe sich nur auf die geflüchteten Juden bezogen, obwohl eine derartige Einschränkung in dem Memorandum fehlte, in dem explizit von allen kroatischen Juden die Rede war.¹⁴² Des Weiteren schlugen die Beamten zunächst eine Internierung der betroffenen Juden vor, wobei sie die Umsetzung dem Militär überließen. Offensichtlich war der *Palazzo Chigi* auf der einen Seite bemüht, Mussolinis unspezifisches *nulla osta* weiterzuleiten, ohne sich

¹³⁶ PAAA, Büro des Staatssekretariats, Italienreferat, R 29638, Mackensen, Rom, an AA, Berlin, 3.2.1943; USHMM, RG 40.014, Fiche 1, 31, Telegram (Ciano) to R. Embassy Berlin et. al., Repatriation of Italian Jews, 3.2.1943.

¹³⁷ Vgl. Marrus/Paxton, *Vichy France*, S. 320.

¹³⁸ Wood, *Defying Evil*, S. 65–67, behauptete, dass die Italiener erst jetzt Kenntnis von der „Endlösung“ erhielten. Knox, *Italien*, S. 90, wies daraufhin, dass italienische Diplomaten bereits vor dem Sommer 1942 Kenntnisse von der „Dimension des [deutschen] Mordprogramms“ besaßen.

¹³⁹ USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10134 f., D'Ajeta, Appunto, Roma, 18.8.1942.

¹⁴⁰ Vgl. Knox, *Italien*, S. 53 f., und Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 161. Das Dokument mit Cianos Anmerkungen findet sich in ASMAE, Gabinetto, b. 1507, fasc. AG Croazia 35, 10191 f., D'Ajeta, Appunto, Roma, 18.8.1942.

¹⁴¹ ASMAE, Gabinetto, b. 1507, fasc. AG Croazia 35, 10193, D'Ajeta, Appunto, Roma, 21.8.1942.

¹⁴² USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10189, Telegramma D'Ajeta (Roma) a Comando Supremo, Ebrei in Croazia, 29.8.1942.

mit der genauen Durchführung zu befassen. Auf der anderen Seite wollte das Außenministerium aber eine selbstständige Politik suggerieren.¹⁴³

Dass sich der *Palazzo Chigi* nicht von den ständigen Nachfragen der deutschen Behörden treiben ließ, machte D'AJeta bei einem neuerlichen Gespräch im Oktober deutlich. Er erläuterte Botschafter Hans Georg von Mackensen, dass Rom einer Abschiebung der italienischen Juden niemals zustimmen könne. Denn „die italienischen Juden [seien] in erster Linie [...] italienische Staatsangehörige [...], die Anspruch auf den gleichen Schutz hätten wie die übrigen Italiener“.¹⁴⁴ Man müsse jedoch zunächst einmal die Staatsangehörigkeit der internierten Juden feststellen. Die Kriterien zur Feststellung der Staatsbürgerschaft, die Ciano im Oktober 1942 persönlich an das Militär übermittelte, waren dabei relativ weit gefasst.¹⁴⁵

Im Dezember 1942 waren die Internierung der Juden in Dalmatien sowie die Überprüfung der Staatsangehörigkeit abgeschlossen.¹⁴⁶ Vielfach wurde argumentiert, dass die Italiener lediglich auf Zeit gespielt hätten, da eine Auslieferung der Juden niemals geplant gewesen sei.¹⁴⁷ Allerdings gibt es keine Belege dafür, dass eine Deportation der nicht-italienischen Juden kategorisch ausgeschlossen war. Die folgenden Ereignisse legen jedoch zumindest nahe, dass das Außenministerium nicht an einer raschen Auslieferung interessiert war: Nach Abschluss der Internierungen informierte der *Palazzo Chigi* Botschafter Mackensen, dass eine Verlegung der Juden an einen anderen Ort noch nicht veranlasst worden sei. Den

¹⁴³ USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10116, Ministero degli Affari Esteri, Nota verbale Roma, 26.10.1942.

¹⁴⁴ Zit. nach Der Botschafter in Rom von Mackensen an das Auswärtige Amt, Rom, 11.10.1942, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik (künftig: ADAP) 1918–1945, Serie E: 1941–1945, Bd. 4: 1. Oktober bis 31. Dezember 1941, Göttingen 1975, Dok. 38, S. 67 f., hier S. 67. Zu den deutschen Nachfragen und der ausweichenden Reaktion des Außenministeriums; USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10146 f., Telegramma Ciano (Roma) a Comando Supremo, 7.10.1942; USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10115, Regia Ambasciata di Germania, Nota verbale, Roma, 14.10.1942, und USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10101 f., Ministero degli Affari Esteri, Appunto, Roma, o. D.

¹⁴⁵ Die Kriterien erstellte Tommaso Perassi, Professor für internationales Recht, der extra von der Rechtsabteilung des „Palazzo Chigi“ engagiert worden war. Demnach galten alle Juden als italienische Staatsbürger, die entweder in einem von Italien annektiertem Gebiet geboren wurden oder sich dort schon seit längerer Zeit aufhielten. Die genaue Dauer wurde nicht festgeschrieben. Auch Juden, die in den annektierten Gebieten Verwandte bis zum dritten Grad vorweisen konnten oder in den besagten Regionen seit längerem – erneut wurde dies nicht genauer definiert – Immobilien besaßen, galten als italienische Staatsbürger. Und letztlich sollten auch Personen ein Anrecht auf italienische Staatsbürgerschaft haben, die sich verdienstvoll gegenüber den Besatzungstruppen verhalten hatten; USHMM, RG 40.014, Fiche 1, 15, Telegramma Comando Superiore Forze Armate „Slovenia-Dalmazia“ al Comando del V. Corpo d'Armata et. al., 17.10.1942.

¹⁴⁶ USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10002 f., Telegramma Castellani (Sussak) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), 18.11.1942; USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 9976 f., Comando Superiore FF. AA. „Slovenia e Dalmazia“, Sistemazione, disciplina campi di concentramento ebrei, 1.12.1942, und USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10075, Telegramma Castellani (Sussak) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), Statistiche degli internati ebrei, 18.12.1942.

¹⁴⁷ Vgl. Wood, *Defying Evil*, S. 63.

deutschen Vorschlag, die Juden über Triest abzutransportieren, lehnte Ciano unter Hinweis auf fehlende Transportmittel ab.¹⁴⁸ Auch der *Duce* willigte während eines Gesprächs mit General Roatta ein, die internierten Juden bis zum Frühjahr 1943 nicht auszuliefern – vorausgesetzt, sie würden ihre kroatische Staatsbürgerschaft ablegen und ihr Vermögen an Italien abtreten.¹⁴⁹

Mit seiner Haltung brüskierte das Außenministerium nicht nur Berlin, sondern auch die Verbündeten in Vichy und Zagreb. Pierre Laval beklagte sich, dass eine konsequente Judenpolitik aufgrund der italienischen Obstruktion nicht möglich sei, da Rom ausländische Juden beschütze.¹⁵⁰ Der *Palazzo Chigi* erwiderte lediglich, dass Rom nicht nur für die italienischen Juden weltweit zuständig sei, sondern auch für alle Juden in von Italien kontrollierten Gebieten. Indirekt sprach er damit Vichy die Zuständigkeit für französische Juden ab und machte somit deutlich, dass Vichy-Frankreich nicht als gleichrangiger Verbündeter galt.¹⁵¹

Das Ringen um das Schicksal der Juden in Kroatien steht stellvertretend für das Agieren des Außenministeriums gegenüber ausländischen Juden in den Besatzungsgebieten. Der *Palazzo Chigi* nutzte 1942/43 seinen Gestaltungsspielraum und filterte die deutschen Forderungen, die an den *Duce* weitergegeben wurden; darüber hinaus interpretierte er deren konkreten Zuschnitt um und pochte auf die Souveränitätsrechte Italiens. Bei den Vorschlägen, die an die eigenen Gesandten und das Oberkommando übermittelt wurden, handelte es sich in erster Linie um Richtlinien; die genaue Durchführung wurde dem Militär überlassen. Dieses Vorgehen spiegelte nicht nur die realen Machtverhältnisse in den besetzten Territorien wider, wo die Armee zur Bekämpfung von Aufständen die Verwaltung übernommen hatte. Vielmehr offenbart es eine – zumindest stillschweigende – Abstimmung zwischen dem *Palazzo Chigi* und der Führung der 2. Armee, deren ablehnende Haltung gegenüber einer Deportation der Juden im Außenministerium bekannt war. Obwohl das Ministerium flexibler agierte, so waren sich die Militärs vor Ort und die Verantwortlichen im Ministerium in ihrer grundsätzlichen Ablehnung einig.¹⁵² Unterstützung erhielten sie vom Vatikan, der im November 1942 direkt beim *Palazzo Chigi* mit der Bitte vorstellig wurde, keine Juden auszulie-

¹⁴⁸ USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10069, Appunto, 9.12.1942.

¹⁴⁹ Vgl. Knox, Italien, S. 63.

¹⁵⁰ USHMM, RG 40.002, Reel 3, Frame 4087 f., Telegramma Buti (Parigi) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), 14.1.1943.

¹⁵¹ USHMM, RG 40.002, Reel 2, Frame 2250-2252, Telegramma D'Ajeta (Roma) a Comando Supremo et. al., Internamento di ebrei nella Francia Meridionale occupata, 29.12.1942.

¹⁵² USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10032, Telegramma Ciano (Roma) a Bastianini (Zara), 3.6.1942. Ein Beispiel dieser Abstimmung ereignete sich Ende September 1942 als Roatta erklärte, dass sich italienische Soldaten bei einer möglichen Auslieferung der Juden nicht beteiligen sollten. Die Internierung und den Transport sollten „die kroatischen Behörden [...] in eigener Verantwortung organisieren“; zit. nach Knox, Italien, S. 58 f. Auch: USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10163, Telegramma Comando Supremo a Ministero degli Affari Esteri (Roma), 15.10.1942. Roatta versuchte sich, wie dies Knox, Italien, S. 58 f., beschrieb, sicher von jeglicher Mitschuld freizusprechen. Aber seine Weigerung traf eben auch einen wunden Punkt beim Außenministerium, das stets die Hoheitsrechte gegenüber kroatischen und deutschen Behörden verteidigte und eine autonome Besatzungspolitik verfolgte.

fern.¹⁵³ Diese heterogene Allianz erlaubte es, die Deportation der Juden zu verhindern, wie sie damals unter anderem Bastianini forderte. Der Gouverneur von Dalmatien hatte immer wieder darauf verwiesen, dass die jüdischen Flüchtlinge eine Gefahr für die Sicherheit in den Besatzungsregionen darstellten.¹⁵⁴

Welche Gründe lassen sich nun anführen, die das Handeln der Beamten im Außenministerium erklären? Weshalb kooperierten sie mit der örtlichen Militärführung und lenkten die italienische Judenpolitik in den besetzten Gebieten in eine bestimmte Richtung? War es wirklich nur die Hoffnung auf eine mildere Behandlung seitens der Alliierten nach Kriegsende? Einige Ungereimtheiten lassen Zweifel am Alleinstellungsanspruch dieses Arguments aufkommen: So trat die Mehrheit der Diplomaten im *Palazzo Chigi* erst Ende des Jahrs 1942 für einen Separatfrieden mit den Westmächten ein.¹⁵⁵ Sie intervenierten aber bereits zugunsten italienischer Juden in Tunesien und Frankreich im Frühsommer 1942, als erste Informationen über das Schicksal der Juden vorlagen.¹⁵⁶ Und konnten die Italiener tatsächlich auf Milde hoffen, wo sie doch jeden Widerstand in den besetzten Territorien rücksichtslos zu unterdrücken versuchten, Frauen und Kinder erschießen ließen und Tausende einem grausamen Hungertod auslieferten?¹⁵⁷ Warum sahen Diplomaten in der Verhaftung der Juden eine Gefahr für das italienische Ansehen, während sich Soldaten gleichzeitig damit brüsten konnten, Zivilisten ermordet zu haben?¹⁵⁸ Und weshalb lässt sich bei der „Judenfrage“ im ehemaligen Jugoslawien ein gewisses Taktieren feststellen, während der *Palazzo Chigi* die deutschen Forderungen in Frankreich sofort zurückwies? Welche Motive spielten eine Rolle, auch ausländische Juden vor einer Deportation zu bewahren? Welche Faktoren führten schließlich dazu, dass der *Palazzo Chigi* das ursprüngliche Ziel aufgab, alle Juden aus Italien zu vertreiben, und gar ihre Rückkehr in Betracht zog?

Der Mangel an persönlichen zeitgenössischen Aufzeichnungen erschwert es, die Motive der Diplomaten im *Palazzo Chigi* exakt zu eruieren. Mit Sicherheit spiel-

¹⁵³ USHMM, RG 40.014, Fiche 1, 21, Telegramma Guariglia (Vatican) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), 5.11.1942. Vgl. auch Wood, *Defying Evil*, S. 67.

¹⁵⁴ USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10030 f., Telegramma Ciano (Roma) a Raimondo Giustiniani (Zagabria), 3.6.1942, und USHMM, RG 40.014, Fiche 1, 14, Supreme Command to the Ministry of Foreign Affairs, 10.10.1942. Vgl. auch Frank P. Verna, *Notes on Italian Rule in Dalmatia under Bastianini, 1941–1943*, in: *The International History Review* 12 (1990), S. 528–547, hier S. 537. Bastianini war zudem bereits als Botschafter in Warschau (1932–1936) für seine antijüdische Haltung bekannt geworden. So forderte er im Jahr 1934 vergeblich, dass die Anzahl polnischer Juden an den italienischen Universitäten limitiert werden müsse; USHMM, RG 40.004, Reel 51, Frame 101059 f., Lettera Bastianini (Varsavia) a Mussolini (Roma), 5.3.1934.

¹⁵⁵ Tagebucheintrag Cianos 24.6.1942, in: NA, GFM 36/644. Zu den Friedensfühlern vgl. Hof, *Galeazzo Ciano*, S. 382.

¹⁵⁶ Vgl. Knox, *Italien*, S. 90.

¹⁵⁷ Vgl. Rodogno, *Empire*, S. 332–334.

¹⁵⁸ ASMAE, Gabinetto, b. 1507, fasc. AG Croazia 35, 10017 f., Telegramma Castellani (Sussak) a Ministero Affari Esteri (Roma), 23.6.1942, und USHMM, RG 40.002, Reel 6, Frame 10020, Telegramma D'Ajeta (Roma) a Regia Legazione (Zagabria) et. al., 28.6.1942. Vgl. auch Knox, *Italien*, S. 62.

ten die strategischen und politischen Rahmenbedingungen eine Rolle; aber auch humanitäre Überlegungen sollten nicht vorschnell ausgeschlossen und pauschal als Geschichtsverfälschung diskreditiert werden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich im Folgenden einige Faktoren anführen, die zu weiteren Diskussionen anregen und womöglich einige der oben aufgeworfenen Fragen beantworten können: Bislang wurde kaum berücksichtigt, dass die jüdische Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt eine Bedrohung für die italienische Besatzungsherrschaft darstellte; Bastianinis Behauptung, dass Juden per se die öffentliche Ordnung gefährdeten, fand im *Palazzo Chigi* kein Gehör. Tatsächlich befand sich die italienische Armee seit dem Frühjahr 1941 in einem Guerillakrieg, der mit grausamer Rücksichtslosigkeit geführt wurde.¹⁵⁹ Die Diplomaten im *Palazzo Chigi* stimmten mit der Führung der 2. Armee überein, dass alle Ressourcen in die Bekämpfung der Aufstände gesteckt und nicht für aufwendige Deportationsmaßnahmen verschwendet werden sollten. Deportationen, so die Überzeugung, würden die öffentliche Ordnung noch stärker gefährden. Das Argument zielte aber nicht nur auf Bastianini; angesichts der bereits angespannten Situation glaubte man auch, das einzige überzeugende Argument gefunden zu haben, dem sich keiner verschließen konnte – eine Strategie, die selbst bei Mussolini kurzfristig erfolgreich war.

Ferner dürften Cianos Kriterien zur Staatsbürgerschaft auch politisch motiviert gewesen sein. Indem selbst kroatischen Juden, die seit mehreren Generationen in den annektierten Gebieten lebten, die italienische Staatsbürgerschaft zuerkannt werden sollte, unterstrich der *Palazzo Chigi* Roms angeblich legitimen Machtanspruch auf diese Regionen. Damit wurden nicht nur überkommene irredentistische Forderungen aufgegriffen, die seit den Einigungskriegen im kollektiven Gedächtnis Italiens verankert waren. Auch die kroatische Regierung sollte erfahren, dass Rom nicht an eine Aufgabe der neu erworbenen Gebiete dachte – ein Punkt, den Ciano immer wieder gegenüber Ante Pavelić deutlich machte.¹⁶⁰

In Cianos Haltung gegenüber Pavelić spiegelte sich auch die rassistische Gesinnung des Außenministers. Seine Weigerung, mit den Kroaten auf dem Feld der Judenpolitik zusammenzuarbeiten, war nicht nur Ausdruck eines allgemeinen Misstrauens gegenüber den Ustascha. Vielmehr belegt sie auch, dass er eine Kooperation mit Slawen auf Augenhöhe ausschloss – und schon gar nicht gewillt war, Empfehlungen oder Ratschläge anzunehmen. Dieses Weltbild mag auch erklären, weshalb der *Palazzo Chigi* zunächst die antisemitischen Maßnahmen mittrug, wurden doch die Juden oft mit Feindbildern wie den Slawen, den Sozialisten und den Antifaschisten in Verbindung gebracht. Selbst 1942 scheint die Haltung einiger Diplomaten davon beeinflusst worden zu sein. Denn während der *Palazzo Chigi* auf dem Balkan die Forderungen der Kroaten und Deutschen nur zögerlich

¹⁵⁹ Vgl. Tobias Hof, *Extreme Violence and Military Identity. The Italians on the Balkans (1941–1943)*, in: *Zeitschrift für Genozidforschung* 16 (2018), S. 57–84.

¹⁶⁰ Zu den italienisch-kroatischen Beziehungen vgl. Mario Jareb, *The NDH's Relations with Italy and Germany*, in: Sabrina P. Ramet (Hrsg.), *The Independent State of Croatia 1941–45*, London/New York 2007, S. 61–74.

umging, wies er in Frankreich alle Forderungen nach einer Auslieferung italienischer – aber auch ausländischer – Juden bis zum Sommer 1943 ohne Rücksprache mit Mussolini kategorisch zurück.¹⁶¹

V. Judenpolitik und polykratische Herrschaft

Nach Cianos Absetzung forderte Joachim von Ribbentrop Mussolini auf, die judenfreundliche Politik aufzugeben, woraufhin der *Duce* – jetzt auch Außenminister – entschiedene Aktionen gegen die Juden ankündigte.¹⁶² Jedoch änderten weder der *Palazzo Chigi* und Staatssekretär Giuseppe Bastianini den bisherigen Kurs, noch folgten die Armeeführung auf dem Balkan oder der Leiter des *Regio Ispettorato di Polizia Razziale* in den besetzten französischen Gebieten, Guido Lospinoso, diesen Anweisungen.¹⁶³ Noch im Juli 1943 mussten deutsche Sicherheitsbehörden resigniert feststellen, dass Italien nach wie vor eine „humane Lösung des Judenproblems anstrebe“.¹⁶⁴ Nach der Absetzung des *Duce* teilte der *Palazzo Chigi* den Deutschen schließlich mit, dass die Regierung Pietro Badoglio keine Juden ausliefern werde.¹⁶⁵ Angesichts der alliierten Erfolge gab es im Außenministerium sogar Überlegungen, jüdische Insassen aus dem Konzentrationslager Rab nach Italien zu evakuieren; Pläne, die jedoch aufgrund des Kriegsverlaufs nicht mehr umgesetzt wurden. Nach dem Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten am 8. September 1943 besetzte die Wehrmacht weite Teile Italiens und die einst von Rom kontrollierten Territorien; unverzüglich wurde mit Hilfe verbliebener italienischer Faschisten die Deportation der dort noch lebenden Juden eingeleitet.¹⁶⁶

¹⁶¹ Zur Situation in den von Italien kontrollierten französischen Gebieten vgl. auch Emanuele Sica, *Mussolini's Army in the French Riviera. Italy's Occupation of France*, Urbana u. a. 2016, S. 162–173.

¹⁶² Vgl. Knox, *Italien*, S. 64. Ribbentrop wollte bereits seit längerem persönlich mit Mussolini oder Ciano über die „Judenfrage“ reden; vgl. Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Luther, Berlin, 24.9.1942, in: ADAP 1918–1945, Serie E: 1941–1945, Bd. 3: 16. Juni bis 30. September 1942, Göttingen 1974, Dok. 307, S. 526, und Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Luther, Berlin, 6.10.1942, in: ADAP, Serie E, Bd. 4, Dok. 12, S. 24–27, hier S. 27.

¹⁶³ USHMM, RG 40.002, Reel 3, Frame 4129-4132, Telegramma Buti (Parigi) a Ministero degli Affari Esteri (Roma), Rimpatrio ebrei, 20.3.1943; USHMM, RG 40.002, Reel 3, Frame 4133 f., Telegramma Vidau (Roma) a Ministero Interno (Roma) 2.4.1943, und USHMM, RG 40.002, Reel 3, Frame, 4138-4140, Telegramma Bastianini (Roma) a Regia Ambasciata (Berlin), 5.3.1943. Vgl. auch Luca Fenoglio, *Between Protection and Complicity*. Guido Lospinoso, Fascist Italy, and the Holocaust in Occupied Southeastern France, in: *Holocaust and Genocide Studies* 33 (2019), S. 90–111; Knox, *Italien*, S. 65 f.; Marrus/Paxton, *Vichy France*, S. 318; Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 161, und Sica, *Mussolini's Army*, S. 168–170.

¹⁶⁴ BAArch, R70-FRANKREICH/23, Bl. 1702, SS-Gruppenführer Oberg, Paris, an den Reichsführer SS, 1.7.1943.

¹⁶⁵ Vgl. Jacques Sabille, *Attitude of the Italians to the Persecuted Jews in Croatia*, in: *Jews Under the Italian Occupation*, S. 131–150, hier S. 149.

¹⁶⁶ Vgl. Rodogno, *Empire*, S. 354 f., und zur Geschichte Griechenlands: portal.chri-project.eu/countries/gr [1.2.2018].

Der skizzenhafte Überblick über die Judenpolitik des Außenministeriums nach Cianos Entlassung lässt den Schluss zu, dass der *Palazzo Chigi* in der „Judenfrage“ als Institution agierte. Das Ministerium folgte dabei weniger der politischen Führung als einer von zahlreichen Faktoren geformten eigenen Institutionslogik und -dynamik, die sich auch nach dem Wechsel an der Spitze des Ministeriums nicht wesentlich wandelte. Im Gegenteil: Sie erfasste selbst einstige Hardliner wie Bastianini. Wie lassen sich diese Faktoren abschließend zusammenfassen, auf denen diese Institutionslogik beruht?

Das Ministerium verhielt sich niemals neutral oder gar gleichgültig und rechtfertigte die Rassegesetze Italiens ebenso wie die der Verbündeten. Der *Palazzo Chigi* unterstützte die Exklusion der Juden aus der italienischen Gesellschaft und plädierte für ein Italien ohne Juden. Sobald jedoch negative außenpolitische und wirtschaftliche Konsequenzen drohten, befürwortete der *Palazzo Chigi* eine moderatere Anwendung der Rassegesetze. Letztlich war die Judenpolitik nur ein Bestandteil der Strategie des *Palazzo Chigi*, um das eigentliche außenpolitische Ziel zu erreichen: den Aufbau eines Imperiums im Mittelmeerraum.¹⁶⁷

Anhand der beschriebenen Fallbeispiele ließ sich zeigen, dass die Diplomaten im *Palazzo Chigi* eine teils exzessive Diskriminierung der Juden förderten, ohne aber die Ermordung der jüdischen Bevölkerung zu befürworten. Welche Motive lassen sich hierfür anführen? MacGregor Knox, der vor allem politische Faktoren hervorhob, stellte treffend fest, dass „die Reaktion des faschistischen Italien auf das Programm des Völkermords [...] vor allem die Komplexität menschlicher Motivation“ widerspiegelt.¹⁶⁸ In der Tat dürfte es ein Konglomerat ganz unterschiedlicher Beweggründe gewesen sein, die sich teils überlappten und gegenseitig bedingten. Sie reichten von strategischen und wirtschaftlichen Überlegungen über eine teils schwer zu greifende Geisteshaltung der Humanität, eine zynisch-pragmatische Kosten-Nutzen-Rechnung bis hin zu inner-italienischen Machtkämpfen. Aber auch die mentale Disposition führender Diplomaten des Außenministeriums in Rassefragen muss berücksichtigt werden, steckte sie doch die Koordinaten für die eigentliche Judenpolitik ab.

Dies bringt uns zurück zu der eingangs beschriebenen Forschungsdebatte: Kann eine unterschiedliche Form des vorherrschenden Antisemitismus als zentrales Unterscheidungsmerkmal zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus gelten? Aristotle Kallis argumentierte, dass der biologistische Antisemitismus deutscher Prägung als transnationales Phänomen zu begreifen sei. Denn nur so könne die Kooperation anderer faschistischer Regime und Bewegungen (unter anderem Kroatien und die Niederlande) bei der „Endlösung“ erklärt werden. Kallis betonte aber auch, dass nationale Wurzeln der Judenfeindlichkeit eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime be- oder gar verhindern konnten. Dies war nach Kallis offenbar bei Italien der Fall, da das Land nicht in seiner Liste kooperativer Staaten auftaucht, wobei hier die hierarchische

¹⁶⁷ Library of Congress, Cordell Hull Papers, Reel 16, Telegram Phillips (Rome) to Hull (Washington), 2.9.1938, S. 2.

¹⁶⁸ Knox, Italien, S. 90.

Struktur der faschistischen Kriegsbündnisse ebenso in Rechnung zu stellen ist wie die herausgehobene Stellung von Mussolinis Italien.¹⁶⁹

Diese Überlegung spielt nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Debatte um die unterschiedliche Qualität des Antisemitismus südlich und nördlich der Alpen eine Rolle. Hier ist unter anderem argumentiert worden, dass man die rhetorischen Abgrenzungsversuche beider Regime nicht überbewerten dürfe. Sie hätten lediglich zur eigenen Identitätsbildung gedient und eine enge Zusammenarbeit in der „Judenfrage“ nicht unterbunden. Diskursanalytische Ansätze stoßen jedoch an ihre Grenzen, wenn es darum geht, die faschistische Judenpolitik zu erklären, zumal die nationalsozialistische Vernichtungspolitik zumeist ebenso ausgeblendet bleibt wie die zentrale Frage, wann und weshalb bestimmte Strömungen oder Experten des Antisemitismus in Italien wirkungsmächtig wurden.

Wie aus diesem Aufsatz deutlich wird, ordneten die Diplomaten im *Palazzo Chigi* die Kooperation mit den deutschen Behörden bei der Judenverfolgung eigenen Interessen unter; in den letzten Monaten vor Mussolinis Sturz torpedierten sie die „Endlösung“ sogar. Ihr Widerstand wurde größer, je stärker die Deutschen auf eine Auslieferung der Juden drängten. Dass dabei die Vehemenz, mit der die Deutschen die Vernichtung vorantrieben, mit der immer schwierigeren militärischen Situation korrespondierte, ist heute unbestritten.¹⁷⁰ Während die NS-Führung vor einer möglichen Niederlage mit aller Macht versuchte, so viele europäische Juden wie möglich zu ermorden, bewirkte das Schwenden der Siegeszuversicht im *Palazzo Chigi* das Gegenteil: Juden kamen zumindest in den besetzten kroatischen und französischen Gebieten 1942/43 in den Genuss italienischer Protektion.

Kallis' These sowie die hier analysierten Fallbeispiele sind Indizien dafür, dass führende Mitarbeiter im italienischen Außenministerium mit der Idee eines biologisch fundierten Antisemitismus wenig anfangen konnten, der auf die präventive Beseitigung einer angeblich tödlichen Gefahr zielte, die von den Juden ausgehen sollte.¹⁷¹ In oft nur situativen Allianzen mit Akteuren wie dem Vatikan oder Teilen des Militärs hintertrieben sie eine Zusammenarbeit zwischen Italien und dem Deutschen Reich bei der Vernichtung der europäischen Juden. Allerdings kennen wir noch nicht das ganze Bild, so dass intensiver danach gefragt werden müsste, ob es nicht auch Diplomaten gab, die den fanatischen Kreuzzug der Deutschen gegen die Juden bis zum Sturz Mussolinis im Sommer 1943 bereitwillig unterstützten.¹⁷² Einfache, monokausale Antworten auf die Frage nach den Hintergründen der Ju-

¹⁶⁹ Vgl. Aristotle Kallis, *Transnational Fascism. The Fascist New Order, Violence, and Creative Destruction*, in: Arnd Bauerkämper/Grzegorz Rossoliński-Liebe (Hrsg.), *Fascism without Borders. Transnational Connections and Cooperation between Movements and Regimes in Europe from 1918 to 1945*, New York 2017, S. 39–64.

¹⁷⁰ Vgl. Christopher R. Browning, *Nazi Resettlement Policy and the Search for a Solution to the Jewish Question, 1939–1941*, in: *German Studies Review* 9 (1986), S. 497–519, hier S. 519.

¹⁷¹ Vgl. A. Dirk Moses, *Empire, Colony, Genocide. Keywords and the Philosophy of History*, in: Ders. (Hrsg.), *Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History*, New York/Oxford 2008, S. 3–54, hier S. 34.

¹⁷² Vgl. Thomas Schlemmer, *Invasori, non vittime. La campagna italiana di Russia 1941–1943*, Bari/Rom 2019.

denpolitik des italienischen Außenministeriums, ja des faschistischen Regimes insgesamt, verbieten sich; das gilt auch für die Frage nach dem spezifischen Gewicht antisemitischer Dispositionen.

Wie ein Blick auf die Historiografie zu NS-Deutschland zeigt, sind Ideologie und rassistische Vorstellungen oft nur zwei von vielen Faktoren, um die deutsche Vernichtungspolitik zu erklären. Dazu kommen vielfach sozio-politische, institutionelle, strukturelle oder situative Bedingungen, die Gewaltanwendung oder Tötungshandlungen sanktioniert und legitimiert haben. Die nationalsozialistische Diktatur wird heute als polykratisches System mit einer Vielzahl sowohl konkurrierender als auch kooperierender Institutionen in Staat und Partei begriffen, das mit Adolf Hitler eine monokratische Spitze aufwies. Die institutionelle Rivalität behinderte jedoch weniger die Umsetzung der „Endlösung“, sondern führte zu einer Radikalisierung und Dynamisierung der Vernichtungspolitik. In der Historiografie über den italienischen Faschismus wurde jedoch noch keine systematische Diskussion über Polykratie als strukturprägendes Element faschistischer Herrschaft, die Stellung des *Duce* und die Interdependenz zwischen Herrschaftstypen und Judenpolitik geführt. Die Forschung sollte sich nicht länger damit zufriedengeben, den Joker Mussolini zu setzen, um bestimmte Entwicklungen und Entscheidungen zu erklären. Ebenso wenig zielführend ist der Rekurs auf das vermeintlich typisch italienische Chaos, das grundsätzlich zu Widersprüchen und Orientierungslosigkeit führe. Stattdessen muss das faschistische System als komplexes Gebilde rivalisierender Institutionen, Akteure und Überzeugungen angesehen werden, die stets um Einfluss und Gestaltungsmacht rangen. Man wird mit Fug und Recht die These vertreten können, dass der *Duce* insbesondere seit den militärischen Niederlagen im Winter 1941/42 nicht die herausgehobene Position besaß wie der „Führer“. Die Misserfolge auf dem Schlachtfeld schwächten auch die Heimatfront, delegitimierten das faschistische Regime und stärkten teilautonome Loyalitätsgrößen wie Militär, Monarchie und Kirche. So lässt sich auch die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in der Judenpolitik besser erklären. Während der *Palazzo Chigi* und seine Bündnispartner auf die Bremse traten, verschärfen Teile der faschistischen Partei und der inneren Verwaltung ihren Kurs in der „Judenfrage“ bis zum Sommer 1943 mehr und mehr.

Womöglich waren es solche Widersprüche und Blockaden, die dazu beitrugen, dass im faschistischen Italien vielfach eine weniger radikale Politik betrieben wurde als im Dritten Reich, auch wenn die Faschisten den Nationalsozialisten rhetorisch oft in Nichts nachstanden. Anstatt lediglich den antisemitischen Diskurs in Italien zu analysieren, sollte die Geschichtswissenschaft in Zukunft die vielschichtigen Institutionen des Faschistischen Regimes und ihre führenden Exponenten in den Blick nehmen, die die Genese und Implementierung der Judenpolitik zu verantworten hatten; dazugehören etwa der *Partito Nazionale Fascista*, die faschistische Miliz, das Innenministerium oder die Polizeikräfte. Erst dann wird sich die italienische Judenpolitik besser verstehen und erklären lassen.

War die deutsche Verwaltung im 20. Jahrhundert trotz aller politischen Turbulenzen durch Kontinuitäten geprägt oder folgten den Systemwechseln auch Brüche mit deutschen Traditionen? Durch einen Vergleich der zentralstaatlichen Innenministerien der Weimarer Republik, des Dritten Reichs, der Bundesrepublik und der DDR versucht Frieder Günther eine Antwort auf diese Frage zu geben. Er analysiert die Personalpolitik, die Verwaltungsreform – ein zentrales Politikfeld, das alle vier Innenministerien in Angriff nahmen – und die Verwaltungskultur der Ministerien. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass politische Systemwechsel nicht zwangsläufig zu personellen, sachpolitischen und kulturellen Zäsuren führten.

Frieder Günther

Verfassung vergeht, Verwaltung besteht?

Die vier deutschen Innenministerien 1919 bis 1970

I. Einleitung und Fragestellung

Die Frage nach Brüchen und Kontinuitäten durchzieht die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Verfassungsgeschichte im engeren Sinne war dabei auf den ersten Blick von tiefen Einschnitten geprägt. So gab es in Deutschland in der Zeit zwischen Erstem Weltkrieg und Wiedervereinigung eine Vielzahl politischer Systeme, die auf ganz unterschiedlichen Verfassungstexten beruhten und Staat und Gesellschaft auf jeweils grundlegende Weise beeinflussten. Sieht man einmal von der DDR ab, so scheint es hingegen, dass die Verwaltung diese Systembrüche weitgehend unbeschadet überstand und somit als ein wesentliches Stabilitätsmoment in einem Jahrhundert der politischen Turbulenzen fungierte. Der Leipziger Staatsrechtslehrer Otto Mayer spitzte 1924 mit Blick auf das Recht diese Deutung mit seinem berühmten Diktum „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht,“¹ auf provokative Weise zu. Das Bild von der Verwaltung als Wahrerin von Kontinuität bestätigt sich aber auch, wenn wir auf das Selbstverständnis einzelner Verwaltungsinstitutionen blicken. So sieht das heutige Bundesinnenministerium seine „Wurzeln“ sogar im „Bundeskanzleramt des Norddeutschen Bundes von 1867“, im „Reichsamt des Innern von 1879“ und im „Reichsministerium des Innern von 1919“.² Damit versteht es sich als direkter Nachfolger einer Institution, die einerseits vor 1914 den inneren Zusammenhalt des Reichs wesentlich voranbrachte und sich andererseits später an der verbrecherischen nationalsozialistischen Politik in nicht unerheblichem Maße beteiligte. Immerhin spielte das

¹ Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht, Bd. 1, Berlin ³1924, S. XI.

² So die Bemerkungen zur Geschichte auf der aktuellen Internetseite des Bundesinnenministeriums (BMI); www.bmi.bund.de/DE/ministerium/unsere-geschichte/geschichte-ministerium/geschichte-ministerium-node.html [7.1.2020].

Reichsinnenministerium (RMI) bei der „Machtergreifung“ und der Bekämpfung von Gegnern 1933/34 eine zentrale Rolle und fungierte später „als entscheidende ‚Schaltstelle‘ für die Erbgesundheits- und Rassenpolitik“;³ zwischen 1943 und 1945 war kein Geringerer als Heinrich Himmler Innenminister.

Lässt sich diese Sicht auf die Verwaltung aus historischer Perspektive bekräftigen? Überwogen bei der politischen Arbeit, beim Personal und dessen Selbstverständnis tatsächlich die Kontinuitäten? Und wie ist hierbei die Verwaltung der DDR zu interpretieren, die einen bewussten Bruch mit der deutschen bürgerlichen Tradition vollziehen wollte? Diese Fragen sollen beantwortet werden, indem der Fokus auf die zentralstaatlichen Innenministerien – also auf das Reichsinnenministerium der Weimarer Republik und der NS-Diktatur, das Bundesinnenministerium (BMI) und das Ministerium des Innern der DDR (MdI) – gerichtet wird. Der Untersuchungszeitraum endet mit Beginn der 1970er Jahre, da davon ausgegangen wird, dass sich mit dem Ende des Nachkriegsbooms, mit dem Entstehen neuer sozialer Bewegungen im Westen und der Machtübernahme von Erich Honecker im Osten BMI und MdI grundsätzlich neuen Problemen zu stellen hatten, die Kontinuitätsfragen ein Stück weit in den Hintergrund treten ließen. Die vier zentralstaatlichen Innenministerien bieten sich als Untersuchungsgegenstand besonders an, da sie selbst Verwaltungen – genauer Ministerialverwaltungen – darstellten und zugleich an erster Stelle für die Verwaltungspolitik zuständig waren. Sie konnten folglich der gesamten Verwaltung – in der NS-Zeit und in der DDR sogar mit Durchgriff auf die unterste lokale Ebene – ihren Stempel aufdrücken.

Zunächst soll die Personalpolitik, in einem zweiten Schritt ein zentrales Politikfeld wie die Verwaltungsreform, mit der sich alle vier Innenministerien kontinuierlich beschäftigten, und in einem dritten Schritt das Selbstverständnis der Mitarbeiter sowie die Institutionenkultur genauer analysiert werden. Abschließend gilt es herauszuarbeiten, welche Schlussfolgerungen aus diesem Vergleich zu ziehen sind, auf welche Weise also die Innenministerien von Weimar, der NS-Zeit, der Bundesrepublik und der DDR miteinander verflochten waren.

Das BMI und das MdI sind in jüngster Zeit einer genaueren vergleichenden Untersuchung unterzogen worden.⁴ Dieser Aufsatz weitet die Forschungsperspektive, indem er zum Ersten das RMI in die Analyse miteinbezieht, zum Zweiten auf die Frage nach längerfristigen Kontinuitäten, die über die Zeit des Nationalsozialismus hinausgehen, einen Schwerpunkt legt und zum Dritten Fragen nach dem Selbstverständnis und der Verwaltungskultur besonders eingehend behandelt.⁵

³ Hans-Christian Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenverfolgung. Der Mythos von der sauberen Verwaltung, München 2012, S. 193.

⁴ Vgl. Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018. Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen des mittlerweile abgeschlossenen Forschungsprojekts Martin Diebel, Franziska Kuschel, Lutz Maeke, Stefanie Palm, Maren Richter, Dominik Rigoll und Irina Stange sowie den Leitern Frank Bösch und Andreas Wirsching. Das Bundesministerium des Innern hat das Projekt über vier Jahre finanziell gefördert.

⁵ Die hier vorgestellten Ergebnisse geben den Zwischenstand eines größer angelegten Forschungsprojekts wider, der durch weitere Recherchen zu ergänzen ist. Allgemein zu den vier

II. Personal und Personalpolitik

Beim Vergleich der Personalpolitik der Innenministerien sollen drei Fragen im Mittelpunkt stehen: Erstens inwiefern die politischen Systembrüche einen unmittelbaren Wechsel des Personals zur Folge hatten, zweitens ob es Kriterien gab, anhand derer die politische Zuverlässigkeit des Personals gemessen und gegebenenfalls überprüft wurde, und drittens nach welchen Auswahlkriterien Neueinstellungen erfolgten. Während zur Personalpolitik des Bundesinnenministeriums und des Innenministeriums der DDR neuerdings genaue statistische Daten vorliegen, sind entsprechende Erkenntnisse für das Reichsinnenministerium der Weimarer und der nationalsozialistischen Zeit noch nicht vorhanden. Gleichwohl ist die Grundtendenz erkennbar. Die Zeichen standen sowohl 1919 als auch 1933 eindeutig auf personeller Kontinuität.

Der revolutionäre Umbruch von 1918/19 führte zu keinen nennenswerten Entlassungen im Reichsamt des Innern und späteren Reichsinnenministerium. Ganz im Gegenteil, als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten forderte Friedrich Ebert am 9. November 1918 die Beamten ausdrücklich auf, aus „Liebe zu unserem Volke“ im Amt zu bleiben und die Arbeit „furchtlos und unverdrossen“ fortzusetzen. Er deutete aber zunächst noch an, dass eine „Stunde der Ablösung“ kommen könne.⁶ Der Rat der Volksbeauftragten erklärte vier Tage später, dass „die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der Beamten“ von den revolutionären Ereignissen „völlig unberührt“ blieben.⁷ Die endgültige Bestätigung der Unverletzlichkeit ihrer „wohlerworbenen Rechte“ erfolgte durch Artikel 129 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung (WRV). Dieser Artikel legte fest, dass die Anstellung der Beamten grundsätzlich – selbst wenn sie schon während des Kaiserreichs stattgefunden hatte – auf Lebenszeit erfolgte. Die Kontinuität der Beamenschaft hatte während der Weimarer Republik besonders weitreichende Konsequenzen, da ihr die 17 Reichsinnenminister, denen die politische Leitung oblag, aufgrund der zahlreichen Neuwahlen und Regierungswechsel wenig entgegengesetzt hat-

Innenministerien vgl. Alfred Faude/Kurt Fritz, Das Bundesministerium des Innern, 3., überarbeitete Aufl., Bonn 1971; Siegfried Fröhlich u. a. (Hrsg.), Das Bonner Innenministerium. Innenansichten einer politischen Institution, Bonn 1997; Klaus von der Groeben, Reichsinnenministerium, in: Kurt G. A. Jeserich/Hans Pohl/Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 156–168; Dieter Rebentisch, Innere Verwaltung, in: Ebenda, S. 732–774; Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989, hier S. 91–116 und S. 499–512; Jane Caplan, Government Without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany, Oxford 1988; Jasch, Staatssekretär, S. 110–127, und Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter.

⁶ Bekanntmachung des Reichskanzlers Ebert, 9.11.1918, in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1918, 2., erweiterte Aufl., Stuttgart 1964, S. 512.

⁷ Bekanntmachung des Rats der Volksbeauftragten über Bank- und Sparguthaben, Krieganleihen und Gehalts- und Pensionsansprüche, 15.11.1918, in: Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, 2., erheblich erweiterte und überarbeitete Aufl., Hamburg 1975, S. 229 f.

ten. Viele von ihnen amtierten nur wenige Monate, manche nur kommissarisch, und keiner erreichte eine Amtszeit von zwei Jahren. Insofern war die Demokratisierung der Verwaltung ein zentrales Politikziel schon des ersten Reichsinnenministers Hugo Preuß, der zugleich an der Entstehung der Weimarer Reichsverfassung maßgeblichen Anteil hatte.⁸ Um die Loyalität der Beamten gegenüber der Republik sicherzustellen, mussten alle laut Artikel 176 WRV einen Eid auf die neue Verfassung leisten. Diese Regelung wurde 1922 in der Folge des Kapp-Lüttwitz-Putschs und mehrerer Attentate gegen führende Politiker ergänzt durch ein Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik,⁹ das systemfeindliches Engagement von Beamten disziplinarrechtlich unter Strafe stellte. Dieses Gesetz führte im Reichsinnenministerium zu einem – in seinem Umfang freilich begrenzten – Wechsel zugunsten jüngerer und republiktreuer Mitarbeiter, die mit den politischen Zielen der jeweiligen Reichsregierung übereinstimmten, zumal es die Versetzung leitender Beamter in den vorzeitigen Ruhestand aus politischen Gründen erleichterte. Hier folgte das RMI ein Stück weit der Politik der Republikanisierung, wie sie in Preußen erfolgreich betrieben worden war,¹⁰ wobei sich besonders der Einfluss des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (SPD) auswirkte, der zwischen 1928 und 1930 das Amt des Reichsinnenministers bekleidete. Dies führte dazu, dass das RMI gegen Ende der Weimarer Republik als ein vergleichsweise linkes Ministerium galt, das vor scharfen Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten – wie das kurzzeitige Verbot der Sturmabteilung (SA) vom April 1932 – nicht zurückschreckte.¹¹

Da die leitenden Beamten des RMI den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge waren, führte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, das im Reichsinnenministerium vorbereitet worden war und unter anderem auf eine politische und „rassische Säuberung“ des öffentlichen Diensts zielte, dort zu vergleichsweise zahlreichen personellen Veränderungen. Bis Ende 1933 mussten 14 Personen aus dem höheren Dienst das Ministerium verlassen oder wurden versetzt, darunter fünf ausdrücklich aus politischen Gründen. Zudem wurde eine Reinigungskraft aus rassebiologischen Gründen entlassen.¹² Leitende republikanische Beamte

⁸ Vgl. Frankfurter Zeitung vom 21.10.1925: „Deutschland und die preußische Verwaltungsreform“.

⁹ Vgl. Reichsgesetzblatt (künftig: RGBl.) 1922, Teil I, S. 590–593; Gesetz vom 21.7.1922.

¹⁰ Vgl. Horst Möller, Preußen von 1918 bis 1947. Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin/New York 2001, S. 149–316, hier S. 270–285.

¹¹ Vgl. Caplan, Government, S. 14–57; Thomas Alexander, Carl Severing. Sozialdemokrat aus Westfalen mit preußischen Tugenden, Bielefeld 1992, S. 161; Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932), München 1993, S. 307–353, hier S. 313 f.; Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u. a. 1981, hier S. 475–486, und Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 361–371.

¹² Bundesarchiv Berlin (künftig: BArchB), R 1501/8257, Zusammenstellung der Veränderungen im Reichsministerium des Innern aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Be-

waren schon zuvor unter Reichskanzler Franz von Papen und seinem Innenminister Wilhelm von Gayl entfernt oder kaltgestellt worden. Außerdem wurden Schlüsselpositionen des Ministeriums mehr und mehr mit NSDAP-Mitgliedern besetzt. Gleich Anfang Februar 1933 ersetzte beispielsweise Hans Pfundtner, Parteimitglied seit 1932, den seit 1923 amtierenden Staatssekretär Erich Zweigert. Die große Mehrheit der Ministeriumsmitarbeiter blieb aber aufgrund ihrer Fachqualifikation trotz der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ im Amt und stellte sich dem neuen Regime und dem Reichsinnenminister Wilhelm Frick, einem Nationalsozialisten der „ersten Stunde“, bereitwillig zur Verfügung.

Die politische Zuverlässigkeit der Beamten besaß nun hohe Priorität, wobei das RMI im Gegensatz zu Parteistellen stets betonte, dass dabei die Kriterien der Professionalität und der Sachkompetenz nicht hintenanstehen dürften. Beamte galten nach dem Deutschen Beamtengesetz von 1937 als „Vollstrecker des Willens des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates“ und hatten schon seit dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg dem „Führer“ Treue und Gehorsam zu schwören.¹³ Bei jeder Ernennung und Beförderung wurden nunmehr die Mitgliedschaft in politischen Parteien der Weimarer Republik, in NS-Organisationen sowie die arische Abstammung des Vorgeschlagenen und seiner Ehefrau überprüft. Außerdem wurde im Ernennungsbogen explizit abgefragt, ob der Beamte die Gewähr bietet, „dass er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt“.¹⁴ Nicht zuletzt musste von 1935 an bei der Ernennung und Beförderung sämtlicher höherer Beamter die Zustimmung des „Stellvertreters des Führers“ eingeholt werden. Auch Beamte, die aufgrund ihrer Abstammung oder politischen Einstellung als unverdächtig galten, mussten erkennen, dass vom Fortbestand wohlverworbener Beamtenrechte keine Rede mehr sein konnte, da stets die Möglichkeit bestand, dass gesetzestreu Verhalten, das aber nicht den Vorstellungen der Partei entsprach, unmittelbare disziplinar- oder sogar strafrechtliche Folgen nach sich zog.¹⁵

Genauso wie bei Beförderungen wurden bei Neueinstellungen junge Bewerber bevorzugt, die Mitglied der NSDAP waren oder zumindest einer ihrer Organisationen angehörten. Diese Auswahl wurde dadurch erleichtert, dass die Bewerber

rufsbeamtentums, o. D. (Ende 1933). Zur Bewertung vgl. Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik*, Stuttgart 1966, S. 55–61; Caplan, *Government*, S. 137–149, und Sigrun Mühl-Benninghaus, *Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zur Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze*, Düsseldorf 1996, S. 65–67.

¹³ Vgl. RGBl. 1937, Teil I, S. 39–70: Deutsches Beamtengesetz vom 26.1.1937; die Zitate finden sich in §1 II und §4 I (Eidesformel).

¹⁴ BAArchB, R 601/1655, Ernennungsbogen Konrad Brüggemanns, 14.3.1940; teilweise abgedruckt in: Frieder Günther u. a., *Kommunikation und Hierarchie. Die Verwaltungskulturen im BMI und MdI*, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter*, S. 307–354, hier S. 316–319.

¹⁵ So die nach wie vor aufschlussreichen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts über den unzweifelhaft politischen Charakter des Beamtentums während der nationalsozialistischen Herrschaft in der sogenannten 131er-Entscheidung von 1953, in: *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 3, Tübingen 1954, S. 58–162.

beim rechtswissenschaftlichen Studium einer im Vergleich mit anderen Fächern besonders intensiven Indoktrinierung ausgesetzt waren und dann ab 1937 für den juristischen Vorbereitungsdienst „die Parteimitgliedschaft faktisch mehr oder weniger obligatorisch“ war.¹⁶ Seither mussten Bewerber bei Neueinstellungen zumindest eine Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt vorweisen können. Als die NSDAP 1937 den 1933 eingeführten Aufnahmestopp lockerte, kam es unter den RMI-Mitarbeitern zu einer regelrechten Beitrittswelle, weil sie nach außen ihre Bereitschaft zum Engagement im Sinne des Regimes signalisieren und damit ihre Karrierechancen erhöhen wollten. Zugleich gab es eine Reihe von eher national-konservativ eingestellten Laufbahnbeamten, die sich im RMI halten konnten, obwohl sie der NSDAP nicht oder erst gegen Ende des Zweiten Weltkriegs beitraten. Manche von ihnen sollten später in der Bundesrepublik in Spitzenpositionen der Verwaltung aufsteigen und bei der Gründung des Bundesinnenministeriums eine herausragende Rolle spielen, darunter Hans Globke, Hans Ritter von Lex und Erich Keßler.¹⁷

Es war an erster Stelle dieser Personenkreis, der seit Ende 1948 vom damaligen Präsidenten des Parlamentarischen Rats Konrad Adenauer, damit betraut wurde, für CDU und CSU Vorbereitungen für den Aufbau einer Bundesverwaltung zu treffen. Sie waren dabei der Ansicht, das neue Innenministerium genauso wie den westdeutschen Teilstaat ohne maßgebliche Mithilfe von erfahrenen Verwaltungsexperten, die schon während der NS-Zeit tätig gewesen waren, nicht aufbauen zu können.¹⁸ Daher waren dort personelle Kontinuitäten – auch im Vergleich mit anderen Bundesministerien – besonders ausgeprägt. Vom gesamten BMI-Leitungspersonal bis 1970 hatte über die Hälfte während des NS-Regimes im Justiz- oder Verwaltungsdienst gearbeitet, von den Mitarbeitern in den 1950er Jahren waren es deutlich mehr. Die Mehrheit von ihnen war erst in der NS-Zeit in den öffentlichen Dienst eingetreten und hatte somit nie in einer rechtsstaatlichen Verwaltung Berufserfahrungen gesammelt. Vom Leitungspersonal war zudem etwas mehr als die Hälfte „Parteigenosse“ gewesen, ein Viertel hatte der SA und fünf Prozent hatten der Schutzstaffel (SS) angehört.

Der Anteil früherer Mitglieder in NS-Organisationen erreichte zu Beginn der 1960er Jahre einen Höhepunkt, als eine „gewisse Stille“¹⁹ beim alltäglichen Umgang der Westdeutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ihrer Mitbürger noch weit verbreitet war. Im Jahr 1961 etwa gab es unter den leitenden

¹⁶ Jasch, Staatssekretär, S. 132.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 127–135; Caplan, *Government*, S. 131–174; Rebentisch, *Innere Verwaltung*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh (Hrsg.), *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 4, S. 740–745, und Stephan Lehnstaedt, *Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945*, in: *VfZ* 54 (2006), S. 639–672, hier S. 659–670; zur Gesundheitsabteilung vgl. Winfried Süß, *Der „Volkkörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankentod in nationalsozialistischem Deutschland 1939–1945*, München 2003, S. 96–110.

¹⁸ Vgl. Irina Stange, *Das Bundesministerium des Innern und seine leitenden Beamten*, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter*, S. 55–121, hier S. 56–67.

¹⁹ So Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983), S. 579–599, hier S. 585.

BMI-Beamten sogar zwei Drittel ehemalige NSDAP-Mitglieder; knapp die Hälfte hatte der SA angehört. Diese hohen Werte erklären sich zum einen durch die Bevorzugung von Bewerbern mit langjähriger Berufserfahrung in der Verwaltung, zum anderen durch die Wiedereinführung des Juristenmonopols beim Aufbau der Bundesverwaltung. Beides führte dazu, dass Bewerber benachteiligt wurden, die vor 1945 nicht im öffentlichen Dienst gearbeitet hatten. Sozialdemokraten oder Remigranten, die vom NS-Regime diskriminiert oder verfolgt worden waren und nur ausnahmsweise eine Juristenausbildung absolviert hatten, waren im BMI folglich nur äußerst selten zu finden.²⁰ Die Auswahl von Nachwuchsbeamten, also von Mitarbeitern, die erst nach 1945 ihre Verwaltungslaufbahn begannen und bis 1970 knapp ein Drittel des Gesamtpersonals ausmachten, beruhte primär auf fachlichen Kriterien. Sie sollten über Sachkompetenz für ihr jeweiliges Arbeitsgebiet sowie über gute Noten und Bewertungen beim Studium und Vorbereitungsdienst verfügen. Aufgrund der Selektionsmechanismen des Rechtsstudiums, das die Mehrheit absolviert hatte, stammten sie überwiegend aus dem gehobenen Bürgertum und vertraten eine national-konservative bis liberale Grundhaltung. Da das Grundgesetz in Artikel 33 Absatz 5 „die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ restituierte, konnten sie wieder auf eine lebenslange Anstellung vertrauen. Soweit sich dies anhand der Quellen überprüfen ließ, spielte die Parteizugehörigkeit nur bei der Besetzung von Spitzenpositionen eine Rolle.²¹

Vergleichsweise gering waren im BMI die personellen Kontinuitäten zum Reichsinnenministerium. Während Globke, Ritter von Lex und Keßler, die für die ersten Einstellungen 1949 zuständig waren, allesamt aus dem Reichsinnenministerium stammten, gehörten die Personen, die sie für das BMI auswählten, nur selten zum früheren Kollegenkreis. Selbst Anfang der 1950er Jahre war nur gut ein Zehntel der eingestellten Mitarbeiter zuvor im RMI tätig gewesen. Stattdessen wurden bevorzugt Personen genommen, die vor 1945 in der nationalsozialistischen Kommunal- oder Regionalverwaltung gearbeitet hatten. Immerhin ein Viertel stammte aus der Zivil- oder Militärverwaltung der von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs besetzten oder annektierten Gebiete, was die Wahrscheinlichkeit erhöhte, dass diese Personen an verbrecherischen Maßnahmen des Regimes beteiligt gewesen waren.²²

Es existierten vor allem in den ersten Jahren durchaus Kriterien der Personalauswahl, mit denen aus damaliger Sicht eine übermäßige NS-Belastung bei den Einstellungen vermieden werden sollte.²³ So gab es die Richtlinie, SS-Angehörige, Funktionsträger in NS-Organisationen oder sogenannte Alte Kämpfer, die schon vor 1933 der NSDAP beigetreten waren, nicht einzustellen. Auch sollten Bewerber das Entnazifizierungsverfahren durchlaufen haben und nicht höher als in Grup-

²⁰ Vgl. Stefanie Palm/Irina Stange, *Vergangenheiten und Prägungen des Personals des Bundesinnenministeriums*, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter*, S. 122–181, hier S. 122–127.

²¹ Vgl. ebenda, S. 175–178.

²² Vgl. Frank Bösch/Andreas Wirsching, *Die deutschen Innenministerien nach dem Nationalsozialismus. Eine Bilanz*, in: Ebenda, S. 729–749, hier S. 731–733.

²³ Zur Problematik des Belastungsbegriffs vgl. Frank Bösch/Andreas Wirsching, *Einleitung*, in: Ebenda, S. 13–26, hier S. 20 f.

pe V eingestuft worden sein, also als entlastet gelten. Dennoch wurden in Einzelfällen Ausnahmen zugelassen, etwa aufgrund persönlicher Fürsprache oder wenn Bewerber glaubhaft ihre Nähe zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus darlegen konnten.²⁴ Einzelne Mitarbeiter wurden aufgrund ihrer früheren Mitgliedschaft in NS-Organisationen nur mit der Auflage eingestellt, dass sie auf die erste Beförderung länger als üblich warten müssten, da sie sich im Dienst erst noch zu bewähren hatten. Als der Termin der ersten Regelbeförderung aber tatsächlich anstand, wurden solche früheren Vorbehalte entweder vergessen oder bewusst übergangen. Etwa ein Drittel der BMI-Mitarbeiter hatte zudem, wie eine Stichprobe zeigt, in den Bewerbungsunterlagen falsche biografische Angaben gemacht oder eine Mitgliedschaft in NS-Organisationen verschwiegen.²⁵ Doch selbst als dies bei personalpolitischen Überprüfungen im Nachhinein herauskam, gab es keine disziplinarrechtlichen Folgen.²⁶

Es entsprach dem gesellschaftlichen Klima der 1950er Jahre, dass frühere Nationalsozialisten, die sich durch Mitgliedschaften in NS-Organisationen oder durch ihre berufliche Tätigkeit zum Regime bekannt hatten, im Staatsdienst – ganz im Gegensatz zur DDR – nicht als Sicherheitsrisiko für den bundesdeutschen Staat angesehen wurden, selbst wenn sie eine herausgehobene Beamtenstellung innehatten. Im Gegensatz zu Vertretern der Alliierten und zum ersten Bundesinnenminister Gustav Heinemann (CDU), der bereits 1950 von seinem Amt zurückgetreten war, folgte das BMI seit den frühen 1950er Jahren ohne größere Bedenken der Praxis, Unterstützern des NS-Regimes eine zweite berufliche Chance zu geben, sofern sich keine konkreten Anhaltspunkte für das Fortbestehen einer rechtsradikalen Gesinnung finden ließen. Im September 1950 wurde der sogenannte Adenauer-Erlass verkündet. Wer dem öffentlichen Dienst des Bunds angehörte, hatte nicht nur durch sein „gesamtes Verhalten sich zur demokratischen Staatsordnung zu bekennen“, sondern es war auch untersagt, primär links- oder auch rechtsradikale Organisationen wie die Sozialistische Reichspartei zu unterstützen.²⁷ Bei der Anstellung hatten Mitarbeiter des BMI eine entsprechende Erklärung zu unterschreiben. Aufgrund dieser nachsichtigen Haltung gegenüber früheren Nationalsozialisten entstand im BMI eine Atmosphäre, in der über die unterschiedlichen Biografien und Schicksale in der Zeit des Nationalsozialismus nicht gesprochen wurde. Selbst Mitarbeiter, die unter Verfolgung gelitten hatten, scheinen mit den Mitläufern und den einzelnen NS-Tätern gut zusammengearbeitet zu haben.²⁸

²⁴ Vgl. Stange, Bundesministerium, in: Ebenda, S. 88–97.

²⁵ Vgl. Genaueres zu dieser Stichprobe bei Palm/Stange, Vergangenheiten, in: Ebenda, S. 127.

²⁶ Besonders aussagekräftig ist das Beispiel von Kurt Breull; vgl. ebenda, S. 160–164.

²⁷ Gemeinsames Ministerialblatt, 1950, Nr. 12, S. 93: Beschluß der Bundesregierung über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung, 19.9.1950.

²⁸ Vgl. Dominik Rigoll, Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013, S. 75–94; ders., „Ein Sieg der Ehemaligen“. Beamtenrechtliche Weichenstellungen für „45er“ und „131er“, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, S. 413–441, und Bösch/Wirsching, Innenministerien, in: Ebenda, S. 733.

Das Innenministerium der DDR, das im Vergleich mit den drei anderen Innenministerien mit Abstand über das meiste Personal verfügte, setzte in Abgrenzung zum Westen hingegen nicht auf Erfahrung in der Verwaltungsarbeit, sondern auf Qualifikationen, die sich der Einzelne als Parteifunktionär oder im Widerstand erworben hatte. Entsprechend hoch wurden frühere Tätigkeiten in der kommunistischen Partei, die Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg oder am antifaschistischen Widerstand sowie sowjetische Exilerfahrung bei Einstellungen bewertet. Schlüsselpositionen des Ministeriums wurden mit älteren, erfahrenen Parteikadern besetzt, während frisch geschulte Mitarbeiter, die zu jung waren, um durch die Zeit des Nationalsozialismus schwer belastet zu sein, mit Positionen auf der mittleren Leitungsebene betraut wurden. Die Kriterien der Auswahl waren besonders bei Bewerbungen für die Polizei eng gefasst. Ehemalige Wehrmachtssoldaten wurden nur akzeptiert, wenn sie keine Berufssoldaten gewesen waren. Von einer Anstellung ausgeschlossen waren Mitglieder des Polizeiapparats der NS-Diktatur sowie frühere Angehörige von NSDAP, SA oder SS. Im Rahmen von Personalüberprüfungen und Personalsäuberungen zu Beginn der 1950er Jahre wurden die Anstellungskriterien bis etwa 1955 weiter verschärft, so dass Kriegsgefangenschaft im Westen, unklare Lebensumstände, frühere Beamten-tätigkeiten, Kirchenbindung oder Verwandtschaft in West-Berlin oder Westdeutschland zur Entlassung führten.²⁹

Die politische Zuverlässigkeit des Personals im MdI wurde zum einen durch die Ausbildung beispielsweise an der Höheren Polizeischule und später an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei „Karl Liebknecht“ in Berlin-Kaulsdorf, die dem MdI direkt unterstanden, zum anderen durch regelmäßige Schulungen und Versammlungen am Arbeitsplatz sichergestellt. Zudem war jeder Mitarbeiter einer permanenten und teilweise geheimen Kontrolle unterworfen, die sich auf die Arbeitsleistung, aber auch auf die persönliche Lebensführung sowie auf das politische Engagement außerhalb der Arbeit bezog. Der Beamtenstatus war bereits vor der Staatsgründung der DDR 1949 abgeschafft worden, so dass die Mitarbeiter kündbar waren, sofern sie nicht aufgrund von Schwangerschaft oder eines kurz bevorstehenden Renteneintritts besonderen Kündigungsschutz genossen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden leitende Positionen generell nur mit SED-Mitgliedern besetzt. Bei der Personalauswahl wurde der politischen Zuverlässigkeit deutlich mehr Bedeutung beigemessen als der Sachkompetenz, auch wenn sich über die Jahre bei den Mitarbeitern ein Prozess der Professionalisierung beobachten lässt, wobei sie angehalten wurden, Fortbildungen zu besuchen oder ein berufsbegleitendes Studium aufzunehmen. Ideologische Elemente spielten dabei freilich eine zentrale Rolle.³⁰

²⁹ Vgl. ebenda, S. 733 f. und S. 739 f.; Franziska Kuschel/Lutz Maeke, Ein Neubeginn. Das Innenministerium der DDR und sein Führungspersonal, in: Ebenda, S. 182–237, hier S. 188–207, und Franziska Kuschel/Lutz Maeke, Konsolidierung und Wandel. Die Personalpolitik des MdI bis 1969, in: Ebenda, S. 238–265, hier S. 246–250.

³⁰ BArchB, DO 1, 20000 ff., Akten der Kreisleitung der SED im MdI. Zur Überwachung des MdI durch das Ministerium für Staatssicherheit vgl. Franziska Kuschel, Erweiterte Sicherheit. Das MdI und die öffentliche Ordnung, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, S. 635–680, hier S. 660–665.

Die Personalpolitik führte im MdI zu deutlich geringeren Belastungszahlen als im BMI. Auf der Leitungsebene im Bereich der bewaffneten Organe betrug der Anteil früherer NSDAP-Mitglieder im Jahr 1950 sechs Prozent. Dieser Anteil stieg fünf Jahre später auf elf Prozent an und ging 1960 wieder auf 7,5 Prozent zurück. Die meisten Fälle waren den Personalverantwortlichen nicht bekannt. Wenn sie ausnahmsweise davon wussten, dann erschien ihnen der Parteieintritt entschuldigbar, da er zu einem späten Zeitpunkt des Zweiten Weltkriegs oder in jungem Alter erfolgt war. Markant höher waren die Zahlen in den zivilen und wissenschaftlichen Abteilungen des MdI, weil man stärker auf erfahrene Experten setzte und damit frühere NSDAP-Mitgliedschaften sowie die Kontinuität von bürgerlichen Eliten eher akzeptierte. Auf Leitungsebene der drei wissenschaftlichen Dienste – Archiv, Meteorologie und Kartografie – blieb der Anteil früherer NSDAP-Mitglieder von der Gründung des MdI bis zum Ende der 1950er Jahre relativ konstant bei 30 Prozent. Auch war man in diesen Bereichen weit eher bereit, darüber hinwegzusehen, wenn Mitarbeiter der SED nicht beitraten.³¹

Das Beispiel des MdI macht deutlich, dass es nach einem politischen Systembruch durchaus möglich war, eine Ministerialbürokratie weitgehend ohne Rückgriff auf Personal aufzubauen, das in der Staatsverwaltung über langjährige Erfahrung verfügte. Diese Option war in den Innenministerien der Weimarer Republik, der NS-Zeit und der Bundesrepublik von Anfang an explizit ausgeschlossen worden – als abschreckendes Beispiel galt im BMI vor allem die scheinbar verfehlt Personalpolitik der Frankfurter Bizonenverwaltung aus den Jahren 1947 bis 1949.³² Im MdI ging die Einstellungspraxis, die mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vollständig brechen wollte, allerdings eindeutig auf Kosten der Arbeitseffizienz des Ministeriums. Eine latente Unzufriedenheit der Partei- und Staatsführung mit der Sacharbeit des MdI während der 1950er Jahre war die Folge. An der Spitze des Ministeriums reagierte man auf die Kritik von außen mit ständigen Umstrukturierungen und der Verbesserung der internen Schulung.

Das Bestreben der Machthaber der DDR, nur politisch-ideologisch zuverlässiges Personal mit Aufgaben im MdI zu betrauen, war erfolgreich, denn dessen Kader waren bereit, sich dem Herrschaftsanspruch der SED unterzuordnen und damit uneingeschränkt das System der sozialistischen Einparteiendiktatur zu stützen. Im Gegensatz dazu bedurfte es im BMI eines längeren Zeitraums von zehn bis 15 Jahren, bis die breite Mehrheit der Mitarbeiter die demokratisch-pluralistische Verfassungsordnung des Grundgesetzes vorbehaltlos befürwortete, während in den 14 Jahren der Weimarer Republik dieses Maß an Zustimmung beim Gros der Beamten nie erreicht wurde. Gewissermaßen am effizientesten agierten hier die Nationalsozialisten, die zwar nur eine Minderheit unter den Verwaltungsbeamten auswechselten, deren Entlassung aber in der Öffentlichkeit eine gewollt abschreckende Wirkung entfaltete. Zugleich politisierten die braunen Machthaber den

³¹ Vgl. Kuschel/Maeke, Konsolidierung, in: Ebenda, hier S. 250–252.

³² Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArchK), B 106/45737, Erich Keßler an Herbert Blankenhorn, 20.12.1948. Vgl. auch Stange, Bundesministerium, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, hier S. 59–61.

Staatsdienst im nationalsozialistischen Sinne, womit sie unter den verbliebenen Mitarbeitern auf breite Zustimmung stießen. Sie schufen nicht zuletzt unter den kritischeren Laufbahnbeamten eine Rechtsunsicherheit, die konformes Verhalten als notwendig erscheinen ließ, um die berufliche Karriere fortsetzen zu können.

III. Die Politik der Verwaltungsreform

Blicken wir auf die Sachpolitik, so zeigt sich, dass alle vier Ministerien für Verfassung und Verwaltung, für die Staatsbediensteten beziehungsweise den öffentlichen Dienst, für die öffentliche Sicherheit sowie für den Zivilschutz zuständig waren. Hinzu kamen Gebiete, die immer wieder zwischen verschiedenen Ressorts wechselten, etwa die Gesundheits- und Sozialpolitik oder der Bereich Kultur, Medien und Propaganda. Auch wenn es bei der Kommunikation und der Funktionsweise deutliche Unterschiede gab, waren die Innenministerien ähnlich hierarchisch aufgebaut und benutzten dieselben Bezeichnungen. Sie wurden geleitet von einem Minister, dem wiederum Staatssekretäre beziehungsweise Stellvertreter unterstanden. Darauf folgten Abteilungen und Referate mit entsprechendem Personal. Aufgrund des zentralistischen Staatsaufbaus entwickelten die Innenministerien des Dritten Reichs und der DDR im Vergleich zu denen in Weimar und Bonn eine besondere Machtstellung. Sie besaßen Befehlsgewalt gegenüber Landes- und Kommunalbehörden, während die zentralstaatlichen Institutionen in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik hier auf die freiwillige Kooperationsbereitschaft vor Ort angewiesen waren. Andererseits mussten sich die Innenministerien der NS-Zeit und der DDR den jeweils herrschenden Parteien NSDAP und SED unterordnen, was ihre Machtstellung wiederum reduzierte.

Trotz solcher struktureller Unterschiede legten alle vier Innenministerien einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf eine Reform der Verwaltung. Sie sollte modernisiert und den politischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Systems angepasst werden. Dabei galt die Bürokratie, die aus dem Kaiserreich stammte und dort einen entscheidenden Anteil an der Vereinheitlichung des Reichs und seines Aufstiegs zu einer europäischen Großmacht hatte, generell als zu kosten- und personalintensiv sowie als zu schwerfällig und ineffizient, um grundlegende strukturelle Probleme des Gemeinwesens zu lösen. Damit wurden aber Kriterien – etwa das der Wirtschaftlichkeit – an die Verwaltung herangetragen, die sie nur bedingt erfüllen konnten – mit der Konsequenz, dass über den Zeitraum von 50 Jahren wiederholt Reforminitiativen ganz scheiterten oder nicht den Effekt hatten, den sie ursprünglich erzielen sollten.³³

Im Reichsinnenministerium der Weimarer Republik wurde die Auseinandersetzung um eine Verwaltungsreform zum einen als Debatte zur Einsparung von Geldern geführt. Diese „Verbilligung“, so der zeitgenössische Begriff, sollte vor allem durch eine Rationalisierung, Formalisierung und Beschleunigung von Ver-

³³ Zur Theorie der Verwaltung vgl. Wolfgang Seibel, *Verwaltung verstehen. Eine theoretische Einführung*, Berlin 2016, und Niklas Luhmann, *Politische Soziologie*, Berlin 2010, S. 151–249.

waltungsabläufen erreicht werden. Dabei erarbeitete das RMI unter Federführung des Abteilungsleiters Arnold Brecht unter anderem zwei Gemeinsame Geschäftsordnungen der Reichsministerien, die eine für allgemeinere Fragen (GGO I), die andere für spezielle Fragen (GGO II) bei internen Abläufen und für den Dienstverkehr nach außen.³⁴ Bislang hatte die Praxis auf Gewohnheitsrecht beruht, es sei denn, einzelne Ministerien hatten interne Regeln festgelegt, die aber viel Spielraum zuließen. Durch die GGO wurde nun einheitlich geregelt, welche Ebene eines Ministeriums für welche Sachverhalte zuständig war, unter welchen Umständen die übergeordnete Instanz einzubeziehen war, welches Format Formulare hatten, wie die Briefköpfe auszusehen hatten, wer im Schriftverkehr welche Stiftfarbe verwendete, wie die Anfertigung zahlreicher Abschriften eines Dokuments reduziert werden konnte, auf welche Weise das federführende Ministerium die anderen Ministerien bei der Gesetzgebung miteinzubeziehen hatte und wie mit dem Reichstag umzugehen war. Beide 1924 und 1927 nach langer Diskussion in Kraft gesetzten Geschäftsordnungen erwiesen sich in der Praxis als so praktikabel, dass die Regelungen weitgehend auch in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik in Kraft blieben.

Mit dieser Neuregelung in engem Zusammenhang stand eine Büroreform, bei der auf Reichsebene das RMI eine Vorreiterrolle einnehmen wollte. Zwar sah der allgemeine Teil der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Reichsministerien noch den Fortbestand einer Zentralregistratur für ein Ministerium vor, deren Betrieb aus Sicht des RMI nun aber mechanisiert werden sollte. Darüber hinaus ließ die neue Geschäftsordnung allerdings auch die Möglichkeit zu, dass für einzelne Sachgebiete die Akten im Arbeitszimmer gelagert wurden, damit sie der Sachbearbeiter schneller zur Hand hatte und Arbeitskräfte wegfallen konnten. Zu diesem Zweck sollten übersichtliche Aktenpläne eingeführt und Aktenzeichen nach dem Dewey'schen Dezimalsystem einheitlich vergeben werden. Außerdem machte das RMI gegenüber anderen Instanzen Werbung für eine moderne Büroeinrichtung mit Schreibmaschine, Telefon, Regalen, Aktenschränken, Karteikarten und mechanisierten Stehordnern und richtete bei sich eine Musterregistratur ein.³⁵

³⁴ Gemeinsame Geschäftsordnung (GGO) der Reichsministerien. Besonderer/Allgemeiner Teil, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1924/1926; Reichsministerialblatt, 1926, S. 997; Bekanntmachung vom 26.11.1926, und die Akten in: BArchB, R 1501/117048-117051. Vgl. auch Arnold Brecht, Die Geschäftsordnung der Reichsministerien. Ihre staatsrechtliche und geschäftstechnische Bedeutung. Zugleich ein Lehrbuch der Büroreform, Berlin 1927, und Hannah Bethke, Das politische Denken Arnold Brechts. Eine transatlantische Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2013, S. 61–75.

³⁵ Hierzu die entsprechenden Akten in BArchB, R 1501/125286 f. Vgl. auch Michael Ruck, Patriotischer Institutionalismus und bürokratische Modernisierung. Arnold Brecht als Verwaltungsreformer in der Weimarer Republik, in: Eberhard Laux/Karl Teppe (Hrsg.), Der neuzeitliche Staat und seine Verwaltung. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte seit 1700, Stuttgart 1998, S. 177–202, und Cornelia Vismann, Akten. Medientechnik und Recht, Frankfurt a. M. 2000, S. 269–299.

Zum anderen wurde von 1919 an kontinuierlich über eine Reichsreform debattiert, die wiederum mit einer Finanzreform eng verknüpft war.³⁶ Um das Problem des Freistaats Preußen zu lösen, dem eine ungemaine Machtfülle zukam, da er immerhin nach Staatsgebiet drei Fünftel und nach Bevölkerungszahl sogar zwei Drittel des gesamten Reichs ausmachte, standen verschiedene Lösungsansätze zur Diskussion, etwa die Zusammenlegung der Reichsregierung mit der preußischen Staatsregierung, die Abtrennung von Gebietsteilen, aber auch eine Dezentralisierung innerhalb des preußischen Verwaltungsaufbaus. Bei den Debatten tendierte das RMI generell dazu, die Unitarisierung des Reichs voranzubringen und dabei die Stellung der Reichsinstitutionen zu stärken, womit es auf vehementen Widerspruch speziell des preußischen Staatsministeriums stieß. Verbunden werden sollte die Reichsreform mit Gebietsveränderungen in anderen Ländern mit dem Ziel, beispielsweise Exklaven zu beseitigen und kleine Länder zusammenzulegen. Aber alle Reformbestrebungen scheiterten bis 1930 trotz intensiver Bemühungen des RMI. Partielle Lösungen wurden erst in der Zeit der Präsidialkabinette erreicht, zum einen durch die Dietramszeller Notverordnung vom August 1931, die autoritär in die Landes- und Gemeindestruktur eingriff,³⁷ zum anderen durch den sogenannten Preußenschlag von 1932, der die Unabhängigkeit des Lands zugunsten des Reichs auf verfassungswidrige Weise beschnitt. Die Initiative bei beiden Maßnahmen ging aber nicht vom Reichsinnenministerium, sondern von der Reichskanzlei aus. Die vollständige Beseitigung Preußens als selbständiges Glied erfolgte wenig später unter nationalsozialistischer Herrschaft. Die Reichs- und Landesministerien fusionierten, so dass das RMI von 1934 bis zum „Anschluss“ Österreichs 1938 offiziell den Namen „Reichs- und preußisches Ministerium des Innern“ trug.

Aufgrund von Ämtervielfalt und ungeklärter Kompetenzen musste sich das Reichsinnenministerium nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gegen eine Reihe zusätzlicher Instanzen zur Wehr setzen, die bei der Reichs- und Verwaltungsreform ein gewichtiges Wort mitsprechen wollten. In Abgrenzung von Forderungen aus der NSDAP wollte das RMI generell das Konzept eines unitarischen Verwaltungsstaats realisieren und an der Verwaltung als möglichst einheitlichem und eigenständigem Akteur, der der politischen Führung unterstand und intern streng hierarchisch gegliedert war, festhalten. Zu Beginn entwickelte das Ministerium hierfür eine ganze Reihe von rasch konzipierten Initiativen.³⁸ Die Mitarbeiter des Ministeriums fanden sich mit diesem Bestreben im Einklang mit der Aufbruchsstimmung und Reformeuphorie, die 1933 nicht nur entschiedene Nationalsozialisten, sondern auch weite Teile des bürgerlich-konservativen Lagers erfasste. Nun schienen die Reformpläne, die während der Weimarer Republik all-

³⁶ Vgl. Gerhard Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, 3 Bde., Berlin/New York 1987–1992.

³⁷ Vgl. Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart u. a. 1984, S. 863–865.

³⁸ Vgl. Uwe Bachnick, *Die Verfassungsreformvorstellungen im nationalsozialistischen Deutschen Reich und ihre Verwirklichung*, Berlin 1995, S. 148–185.

enthalten auf unüberwindbare Widerstände gestoßen waren – wenn auch unter führerstaatlichen und freiheitsnegierenden Vorzeichen – endlich realisierbar.

Von 1933 an standen Ideen für eine groß angelegte nationalsozialistische Reichsreform im Zentrum der Debatten. Reichsinnenminister Frick und seine Mitarbeiter wollten das Reichsgebiet – wie schon in Weimar – neu gliedern, die Beziehung der verschiedenen Ebenen und ihrer Verwaltungsinstanzen festlegen sowie das Verhältnis zwischen Staat und Partei definieren. Mit diesem Prestigeprojekt scheiterte das Reichsinnenministerium aber auf ganzer Linie, obwohl sich leitende Mitarbeiter bis in die 1940er Jahre hinein immer wieder damit beschäftigten.³⁹ Letztlich zeigte sich, dass der dynamische Führerstaat mit Adolf Hitler an der Spitze an einer solch längerfristigen ordnenden Fixierung und Vereinheitlichung nicht interessiert war. Ab 1935 verbot Hitler, über die Reichsreform zu diskutieren,⁴⁰ mit dem Kriegsausbruch trat sie ganz in den Hintergrund. So blieb es bei einzelnen Maßnahmen und Gesetzen, die sich nicht zu einem großen, durchdachten Reformprojekt zusammenfügten.

Eine erfolgreiche Initiative des Reichsinnenministeriums war das Reichsneuaufbaugesetz von Ende Januar 1934,⁴¹ mit dem die Länder vollständig „gleichgeschaltet“ wurden. Sie verfügten seither über keine Parlamente mehr, und die Hoheitsrechte der Länder gingen auf das Reich über. Außerdem wurde festgelegt, dass die Reichsstatthalter an der Spitze der Landesregierungen den Weisungen nicht der Partei, sondern des RMI unterstanden. Einen weiteren Akzent konnte das RMI mit dem Reichsstatthaltergesetz vom Januar 1935 setzen,⁴² das die Stellung der Reichsstatthalter als Mittelinstanz der Reichsregierung stärkte. Sie hatten für die Beachtung der Grundsätze der Reichspolitik auf Landesebene zu sorgen und konnten darauf bestehen, von Reichs- und Landesbehörden unterrichtet zu werden. Doch trotz solcher zwischenzeitlichen Erfolge blieben zentrale Probleme des Verwaltungsaufbaus im NS-Staat ungelöst. So erfolgte durch das Reichsstatthaltergesetz gerade keine präzise Festlegung der Zuständigkeiten der Verwaltungsmittelinstanzen. Ebenso ließen sich beispielsweise Reichsgaue nicht, wie vom RMI gefordert, parallel zu den Parteigauen einheitlich einführen; auch unterblieb eine genauere Festschreibung der Einflussmöglichkeiten und Entscheidungskompetenzen von Sonderverwaltungen.

Die abnehmenden Einflussmöglichkeiten des RMI, die besonders deutlich im Verlauf des Zweiten Weltkriegs hervortraten, waren allerdings nicht fehlender Kompromissbereitschaft geschuldet. Als etwa beim „Stellvertreter des Führers“ 1934 ein Referat für die Reichsreform eingesetzt wurde, das mit dem Selbstverständnis auftrat, nun die Führung in dieser Angelegenheit zu übernehmen, signalisierte Frick – trotz einiger Empörung und erheblicher inhaltlicher Differenzen

³⁹ Vgl. Caplan, *Government*, S. 152–188; Bachnick, *Verfassungsreformvorstellungen*, S. 193–202; Walter Baum, *Die „Reichsreform“ im Dritten Reich*, in: VfZ 3 (1955), S. 36–56; Rebutisch, *Führerstaat*, S. 163–229, und Günter Neliba, Wilhelm Frick. *Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie*, Paderborn 1992, S. 303–341.

⁴⁰ So eine interne Mitteilung von Frick, 14.3.1935; vgl. Baum, *Reichsreform*, S. 47 f.

⁴¹ Vgl. RGBI. 1934, Teil I, S. 75: Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30.1.1934.

⁴² Vgl. RGBI. 1935, Teil I, S. 65 f.: Reichsstatthaltergesetz vom 30.1.1935.

in seinem Haus – die Bereitschaft zur Zusammenarbeit,⁴³ musste sich aber mittelfristig damit abfinden, bei der Reichsreform ins Abseits gedrängt zu werden. Im Jahr 1942, als der Personalmangel und der Reibungsverlust durch die Konkurrenz von Partei und Staat überhandzunehmen drohten, plädierte eine von Frick eingesetzte Kommission für eine engere Kooperation zwischen Partei- und Staatsämtern und eine stärkere Anlehnung der inneren Verwaltung an Parteiinstitutionen, um so eine größere Effektivität zu erreichen.⁴⁴ Damit brach das RMI mit einem Tabu, da es bis dahin stets für die konsequente Trennung von Partei und Staat eingetreten war.

Auch als Heinrich Himmler Frick im Jahr 1943 als Reichsinnenminister nachfolgte, konnte das RMI auf dem Gebiet der Verwaltungsreform keinen größeren Einfluss mehr entfalten. Es war Himmler ein zentrales Anliegen, den Einfluss der Bürokratie als beharrendes Element im Staatsaufbau zu reduzieren und stattdessen ihre Volksnähe zu fördern – Zielsetzungen, die vom RMI seit 1933 verfolgt worden waren, die Himmler nun aber noch einmal zuspitzte. Generell wollte er die Anzahl von Verordnungen und Gesetzen vermindern sowie die Autorität und Entschlussfreudigkeit des Amtsträgers stärken. Verwaltungen sollten ihre Umgangsformen mit Volksgenossen verändern und im Sinne von „Sachberatern“ agieren. So sollten Behördenentscheidungen schnell erfolgen und auf „jede[n] entbehrliche[n] Formalismus“ verzichten. Antworten auf Gesuche müssten höflich und „nicht in einem vom Volk gehaßten Amtsdeutsch“ verfasst sowie vom verantwortlichen Beamten persönlich unterschrieben werden. Selbst ablehnende Bescheide seien „in menschlich verständlicher und netter Form“ zu formulieren. Zuwiderhandelnde würde er „wegen Ungehorsams zur Verantwortung ziehen“.⁴⁵ Hier griff Himmler auf zentrale Elemente populärer Bürokratiekritik zurück, mit der sich später etwa auch das Innenministerium der DDR immer wieder auseinandersetzen musste.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs mit seinen beispiellosen Gewaltverbrechen, für die das Reichsinnenministerium etwa durch sein Mitwirken an der Besatzungsverwaltung eine Mitverantwortung trug, galt es zunächst in Westdeutschland, den Rechtsstaat zu restituieren. Somit standen im ersten Jahrzehnt für das Bundesinnenministerium die Durchsetzung geordneter rechtsstaatlicher Verwaltungsverfahren sowie die Organisation und Intensivierung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes entsprechend den Vorgaben des Grundgesetzes im Vordergrund. Folglich machte sich das BMI sogleich an die Formulierung eines Bundesverwaltungsgerichtsgesetzes, so dass das Bundesverwaltungsgericht Ende September 1952 seine Arbeit in Berlin aufnehmen konnte.⁴⁶ Damit verfügte

⁴³ So die entsprechenden Dokumente aus den Jahren 1934 und 1935 in: BArchB, R 1501/375.

⁴⁴ Vgl. Caplan, *Government*, S. 308–320.

⁴⁵ BArchB, R 1501/358, Himmler an Reichsstatthalter u. a., 28.10.1943 und 11.7.1944. Vgl. zudem Stephan Lehnstaedt, *Der „totale Krieg“ im Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler*, in: *Die Verwaltung* 39 (2006), S. 393–420, hier S. 396–406.

⁴⁶ Vgl. Bundesgesetzblatt (künftig: BGBl.) 1952, Teil I, S. 625–635: Gesetz über das Bundesverwaltungsgericht vom 23.9.1952. Zur Erarbeitung des Gesetzes in den Akten in: BArchK, B 106/47703-47714.

Deutschland erstmals auf Zentralstaatsebene über ein Verwaltungsgericht mit rechtsstaatlicher Ausrichtung. An einer Verwaltungsgerichtsordnung, die sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gelten sollte, arbeitete das BMI sogar über zehn Jahre. Sie sollte vom Parlament erst 1960 verabschiedet werden und bedeutete einen entscheidenden Schritt zur Vereinheitlichung und Kodifizierung des Verwaltungsprozessrechts, der den Rechtsschutz und die Rechtssicherheit erhöhte.⁴⁷

Während im ersten Jahrzehnt also das ordnende Moment der Verwaltung im Sinne des traditionellen bürgerlich-liberalen Rechtsstaats im Vordergrund stand, wandte sich das BMI seit Ende der 1950er Jahre auf stärker gestaltende Weise der Verwaltungsreform zu. Dies war eine Reaktion auf die allgemeine Entwicklung der Bundesrepublik, in der der Sozialstaat und der entsprechende Versorgungsanspruch der Bürger eine zunehmende Rolle spielten, aber auch die immer stärker zu Tage tretende Notwendigkeit politischer Koordination auf den verschiedenen Regierungsebenen an Bedeutung gewann. Es entstand ein Reformdruck von außen, der durch die Entwicklung der Sozialwissenschaften noch verstärkt wurde. Das BMI versuchte, sich in diesem Prozess als ein Impulsgeber der Verwaltungsmodernisierung zu etablieren. Die innere Verwaltung des Bunds wollte es so umstrukturieren, dass sie gestaltend und planend tätig werden und dem Einzelnen Leistungen und Handlungsanreize bieten konnte. Darüber hinaus sollten Verwaltungsverfahren generell moderner, bürgernäher, effizienter und einfacher gehandhabt werden. Schließlich entwickelte das BMI Pläne, wie der Büroalltag weiter rationalisiert, technisiert, verwissenschaftlicht und die Elektronische Datenverarbeitung (EDV) in die Verwaltungsarbeit integriert werden könnte.

Um entsprechende Vorschläge zu beraten und die Reformen zu koordinieren, wurden im BMI in dieser Zeit immer wieder Planungsstäbe und Sachverständigenkommissionen eingerichtet, darunter die Sachverständigenkommission zur Vereinfachung der Verwaltung (1957–1960) oder die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform (1966–1975). Erstere erarbeitete konkrete Vorschläge, um die Tendenz zur Expansion der Verwaltung, ihren Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit, den zunehmenden Finanzbedarf und die sogenannte Gesetzesflut zu begrenzen. Unter anderen empfahl die Sachverständigenkommission im Jahr 1960, ein einheitliches Verwaltungsverfahrensgesetz zu verabschieden, das nach langem politischen Tauziehen erst 1976 realisiert werden sollte, um die Transparenz und die Rechtssicherheit für den Bürger auf Bundes- und Länderebene weiter zu erhöhen.⁴⁸

⁴⁷ Vgl. BGBl. 1960, Teil I, S. 17–43: Verwaltungsgerichtsordnung vom 21.1.1960. Die Erarbeitung des Gesetzes dokumentiert in den Akten in: BArchK, B 106/47637-47670. Vgl. auch Michael Stolleis, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*, Bd. 4: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in West und Ost 1945–1990, München 2012, S. 185–188, und Christoph Schönberger, „Verwaltungsrecht als konkretisiertes Verfassungsrecht“. Die Entstehung eines grundgesetzabhängigen Verwaltungsrechts in der frühen Bundesrepublik, in: Michael Stolleis (Hrsg.), *Das Bonner Grundgesetz. Altes Recht und neue Verfassung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland (1949–1969)*, Berlin 2006, S. 53–84, hier S. 58–69.

⁴⁸ Vgl. Wolf von Dreising, *Zum Bericht der Sachverständigenkommission für die Vereinfachung der Verwaltung beim Bundesministerium des Innern*, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 13

In scharfem Kontrast zum BMI arbeitete das Ministerium des Innern der DDR von Anfang an daran mit, rechtsstaatliche Elemente, die während der Besatzungsherrschaft zwischen 1945 und 1949 im Bereich der Verwaltung teilweise wieder eingeführt worden waren, zu beseitigen. Entscheidende Weichenstellungen erfolgten hierbei durch die große Verwaltungsreform von 1952, die die letzten Reste der Verwaltungsgerichtsbarkeit abschaffte und den Föderalismus zugunsten eines zentralistischen Staatsaufbaus beseitigte, indem sie die Länder durch Bezirke ersetzte.⁴⁹ Einen weiteren Meilenstein stellte die Babelsberger Konferenz von 1958 dar, die die Politisierung des Rechts weiter vorantrieb, „bürgerliche, revisionistische Restbestände“ bekämpfte und in deren Folge das Verwaltungsrecht als Rechtsdisziplin ganz verschwand.⁵⁰ Anders als in der Zeit des Nationalsozialismus beanspruchte das Innenministerium dabei keine politische Führungsrolle, sondern überließ von Anfang an speziell dem Zentralkomitee der SED und dem Ministerrat die Initiative und gab sich überwiegend mit seiner Rolle in der zweiten Reihe als ausführendes Organ zufrieden.

Verwaltungsreform bedeutete für das MdI somit primär die permanente Reformierung und Umstrukturierung des eigenen Hauses und der nachgeordneten Behörden, da die Leitung mit deren Funktionsweise unzufrieden war und sie effizienter gestalten wollte. Zugleich reagierte das Ministerium auf diese Weise auf die wiederholt geäußerte Kritik der Partei am sogenannten kleinbürgerlichen Bürokratismus, der noch nicht ganz überwunden sei.⁵¹ Was der SED stattdessen vorschwebte, war das Bild einer einfach strukturierten, rational und kreativ arbeitenden Behörde, die weniger positivistisch an Gesetzesbuchstaben hing, sondern sich auf schöpferische Weise an längerfristigen Zielen der Partei orientierte. Als Beispiel für das permanente Experimentieren kann auf den Bereich Innere Verwaltung verwiesen werden. Dieser war zunächst direkt dem Minister unterstellt, dann wurde im Ministerium ein Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten geschaffen, dem der Bereich zugeordnet war, das aber wenig später wieder aufgelöst

(1960), S. 141 f. Auch: BArchK, B 106/110487, Alfred Faude, Überlegungen zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung, Stand: August 1968. Vgl. auch Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u. a. 2005, S. 105–121, S. 335–346 und S. 372–382; Stolleis, Geschichte, Bd. 4, S. 462–470; Winfried Süß, „Rationale Politik“ durch sozialwissenschaftliche Beratung? Die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform 1966–1975, in: Stephan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 329–348, und BGBl. 1976, Teil I, S. 1253–1277: Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25.5.1976.

⁴⁹ Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1952, Teil I, S. 613: Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23.7.1952.

⁵⁰ Stolleis, Geschichte, Bd. 4, S. 289–294, hier S. 292. Vgl. auch Jörn Eckert (Hrsg.), Die Babelsberger Konferenz vom 2./3. April 1958. Rechtshistorisches Kolloquium, 13.–16. Februar 1992 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Baden-Baden 1993.

⁵¹ Vgl. Stefan Wolle, Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949–1961), Berlin 2013, S. 177–180, und Günther u. a., Kommunikation, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, hier S. 349–351 (Lutz Macke).

wurde, da es die ihm obliegenden zahlreichen Kompetenzbereiche nicht mehr beherrschen konnte. Anschließend wurde wiederum ein eigenständiger Bereich Innere Verwaltung eingerichtet, für den ein Stellvertreter des Ministers verantwortlich zeichnete. 1958 teilte man endlich die Zuständigkeit für die Innere Verwaltung unter den vier Stellvertretern des Ministers auf. Diese Zuteilung blieb trotz kleinerer Umstrukturierungen bis 1989 weitgehend bestehen.⁵²

Im Jahr 1956 war die Unzufriedenheit des damaligen Innenministers Karl Maron (SED) mit seinem Ministerium so groß, dass er eine SED-Kreisdelegiertenkonferenz im MdI einberief und die Arbeit der verschiedenen Bereiche einer Generalkritik unterzog. Generell bemängelte er den „politisch-moralischen Zustand“ seiner Mitarbeiter, die Kaderauswahl und die große Fluktuation unter ihnen, wobei er besonders die Verluste durch „Republikflucht“ beklagte. Zudem sei beispielsweise die Aufklärungsquote der Volkspolizei bei Verbrechen zu gering, und die Verwaltung arbeite zu „beamtenmäßig“. Er plädierte für zwei Lösungswege: Zum einen müssten sich die verschiedenen Abteilungen besser miteinander abstimmen, mehr beraten und koordinierter vorgehen. Zum anderen sei der Einfluss der SED auf die Arbeit des Ministeriums zu erhöhen und speziell die politisch-ideologische Schulungsarbeit zu verbessern. Um dies zu erreichen, sorgte er dafür, dass eine SED-Kreisleitung als übergeordnete Parteiorganisation im MdI eingesetzt wurde.⁵³

Maron kritisierte zudem den aktuellen Aufbau seines Ressorts mit den äußerst disparaten Tätigkeitsbereichen als eine „Gemischtwarenhandlung“. Um das Jahr 1960, zum Ende seiner Amtszeit und im zeitlichen Umfeld des Mauerbaus, erfolgten folglich wichtige Strukturveränderungen, die ein Abrücken von der permanenten Reformdynamik bedeuteten und zu einer Verstetigung der Arbeit des Ministeriums führten. Als Friedrich Dickel (SED) Maron 1963 als Innenminister nachfolgte, kam es zu keinen grundlegenden Änderungen mehr, obwohl er das Amt bis zur Wende 1989 innehatte. Doch trotz dieser Stabilisierung bestand weiterhin der Anspruch, durch kontinuierliche dynamische Anpassung an den wissenschaftlichen Fortschritt die eigene Arbeit zu modernisieren und zu verbessern, so dass – ähnlich wie im Bundesinnenministerium – neue Erkenntnisse der Sozialwissenschaften, die Kybernetik, längerfristige Planungsmethoden und ab Ende der 1960er Jahre auch die EDV im Ministerium Einzug hielten.⁵⁴

Insgesamt dürfte deutlich geworden sein, dass alle vier Innenministerien die Verwaltungsreform als ein zentrales Tätigkeitsfeld ansahen. Sie arbeiteten kontinuierlich an der Vereinfachung und Modernisierung von Strukturen und Prozes-

⁵² Vgl. Susanne Kaiser/Kerstin Risse, Einleitung zum Findbuch „Ministerium des Innern der DDR (1949–1990), Teil: Hauptabteilung Innere Angelegenheiten“ des Bundesarchivs, Berlin 2007, S. VI–XIV.

⁵³ BArchB, DO 1, 20000, Referat Marons über „Die Aufgaben der Parteiorganisation der SED des MdI“, 25.2.1956, und Protokoll der Kreisdelegiertenkonferenz der SED im MdI, 6.3.1956; das folgende Zitat findet sich in diesem Protokoll.

⁵⁴ Hierzu die Berichte des Inoffiziellen Mitarbeiters (IM) Wolfgang Grandke als Chef des Stabes Verwaltung und Organisation des MdI; Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (künftig: BStU), MfS, AIM, 8709/86.

sen und versuchten immer wieder, eine Gebietsreform einzuleiten oder umzusetzen. Zugleich veränderten sich aber die politischen Vorzeichen. Während in der Weimarer Republik die Verwaltungsreform vor allem Teil eines Spardiskurses war, ging es nach 1933 um die Anpassung der Verwaltung an nationalsozialistische Herrschaftsvorstellungen, deren dauerhafte Festschreibung aber letztlich politisch nicht gewollt war. In West- und Ostdeutschland prägte das jeweilige Herrschaftssystem den Aufbau der Verwaltung, wobei die Dynamik und der Zwang zum Experimentieren im MdI erheblich größer waren als im BMI. In den 1960er Jahren stand in Ost und West das Ziel einer Rationalisierung und Effizienzsteigerung auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden im Vordergrund. In Anbetracht der Größe bezogen sich die Reforminitiativen im MdI primär auf das eigene Haus und auf unterstellte Behörden, während die anderen drei Innenministerien – auch wegen des Selbstverständnisses als herausgehobene Verwaltungsministerien – meist den gesamten Staatsaufbau im Blick hatten.

IV. Selbstverständnis und Verwaltungskultur

Die Mehrzahl der Beamten des Reichsinnenministeriums der Weimarer Republik und der NS-Zeit sowie des Bundesinnenministeriums bis zum Beginn der 1960er Jahre war von einem unübersehbaren Etatismus geprägt. Sie meinten also, in erster Linie dem Staat als einer von den konkreten politischen Rahmenbedingungen abstrahierten und idealisierten Ordnungsvorstellung zu dienen. Dabei assoziierten sie den Staat primär mit der Exekutive, also mit Regierung und Verwaltung, und weniger mit Parlament und politischen Parteien. Zudem waren sie der Ansicht, diese Grundhaltung sei unpolitisch, also allein dem Gemeinwohl verpflichtet und dem kontroversen politischen Meinungskampf enthoben. Dieses Selbstverständnis ermöglichte es den Beamten, im jeweiligen politischen System mitzuarbeiten, obwohl sie es teilweise mit Vorbehalten betrachteten oder sogar innerlich ablehnten.

In Kontrast zum deutschen Kaiserreich beurteilte die Mehrheit der etatistisch eingestellten Beamten die Weimarer Republik skeptisch, da diese den neutralen Staat und sein Beamtentum in ihren Augen infrage stellte. Der Versuch speziell der Weimarer Koalition aus Zentrums-katholiken, Sozialdemokraten und Linksliberalen, durch Stellenbesetzungen in ihrem Sinne eine zunehmende Politisierung der Verwaltung zu erreichen, um so eine republiktreuere Gesinnung unter der Beamtenschaft zu fördern, wurde als eine handfeste Bedrohung wahrgenommen. Die Mehrheit stand politisch rechts, trauerte dem untergegangenen Kaiserreich nach und konnte sich mit der parlamentarischen Verfassungsordnung und der zentralen Bedeutung politischer Parteien nur schwer anfreunden. Hinzu kamen Abstiegsängste im Hinblick auf den eigenen sozialen Status.⁵⁵

⁵⁵ Vgl. Arnold Köttgen, *Das deutsche Berufsbeamtentum und die parlamentarische Demokratie*, Berlin/Leipzig 1928; Caplan, *Government*, S. 14–19; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 365–371, und Michael Ruck, *Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972*, München 1996, S. 27–83.

Eine etatistische Grundhaltung ist aber auch bei der Minderheit der republiktreuen Beamten zu finden. Sie fühlten sich häufig ebenfalls in erster Linie dem neutralen Staat verbunden und wollten seine Autorität stärken. Hingegen sahen sie weniger ihre Aufgabe darin, bei der Verwaltungsarbeit den politischen Prozess im Sinne einer demokratischen Wertordnung zu fördern. Selbst Arnold Brecht wurde bei der Erarbeitung zahlreicher Reforminitiativen des RMI primär als gemeinwohlorientierter Technokrat oder „bürokratischer Innovator“ tätig und versuchte, Verwaltungsverfahren mit Hilfe des Rechts primär auf formal-technische Weise zu verbessern. Gleichzeitig bewahrte er eine „elitäre Distanz zum parlamentarischen Politikbetrieb“ und ein „utilitaristisches Verhältnis zur Frage der Staatsform“.⁵⁶ So entsprach es durchaus seinem Selbstverständnis, wenn er ab 1933 gegenüber Nationalsozialisten stets den unpolitischen und neutralen Charakter seiner früheren Tätigkeit im Dienste des Staats betonte und folglich sogar anbot, als leitender Ministerialbeamter weiterzuarbeiten.⁵⁷

In den Jahren nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ rückten die Beamten des RMI schrittweise vom traditionellen Etatismus ab. Nun vollzog sich unter nationalsozialistischen Vorzeichen jene Politisierung, der sich die meisten Beamten in der Weimarer Republik standhaft widersetzt hatten. Den Staat verstand die Mehrheit der Beamten nun nicht mehr als neutrale Instanz, sondern in einem völkisch-nationalsozialistischen Sinne. Die Mitarbeiter des RMI traten entweder der NSDAP oder einer ihrer Organisationen bei, ließen sich auf Adolf Hitler vereidigen und wirkten ohne erkennbare Gegenwehr an den Gesetzen mit, auf deren Grundlage etwa politische Gegner verfolgt und Juden entrechtet wurden.⁵⁸

Doch als das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sich abzuzeichnen begann, erfolgten Absetzbewegungen vom Regime und Uminterpretationen der eigenen Rolle im nationalsozialistischen Reichsinnenministerium. Die Beamten fingen nun an, die Ansicht zu entwickeln, sie hätten nach 1933 – ähnlich wie schon in der Weimarer Republik – im Gegensatz zu den „150-prozentigen Parteijuristen“ der von außen an sie herangetragenen Politisierung und Radikalisierung getrotzt und den Staat vor den schlimmsten Auswüchsen der NS-Politik geschützt. Diese exkulpierende Sichtweise war möglich durch den Schein von Kontinuität, den die Nationalsozialisten ihrer „Machtergreifung“ zu geben gewusst hatten, und sie schuf die Voraussetzung dafür, das eigene Verhalten nicht nur vor sich selbst, sondern ab 1945 auch gegenüber den kritischen Nachfragen

⁵⁶ Zit. nach Ruck, Institutionalismus, in: Laux/Teppe (Hrsg.), Staat, S. 198 und S. 202. Vgl. auch Heiko Holste, Zwischen Reichsreform und „Preußenschlag“. Ministerialbeamter im Dienst der Republik, in: Claus-Dieter Krohn/Corinna R. Unger (Hrsg.), Arnold Brecht 1884–1977. Demokratischer Beamter und politischer Wissenschaftler in Berlin und New York, Stuttgart 2006, S. 55–82.

⁵⁷ BArchB, R 1501/205282, Arnold Brecht an Wilhelm Frick, 15.10.1933.

⁵⁸ Vgl. Mommsen, Beamtentum, und Christiane Kuller, „Kämpfende Verwaltung“. Bürokratie im NS-Staat, in: Dietmar Süß/Winfried Süß (Hrsg.), Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 227–245, hier S. 234–237.

und Nachforschungen der alliierten Siegermächte bei der Entnazifizierung zu rechtfertigen.⁵⁹

In „Persilscheinen“ und Bewerbungsschreiben späterer Beamter des BMI aus der Nachkriegszeit kommt dieses kollektive Geschichtsbild auf vielfältige Weise zum Ausdruck. Wie schon zuvor habe sich der einzelne Beamte dem Nationalsozialismus nur als unpolitischer Experte zur Verfügung gestellt und sich dabei allein einer idealisierten Staatsvorstellung verpflichtet gefühlt. Selbst wenn der Einzelne an Verwaltungstätigkeiten beteiligt war, die eindeutig Bestandteil von diskriminierenden oder verbrecherischen Maßnahmen waren, erscheinen diese in den Personalakten als rein gemeinwohlorientiert und rechtsgebunden. Beitritte zur NSDAP oder anderen NS-Organisationen werden – wenn man sie nicht völlig verschwieg – generell als unpolitisch und eigennützig beschrieben, da nur durch einen solchen Schritt die eigene Existenz und die der Familie habe gesichert werden können.⁶⁰ Wie schon in der Weimarer Republik ermöglichte es der Glaube an einen idealisierten Staat den Beamten, beim Wiederaufbau des bundesdeutschen Gemeinwesens mitzuwirken, obwohl sie sein politisches System und seine Verfassungsordnung zumindest mit Vorbehalten und Skepsis betrachteten,⁶¹ die sie durch rein sachorientierte, formalisierte Gesetzesanwendung – gleichsam ohne innere Beteiligung – auszugleichen und zu kaschieren versuchten.⁶²

Der Etatismus der Beamten des BMI sollte erst Ende der 1950er Jahre allmählich in den Hintergrund rücken. Sie arrangierten sich mit dem hochpolitisch agierenden Bundesverfassungsgericht und orientierten sich mehr und mehr an einer Staatsvorstellung, die auf die konkrete demokratisch-pluralistische Verfassungsordnung des Grundgesetzes bezogen war und Parlament, politische Parteien und Interessenverbände miteinbezog. Endgültig zeigten die Beamten des BMI in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, als die Neue Linke und die Studentenbewegung die Verfassungsordnung des Grundgesetzes fundamental in Frage stellten und das BMI öffentlich immer wieder in die Rolle des Verteidigers der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes gedrängt wurde, dass sie auch in ihrer Funktion als Verwaltungsexperten bewusst politisch agieren konnten.⁶³

⁵⁹ So setzte sich Arnold Köttgen seit Ende der 1930er Jahre vom Nationalsozialismus ab und zeichnete später ein Bild von den nationalsozialistischen Beamten als bloß unpolitischen Technikern des Staats; vgl. Michael Stolleis, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*, Bd. 3: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur 1914–1945, München 1999, S. 375, und Arnold Köttgen, *Das Beamtengericht des Bundesverfassungsgerichts*, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 79 (1953/54), S. 350–368, hier S. 359 f.

⁶⁰ BArchK, Pers 101, 49252, Lebenslauf von Dorothea Frandsen, o. D. Vgl. auch Frieder Günther/Lutz Maeke, *Unpolitischer Beamter versus „Berufsrevolutionär“*. Traditionen, Ideen, Selbstverständnis, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter*, S. 267–285, hier S. 270 f.

⁶¹ Dies kommt in der Arbeit des „Ausschusses Inneres“ in den Jahren 1957 bis 1960 zum Ausdruck; vgl. Frieder Günther, *Rechtsstaat, Justizstaat oder Verwaltungsstaat? Die Verfassungs- und Verwaltungspolitik*, in: Ebenda, S. 381–412, hier S. 384–386.

⁶² So arbeitete der Leiter des Aufenthalts- und Ausländerrechtsreferats Kurt Breull; vgl. ebenda, S. 404–411.

⁶³ Vgl. ebenda, S. 386–389 und S. 397–400.

Im Gegensatz zu den Vorgängerinnenministerien und zum BMI war bei der breiten Mehrheit der Mitarbeiter des MdI ein traditioneller Etatismus nicht zu finden, da sich dort der konsequente Personalwechsel nach 1945 auswirkte. Die leitenden Mitarbeiter orientierten sich vielmehr am Ideal des Parteikaders und fühlten sich nicht einem abstrakten Staat, sondern primär der SED verpflichtet.⁶⁴ Als Kader zeichneten sie sich idealiter durch die Kombination von administrativ-organisatorischen Fähigkeiten und ideologischen Kenntnissen aus und waren somit vielfältig einsetzbar. Dies ermöglichte die häufigen beruflichen Wechsel dieses Personenkreises zwischen verschiedenen Funktionen innerhalb des MdI, zwischen Partei- und Staatsapparat oder zwischen zentralstaatlicher und regionaler Verwaltung, um so deren mangelnde Effizienz auszugleichen. Die Kader sollten stets für die Ideale des Sozialismus einstehen und bereit sein, sich nicht nur bei der Arbeit, sondern auch im Wohnbezirk politisch zu engagieren. Als Avantgarde der Partei übten sie zudem eine umfassende Vorbildfunktion aus und mussten über ihr Verhalten im Innenministerium, aber auch im Privatleben gegenüber der Partei Rechenschaft ablegen. Bei dem hier gezeichneten Bild eines Parteikaders handelte es sich um ein Wunschbild, von dem in der Praxis aber häufig abgewichen wurde. Beispielsweise gab es im MdI unter den leitenden Mitarbeitern einen weit verbreiteten Alkoholismus sowie Korruptionserscheinungen, es herrschte ein Privilegiensystem, Familienverhältnisse waren immer wieder zertrümmert, und es existierte ein scharfer Kontrast zwischen formelhaftem offiziellem Sprechen und der Alltagssprache.⁶⁵ Dennoch stellte das Ideal einen maßgeblichen, wenn auch vielfach gebrochenen Orientierungspunkt für das Selbstverständnis dieses Personenkreises dar.

Beim Blick auf die Verwaltungskultur im engeren Sinne rücken das RMI der Weimarer Republik und das BMI zusammen. Sie verfügten über eine Institutionenkultur, wie sie für Verwaltungen in liberalen Rechtsstaaten charakteristisch ist. Dementsprechend waren sie zivil geprägt, selbst wenn in einzelnen Abteilungen Polizisten beschäftigt waren, die in Uniform zur Arbeit kamen. Wie es der Tradition der deutschen Beamtenverwaltung entsprach, erschienen der Minister und die breite Mehrheit der männlichen Mitarbeiter in Anzug, weißem Hemd und Krawatte, sie begrüßten sich mit Handschlag, und die Sprache war beim persönlichen Umgang – trotz aller Hierarchie und aller Konflikte – von bürgerlichen Ausdrucksformen der Höflichkeit bestimmt.

Die Kommunikation in beiden Innenministerien war zudem geprägt vom Prinzip der Schriftlichkeit. Alle wesentlichen Arbeitsschritte sowohl bei der Bearbeitung eines Sachverhalts als auch beim Verkehr der Amtsträger innerhalb des Ministeriums und nach außen wurden schriftlich festgehalten. Somit war für die

⁶⁴ Vgl. Christoph Boyer, „Die Kader entscheiden alles...“ Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), Dresden 1996, und Gert-Joachim Glaebner, Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Wiesbaden 1977.

⁶⁵ Diese Abweichungen waren Gegenstand zahlreicher Berichte des MfS; BStU, MfS, ZAIG, 5279, Hinweise zu grundsätzlichen Problemen im MdI und einigen nachgeordneten Organen, 16.8.1972.

liberal-rechtsstaatlichen Innenministerien die unablässige, massenhafte Produktion von Akten eine unvermeidliche Konsequenz ihrer Existenz. Um ihren verschiedenen Handlungsformen gerecht zu werden, wurde auf eine Vielzahl unterschiedlicher schriftlicher Formate mit jeweils eigener formalisierter sprachlicher Ausdrucksweise zurückgegriffen: den Entwurf, den Bericht, das Protokoll, die Vorlage, den Vermerk und die Weisung. Durch Zeichnungen, Korrekturen, Vermerke und Anweisungen wurden Geschäftsgang und Entscheidungsprozess zudem vollständig auf einem Aktenstück abgebildet. Auf diese Weise sollten Amtshandlungen im Nachhinein durch Dritte nachvollziehbar und überprüfbar gemacht werden. Außerdem wurde so eine Entpersonalisierung und Rationalisierung des Verfahrens angestrebt, so wie es generell für moderne Bürokratien im Sinne Max Webers charakteristisch ist.⁶⁶ Gegenüber dem Prinzip der Schriftlichkeit trat das der Mündlichkeit zurück. Selbstverständlich gab es auf den verschiedenen Ebenen von RMI und BMI institutionalisierte Besprechungen sowie formlose Gespräche, bei denen Verfahrensweisen und Entscheidungsprozesse im Voraus informell abgestimmt wurden. Aber das Entscheidende blieb doch das Schriftstück, auf dem der Vorgang möglichst vollständig abzubilden war.⁶⁷

Hinzu kam das Prinzip der Hierarchie. An der Spitze des Ministeriums stand der Minister, der die grundsätzliche Richtung des Ministeriums bestimmte und die politische Verantwortung trug. Er wurde gefolgt von den Staatssekretären (bis 1951 ein Staatssekretär, dann zwei, ab 1967 kam ein parlamentarischer Staatssekretär hinzu) als Stellvertreter des Ministers und zentrale Koordinierungs- und Kontrollinstanz des Gesamtministeriums. Den Abteilungen und Unterabteilungen standen Abteilungs- und Unterabteilungsleiter vor. Zentrale Instanz für die Sacharbeit des Weimarer RMI und des BMI waren jedoch die Referate, die sich wiederum hierarchisch aus Referenten, Hilfsreferenten und Sachbearbeitern zusammensetzten. Sie standen für die Sachkompetenz und die konkrete, tagtägliche Verwaltungsarbeit der Ministerien, die unabhängig von Wahlen und Ministerwechseln fortbestanden. Hier wurden die meisten der Eingänge erledigt, Gesetze erarbeitet und Sachentscheidungen gefällt, häufig ohne dass andere Referate oder übergeordnete Instanzen miteinbezogen worden wären. Selbst wenn Entwürfe von größerer politischer Bedeutung in der Hierarchie nach oben gereicht und dort mit Korrekturen versehen wurden, erfolgte die abschließende Bearbeitung doch stets auf der Referatsebene, bevor die Kanzlei das Dokument ausfertigte. Außerdem standen Referate mit Vertretern anderer Ministerien, Abgeordneten des Reichs- beziehungsweise Bundestags sowie Repräsentanten von Interessengruppen und Verbänden in Kontakt und ergänzten so die stärker institutionalisierten Treffen auf Minister- und Staatssekretärebene. Während im RMI der Weimarer Zeit aufgrund einer Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus die Einbindung von Interessengruppen in das Gesetzgebungsverfahren eine größere Bedeutung besaß als die direkte Verbindung zum Reichstag, erfolgte im BMI eine umgekehr-

⁶⁶ Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, hier S. 124–130 und S. 650–678.

⁶⁷ Im Hinblick auf das BMI vgl. Günther u. a., *Kommunikation*, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter*, S. 312–320.

te Strategie mit dem Ziel, durch die frühe und intensive Einbindung des Parlaments die Verabschiedung von Gesetzesentwürfen zu beschleunigen.⁶⁸

Im Mittelpunkt der Arbeit des Weimarer Reichsinnenministeriums und des Bundesinnenministeriums stand die Orientierung an Recht und Gesetz und an einer etablierten Praxis. Da somit Handeln primär durch Rückgriff auf scheinbar Bewährtes erfolgte, also durch Orientierung an einer positiv gedeuteten Tradition, können beide als traditionale Verwaltungen angesehen werden. Dies kam schon allein dadurch zum Ausdruck, dass sich das RMI als direkter Nachfolger des Reichsamts des Innern und das BMI als Nachfolger des RMI bis 1945 verstanden. Recht, Gesetz und etablierte Praxis hielten zudem ein Repertoire von Anweisungen und Direktiven bereit, das in der Vergangenheit aufgrund damaliger Erfahrungswerte zur künftigen Handlungssteuerung geschaffen worden war. Auch die Anstellung der Mitarbeiter als Lebenszeitbeamte sollte den bewahrenden Grundzug der Innenministerien sicherstellen. Ihnen wurde ein solcher Status verliehen, dass sie theoretisch ihre Entscheidungen allein aufgrund von Rechts- und Sacherwägungen treffen und sich dem schnelllebigen Zeitgeist sowie einer übermäßigen Politisierung entziehen konnten.

Zentrale Bedeutung für die liberal-rechtsstaatliche Verwaltungskultur des RMI der Weimarer Republik und des BMI besaß folglich das auf Regeln beruhende, geordnete Verfahren. Dieses verschaffte in den Augen der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit sowohl dem jeweiligen Ministerium als Institution als auch seinen Entscheidungen entscheidende Legitimität, obwohl es nicht im engeren Sinne demokratisch strukturiert war.⁶⁹ Damit unterschieden sich das Weimarer RMI und das BMI grundlegend vom Ministerium des Innern der DDR, dessen Verwaltungskultur in vielerlei Hinsicht als Antipode gedeutet werden kann.

An erster Stelle besaß das MdI einen militärischen Charakter, da die bewaffneten Organe das Ministerium dominierten und einen maßgeblichen Einfluss auf die Kultur des Ministeriums besaßen. Dies stellte wiederum die Gesamtministerien vor erhebliche Probleme, da die Polizei wegen ihrer Größe und Bedeutung – ähnlich wie im RMI der NS-Zeit – dazu tendierte, eine abgehobene Eigenexistenz zu führen, und sich vom Minister nur schwer kontrollieren ließ. Die Mehrzahl der Mitarbeiter bekleidete somit militärische Dienstränge, erschien in Uniform zur Arbeit und hatte eine Dienstwaffe im Büro. Üblich waren vergleichsweise harsche und autoritäre Umgangsformen, das militärische Grüßen sowie das Anweisen per Befehl, der den Empfänger zu absolutem Gehorsam verpflichtete.

⁶⁸ Dazu: GGO I der Reichsministerien; vgl. auch Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien, verabschiedet am 8.1.1958, in: Max von Brauchitsch/Carl Hermann Ule (Hrsg.), *Verwaltungsgesetze des Bundes und der Länder*, Bd. 1/1: *Verwaltungsorganisation und Verwaltungsverfahren*, bearb. von E. Rasch und W. Patzig, 2., neubearbeitete Aufl., Köln u. a. 1962, S. 116–182; im Hinblick auf das BMI vgl. Günther u. a., *Kommunikation*, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), *Hüter*, S. 308–312 und S. 320–334.

⁶⁹ Vgl. Niklas Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt a. M. 1983, S. 201–218.

Selbst Minister Dickel, der den Zusatz „Chef der deutschen Volkspolizei“ in seinem Titel trug, war bei passenden Amtshandlungen in Uniform gekleidet.⁷⁰

Bei der Arbeit des MdI dominierte das Prinzip der Mündlichkeit, selbst wenn große Mengen vor allem serieller Akten produziert und Entscheidungen grundsätzlich schriftlich festgehalten wurden. Zum einen sollten Fragen, die zur Beschlussfassung anstanden, kollektiv beraten und entschieden werden. Folglich gab es auf den verschiedenen Ebenen des MdI eine Vielzahl von Gremien, die regelmäßig zusammentraten, um über aktuelle Fragen gemeinsam zu befinden. Die beiden wichtigsten Formate waren die kleineren Leitungs- und die größeren Kollegiumssitzungen der obersten Leitungsebene, die während der 1960er Jahre im abwechselnden wöchentlichen Turnus jeweils freitags stattfanden. Eine eindeutige kompetenzielle Unterscheidung zwischen Kollegiums- und Leitungsstruktur gab es dabei nicht. In beiden Gremien wurden zu erarbeitende Rechtsvorschriften, Personal- und Strukturfragen, die Öffentlichkeitsarbeit, Probleme einzelner Abteilungen sowie der grundsätzliche Kurs des Ministeriums beraten, wobei sich Minister Dickel stets das letzte Wort vorbehielt, zum Monologisieren tendierte und Widerspruch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht akzeptierte.⁷¹ Zum anderen wurde aber auch vor Gremiensitzungen das informelle Gespräch intensiv genutzt, um Meinungsbilder zu sondieren und Vorabentscheidungen mit den zentralen Funktionsträgern herbeizuführen. Die institutionalisierten Entscheidungsgremien hatten dann nur noch die bereits im Vorfeld verabredeten Beschlüsse abzusegnen. Da solche aus rechtsstaatlicher Sicht verfahrenswidrigen Vorgehensweisen nur ausnahmsweise Niederschlag in den Akten fanden, lässt sich deren Häufigkeit nicht genau bestimmen, aber sie dürften im MdI gang und gäbe gewesen sein.⁷²

Die Vorwegnahme von Entscheidungen durch Gespräche mit zentralen Funktionsträgern im Vorfeld war möglich aufgrund der ausgeprägten Hierarchie im MdI. Im Gegensatz zum RMI der Weimarer Zeit und zum BMI konnte hier von einer Kompetenz des Referenten in strittigen Sachentscheidungen nicht die Rede sein. Im Zweifelsfall entschied die übergeordnete Ebene und letztlich der Minis-

⁷⁰ Vgl. Günther u. a., Kommunikation, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, S. 351 (Maeke); Kuschel, Sicherheit, in: Ebenda, S. 645 f., und Thomas Lindenberger, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln 2003, hier S. 171–176. Zum autoritären und aufbrausenden Umgang von Innenminister Dickel mit seinen Mitarbeitern: BStU, MfS, AIM, 8709/86, Bd. 2, Treffbericht mit dem IM Wolfgang Grandke alias „Waldemar“, 26.11.1966.

⁷¹ BStU, MfS, AIM, 8709/86, Bd. 2, zahlreiche Treffberichte mit IM Wolfgang Grandke (reguläres Mitglied des Kollegiums des MdI). Vgl. auch Günther u. a., Kommunikation, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, S. 341–345 (Maeke), und Rüdiger Bergien, Im „Generalstab der Partei“. Organisationskultur und Herrschaftspraxis in der SED-Zentrale (1946–1989), Berlin 2017, S. 185–196.

⁷² Beispielsweise hatte der Vorsitzende des Ministerrats, Willi Stoph, im Gespräch mit Dickel bereits entschieden, dass im MdI eine Personendatenbank geschaffen wurde, bevor das Präsidium des Ministerrats darüber beriet. Dickel hatte zuvor die Zustimmung des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, eingeholt; BStU, MfS, Abt. XIII, 815, Vermerk von Opitz, 3.12.1969.

ter. Dementsprechend ist auf der Sachbearbeiterebene des MdI ganz überwiegend eine simple, uninspirierte und formalisierte Rechtsanwendung in enger Anlehnung an die Vorgaben der Partei zu beobachten. Wenn es ab den 1960er Jahren, als die direkten Interventionen der Partei nachließen, bei der täglichen Arbeit Unsicherheiten über die zu treffenden Entscheidungen gab, da etwa die Rechtslage oder die Richtlinien der SED verschiedene Interpretationen zuließen, dann wurde die Sache in der Hierarchie nach oben gegeben und meistens vom Minister im persönlichen Gespräch oder im Leitungsgremium entschieden, dem ebenfalls der Minister vorstand. Selbst Staatssekretäre und Ministerstellvertreter sahen sich gezwungen, vergleichsweise banale Dinge dem Minister vorzulegen, was zu einer latenten Überforderung der obersten Ministeriumsleitung führte.⁷³ Dabei wäre es verfehlt, von einem natürlichen Interessengegensatz zwischen den verschiedenen Ministeriumsebenen, zwischen Regierungsinstitutionen oder zwischen Partei und Staat auszugehen. Im Vergleich zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik war das Regierungs- und Verwaltungssystem der DDR von einem weitgehenden Konsens geprägt, so wie es dem ideologischen Anspruch auf die dialektische Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit entsprach. Bei Unsicherheiten fragte der Sachbearbeiter beim Vorgesetzten oder der zuständigen Parteiinstanz von sich aus einfach nach und ließ sich anleiten, da er mit dem objektiven Willen der Partei nicht in Konflikt geraten wollte.⁷⁴

Darüber hinaus kann das MdI als eine mobilisierte oder kämpfende Verwaltung charakterisiert werden. Sie sollte stets wachsam sein, da – besonders nach den für die Partei- und Staatsführung traumatischen Erfahrungen, die der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 ausgelöst hatte – unablässig mit Provokationen und Angriffen von inneren und äußeren Feinden gerechnet wurde. Somit befanden sich Ministerium und Mitarbeiter gleichsam ständig in Bewegung und in einem permanenten, dynamischen Lernprozess: Arbeitsabläufe sollten verbessert, entbürokratisiert und damit dem Diktat der SED-Führung angepasst werden; Bedienstete sollten sich körperlich fit halten und regelmäßig politisch-ideologische Schulungen und Versammlungen besuchen sowie an sogenannten Brigadeeinsätzen teilnehmen, um vor Ort Praxiserfahrung zu sammeln. Außerdem waren alle Abteilungen und alle Mitarbeiter einem permanenten und umfassenden System von Kontrollen sowie Kritik und Selbstkritik unterstellt, das sie zu besserer praxisnaher Arbeit und zu genauerer Beachtung der ideologischen Vorgaben der Partei anregen sollte.⁷⁵

Als kämpfende Verwaltung stand das MdI dem nationalsozialistischen RMI nahe, das sich zwar nicht in einer permanenten Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind, dafür aber mit dem politisch und rassisch definierten Feind des Na-

⁷³ BArchB, DO I, 8742, Korrespondenz zwischen Minister Karl Maron und Stellvertreter Herbert Grünstein 1955–1957. Vgl. auch Günther u. a., Kommunikation, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, S. 341 (Maeke).

⁷⁴ Vgl. Inga Markovits, Gerechtigkeit in Lüritz. Eine ostdeutsche Rechtsgeschichte, München 2006, S. 181–227, und Frieder Günther, Autonomie des Rechts in der DDR, in: Lutz Raphael/Joachim Rückert (Hrsg.), Autonomie des Rechts nach 1945, Tübingen 2020, S. 77–88, i. E.

⁷⁵ Vgl. Günther u. a., Kommunikation, in: Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter, S. 353 f. (Maeke).

tionalsozialismus währte. Die breite Mehrheit der Mitarbeiter des RMI teilte die ideologischen Ziele des Nationalsozialismus und stellte sich – wie vom Regime gefordert – dem nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Verfolgungssystem von Anfang an bereitwillig zur Verfügung. Dennoch ließ der Nationalsozialismus im Innenministerium Elemente traditioneller Verwaltungsarbeit bestehen, wenn sie zur Stabilisierung des eigenen Systems beitragen, während sie die SED-Führung als bürgerliche Relikte bekämpfte. So unterschied sich das RMI beispielsweise von neu eingesetzten, dynamischeren und flexibleren Sonderinstanzen, die innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems weitaus informeller funktionierten und eine radikalere Vorreiterrolle bei der Konzeptionierung der völkisch-rassenbiologischen Politik jenseits traditioneller rechtlicher Bindungen spielten. Insofern handelte es sich beim RMI im Vergleich zu den charismatischen Herrschaftselementen nationalsozialistischer „Neuer Staatlichkeit“ um eine eher traditionelle Institution.⁷⁶ Wie wir anhand der Verwaltungsreformpolitik gesehen haben, schwand sein Einfluss gegenüber solchen „entgrenzten“ Instanzen speziell ab Kriegsbeginn allerdings immer mehr. Das RMI der nationalsozialistischen Zeit nahm also im Hinblick auf die Verwaltungskultur eine Zwischenstellung zwischen dem RMI der Weimarer Republik und dem BMI einerseits und dem MdI andererseits ein. Dies war trotz der starken Politisierung der Ministeriumsarbeit möglich durch den Anschein von Kontinuität, den die Nationalsozialisten ihrer Machtübernahme zu geben wussten: Akten wurden fortgeführt, Briefköpfe weiterverwendet, die Mehrzahl der Verwaltungsbeamten blieb im Amt, und Probleme, die – wie die Reichsreform – schon die Arbeit des RMI in der Weimarer Zeit geprägt hatten, wurden weiter bearbeitet und teilweise auf autoritäre Weise gelöst.

Die Zwischenstellung zwischen MdI und Weimarer RMI beziehungsweise BMI zeigt sich auch beim Blick auf den militärischen oder zivilen Charakter der Verwaltung. Die Mehrheit der Mitarbeiter verstand sich, so wie es der deutschen Beamtentradition entsprach, als zivile Amtsträger. Sie erschienen auch nach 1933 in Anzug und Krawatte zur Arbeit und pflegten bürgerliche Umgangsformen. Mitarbeiter, die sich primär als Parteivertreter verstanden, zumal wenn sie der obersten Leistungsebene angehörten, trugen nach einer gewissen Übergangszeit hingegen bei der Arbeit zuweilen SS-, SA- oder Parteiuniform, um sich nach außen von der Mehrheit abzuheben.⁷⁷ Die Beamten der Polizeiabteilung dürften zudem beim Dienst größtenteils in Polizeiuniformen gekleidet gewesen sein; bezeichnenderweise führte Staatssekretär Heinrich Himmler die Abteilung wie ein eigenes Ressort, das zum Rest des Ministeriums kaum Verbindungen aufwies. In der stark formalisierten Verwaltungssprache des Ministeriums erfolgte eine allmähliche

⁷⁶ Vgl. Rüdiger Hachtmann, „Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“*, München 2007, S. 56–79; Sven Reichardt/Wolfgang Seibel (Hrsg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 2011, und Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, hier S. 855–861.

⁷⁷ Vgl. z. B. die Abbildung in Jasch, *Staatssekretär*, S. 156.

Abkehr von höflichen Umgangsformen und eine Hinwendung zum Militärischen. So wurde der Ton zunehmend ruppiger, Befehle wurden auch gegenüber der zivilen Verwaltung ausgesprochen, und in Weisungen wurden dem Empfänger Strafen bei Zuwiderhandlung angedroht – ein aus traditioneller Verwaltungsperspektive ganz und gar unübliches Vorgehen.⁷⁸

Zugleich bestand jedoch bei der internen Kommunikation wie zuvor im RMI der Weimarer Republik trotz aller Polemik gegen den Formalismus der Bürokratie das Prinzip der Schriftlichkeit als traditionelles Element fort. Innerhalb des Ministeriums wurde weiterhin überwiegend schriftlich kommuniziert, Entscheidungen wurden in Papierform festgehalten. Hingegen nahm der mündliche Austausch mit externen Institutionen allmählich zu. Leitende Ministeriumsmitarbeiter wurden mobiler, da sie an Besprechungen und Sitzungen häufig neu eingerichteter Koordinierungsinstanzen außerhalb des Ministeriums teilnehmen mussten. Dies war eine Antwort auf den wachsenden Anspruch von Partei und neuen Sonderbehörden, an Rechtsetzungsverfahren frühzeitig beteiligt zu werden, und reduzierte die Wahrscheinlichkeit, dass Initiativen des Ministeriums an einem erst in einem späten Stadium vorgebrachten Widerspruch anderer Institutionen scheiterten.⁷⁹ Zudem reagierte das Ministerium damit auf den Wegfall eines geordneten Gesetzgebungsverfahrens. Da kaum mehr reguläre Kabinettsitzungen stattfanden und Gesetze stattdessen im beschleunigten Umlaufverfahren beschlossen wurden, bevor sie die Reichskanzlei erhielt, erhöhte sich die Notwendigkeit zur informellen Abstimmung im Vorfeld. Wegen der schwachen Stellung von Reichsinnenminister Frick, der ab 1940 kaum direkten Zugang zum „Führer“ erhielt, war diese mündliche Kommunikation für das RMI besonders wichtig, um überhaupt politischen Einfluss zu gewinnen und von konkurrierenden Institutionen nicht gänzlich übergangen zu werden.⁸⁰

Aufgrund des nationalsozialistischen Grundsatzes der Menschenführung und des Führerprinzips wurde in der Hierarchie des Ministeriums die Stellung der Leitung gestärkt. Weisungen von oben wurden häufig im Befehlston formuliert, sie sollten dem Adressaten keinen Interpretationsspielraum lassen und ihm das Gefühl vermitteln, gegenüber dem Vorgesetzten absolut verantwortlich zu sein. Dennoch blieb der traditionelle Geschäftsgang bestehen. Der Minister kommunizierte überwiegend mit den Staatssekretären, während für den Referenten der Abteilungsleiter zuständig war. Sofern der Referent sich an die ideologischen Vorgaben des Regimes und die Anordnungen der Ministeriumsleitung hielt, wurde an seiner Entscheidungskompetenz in Sachfragen nicht gerüttelt. Eine intensive Abstimmung mit dem Vorgesetzten galt als unnötige Verzögerung und

⁷⁸ BArchB, R 1501/358, Frick an Abteilungsleiter, Referenten, Büro- und Registraturbeamte sowie den Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, 25.1.1937: „Ich erwarte für die Zukunft genaueste Beachtung meiner Anordnung und werde Zuwiderhandelnde zur Verantwortung ziehen.“

⁷⁹ BArchB, R 1501/6088, Aufforderung von Hans Heinrich Lammers an Reichsminister, Gesetzesvorlagen frühzeitig den Reichsministern Rudolf Heß und Ernst Röhm zuzuleiten, 6.12.1933.

⁸⁰ Vgl. Caplan, *Government*, S. 252–259.

schien dem Ideal von durchweg leistungsstarken, schöpferischen und entscheidungsfreudigen Persönlichkeiten in der nationalsozialistischen Verwaltung zu widersprechen.⁸¹

V. Fazit

Auch wenn es noch weiterer Studien bedarf, legt dieser Aufsatz auf die Frage nach Kontinuitäten der deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert eine differenzierte Antwort nahe. Ins Auge springen zunächst die äußeren Übereinstimmungen zwischen den vier untersuchten Innenministerien. Aufbau und Bezeichnungen waren ähnlich, Kompetenzen überschnitten sich, und politische Loyalität gegenüber dem politischen System wurde auf die eine oder andere Weise eingefordert. Auch durchzogen einzelne Themen die Arbeit der vier Ministerien, wobei sich allerdings – wie das Beispiel der Verwaltungsreformpolitik zeigte – die Vorzeichen der Debatten während des untersuchten Zeitraums grundlegend änderten.

Bei anderen Untersuchungsfeldern treten hingegen deutliche Unterschiede hervor, wobei die Innenministerien der Weimarer Republik und der Bundesrepublik die meisten Ähnlichkeiten aufwiesen: Beide wahrten die größte personelle Kontinuität gegenüber der Beamtenschaft des vorangehenden politischen Systems, waren am nachsichtigsten gegenüber systemkritischen Haltungen unter der Mitarbeiterschaft, die vor allem über den traditionellen Etatismus transportiert wurden, und entsprachen im Hinblick auf die Prinzipien Schriftlichkeit, Hierarchie und Sachentscheidungskompetenz des Referenten weitgehend dem Ideal einer liberal-rechtsstaatlichen und zivilen Verwaltungskultur. Dabei dürfen Wandlungsprozesse allerdings nicht übersehen werden. Während das BMI der 1950er Jahre dem RMI der Weimarer Zeit noch in vielem ähnelte, veränderte es sich in den 1960er Jahren grundlegend, indem es einen stärker sozialstaatlich-gestaltenden und planenden Politikstil verfolgte und die Mitarbeiter mehr und mehr ein demokratisch-pluralistisches Selbstverständnis vertraten.

Vom Weimarer RMI und vom BMI unterschied sich das Innenministerium der DDR am stärksten. Es führte am konsequentesten einen Personalwechsel durch, entfaltete aufgrund des ständigen politischen Anpassungsdrucks die größte Dynamik, verlangte von seinem leitenden Personal strikte Parteilichkeit im Sinne eines sozialistischen Kaders, ließ sich ohne Widerspruch auf die begrenzten Kompetenzen einer bloßen Verwaltungsinstanz ohne politisches Initiativrecht reduzieren und entwickelte eine Verwaltungskultur, die an markanten Punkten mit der deutschen Tradition brach. Das Reichsinnenministerium ab 1933 nahm dabei eine Zwischenstellung ein. Es folgte dem Verlangen des Regimes auf eine weitgehende Politisierung und Radikalisierung seiner Arbeit, verstand sich ähnlich wie

⁸¹ BAArch, R 1501/358, Himmler an Reichsstatthalter u. a., 28.10.1943. Vgl. auch Kuller, Verwaltung, in: Süß/Süß (Hrsg.), Drittes Reich, S. 237–240, und Dieter Rebentisch/Karl Teppe, Einleitung, in: Dieter Rebentisch/Karl Teppe (Hrsg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, Göttingen 1986, S. 7–32, hier S. 23–32.

das MdI als kämpferische Instanz für die Durchsetzung der Ideale des Regimes, besaß aber nur teilweise einen militärischen Charakter. Es näherte sich dem MdI zudem beim Prinzip der Mündlichkeit und der Hierarchie an, ließ allerdings traditionelle Verfahren viel öfter bestehen, wo dies für das Regime nützlich erschien, und führte auch keinen ähnlich konsequenten Personalwechsel durch.

Tatsächliche oder vermeintliche Kontinuitäten bei der Sachpolitik und der Verwaltungskultur bewirkten in der Weimarer Republik, in der NS-Zeit und in der Bundesrepublik, dass sich das Personal, das überwiegend aus dem vorigen politischen System stammte, mit der neuen Ordnung arrangieren konnte. Verwaltungsroutinen wirkten in der Bürokratie also als Hilfsmittel und Katalysatoren zur Systemstabilisierung, während in der DDR der Wegfall solcher Routinen das Gefühl des politischen Neubeginns weiter verstärkte. Darüber hinaus vertiefte das neue, deutlich politisierte Selbstverständnis der Mitarbeiter im nationalsozialistischen RMI und im MdI die Abkehr von der Verwaltungstradition, während das im Weimarer RMI und im BMI der 1950er Jahre vertretene, auf dem Etatismus beruhende Selbstbild als unpolitischer Verwaltungsexperte den Anschein von Kontinuitätswahrung verstärkte.

In allen vier analysierten Innenministerien standen die Ordnungsstiftung und die Ordnungsgestaltung im Vordergrund. Ab 1919 und in Westdeutschland ab 1949 war das Innenministerium ein wesentlicher innenpolitischer Akteur des Zentralstaats im rechtsstaatlichen System der Gewaltenteilung, ab 1933 etablierte es sich als herrschaftssichernde Ordnungsinstanz im von Ämervielfalt und Kompetenzchaos geprägten nationalsozialistischen Führerstaat, und in Ostdeutschland ab 1949 wirkte es dabei mit, im System des demokratischen Zentralismus die innenpolitischen Initiativen der SED in der Praxis umzusetzen. Im NS-Regime war die erreichte Effizienz geradezu menschenverachtend, wie etwa die Mitwirkung des RMI an den Nürnberger Rassengesetzen von 1935 deutlich macht. Selbst die immer wieder vorgebrachte Kritik an der Arbeitsweise des MdI stellte dieses nicht grundsätzlich infrage, da aus systeminterner Sicht sein Beitrag zur Herrschaftssicherung der SED viel wichtiger war und es sich dabei stets als zuverlässig und effizient genug erwies, zumal es 1950 mit dem Ministerium für Staatssicherheit einen Konkurrenten erhielt, der zunehmend in der Lage war, bei der Aufgabe des Staatsschutzes die Führungsrolle zu übernehmen.

Abschließend lässt sich auf die im Titel dieses Aufsatzes gestellte Frage antworten, dass neue Verfassungen nicht zwangsläufig einen personellen, sachpolitischen oder kulturellen Bruch in der Verwaltung bewirken. Es bedarf bei politischen Systemwechseln eines politischen Gestaltungswillens, um die Beharrungskraft moderner Bürokratien zu brechen, die zu ihrem Wesen gehört.

Die Beschäftigung mit dem Historikerstreit in der DDR hat bislang kaum Beachtung gefunden, obwohl DDR-Historiker sich durchaus mit der geschichtspolitischen Kontroverse jenseits der Mauer auseinandergesetzt haben. Ein von Christina Morina aufgefundenes Dokument zeigt, dass selbst die Staatssicherheit den in Westdeutschland ausgebrochenen Schlagabtausch um die Deutung der nationalen Geschichte instrumentalisieren wollte. Ein hauptamtlich für das MfS tätiger Historiker unterzog den Historikerstreit einer Analyse und gab sich der Hoffnung hin, die Kritiker Ernst Noltes auf der „Basis der politisch-ideologischen Übereinstimmung“ gewinnen zu können.

Christina Morina

Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung

Der Historikerstreit und die DDR

I. Einleitung

Der Historikerstreit, die letzte Großkontroverse der Bonner Republik, war weit mehr als ein Streit unter Historikern und keineswegs eine rein westdeutsche Angelegenheit. Im letzten Jahrzehnt der Teilung gewährte diese Auseinandersetzung an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft, Erinnerungskultur und Deutschlandpolitik nicht nur bemerkenswerte Einblicke in die politische Kultur der Bundesrepublik. Sie stellt vor dem Hintergrund des in den 1970er Jahren einsetzenden geschichtskulturellen Wandels in beiden deutschen Staaten auch ein noch ungeschriebenes Kapitel in der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte dar. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) spielte damals in vielen Debattenbeiträgen als historischer und politischer Bezugspunkt eine signifikante Rolle, die in der Historiografie bisher wenig Beachtung gefunden hat. Jenseits der Mauer wurde die in der Bundesrepublik stattfindende Kontroverse aufmerksam verfolgt und auf sehr spezifische Weise öffentlich thematisiert, wissenschaftlich rezipiert und geheimdienstlich instrumentalisiert. Betrachtet man den Historikerstreit aus einer integrierten Perspektive als mehrdeutige Wegmarke in der politischen Kulturgeschichte des geteilten Deutschland, lassen sich spezifisch ost-, west- und gesamtdeutsch geformte geschichtskulturelle und -politische Fragen identifizieren, die nicht nur das letzte Jahrzehnt der deutschen Teilung prägten, sondern weit über die Epochenäsur von 1989/90 hinaus virulent blieben.¹

¹ Vgl. Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Phänomen*, Schwabach am Taunus 2006; Konrad Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen* 1 (2004), S. 10–30; Franka Maubach/Christina Morina, *Historiographiegeschichte als Erfahrungs- und*

Den unmittelbaren Anstoß für eine Betrachtung des Historikerstreits aus einer solchen Perspektive gibt eine hier erstmals publizierte Analyse der Kontroverse aus dem Jahr 1988, die in den Akten der Hauptverwaltung A des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) überliefert ist. Der Autor, ein in Jena promovierter Parteihistoriker im Range eines Majors, behauptete dort, der Historikerstreit habe „ein bezeichnendes Schlaglicht auf das Zusammenspiel von Wissenschaft, Ideologie und Politik in der BRD der ausgehenden 80er Jahre“ geworfen und „die Ziele und Methoden, Möglichkeiten und Grenzen ideologischer Wendemanöver in der Gegenwart“ erhellt. Er hielt es für geboten, die Akteure und Positionen eingehend zu analysieren, um die deutlicher denn je sichtbaren „liberalen und sozialreformistisch orientierten“ Kräfte in der Bundesrepublik noch zielgerichteter in die geheimdienstlichen Anstrengungen gegen die vermeintlich krisenbefallene, „spätkapitalistische“ Bundesrepublik einspannen zu können.² Diese Abhandlung steht exemplarisch für den zwischen Verdrängung und Vereinnahmung changierenden Umgang mit der Kontroverse seitens der DDR-Historiker, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der Staatssicherheit.

Im Folgenden soll die nach Inhalt, Anspruch und Stil im Vergleich zu anderen MfS-Analysen einzigartige Ausarbeitung eines hauptamtlich für das MfS arbeitenden Historikers in den Kontext der Bemühungen der SED gestellt werden, über die sich intensivierenden innerdeutschen Beziehungen in den 1980er Jahren auf die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik mittels geschichtspolitischer und -wissenschaftlicher Initiativen Einfluss zu nehmen. Zu diesen Bemühungen zählten neben der medial wohlodosierten und geheimdienstlich ausgefeilten Auseinandersetzung mit dem Historikerstreit auch hochkarätig besetzte wissenschaftliche Kooperationsprojekte. In ihrer Summe zeigen sie, ungeachtet der zunehmend krisenhaften Entwicklung in der DDR, einen gerade unter Historikern und Parteikadern bis zuletzt hohen Grad an ideologischer Konfidenz und Standfestigkeit.

Der Historikerstreit entzündete sich vordergründig an den Thesen Ernst Noltes, doch im Grunde kulminierten in ihm die seit Mitte der 1970er Jahre schwellenden Deutungskämpfe um das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik.³ In der Folge bezogen zahlreiche Historiker (unter den Hauptbeiträgern war

Resonanzgeschichte, in: Franka Maubach/Christina Morina (Hrsg.), *Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland*, Göttingen 2016, S. 7–31, und Frank Bösch, *Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren*, in: Ders. (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015, S. 7–38. Zur historiografischen Relativierung der Zäsur von 1989 vgl. Jennifer L. Allen, *Against the 1989–1990 Ending Myth*, in: *Central European History* 52 (2019), S. 125–147.

² Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), MfS, HVA/1360, Bl. 3-24, Jörg Villain, *Der Historikerstreit – Wissenschaft, Politik und Ideologie nach der „Wende“ in der BRD*, undatiert (ca. Ende 1988), Bl. 4 (auch zu finden im Abdruck des Dokuments ab S. 276, hier S. 276)

³ Vgl. „Historikerstreit“. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987. Einen guten Überblick bieten Klaus

keine einzige Frau), Philosophen, Politologen und Publizisten in dieser kontroverse Stellung, so dass er rückblickend nicht nur als ein fachwissenschaftlicher, sondern als weit darüber hinausreichender politischer Konflikt „um die Repräsentationsfunktion der Geschichtswissenschaft“⁴ gesehen wird. Für die meisten Analysen endete er mit dem „klaren Sieg“ und der „deutlichen Aufwertung jener Argumentation, die die Singularität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik betonte“.⁵ In einer „eigentümlichen Verkehrung früherer Verhältnisse“ hätten gerade Konservative aus den „Peinlichkeiten der gescheiterten Versuche einer ‚Normalisierung‘ der Vergangenheit“ gelernt und in den 1990er Jahren zu einer „Praxis des offenen [...] Bekenntnisses zu den deutschen Schandtaten“ gefunden.⁶ Langfristig wird die Auseinandersetzung als Anstoß für einen „Paradigmenwechsel in der akademischen, bald aber auch öffentlichen Debatte über die Geschichte des NS-Regimes“ gesehen, der es einem Großteil der Bevölkerung ermöglichte, „die nationalsozialistische Massenmordpolitik nicht nur im Kontext der Nachfolge, als Deutsche, zu betrachten, sondern sich zugleich davon zu distanzieren und auch um die Opfer zu trauern“.⁷

In den einschlägigen Untersuchungen wird der Streit bisher fast immer als rein westdeutsche Episode behandelt; nur selten und dann auch nur kurz wird auf dessen Resonanz in der DDR eingegangen.⁸ Selbst in jüngeren Arbeiten, in denen die Debatte als „wichtige Etappe auf dem Weg der deutschen Nationswerdung“ gedeutet wird, spielt die ostdeutsche Dimension keine nennenswerte Rolle.⁹ Wenn behauptet wird, dass die Kontrahenten in diesem „dezidiert westdeutsche[n]

Große Kracht, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen 2005, S. 91–114, und Charles S. Maier, *Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen*, Frankfurt a. M. 1992. Für eine jüngere Sicht auf die Kontroverse als „very German affair“ vgl. Philipp Stelzel, *History After Hitler. A Transatlantic Enterprise*, Philadelphia 2019, S. 159–161.

⁴ Große Kracht, *Zankende Zunft*, S. 114.

⁵ Aleida Assmann/Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, S. 261 (Frevert).

⁶ Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 54 f.

⁷ Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1022.

⁸ Vgl. Gerrit Dworok, „Historikerstreit“ und Nationswerdung. Ursprünge und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts, Köln/Weimar/Wien 2015, S. 20–40; Katrin Hammerstein, *Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich*, Göttingen, S. 316–320, und Joachim Käppner, *Erstartete Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR*, Hamburg 1999, S. 230 f. Käppner argumentierte, dass die DDR-Historiker, die den Holocaust jahrzehntelang gerade nicht in seiner Einmaligkeit anerkannt hatten, Nolte viel näherstanden als dessen Kritikern. Eine Ausnahme ist ein (zeitgenössischer) Aufsatz von Gernot Erler, *Ohne Rücksicht auf Verluste. Der deutsche „Historikerstreit“ im Spiegel des Auslands*, in: Ders., *Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte*, Freiburg im Breisgau 1987, S. 116–127, hier S. 122–127.

⁹ Dworok, *Historikerstreit*, S. 445; auf S. 56 f. finden sich einige kursorische Bemerkungen zu Reaktionen von DDR-Historikern und Intellektuellen.

Konflikt“ die DDR „sträflich vernachlässigt“¹⁰ hätten, dann zeigt eine auf die deutsch-deutsche Dimension fokussierte Perspektive jedoch, dass der andere deutsche Staat in dieser Auseinandersetzung durchaus eine Rolle spielte, und zwar eine paradoxe, nämlich zugleich marginale und zentrale Rolle: Entweder blieben die Ostdeutschen aus „kulturnationaler“ Perspektive als Opfer einer zweiten Diktatur von der Herausforderung verschont, sich über die Verortung des Nationalsozialismus Gedanken machen zu müssen, oder der SED-Staat wurde wegen der ungleich skrupelloseren Vereinnahmung der Geschichte kritisiert und verachtet (und mitunter auch bewundert).

II. Geteilte „Anklagen“: Deutsch-deutsche Bezugnahmen

Die Wahrnehmung der Ostdeutschen als besonders von den Folgen der Weltkriegsepoche betroffene Opfer der Geschichte hatte in der Bundesrepublik eine gewisse Tradition. Das lässt sich etwa am Gedenken zum 17. Juni 1953 ablesen, das in den 1970er Jahren stark abgeflaut war und von der Regierung Kohl 1983 wiederbelebt wurde.¹¹ Die Protagonisten des Historikerstreits verwiesen jedoch quer durch alle politischen Lager mehr oder weniger explizit auf die Lebenssituation der DDR-Bevölkerung. So wehrte sich Michael Stürmer gegen den Vorwurf von Jürgen Habermas, er wärme mit dem Insistieren auf eine sinnstiftende Funktion von Geschichte die „nationale Frage“ auf. Habermas verwechsle die nationale mit der „deutschen Frage, die ich nicht erfunden habe und die in der Tat heute vielfach gestellt“ werde. Dies habe mit „Geopolitik nichts zu tun, wohl aber mit dem wirtschaftlichen, geistigen und strategischen Bindungsgefüge Europas in Geschichte und Gegenwart“.¹² In ähnlicher Weise thematisierte der Philosoph Helmut Fleischer die unfreien Verhältnisse im Osten. Zu Recht verteidige Habermas ein im Westen gereiftes „ziviles Ethos“ als Zeichen einer glaubhaften Distanzierung von der Gewaltgeschichte des Zeitalters der Extreme. Auch wenn die „Bildungskräfte einer zivilen Gesellschaft [...] im 20. Jahrhundert noch einmal einen furchtbaren Rückschlag erlitten“ haben und „auch jetzt noch lange nicht ‚über den Berg‘“ sind, gebe es inzwischen eine „tragfähige Mehrheitsbasis“ gegen das „Ethos der archaisch-modernen Kriegergesellschaft“. Mit Blick auf die zwar mühsame, aber insgesamt gelungene Demokratisierung in der Bundesrepublik wie auf die autoritären Systeme in der DDR und in Osteuropa erinnerte Fleischer daran, dass diese Gewaltgeschichte „in der Tat noch nicht vergangen, sondern noch

¹⁰ „Die ‚Historikerstreiter‘ konstruierten ihre Vergangenheit“. Interview mit Gerrit Dworok über den „Historikerstreit“; www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/historikerstreit [15.10.2019].

¹¹ Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 65–85 und S. 325–335.

¹² Michael Stürmer, Leserbrief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16. August 1986, und Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*, beide in: *Historikerstreit*, S. 98 f. (hier S. 98) und S. 62–76, hier S. 62 f.

Gegenwart ist“.¹³ Er transponierte damit Noltes Rede von der „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ auf die Lebenswirklichkeit der von der Sowjetunion kontrollierten osteuropäischen Gesellschaften.

Am nachdrücklichsten thematisierten linksliberale Historiker wie Hans Mommsen und Heinrich August Winkler das Schicksal der Ostdeutschen und verbanden dies zugleich mit einer Kritik an der Deutschlandpolitik und dem Geschichtsverständnis der „politischen Rechten“. Die Lebenslage der DDR-Bürger rufe unter Bundesbürgern nur noch schwache Gefühle der Verbundenheit hervor, und die „nationale Solidarität“ sei längst „ausgehöhlt“, schrieb Mommsen in einem ersten Beitrag zur Debatte. Er hielt dies für eine direkte Folge der jahrzehntelangen „Pauschalablehnung der DDR“ und der Instrumentalisierung des „Wiedervereinigungsanspruchs“ durch die Konservativen.¹⁴ Noch weiter ging Winkler in seiner Kritik: Mit den aus seiner Sicht von Kanzleramt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und „einige[n] deutsche[n] Historiker[n]“ orchestrierten Versuchen, den „steinernen Gast“ NS-Vergangenheit loszuwerden, sollte erreicht werden, dass „das Deutschland Helmut Kohls fortan trotz Auschwitz wieder ungebrochen nationalen Stolz empfinden“ kann. Für Winkler zählte zu den „tieferen Gründe[n] der nationalapologetischen Welle“ der „Ruf nach der Wiedervereinigung Deutschlands“, der seit einiger Zeit lauter töne „als jemals zuvor seit den fünfziger Jahren“. Und selbst wenn kaum jemand dieses Ziel für erreichbar halte, sei es doch „wichtig“, dass „seine Beschwörung nationales Selbstgefühl heben hilft“. Angesichts der Rolle Deutschlands in zwei Weltkriegen könne man jedoch „ein neues Deutsches Reich, einen souveränen Nationalstaat, nicht mehr wollen“. Vielmehr gab es Winkler zufolge nur die Pflicht zur Solidarität mit den Opfern „deutscher Selbstüberhebung“, vor allem Juden und Polen, sowie zur „nationale[n] Solidarität mit den Deutschen in der DDR, die an der Last der deutschen Geschichte bis heute ungleich schwerer zu tragen haben als die Bürger der Bundesrepublik“.¹⁵

Blieben die Menschen in der DDR einerseits infolge dieser Solidarisierungen gewissermaßen ausgeschlossen vom Streit um den Ort des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen in der deutschen Geschichte, so stand die SED andererseits wegen ihrer offen ideologisch ausgerichteten und zunehmend auf das gesamte historische Erbe zugeschnittenen Geschichtspolitik im Zentrum des Disputs. Auch diese Sicht hatte Tradition. Ernst Nolte, der die Weltgeschichte hegelianisch als Kampf zwischen guten, individualistischen und bösen, kollektivistischen Gesellschaftsentwürfen verstand, hatte bereits 1980 darauf verwiesen, dass der in der DDR als „Sieg über den Faschismus“ gedeutete Untergang des „Dritten Reiches [...] als staatstragender Geschichtsmythos“ eine „positive Leben-

¹³ Helmut Fleischer, Die Moral der Geschichte. Zum Disput über die Vergangenheit, die nicht vergehen will, in: Ebenda, S. 123–131, hier S. 130.

¹⁴ Hans Mommsen, Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, in: Ebenda, S. 156–173, hier S. 160 f.

¹⁵ Heinrich August Winkler, Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen, in: Ebenda, S. 256–263, hier S. 256 f. und S. 262 f.

digkeit“ erhalten habe. Im Gegensatz dazu beziehe man sich in der Bundesrepublik noch immer ausschließlich auf die „negative Lebendigkeit“ des Nationalsozialismus. Mehr noch, die seit der Ära der Détente an Einfluss verlierende Totalitarismustheorie und der Vietnam-Krieg hätten dazu geführt, dass die „neomarxistische [...] These von der Endursächlichkeit des kapitalistischen Systems“ beträchtlich gestärkt worden sei: Unversehens scheine nur noch der Westen „als Gegenstand der Anklage übrigzubleiben“.¹⁶

Umsichtiger in der Argumentation, aber ganz ähnlich geschichtspolitisch motiviert, zog auch Hagen Schulze Konsequenzen aus der sich wieder intensivierenden innerdeutschen Systemkonkurrenz. Historiker müssten sich der Tatsache stellen, dass „an die Geschichtswissenschaft zunehmend Erwartungen politisch-legitimierender Art gestellt werden“. Auch wenn jeder die von Max Weber aufgezeigten „Gefahren, die mit dem Auftreten der ‚Kathedern-Propheten‘ verbunden sind“, kenne, müsse die „Frage nach der politischen Verantwortung des Historikers“ diskutiert werden. Diese bestand für Schulze vor allem darin, sich intensiver mit den „historischen Entwicklungsbedingungen“ der deutschen Nationsbildung zu befassen und so einen konstruktiven Beitrag zum Diskurs über die „nationale Identität“ der bundesdeutschen Gesellschaft zu leisten. Anders als die DDR dürfe man die „Teilhabe“ an und damit „Identität mit der gesamten deutschen Geschichte“ nicht leugnen, denn die „notwendige Verbindung zwischen Nationalsozialismus und der Gegenwart“ verlaufe gerade über die „kollektive Vergewisserung nationaler Identität“. Zudem sei in der Bundesrepublik der „Pluralismus der Deutungen“ gesichert und ein von Habermas befürchtetes „vereinheitlichtes und regierungsfremmes Geschichtsbild gar nicht möglich“.¹⁷

Schließlich brachte Andreas Hillgruber die DDR wiederholt als geschichtspolitischen Konkurrenten ins Spiel. Schon seit Längerem verwies er auf die Stringenz, mit der die SED historische Großprojekte wie den Sechsbänder „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ generalstabsmäßig umsetzte.¹⁸ Im Streit mit seinen Kritikern 1986 verwies Hillgruber unter anderem auf das (seit 1952 im Zeughaus errichtete) Ost-Berliner Museum für Deutsche Geschichte, zu dem es im Westen seinerzeit noch kein Pendant gab – erst 1987 wurde die Stiftung Deutsches Historisches Museum gegründet, das perspektivisch in West-Berlin errichtet werden sollte. Es sei „nicht nur im Blick auf dieses Ost-Berliner Museum“ eine „legitime Aufgabe“, konstatierte Hillgruber im Oktober 1986, auch in der Bundesrepublik in einem Nationalmuseum „den wechselvollen Weg der deutschen Geschichte seit dem Mittelalter [...] den Besuchern darzulegen und ihnen dabei den geschichtlichen

¹⁶ Ernst Nolte, Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980, in: Ebenda, S. 13–35, hier S. 16–19.

¹⁷ Hagen Schulze, Fragen, die wir stellen müssen. Keine historische Haftung ohne nationale Identität, in: Ebenda, S. 143–150, hier S. 146–148.

¹⁸ Vgl. Andreas Hillgruber, „Deutschland im zweiten Weltkrieg“. Anmerkungen zu einem Standardwerk der DDR-Geschichtsschreibung, in: Historische Zeitschrift 223 (1976), S. 358–372, und ders., Rezension zu Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Band I: 1939–1941, Berlin (Ost) 1969, in: Historische Zeitschrift 211 (1970), S. 443–445.

Ort der Bundesrepublik Deutschland zu demonstrieren“.¹⁹ Zeitgleich nahm die 1982 von Helmut Kohl lancierte Idee, in Bonn ein Haus der Geschichte der Bundesrepublik zu errichten (nicht zuletzt damit die jungen Besucher der Hauptstadt – die „Turnschuhgeneration“ – nach der Besichtigung des Bundestags nicht länger „ziellos herumirren“²⁰ müssten), just im Jahr des Historikerstreits konkretere Gestalt an. Hillgruber befürchtete mit Blick auf die Konzeption des Hauses jedoch, dass „die Einheit der deutschen Nation in einem ausschließlich auf die Bundesrepublik ausgerichteten Museum zu verschwinden drohe“.²¹

Die DDR war also als geschichts- und identitätspolitische Kontrastfolie allgegenwärtig, und gerade rechtsliberale und konservative Historiker beharrten darauf, diese Herausforderung ernst zu nehmen. Am nachdrücklichsten tat dies Michael Stürmer in seinem noch vor Noltes hoch umstrittenem Beitrag im April 1986 veröffentlichten Essay über „Geschichte in geschichtslosem Land“. Würden die Deutschen auch in Zukunft ihr Land im Wertebund des Westens verankert sehen? Vieles spreche dafür, aber sicher könne man nicht sein – schon deshalb nicht, weil die SPD im Umkreis des Gedenkens an den 40. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr zuvor erneut die „Gespenster der Vergangenheit“ beschworen habe: den Antifaschismus samt der „Legende vom edlen Willen der Kommunisten“ und vom „Segen der Volksfront“.²² Stürmers Kritik gipfelte in dem Vorwurf, den Sozialdemokraten sei der „Kampf gegen die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus in der Bundesrepublik als politische Hauptaufgabe von ihren Vordenkern zugewiesen“ worden. Die antifaschistische Grundhaltung der „Partei Kurt Schumachers“ sei in Wirklichkeit ein Ausdruck von „Geschichtslosigkeit“, und er vermutete dahinter „verborgene Gedanken über die Zukunft“.²³ Im Klartext un-

¹⁹ Andreas Hillgruber, Für die Forschung gibt es kein Frageverbot, in: Historikerstreit, S. 232–242, hier S. 237 f.

²⁰ Zit. nach Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 374 f.

²¹ Zit. nach Dieter Blumenwitz, Möglichkeiten des Umgangs mit der Geschichte. Zur Eröffnung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, in: Zeitschrift für Politik 41 (1994), S. 435–437, hier S. 436. Vgl. auch Hillgruber, Forschung, in: Historikerstreit, S. 237. Zur Konzeption vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 337, Anm. 99; Wolfrum zitierte aus „Lothar Gall, Klaus Hildebrand, Ulrich Löber und Horst Möller, Überlegungen und Vorschläge zur Einrichtung eines ‚Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland‘, Gutachten der Sachverständigenkommission, 1983“. Neben anderen war auch Hillgruber von Kohl eingeladen worden, das Gutachten zu kommentieren; vgl. Sabine Moller, Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1998, S. 83, Anm. 11.

²² Michael Stürmer, Geschichte in geschichtslosem Land, in: Historikerstreit, S. 36–39, hier S. 38.

²³ Ebenda. Stürmer bezog sich hier auf das „Nürnberger Manifest“ des SPD-Parteivorstands, in dem es hieß: „In ihm [Staat des Grundgesetzes] arbeiten wir für den demokratischen Sozialismus und damit dafür, dem Faschismus die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen.“ SPD-Pressemitteilung Nr. 245 vom 30.4.1985; library.fes.de/cgi-bin/digibert.pl?id=017546&dok=33/017546 [29.1.2020]. Vgl. auch Frankfurter Rundschau vom 7.5.1985: „Das Nürnberger Manifest“. Zur Einordnung vgl. Kristina Meyer, Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990, Göttingen 2015, S. 467.

terstellte Stürmer der SPD, sie strebe die Abschaffung der demokratischen Grundordnung an.

Da die politischen Frontlinien der Kontroverse entlang rein bundesrepublikanischer Lagergrenzen verliefen,²⁴ wurden jedoch tatsächlich problematische deutsch-deutsche Parallelen oder gar Konvergenzen, wie die zwar unterschiedlich motivierten, aber doch vergleichbaren Forderungen nach einem Schlusstrich oder die seit der sogenannten Preußen-Renaissance Ende der 1970er Jahre zu beobachtende Renationalisierung beider Geschichtskulturen, nur punktuell thematisiert.²⁵ Derartige Zusammenhänge wurden in anderen Foren problematisiert, etwa von Jürgen Kocka im März 1987 auf der Tagung „Erben deutscher Geschichte“ und damit eher am Rande beziehungsweise schon im Nachgang der großen Kontroverse. Kocka konfrontierte die aus der DDR angereisten Historiker mit der Frage nach dem dortigen Stand der Diskussion um den historischen Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte: „Hat man in der DDR dieses Einordnungsproblem gelöst, oder hat dort der anstehende Historikerstreit nur noch nicht stattgefunden?“²⁶

Allen sich aus dem Systemkonflikt ergebenden Forderungen nach einer aktiveren Beteiligung von Historikern an der historisch-nationalen Bewusstseinsbildung hatte Martin Broszat jedoch bereits im Oktober 1986 die „Kernfrage[n]“ der gesamten Auseinandersetzung entgegengeworfen:

„Wie verhält sich die neomodische Klage über den Verlust der Geschichte und das Verlangen nach Identitätsstiftung [...] zum kritisch-aufklärerischen Zug, der sich nach 1945 in der historischen Wissenschaft der Bundesrepublik herausgebildet hat, aufgrund leidvoller Erfahrungen mit politischer Inszenierung von

²⁴ Vgl. Steffen Kailitz, Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What's right? What's left?, Wiesbaden 2001, und ders. (Hrsg.), Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik, Wiesbaden 2008.

²⁵ So insistierte zum Beispiel Karl Dietrich Bracher, dass „jenen Ideologien und Diktaturen, die das Furchtbare erst möglich machen, durch Vergleiche nichts von ihrer jeweils ‚singulären‘ Unmenschlichkeit genommen wird. Weder eine nationale, noch eine sozialistische Apologetik ist darauf zu stützen“; Karl Dietrich Bracher, Leserbrief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 6. September 1986, in: Historikerstreit, S. 113 f., hier S. 113 f.

²⁶ Jürgen Kocka, Prinzipielle Unterschiede – gemeinsame Probleme, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 26–32, hier S. 28. Walter Schmidt antwortete mit einer Gegenfrage: Wenn die Geschichtswissenschaft in der BRD so politikfern sei, warum reflektiere die westdeutsche Geschichtswissenschaft dann „dennoch gesellschaftspolitische Grundtendenzen und Trendwenden überaus deutlich?“ (Disput, in: Ebenda, S. 57–87, hier S. 59). Der Akademie-Historiker Gustav Seeber behauptete, dass es diese „radikale Abrechnung“ in der DDR bereits unmittelbar nach 1945 gegeben habe (Ebenda, S. 63). Auf Parallelen zwischen dem Revisionismus westdeutscher Konservativer und entsprechenden Tendenzen in der aktuellen SED-Geschichtspolitik verwiesen u. a. Bernd Faulenbach (Kernfragen des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: Ebenda, S. 41–48, hier S. 42 f.) und Freimut Duve (Disput, in: Ebenda, S. 71). Der am Institut für Marxismus-Leninismus beschäftigte Walter Wimmer hielt diese Parallelen nicht für problematisch; überall hätten Menschen ein Bedürfnis nach Geschichte (Ebenda, S. 73).

Geschichte? Welches neue Verhältnis von Historisierung und moralischer Sensibilität ergibt sich für den Historiker 40 Jahre nach Hitler bei der Betrachtung der NS-Zeit? Und machen die immer wieder strapazierte nationale Frage sowie das Bedürfnis, die Pflege der nationalen Geschichte nicht der DDR allein zu überlassen, nicht allmählich blind für das Postulat des Verfassungspatriotismus, über dessen Vorrangigkeit man sich bisher weitgehend einig war?²⁷

Dieser Fragenkatalog resümiert eindrücklich, warum der Streit über das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik nicht nur die historische Zunft aufrüttelte, sondern viel weitere Kreise zog und in der politischen Kultur der Bundesrepublik tiefe Spuren hinterließ.

III. Routinierte Empörung: Reaktionen in der DDR

Wie Broszats Fragen in der DDR aufgenommen wurden, ist nicht überliefert. Die Beiträge von Nolte und Stürmer wurden völlig erwartbar als antikommunistischer Großangriff gedeutet, wenn sie auch nicht in einer Weise für eine ausgewachsene Gegenkampagne ausgenutzt wurden, wie man es aus anderen Zusammenhängen gewohnt war und daher hätte erwarten können.²⁸ Die Kontroverse wurde von zwei größeren geschichtskulturellen beziehungsweise -politischen Verschiebungen in beiden Deutschlands umrahmt: der Öffnung hin zu den „positiven“ Aspekten der deutschen Geschichte („Preußen-Renaissance“) einerseits und einer – im Westen deutlich früher und fundierter einsetzende – Auseinandersetzung mit dem Holocaust andererseits.²⁹ Dazwischen lag 1985 das Gedenken zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, in dessen Verlauf nicht nur anhaltende Unterschiede, sondern auch „spiegelbildliche“ Bezüge und Resonanzen sichtbar wurden.³⁰ Die Rolle der DDR und die dortigen Reaktionen auf den Historikerstreit sind somit nicht nur von Interesse, weil sie zu dessen Geschichte genuin dazugehören, sondern weil sie

²⁷ Martin Broszat, *Wo sich die Geister scheiden. Die Beschwörung der Geschichte taugt nicht als nationaler Religionsersatz*, in: *Historikerstreit*, S. 189–195, hier S. 189 f.

²⁸ Vgl. Annette Weinke, *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg*, Paderborn u. a. 2002.

²⁹ Vgl. Edgar Wolfrum, *Die Preußen-Renaissance. Geschichtspolitik im deutsch-deutschen Konflikt*, in: Martin Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S. 145–166, und André Keil, *The Preußenrenaissance Revisited. German-German Entanglements, the Media and the Politics of History in the late German Democratic Republic*, in: *German History* 34 (2016), S. 258–278. Vergleichend zum Umgang mit dem Holocaust Jeffrey Herf, *Divided Memory. The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge 1997, und Mark A. Wolfgram, *„Getting History Right“. East and West German Collective Memories of the Holocaust and War*, Lewisburg 2013.

³⁰ Vgl. Hammerstein, *Gemeinsame Vergangenheit*, S. 209–274 und S. 491 f., Zitat S. 491. Zur Einordnung vgl. Maubach/Morina, *Historiographieggeschichte*, in: Maubach/Morina (Hrsg.), *20. Jahrhundert*, S. 28 f.; Jan-Holger Kirsch, *„Wir haben aus der Geschichte gelernt“. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland*, Potsdam 2015, S. 140–149; Herf, *Divided Memory*, S. 350–365, und Christina Morina, *Legacies of Stalingrad. Remembering the Eastern Front in Germany since 1945*, Cambridge 2011, S. 188–192 und S. 224–230.

darüber hinaus auf einige zentrale Aspekte der politischen und Geschichtskultur im anderen Deutschland verweisen.

Anfang 1994 stand Kurt Pätzold noch einmal in einem Hörsaal der Berliner Humboldt-Universität. Er galt bis 1989 als der Faschismus-Experte der DDR und war nach dem Umbruch wegen politischer Repressalien gegen Studierende entlassen worden.³¹ Im Rahmen einer Ringvorlesung war er eingeladen worden, einen Vortrag über den Historikerstreit zu halten. Auf die Frage nach dem Umgang mit der Kontroverse in der DDR antwortete er in der anschließenden Diskussion: „An der Uni konnte man ausführlich über Dinge reden, über die man keine Zeile publizieren konnte.“³² Beide Teile dieser Aussage entsprachen nicht der Wahrheit. Der Referent hatte gerade wegen seines rigorosen Umgangs mit Studierenden, die „Dinge“ anders sahen als er, seine Professur verloren. Zudem konnte sehr wohl zum Historikerstreit publiziert werden – sowohl in der DDR als auch in westlichen Medien. Es gab darüber hinaus auch vereinzelt öffentliche Veranstaltungen zu diesem Thema, nur dass Pätzold (aus welchen Gründen auch immer) daran nicht beteiligt war.³³ Vielmehr übernahmen das vor allem außeruniversitär beschäftigte Historiker wie Gerhard Lozek – Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee (ZK) der SED – und Kurt Gossweiler – Akademie der Wissenschaften der DDR –, die beispielsweise an einem Abend im April 1988 auf Einladung der Urania („Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“) in der Ost-Berliner Stadtbibliothek über das Thema „Historikerstreit: Deutscher Faschismus in der Sicht bürgerlicher Historiker“³⁴ sprachen.

Zeitungsleser in der DDR wurden, sofern sie nicht ohnehin Westfernsehen und -radio sahen beziehungsweise hörten, durchaus von der Presse über die Kontroverse informiert, wenn auch relativ spät und spärlich. Das *Neue Deutschland* (ND) widmete sich ihr erstmals indirekt im Januar 1987 im Zusammenhang mit Kohls umstrittenen Äußerungen über politische Häftlinge in den „Gefängnissen und Konzentrationslagern“ der DDR. Zwei Wochen vor der anstehenden Bundestagswahl zitierte das ND ausführlich Beispiele für die Empörung, die diese erneuten „Attacken“ unter Kritikern in der Bundesrepublik und im Ausland auslösten (u. a. *Die Zeit*, *Humanité*, Auschwitz-Komitee, Vereinigung der Verfolgten des Nazire-

³¹ Vgl. Rainer Eckert/Mechthild Günther/Stefan Wolle, „Klassengegner gelungen einzudringen...“ Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1 (1993), S. 197–225, und Konrad H. Jarausch, *Das Ringen um Erneuerung 1985–2000*, in: Ders./Matthias Middell/Annette Vogt (Hrsg.), *Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie. Die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010* (= *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010*, Bd. 3), Berlin 2013, S. 555–690, hier S. 585–614 und S. 636–646.

³² Zit. nach *Tagesspiegel* vom 10.2.1994: „Zeitgeschichte unter den Linden“.

³³ So etwa im Rahmen der Tagung „Neues Denken und Friedensverantwortung von Christen in Ost und West“, auf der Peter Heilmann, Studienleiter der Evangelischen Akademie und – wie sich später herausstellte – Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der HV A des MfS („Adrian Pepperkorn II“), über den Historikerstreit referierte; vgl. *Neue Zeit* vom 26.9.1987: „Konsequent als Kirche im Sozialismus leben“.

³⁴ Vgl. *Berliner Zeitung* vom 31.3.1988: Veranstaltungshinweis.

gimes). Im Ausland verbreite sich die Sorge, dass führende Politiker der Bundesrepublik, allen voran der Kanzler, augenscheinlich nicht der Versuchung widerstehen könnten, in die „nationalsozialistischen Instinkte rechter Deutscher einzuhaken“. Es herrsche eine „Stimmung der ‚Restauration‘ und eine[...] Neigung, die Hitler-Zeit zu bagatellisieren“; die 1982 eingeleitete „Wende“ solle nun offenbar auch „außenpolitisch durchschlagen“.³⁵

Im März 1987 erschien in der populären *Wochenpost* unter dem Titel „Vergangenheit, die nie vergeht“³⁶ ein eineinhalbseitiger Artikel von Gerhard Lozek und Rolf Richter, die beide am Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED arbeiteten. Wahrscheinlich stellt dieser Text den ausführlichsten Bericht über die Kontroverse außerhalb fachwissenschaftlicher Publikationen in der DDR dar. Die beiden Historiker rekonstruierten deren Verlauf in relativ sachlichem Ton und zitierten sowohl die vermeintlichen Vertreter der „neuen Auschwitz-Lüge“ (und übernahmen damit eine Formulierung von Rudolf Augstein, ohne diesen zu nennen) als auch die Kritiker dieser „Vergewaltigung der Geschichte“. Männer wie Jürgen Habermas, Hans Mommsen und Eberhard Jäckel hätten eine „starke Gegenfront“ eröffnet. Der Artikel hob besonders die im Westen geäußerte Kritik am Antikommunismus hervor: „Einige Wissenschaftler verweisen auf absurde und unhaltbare antikomunistische Konstruktionen. Die Weitsichtigsten treten für den Abbau antikomunistischer Feinbilder ein und plädieren für eine größere Aufmerksamkeit gegenüber den gesellschaftlichen Grundlagen der Judenvernichtung“. Hinsichtlich der Frage der Singularität des nationalsozialistischen Massenmords an den Juden wurde Jäckel zwar prominent mit dem Untertitel seines *Zeit*-Artikels „Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen“ zitiert. Doch zugleich verwischten die Autoren, wie in der DDR-Geschichtsschreibung üblich,³⁷ den besonderen Status der gegen Juden gerichteten NS-Vernichtungspolitik, etwa wenn sie schrieben: Der „fabrikmäßig betriebene Massenmord im KZ Auschwitz“ habe „vier Millionen Menschen, vor allem Juden, Polen und Sowjetbürger“, das Leben gekostet. Das Primat des Antifaschismus beherrschte selbst die Wahrnehmung einer Debatte, deren Gravitationszentrum unstrittig der Holocaust war.³⁸

Der *Wochenpost*-Artikel endete wie viele zeithistorische Texte in der DDR mit der Behauptung, dass mit der Gründung des ostdeutschen Staats alle nötigen Lehren aus der Geschichte gezogen worden seien und dass von seinem von allen

³⁵ Neues Deutschland vom 9.1.1987: „Verdrehen der Geschichte ist gefährlich“ und „Hinter den Äußerungen steckt Methode“. In der „Berliner Zeitung“ und der „Neuen Zeit“, beide vom 9.1.1987, finden sich fast wortgleiche Meldungen.

³⁶ Vgl. *Wochenpost* vom 20.3.1987: „Vergangenheit, die nie vergeht. Bemerkungen zum Historikerstreit in der BRD über den Faschismus“; hier auch die folgenden Zitate des Absatzes.

³⁷ Vgl. Käppner, *Erstarrte Geschichte*, S. 226–231, der darauf hinwies, dass Lozek noch wenige Jahre zuvor von einer „Überhöhung“ der Judenverfolgung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft gesprochen hatte. Vgl. auch Thomas C. Fox, *Stated Memory. East Germany and the Holocaust*, Rochester 1999.

³⁸ Vgl. Dan Diner, *On the Ideology of Antifascism*, in: *New German Critique* 67 (1996), S. 123–132: „The primacy of antifascism ultimately stripped Auschwitz of its core“ (S. 130).

kapitalistischen Wurzeln befreiten Boden nur noch Frieden ausgehe. Der Antifaschismus sei ein „unabdingbares Element unseres sozialistischen Patriotismus“ und fest im „Massen- und Alltagsbewußtsein“ der DDR-Bürger verankert. Flankiert wurde dies von der erwähnten Aussage Jäckels, einer Passage aus Habermas' *Zeit*-Text vom Juli 1986 („Eine Art Schadensabwicklung“) und von einem Auszug aus einer Rede Erich Honeckers, gehalten am 6. Februar 1987 vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen. Diese Rede war am 7./8. Februar 1987 auch im *Neuen Deutschland* abgedruckt worden, doch nur wenige Leserinnen und Leser werden durchschaut haben, dass sich der Staatsratsvorsitzende am Ende seiner neunseitigen Ausführungen auch auf den westdeutschen Historikerstreit bezog, wie es Lozek und Richter mit ihrer Zitation insinuierten. Anlass für Honeckers Einlassungen waren Kohls umstrittene KZ- und Goebbels-Vergleiche, die er als weitere Indizien einer Verharmlosung der NS-Verbrechen deutete. Deshalb erfordere die

„ideologische Arbeit ständige Wachsamkeit, um das Eindringen antimarxistischer, antisozialistischer bürgerlicher Ideologien zu verhindern. Nach wie vor gilt der Leninsche Grundsatz: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht. [...] Es ist unverkennbar, daß die Gegner des Rüstungsabbaus und der Entspannung, die Feinde des Sozialismus äußerste Anstrengungen unternehmen, um die Massen in den kapitalistischen Ländern im anti-kommunistischen Sinne zu manipulieren und um in die sozialistischen Länder ideologisch einzudringen. Zu diesem Zweck wurde eine breite Kampagne über die angebliche Verletzung der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern entfacht [...]. *Alle Register der verlogenen Propaganda werden gezogen, um von den Gebrechen und Verbrechen des Imperialismus abzulenken und die Massen irrezuführen, alle längst von Motten zerfressenen nationalistischen und revanchistischen Fetzen hervorgeholt. Ihre Benutzer haben offensichtlich den Sinn für die geschichtliche Wahrheit und Realität verloren. Das Gefährliche ist nur, daß sie besonders bei Bürgern der BRD ein Geschichtsbild formen, das die Verbrechen des Nazismus bagatellisiert und bewußt antisozialistische Instinkte weckt.*“³⁹

Man nehme diese Bedrohungen sehr ernst, resümierte Honecker, meinte aber auch, dass sie einer „defensiven Position entspringen“. In völliger Verzerrung der Realität kontrastierte er die vermeintlich desaströse Bilanz des Kapitalismus, für die unter anderem „Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, Mietwucher, Obdachlosigkeit, Rassismus“ den Beweis liefere, mit dem vermeintlichen Wohlstand und Frieden in der DDR: Nur hier, wo das Volk den „Reichtum der Heimat“ nicht nur

³⁹ Neues Deutschland vom 7./8.2.1987: „Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitagess der SED“; Hervorhebung durch die Autorin. Der hier kursiv gesetzte Ausschnitt flankierte den Artikel in der Wochenpost vom 20.3.1987: „Vergangenheit, die nie vergeht“.

schaffe, sondern auch besitze, finde „Heimatliebe“ als ein wichtiges „Motiv staatsbürgerlichen Verhaltens ihre vollständige Erfüllung“.⁴⁰

Auch die überschaubare Anzahl von Aufsätzen und Berichten, die das Thema zwischen 1987 und 1989 etwa in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* aufgriffen, waren aus der Perspektive des antifaschistischen Triumphs verfasst. Obwohl man zur Geschichte der Judenverfolgung erst seit wenigen Jahren eigene Forschungen vorweisen konnte und die maßgeblichen Arbeiten von Kurt Pätzold teilweise stark an die funktionalistischen Thesen westdeutscher Historiker erinnerten, waren die Beiträge der DDR-Historiker trotzdem von einem hohen Selbstbewusstsein durchzogen. Sie spiegelten damit eine Entwicklung, die trotz – und zugleich wohl auch infolge – intensiver Kontakte zwischen Ost und West im Verlauf der 1980er Jahre in „einer klar(er) konturierten Eigenständigkeit beider Disziplinen“⁴¹ mündete. Die Wortmeldungen aus der DDR enthielten dennoch kaum Gedanken, die über die Zurückweisung eines neuen Revanchismus im Lager der *North Atlantic Treaty Organization* und ein Lob der aus SED-Sicht als „progressiv“ eingeschätzten Historiker im Westen hinausgingen. Ihr Fokus lag noch weniger als in der Bundesrepublik auf historisch-empirischen Fragen bezüglich der NS-Geschichte und noch viel nachdrücklicher auf der Deutung der Debatte als Ausweis eines nach wie vor virulenten Kalten Kriegs.⁴²

Alle diese Beiträge hinterlassen – unterhalb der routinierten Empörung – einen merkwürdig verklemmten Eindruck, wofür es vermutlich zwei Gründe gibt: Zum einen musste man sich einer Debatte stellen, in der neben dem Holocaust erstmals auch die unter Lenin und Stalin begangenen Verbrechen im Mittelpunkt standen. Diese wurden in der DDR bis zuletzt noch viel weniger thematisiert als in der sich unter Michail Gorbatschow öffnenden Sowjetunion. Folglich spricht ein deutliches Unbehagen aus jeder Zeile, die DDR-Historiker gegen die vermeintliche Diffamierung der Roten Armee als „Inkarnation des Bösen“ und Noltes „his-

⁴⁰ Neues Deutschland vom 7./8.2.1987: „Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitag der SED“.

⁴¹ Maubach/Morina, *Historiographiegeschichte*, in: Maubach/Morina (Hrsg.), 20. Jahrhundert, S. 29. Vgl. Käßner, *Erstarre Geschichte*, und Annette Leo, *Zwei Arten, den Holocaust zu erklären. Dreizehn Fragmente über Hans Mommsen und Kurt Pätzold*, in: Maubach/Morina (Hrsg.), 20. Jahrhundert, S. 246–283.

⁴² Vgl. Kurt Pätzold, *Von Verlorenem, Gewonnenem und Erstrebtem oder: Wohin der ‚neue Revisionismus‘ steuert*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 31 (1986), S. 1452–1463; ders., *Wo der Weg nach Auschwitz begann. Der deutsche Antisemitismus und der Massenmord an den europäischen Juden*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 32 (1987), S. 160–172; Gerhard Lozek, *Der Streit geht weiter. Zum Versuch einer apologetischen Revision des Faschismusbildes durch rechtskonservative Historiker der BRD*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 36 (1988), S. 5–12; Manfred Behrend, *„Nationale Identität“ und Faschismusforschung in der BRD*, in: Ebenda, S. 156 f.; Wolfgang Voigt, *Zur „DDR-Forschung“ in imperialistischen Ländern in den achtziger Jahren*, in: Ebenda, S. 729 f., und Kurt Gossweiler, *Die Aggressionen Nazideutschlands in Europa – Geschichte und Geschichtsschreibung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 37 (1989), S. 1104 f. Um eine breitere Einordnung bemühte sich die Konservatismus-Forschung um den Jenaer Philosophen Ludwig Elm, *Konfrontative Kräfte im konservativen Lager der BRD auf dem Weg der Hochrüstung und Friedensbedrohung*, in: *Pro Pace Mundi* 2 (1987), S. 164–174.

torische Analogien zum Bürgerkrieg und den Klassenkämpfen in der Sowjetunion“⁴³ veröffentlichten – ein Bürgerkrieg, dessen Opfer sie routiniert, in Übereinstimmung mit den ideologischen Vorgaben, als „Antwort der proletarischen Revolution in Rußland auf den gegen sie gerichteten Terror“⁴⁴ verharmlosten. Paradigmatisch dafür steht ein Verweis Kurt Hagers, Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Wissenschaft, auf die stalinistischen Säuberungen während einer Historikerkonferenz an der SED-Parteihochschule Karl Marx im April 1989,⁴⁵ die illustriert, wie lange der Historikerstreit auch in der DDR nachhallte. Hager kam am Ende seines Grundsatzreferats auch auf „Stalins Repressalien in der Sowjetunion gegen deutsche Kommunisten in den Jahren 1937 und 1938“ zu sprechen. Der Weg zum Sozialismus sei „nicht frei von Fehlern und Rückschlägen“ gewesen, entscheidend bleibe aber, dass im „harten Klassenkampf in gesellschaftliches Neuland vorgedrungen wurde“. Man negiere diese „schmerzliche[n] Tatsachen“ keineswegs, behandle sie aber auch nicht als „Sensationen“, wie es die westlichen „Gegner zur Ablenkung von den Gebrechen und Verbrechen des Imperialismus [...] nur zu gern sehen würden“. Nicht zuletzt der „sogenannte ‚Historikerstreit‘“ habe offenbart, dass die bundesrepublikanische Geschichtsschreibung mit dieser Rhetorik jene „neofaschistischen Kräfte“ unterstütze, die die „faschistischen Verbrechen“ gegen die Geburtswehen einer neuen Gesellschaftsordnung aufrechnen wollten.⁴⁶

Zum anderen dürfte das deutliche Unbehagen in Bezug auf den Historikerstreit mit der Einsicht verbunden gewesen sein, dass in den Forderungen westdeutscher Konservativer nach einem affirmativeren Umgang mit der Geschichte ein Widerhall der Verschiebungen in den eigenen geschichtspolitischen Prämissen nicht zu verkennen war. Seit den späten 1970er Jahren bemühte man sich in der DDR um eine Neujustierung des Verhältnisses von „Erbe und Tradition“ und wollte damit das historische Bewusstsein und die „patriotische“ Gesinnung der Bevölkerung stärken.⁴⁷ Diese Debatte wies erstaunliche Gleichklänge auf, denn auch hier sollte der Teilstaat stärker in die „über ein Jahrtausend lange deutsche Geschichte“ eingeordnet werden und – über die Einbeziehung „aller progressiven Tendenzen“ – die Geschichte noch stärker als „Integrationsfaktor“ genutzt wer-

⁴³ Wochenpost vom 20.3.1987: „Vergangenheit, die nie vergeht“.

⁴⁴ Pätzold, Weg nach Auschwitz, S. 162.

⁴⁵ Neues Deutschland vom 8./9.4.1989: „Geschichte – Erfahrungsstoff für Gesellschaftsstrategie“; hier auch die folgenden Zitate.

⁴⁶ Die DDR-Geschichtsschreibung zum Stalinismus vgl. bei Andreas Dorpalen, *German History in Marxist Perspective. The East German Approach*, Detroit 1985, S. 308–311; Hermann Weber, „Weiße Flecken“ und die DDR-Geschichtswissenschaft, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1991, S. 139–154, und Joachim A. Höslers, *Lernen aus der Geschichte. Wolfgang Ruges Beitrag zur Geschichtsschreibung der Sowjetunion*, in: Wolfgang Ruge, *Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989–1999*, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Berlin 2007, S. 41–78.

⁴⁷ Vgl. Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.), *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker*, Köln 1989.

den.⁴⁸ Ohne Zweifel wurde dies in der DDR als eine Öffnung empfunden, etwa wenn ein Historiker 1981 auf einer Tagung über Sozialismus und Tradition geradezu entzückt feststellte, dass man die „guten und zauberhaft-schönen Hinterlassenschaften“ der Romantik nun endlich nicht mehr länger „negieren“ müsse.⁴⁹

Ein noch problematischerer Gleichklang ergab sich aus dem Umstand, dass es eine Art rote Version des Nolteschen Gedankengangs gab, nach dem der nationalsozialistische Massenmord an den Juden kein Verbrechen von singulärer Grausamkeit und Konsequenz gewesen sei. Denn die seit Georgi Dimitroff im sowjetischen Einflussbereich propagierte Ansicht, dass nur der Kapitalismus einen Nährboden für den Faschismus und damit seine Verbrechen bilden könne, implizierte auch, dass diese wiederholbar seien, solange der Kapitalismus existierte. Diese Relativierung von links trat entweder im Gewand der Systemkritik auf, etwa wenn Kurt Pätzold in seinem ersten in der Bundesrepublik publizierten Beitrag zum Historikerstreit rhetorisch fragte: „Wer hat die deutsche Geschichte dorthin [nach „Auschwitz und Bergen-Belsen“] geführt? Und wer hat diese Entwicklung blockieren wollen? Welcher Gesellschaft, welchen politischen Zuständen, welchem geistig-moralischen Bezirk gehören diese Verbrechen zu?“⁵⁰ Gelegentlich wurde dieser Gedankengang aber auch ganz explizit ausgesprochen. So gab der eben zitierte Bewunderer der „zauberhaft-schönen Hinterlassenschaften“ der Romantik im selben Konferenzbeitrag über das neu zu bestimmende Verhältnis von Tradition und Sozialismus zu bedenken: „Hitler, Nazipartei, SA, SS, Gestapo, KZ-System“ – die meisten Bürger seien mit diesen Namen und Begriffen vertraut. „Was aber bedeuten sie? Einmaligkeit eines Verbrechenertums politischer Einzeltäter und ihrer irreführten Mitläufer – oder Wiederholbarkeit einer Machtzusammenballung und Menschheitsbedrohung der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals?“⁵¹

Die Rezeption und Wirkung der verstreuten propagandistisch-medialen und wissenschaftlichen Bezugnahmen auf den Historikerstreit in der gesteuerten DDR-Öffentlichkeit sind nur schwer einzuschätzen. Man kann davon ausgehen, dass sie – wie die meisten westbezogenen Nachrichten – von vielen historisch und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aufmerksam registriert wurden. In einem 1988/89 verfassten Aufsatz für einen in Hamburg verlegten Sammelband zum „Historikerstreit aus mitteleuropäischer Sicht“ fasste der Molekularbiologe und spätere Bürgerrechtler Jens Reich die Relevanz der Kontroverse für die DDR wie folgt zusammen: „Am Historikerstreit haben die DDR-Doktoren, soweit ich sehe, nicht teilgenommen, gezügelt zweifellos durch eine Mischung aus Diplomatie, Takt und Ratlosigkeit“. Dennoch verböte sich ihm als „Außen-

⁴⁸ Walter Schmidt, Deutsche Geschichte als Nationalgeschichte der DDR, in: Ebenda, S. 240–252, hier S. 245–247.

⁴⁹ Helmut Bock, Es gibt kein historisches „Niemandland“. Zu aktuellen Problemen des Erbes und der Tradition im Sozialismus von heute, in: Ebenda, S. 218–239, hier S. 231.

⁵⁰ Kurt Pätzold, Verlorenes, S. 1463. „Auschwitz und Bergen-Belsen“ sind bei Pätzold in Anführungszeichen gesetzt. Vgl. auch Lozek, Streit, S. 9.

⁵¹ Bock, Niemandland, in: Meier/Schmidt (Hrsg.), Erbe und Tradition, S. 237.

deutscher“ jeder Moralismus, erlebe er doch auch in der DDR, wie „lebendig (wenn auch versteckt) die trüben Quellen der Fremdenverachtung und des nahezu völlig objektlos-abstrakten Judenhasses immer noch sind, aus denen jener Hitler seine Wahnideen schöpfte“.⁵² Dieser selten klare (und daher auch unter Pseudonym veröffentlichte) Verweis auf das Fortbestehen nationalsozialistischer und rassistischer Einstellungen in der DDR verlieh Reichs stellenweise sehr polemischer Kritik am Historikerstreit als einem Schaukampf, bei dem es lediglich um ein „honorige[s] Auftreten deutschen Geistes auf dem westlichen Parkett“ gegangen sei, ein besonderes, auf vielschichtige Weise deutsch-deutsch perspektiviertes Gewicht. Denn anders als Reich selbst nach 1990 insistierte, war der Historikerstreit weit mehr als eine „innerbundesrepublikanische ideologische Angelegenheit mit geringer auswärtiger Relevanz“.⁵³ Dies bezeugen nicht zuletzt seine eigenen Ausführungen vor dem Mauerfall.

Etwas einfacher lässt sich beurteilen, welche Wirkung die im Westen publizierten Beiträge von DDR-Historikern hatten. Dies waren nur sehr vereinzelte Einwurfe am Rande des Diskurses, veröffentlicht in den SED-finanzierten *Blättern für deutsche und internationale Politik*, in der Zeitschrift 1999 der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts oder in Sammelbänden aus dem Hause Pahl-Rugenstein. In ihnen stellten sich die DDR-Autoren offen an die Seite der Kritiker Noltes und blieben dennoch ohne nennenswerte Resonanz. Kurt Pätzold, der 1994 behauptete, man habe zu dem Thema nicht veröffentlichen dürfen, war der erste DDR-Historiker, der sich im Dezember 1986 in den *Blättern* zu Wort meldete und in den Beiträgen Noltes, Hillgrubers, Joachim C. Fests und Klaus Hildebrands eine „neue Qualität“ der „antikommunistische[n] und speziell antisowjetisch verfälschende[n] Sicht auf den Faschismus und Krieg“ zu erkennen glaubte.⁵⁴ Wie seine übrigen Kollegen, die sich zu der Debatte äußerten, kam er über die wortreiche Anprangerung des von „haßerfüllte[m] Antisowjetismus“⁵⁵ getriebenen Geschichtsrevisionismus, der nichts anderes sei als die „ausgeweitete Anwendung der antikommunistischen Totalitarismus-Doktrin“ ohne „irgendeinen Neuwert“, kaum hinaus. Einen eigenen Akzent setzte Pätzold nur insofern, als er davor warnte, die Debatte „nach aller geschichtlichen Erfahrung“ lediglich als „innere Angelegenheit“ der Bundesrepublik zu betrachten. Vielmehr seien dadurch „kriegerische Gesinnungen“ angestachelt worden, die die „Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn“ nachhaltig verschlechtert hätten.⁵⁶

⁵² Thomas Asperger, Auschwitz, Gulag und Rumpfdeutschland, in: Philippe Despoix/Barbara Hahn (Hrsg.), *Der deutsche Historikerstreit aus mitteleuropäischer Sicht*, Hamburg 1989, S. 19–28, hier S. 19 f. Asperger war das Pseudonym von Jens Reich.

⁵³ Zit. nach Kailitz, *Politische Deutungskultur*, S. 57, Anm. 220.

⁵⁴ Pätzold, *Verlorenes*, S. 1452 f.

⁵⁵ Kurt Pätzold, Wider die „neue Auschwitz-Lüge“, in: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), S. 158–169, hier S. 159. Vgl. auch die Beiträge in Reinhard Kühnl (Hrsg.), *Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker-Debatte“ – Darstellung, Dokumentation, Kritik*, Köln 1987, hier vor allem Kurt Gossweiler, *Nur eine Historikerdebatte?*, S. 292–316.

⁵⁶ Pätzold, *Verlorenes*, S. 1435 und S. 1463.

Ähnlich besorgt und ebenfalls als intellektueller Vertreter der DDR (und dort lebender Jude) im Ausland sprechend, hatte sich kurz zuvor Stephan Hermlin im November 1986 in einer Rede zum Thema Nachdenken über das eigene Land in den Münchener Kammerspielen geäußert. Hermlin stellte die demokratische Kultur der Bundesrepublik grundsätzlich in Frage. An eine „entscheidende Wandlung“ seit 1945 könne man hier, „wo man heutzutage der Henker und Opfer gemeinsam zu gedenken“ suche, „eigentlich nicht glauben“. Was solle „das tief sinnige Raunen von deutscher Identität und einer offenen deutschen Frage?“ Noch die „entschiedensten Pessimisten“ hätten, so Hermlins Fazit des Historikerstreits, das „Auftreten sogenannter Historiker nicht voraussehen können, die vierzig Jahre nach dem Ende des Faschismus unwiderlegbar nachweisen, daß er eben nicht am Ende war und daß die wirklich Schuldigen doch jene sind, die bereits ein Führer seinem Volke benannt hatte: Bolschewisten und Juden.“⁵⁷ Doch dieses harte Urteil des prominenten Schriftstellers und die vereinzelt 1986/87 in der Bundesrepublik erschienenen Texte Pätzolds oder Gossweilers⁵⁸ fanden weder in der Kontroverse selbst noch in den bald publizierten ersten Rückblicken einen nennenswerten Widerhall.

IV. „Gegenfront“⁵⁹: Politische, wissenschaftliche und geheimdienstliche Instrumentalisierungsversuche

Auch wenn die SED-Führung auf eine großangelegte propagandistische Ausschlichtung des Historikerstreits verzichtete und die Beiträge von DDR-Historikern und Intellektuellen ohne Resonanz blieben, nahm man in der DDR die geschichtspolitische Polarisierung im Nachbarstaat der üblichen asymmetrischen Aufmerksamkeitslogik folgend sehr ernst. Der Umgang der Partei wie der Historikerschaft mit der Kontroverse muss im Kontext ihrer seit Mitte der 1980er Jahre intensivierten Versuche gesehen werden, auf die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik mittels diplomatischer, kulturpolitischer, wissenschaftlicher und geheimdienstlicher Aktivitäten Einfluss zu nehmen – angesichts der zeitgleich sich verschärfenden finanziellen Abhängigkeit des SED-Regimes von bundesdeutschen Krediten und des zunehmenden, von innen und aus der Sowjetuni-

⁵⁷ Stephan Hermlin, Das hier ist es. Rede in den Münchener Kammerspielen, November 1986, in: Ders., In den Kämpfen dieser Zeit, Berlin 1995, S. 71–82, hier S. 77 f. und S. 81. Auch Christoph Hein äußerte sich in der Bundesrepublik zur Kontroverse: In einer an der Volkshochschule Essen im Mai 1987 gehaltenen Vorlesung nahm er eine Zwischenposition ein. Einerseits bezweifelte er, dass Nolte an einer Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen gelegen war, und andererseits kritisierte er, dass beide Teile Deutschlands nach 1945 „zu eilig die Vergangenheit ablösen zu können“ – der Westen durch „Verdrängung“, der Osten durch „Entgegensetzung“. Der überarbeitete Vortrag ist abgedruckt in: Christoph Hein, Die fünfte Grundrechenart. Aufsätze und Reden 1987–1990, Frankfurt a. M. 1990, S. 128–154, hier S. 154.

⁵⁸ Vgl. Gossweiler, Historikerdebatte, in: Kühnl (Hrsg.), Vergangenheit. Zu Hermlins Rede vgl. Badische Zeitung vom 2.12.1986: „Hermlin kritisiert West-Historiker“.

⁵⁹ Wochenpost vom 20.3.1987: „Vergangenheit, die nie vergeht“.

on kommenden Reformdrucks war dies ein ebenso absurder wie uneinlösbarer Anspruch.⁶⁰

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang das kurz vor Honeckers Staatsbesuch in der Bundesrepublik von Vertretern der SPD und SED verfasste Strategiepapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“⁶¹ vom August 1987, in dem beide Seiten den Wettbewerb der Systeme mit dem Willen zur Reform verbanden und eine gemeinsame Sicherheitspolitik für unabdingbar hielten. Egon Bahr erklärte rückblickend, jede Seite sei mit der „Kalkulation der Aufweichung des anderen“ in diese Gespräche eingetreten und resümierte: „Unsere Kalkulation ging auf.“⁶² Es bleibt jedoch umstritten, inwieweit sich der abrupte Zusammenbruch des SED-Regimes 1989 mit der Erosion seines ideologischen Fundaments erklären lässt, die Bahr auch als eine Folge der sozialdemokratischen Dialogpolitik sah. Eher ist von einem Zusammenspiel zweier Hauptfaktoren auszugehen, einerseits der „Aufweichung des Herrschaftswillens“ unter den Eliten, die auf offene Gewaltanwendung verzichteten, aber an ihrem auf das Ideal einer sozialistischen Ordnung ausgerichteten Herrschaftsanspruch festhielten, und andererseits einer erwachenden Zivilgesellschaft.⁶³ Denn nicht zuletzt weil viele Genossen, selbst in der zweiten Reihe und gerade jüngeren Alters, mit zäher Selbstgerechtigkeit am „ersatzpatriotischen“ Antifaschismus und dem Sozialismus als Zukunftsprojekt festhielten, konnte jener paradoxe Zustand zwischen „Stabilität und Revolution“ entstehen, in dem die DDR im Herbst 1989 scheinbar über Nacht implodierte.⁶⁴

Die Logik einer verbreiteten, bis zuletzt hermetischen Weltsicht lässt sich auch an der Geschichte des sogenannten Eliten-Projekts zeigen. Dieses singuläre

⁶⁰ Vgl. Heike Amos, *Die SED-Deutschlandpolitik 1961 bis 1989. Ziele, Aktivitäten und Konflikte*, Göttingen 2015, hier S. 429–543.

⁶¹ Vgl. *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*, veröffentlicht von der Grundwertekommission der SPD/Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, in: *Politik – Informationsdienst der SPD Nr. 3 vom 3.8.1987*, S. 53–72; library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/verfemte_4.pdf [8.1.2020].

⁶² Egon Bahr, *Die Deutschlandpolitik der SPD nach dem Kriege*, in: Dieter Dowe (Hrsg.), *Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn*, Bonn 1993, S. 11–40, hier S. 26. Zur Einordnung vgl. Klaus Moseleit, *Die „Zweite“ Phase der Entspannungspolitik der SPD, 1983–1989. Eine Analyse ihrer Entstehungsgeschichte, Entwicklung und der konzeptionellen Ansätze*, Frankfurt a. M. 1991, und Amos, *SED-Deutschlandpolitik*, S. 550–552.

⁶³ Konrad Jarausch, *Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989*, in: Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hrsg.), *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 25–45, hier S. 45. Für eine gesellschaftsgeschichtliche Perspektive auf das Ende der DDR vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2015, hier S. 301–317; zum Stand der Forschung vgl. Frank Wolff, *In der Teilung vereint. Neue Ansätze der deutsch-deutschen Zeitgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58 (2018), S. 353–392, hier S. 356–358.

⁶⁴ Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989*, Frankfurt a. M. 1992; auch Marion Detjen, *Die „Mauer“ als Erfahrung und Sujet. Deutung und Umdeutung zwischen Mauerbau und Mauerfall*, in: Maubach/Morina (Hrsg.), *20. Jahrhundert*, S. 328–384. Den DDR-Antifaschismus bezeichnete Kowalczyk, *Endspiel*, S. 54, als „eine Art Ersatzpatriotismus“.

deutsch-deutsche Publikationsvorhaben zur Frage der Mitverantwortung der traditionellen Eliten (Diplomatie, Kirchen, Wirtschaft, Militär und Wissenschaft) am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war Mitte der 1980er Jahre von DDR-Seite angestoßen worden, um die „Koalition der Vernunft“ gleichsam mit wissenschaftlichen Mitteln zu zementieren. Ludwig Nestler, stellvertretender Leiter des Dokumentationszentrums der staatlichen Archivverwaltung der DDR, initiierte dieses Vorhaben im Herbst 1986 gemeinsam mit Wolfgang Schumann. Er wollte damit den „massive[n] Versuche[n] reaktionärer konservativer Kräfte“ entgegentreten, die – „wie der jüngste BRD-Historikerstreit neuerlich verdeutlicht hat“ – darauf abzielten, der „Abscheu vor den faschistischen Verbrechen eine antikommunistische bzw. antisowjetische Stoßrichtung zu geben und [...] zur Schaffung bzw. Vertiefung militant-feindseliger Haltungen gegenüber den ‚totalitären‘ Strukturen im sozialistischen Weltsystem zu mißbrauchen“. Mit Blick auf den 1989 anstehenden 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs, die geteilte Verantwortung dafür und die „zentrale Rolle, die der Krieg-Frieden-Problematik unter den gegenwärtigen außenpolitischen Bedingungen in der Strategie der Partei zukommt, sollte bei diesem Thema und aus diesem Anlaß, abweichend von der bisher geübten Praxis, [...] eine Kooperation mit bestimmten Historikern der BRD versucht werden“. Man werde so „auf der Ebene der Historiographie eine Art partieller Koalition der Vernunft realisieren und dabei liberalen, sozialreformistischen Historikern etwas den Rücken stärken“. Zudem könne man so historische Forschungsergebnisse aus der DDR einem „sonst schwer erreichbaren Leserkreis in der BRD“ zugänglich machen.⁶⁵ Diese Argumentation überzeugte die SED-Führung und insbesondere die ZK-Abteilung Wissenschaften, wo man hoffte, damit die „Politik des Dialoges“ vorantreiben und eine „zeitgemäße Streitkultur“ auf Augenhöhe entwickeln zu können.⁶⁶ Pünktlich zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns sollte ein Band mit paritätisch verfassten Beiträgen auf der Höhe der je eigenen historiografischen Forschung zeitgleich in der DDR und der Bundesrepublik publiziert werden.

Doch das Vorhaben wurde im Januar 1989 von dem angesichts der sich verändernden (außen-)politischen Lage verunsicherten SED-Apparat abrupt gestoppt. Die Fachgutachten, die diesen Entschluss mit herbeiführten, reflektieren eindringlich das nach wie vor veritable ideologische Standortbewusstsein der DDR-Historiker, an dem weite Teile der Zunft bis in den Zusammenbruch des Staats hinein festhielten, nicht zuletzt genährt durch den aus ihrer Sicht „guten“ Aus-

⁶⁵ Alle Zitate nach „Konzeptionelle Überlegungen Herausgabe eines Sammelbandes zum Thema ‚Der gewollte Krieg – die deutschen Eliten und der zweite Weltkrieg‘ (Arbeitstitel)“, 10.9.1986; Privatarchiv Manfred Weißbecker (im Besitz der Autorin), S. 1 f. und S. 4; Hervorhebung im Original. Der Text ist – etwas später datiert – (16.2.1987) wortgleich überliefert in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BArch), DY30/7510.

⁶⁶ So beispielsweise die Begründung einer Reisegenehmigung der ZK Abt. Wissenschaften für die beteiligten DDR-Historiker, undatiert, ca. Sommer 1988, zit. nach: Privatarchiv Weißbecker. Vgl. dazu Maubach/Morina, Historiographieggeschichte, in: Maubach/Morina (Hrsg.), 20. Jahrhundert, S. 7–9.

gang des Historikerstreits. Beispielhaft sei Pätzold zitiert, der erklärtermaßen aus Zeitgründen selbst nicht an dem Projekt beteiligt war und in seiner Einschätzung des fertigen deutsch-deutschen Manuskripts die Kontroverse gleich zu Beginn thematisierte:

„Es war bei Inangriffnahme des Unternehmens die innere Situation der BRD-Historiographie sehr stark durch die Atmosphäre des sog. Historikerstreits bestimmt. Das ist heute nicht mehr so. Die weitere Entwicklung war unsererseits von der Erwartung geleitet, daß diese Konfrontation bis zu einem gewissen Grade auf die Diktion der BRD-Beiträge durchschlagen könnte. Inzwischen hat R. v. Weizsäcker auf dem Bamberger Historikertag seinen Disziplin-Appell als Schlichter erlassen und dies in einer wohl aufnahmebereiten Situation. Die jetzt vorliegenden Beiträge scheinen bereits auf diesen versöhnlichen Ton und die Wiederhinwendung der BRD-Historiker zu ihren gemeinsamen systemstützenden Aufgaben eingestimmt. [...] Und um das an sich Überflüssige noch zu sagen: Annäherungen der Positionen auf irgendeiner ‚mittleren‘ Linie, Preisgabe unserer Standpunkte können aus dem Band nirgendwo herausgelesen werden.“⁶⁷

Auch wenn die letzte Bemerkung den Inhalt der von DDR-Historikern verfassten Beiträge durchaus zutreffend zusammenfasste, zeigen Pätzolds Ausführungen zum Historikerstreit, dass dieser nicht nur verkannte, dass dies vorrangig keine wissenschaftliche, sondern eine (geschichts-)politische Auseinandersetzung war, sondern dass er auch das grundsätzliche Verhältnis von Politik und Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik völlig falsch einschätzte.

Ein zweites, in Bezug auf die Beiträge beider Seiten weitaus kritischeres Gutachten verfasste der an der Akademie der Wissenschaften beschäftigte Weltkriegsforscher Olaf Groehler. Er trug mit seiner Analyse maßgeblich dazu bei, dass das Vorhaben von der SED gestoppt wurde, auch wenn er zunächst sehr selbstbewusst konstatierte:

„Ein eindeutiger Gewinn dieses Bandes wird bei seinem Erscheinen darin bestehen, daß zwar auf höchst unterschiedliche Weise angelegt, ausgelegt, motiviert und begründet die Kriegsschuld des deutschen Imperialismus (obwohl dieser Begriff in den Darstellungen der BRD-Historiker fast nie gebraucht wird) in breiter Weise dokumentiert und mit zahlreichen Fakten belegt wird. Von Seiten der BRD nähern sich [Hans-Erich] Volkmann mit seinem Beitrag über die Agrar-eliten und [Rolf-Dieter] Müller mit seinem Beitrag über die Militärs am weitesten unseren Auffassungen an“.⁶⁸

⁶⁷ SAPMO-BArch, DY30/7410, Kurt Pätzold, Stellungnahme zum Manuskript für den Band „Die deutschen Eliten und der zweite Weltkrieg“, undatiert, S. 2 und S. 6.

⁶⁸ SAPMO-BArch, DY30/7510, Olaf Groehler, Stellungnahme zum Sammelband „Deutsche Eliten“ von Historikern aus der DDR und der BRD zum 50. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“, 22.12.1988, S. 1–4. Hier auch die folgenden Zitate.

Dass der Band bei Erscheinen dennoch ein „Politikum hohen Grades“ darstellen werde, so Groehler weiter, dass man auf absehbare Zeit „den BRD-Historikern ihre Hitler-These nicht austreiben“ werde können, nach der die Verantwortung für den Krieg „ausschließlich“ Hitler zugeschrieben werde, und dass Broszat die vorangestellte Einleitung vor allem zur Darlegung der westdeutschen Perspektive nutzen könnte, führte in der ZK-Abteilung Wissenschaften jedoch zu erheblichen Bedenken, vor allem hinsichtlich der Wirkung des Bands im eigenen Land und in der Sowjetunion, und schließlich zum dekretierten „Ausstieg“ aus dem Projekt.⁶⁹

So erschienen die von renommierten Zeithistorikern beider Seiten bereits fertiggestellten Beiträge statt in dem geplanten paritätischen Sammelwerk kurz vor und kurz nach dem Mauerfall – und versehen mit je eigenen Vorworten zu Geschichte und „Scheitern“ des Unternehmens – in zwei separaten Bänden.⁷⁰ Martin Broszat, der die Mitwirkung der westdeutschen Historiker mit großem intellektuellen, organisatorischen und persönlichen Einsatz koordiniert hatte und noch im

⁶⁹ Eine in der Abteilung Wissenschaften hinzugefügte Randnotiz auf der ersten Seite des Groehler-Gutachtens lautete: „M.E. müssen wir da aussteigen. Jedenfalls wachsen meine Bedenken gegen die Veröffentlichung in der DDR“; SAPMO-BArch, DY30/7510, Olaf Groehler, Stellungnahme zum Sammelband „Deutsche Eliten“ von Historikern aus der DDR und der BRD zum 50. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“, 22.12.1988, S. 1. Auch Pätzold gab zu bedenken, wie der Band auf „unsere Freunde“ wirken könnte, „die ja nicht Mitautoren des Bd. sind“; SAPMO-BArch, DY30/7410, Kurt Pätzold, Stellungnahme zum Manuskript für den Band „Die deutschen Eliten und der zweite Weltkrieg“, S. 5. Ein weiteres von Dietrich Eichholtz erstelltes Gutachten enthält eine bemerkenswerte Mischung aus Selbstkritik und Selbstbewusstsein, insbesondere hinsichtlich der für die DDR-Faschismusforschung zentralen Frage nach der Rolle des „Monopolkapitals“. Nach Jahrzehnten entsprechender Veröffentlichungen, allen voran jene von Eichholtz selbst, die behaupteten, den maßgeblichen Einfluss des Kapitals auf Hitler nachgewiesen zu haben, konstatierte dieser am 2.1.1989: „Es wäre wichtig, die von Broszat [in der Einleitung] aufgeworfene, aber verdunkelte Frage zumindest zu streifen, welches Verhältnis zwischen Monopolkapital und Hitlerclique 1936–1939 und besonders 1938/39 bestand in Bezug auf wirtschaftspolitische und auf die außenpolitische Strategie- und Entscheidungsbildung. Hierüber müßten wir als Marxisten gründlicher nachdenken (und forschen). Unsere bisherigen Arbeiten klammern dieses Problem weitgehend aus oder behandeln es in simplistischer, angreifbarer Weise.“ Dennoch biete der Band – auch hier dominierte letztlich ein prinzipielles Überlegenheitsgefühl – eine „gute, notwendigerweise konsequent wahrzunehmende Gelegenheit, unsere Positionen offensiv darzulegen, umstrittene und offene Probleme in parteilicher, dabei fairer Weise zu erörtern [...]“. SAPMO-BArch, DY30/7510, Dietrich Eichholtz, Bemerkungen zum Beitrag von Wolfgang Schumann/Martin Seckendorf: „Richtung Südost. Politik und Wirtschaft in Vorbereitung der ersten faschistischen Aggressionen: Österreich/Tschechoslowakei 1938–39. Eine Fallstudie – für den Sammelband ‚Die deutschen Eliten und der zweite Weltkrieg‘“, S. 2. Zu Eichholtz' Arbeiten und Rezeption in der Bundesrepublik vgl. Christina Morina, Triumph und Demütigung. Der Zweite Weltkrieg in der doppelten deutschen Geschichtsschreibung, in: Maubach/Morina (Hrsg.), 20. Jahrhundert, S. 191–245, hier S. 212–220.

⁷⁰ Vgl. Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, und Ludwig Nestler (Hrsg.), Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation, Berlin (Ost) 1990.

„Scheitern“ an seiner „kooperativen“⁷¹ Haltung festhielt, zeigte sich wenige Monate vor seinem Tod ebenso bestürzt wie verärgert über das „Verbot von höchster politischer Stelle“.⁷² Er könne nicht verstehen, dass sich die Autoren der DDR-Seite nicht einmal gegen die von der Partei „oktroiierte Sprachregelung“, sie hätten ihre Beteiligung abgesagt, zur Wehr setzten, schrieb Broszat am 5. April 1989 in einem Rundbrief an alle DDR-Autoren, und er verknüpfte seine Fundamentalkritik an dieser Haltung mit dem Kernanliegen des gemeinsamen Vorhabens:

„Wir hatten uns in dem Band vorgenommen, die Mitwirkung und vor allem das Versagen der alten konservativen Eliten im Zusammenhang mit der Hitlerschen Kriegsvorbereitung zum gemeinsamen Thema zu machen [...]. Der Kern der historischen Schuld und des Versagens bestand in ihrer submissiven Erbötigkeit gegenüber den damals Herrschenden. Welche Legitimation, darüber zu urteilen und dies zu verurteilen, gibt es eigentlich, wenn im politischen Kleinbereich unseres gemeinsamen Vorhabens die Vertreter der wissenschaftlich-geistigen Elite der DDR selbst den Rücken beugen oder vorsichtig den Mund halten?“⁷³

Dieser „geharnischte Protestbrief“ wurde von den DDR-Autoren wohl nicht ohne einen gewissen Grad an innerer Zustimmung zur Kenntnis genommen. Im Rückblick, als die DDR bereits aufgehört hatte zu existieren, schrieb Manfred Weißbecker, der ein Kapitel über die NSDAP verfasst hatte, „als offizielle Begründung diente das nahezu lächerliche und billige Taktik zu Strategie erhebende Argument, eine Gemeinschaftsarbeit von Historikern der DDR und der BRD würde das ohnehin gestörte Verhältnis zur sowjetischen Historiographie belasten“.⁷⁴ Und Ludwig Nestler bedauerte ganz offen den „Verlust zumutbarer Standfestigkeit“, der dazu geführt habe, dass die DDR-Historiker der „Disziplinierungsmaßnahme“ der Abteilung Wissenschaften nichts entgegenzusetzen hatten.⁷⁵

Schließlich kann man die hermetisch-selbstbewusste Weltsicht unter DDR-Historikern auch aus dem Bemühen ablesen, mit geheimdienstlichen Mitteln aus der aufgeheizten politischen Stimmungslage im Nachgang zum Historikerstreit Kapital zu schlagen. Die eingangs erwähnte Analyse des Historikerstreits aus dem Referat 5 der Abteilung I der Hauptverwaltung A des MfS soll im Folgenden beispielhaft für dieses Bemühen betrachtet werden. Das Referat 5 war für die Aufklä-

⁷¹ SAPMO-BArch, DY30/7510, Ludwig Nestler, Notiz „Sammelband zur Rolle der ‚Eliten‘ des deutschen Imperialismus bei der Entfesselung des zweiten Weltkrieges“, 3.2.1989.

⁷² SAPMO-BArch, DY30/7510, Martin Broszat an Ludwig Nestler, 30.1.1989, S. 1.

⁷³ Zit. nach Martin Broszat, Erfolg und Scheitern eines deutsch-deutschen Zeitgeschichts-Dialogs, in: Ders./Schwabe (Hrsg.), Deutsche Eliten, S. 7–24, hier S. 23.

⁷⁴ Manfred Weißbecker, Rezension „Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg“, S. 3 (unveröffentlicht); Privatarchiv Weißbecker. Die Formulierung „geharnischter Protestbrief“ stammt von Nestler; SAPMO-BArch, DY30/7510, Ludwig Nestler, Notiz „Sammelband zur Rolle der ‚Eliten‘ des deutschen Imperialismus bei der Entfesselung des zweiten Weltkrieges“, 3.2.1989.

⁷⁵ Ludwig Nestler, Über den Verlust zumutbarer Standfestigkeit, in: Ders. (Hrsg.), Weg deutscher Eliten, S. 25–30, hier S. 25–27.

rung ausgewählter westdeutscher Institutionen im Bereich von Regierung, Bundesbehörden und politiknahen Institutionen zuständig (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben, Deutsches Orientinstitut, Organisationen der „Politisch-ideologischen Diversion“).⁷⁶ Der Autor der Analyse, Major Dr. Jörg Villain, war seit November 1984 stellvertretender Leiter und seit August 1988 Leiter des Referats.⁷⁷ Er hatte Ende der 1960er Jahre nach einer Werkzeugmacherlehre an der Universität Jena Geschichte studiert und arbeitete seit 1979 als hauptamtlicher Mitarbeiter zunächst im Rang eines Leutnants in der Berliner MfS-Zentrale; 1988 wurde er zum Major befördert. Berufsbegleitend schrieb Villain eine Dissertation über den Nationalsozialen Verein Friedrich Naumanns, mit der er 1985 in Jena promoviert wurde.⁷⁸ Er kannte sich somit gut in der Parteien- und politischen Ideengeschichte aus und gehörte zugleich einer Institution an, die „unter den spezifischen Bedingungen einer Parteidiktatur [...] von Anbeginn in das Korsett einer spätstalinistischen Interpretation der Weltgeschichte gepreßt [war], die [ihr] einen festen Platz im Herrschaftsgefüge zuwies: an geheimer Front die vorgeblich historisch überlegene sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung“ gegen ihre inneren und äußeren Feinde zu verteidigen.⁷⁹ Mit seiner höheren Bildung gehörte Villain zur intellektuellen Spitze des Staatssicherheitsapparats, in dem in den 1980er Jahren nur etwa 20 Prozent der hauptamtlichen Mitarbeiter das Abitur und nur 11,9 Prozent einen Hochschulabschluss hatten.⁸⁰

Auf den Historikerstreit zurückblickend plädierte Villain in seiner Ausarbeitung dafür, wachsam zu bleiben. Es sei auch künftig davon auszugehen, dass „die

⁷⁶ Vgl. Roland Wiedmann, Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (= Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte – Struktur – Methoden: MfS-Handbuch), Berlin 2012, S. 371 f. 1989 hatte die Abteilung I neun Referate mit 96 hauptamtlichen Mitarbeitenden, darunter 14 Frauen, und zwei bis drei Dutzend Offizieren im besonderen Einsatz. Villains Referat führte mindestens sieben Objektquellen in den genannten Behörden; vgl. Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin ²1998, S. 201. Zur Westarbeit des MfS vgl. Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Das Gesicht dem Westen zu... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003.

⁷⁷ BStU, Kaderakte Dr. phil. Jörg Villain, 310847417563. Der 1947 geborene Villain war seit 1970 SED-Mitglied und trat 1972 in den Dienst der Nationalen Volksarmee ein.

⁷⁸ Vgl. Jörg Villain, Der Nationalsozialer Verein 1896 bis 1903. Seine Rolle und Funktion zu Beginn der Epoche des Imperialismus unter besonderer Berücksichtigung seiner Stellung zur Arbeiterbewegung. Diss., Jena 1985. Zudem gibt es einen publizierten Aufsatz; vgl. ders., Zur Genesis der Mitteleuropakonzeption Friedrich Naumanns bis zum Jahre 1915, in: Willibald Gutsche (Hrsg.), Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1917 (= Jahrbuch für Geschichte, Bd. 15), Berlin (Ost) 1977, S. 207–215.

⁷⁹ Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 71.

⁸⁰ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR, München 2013, S. 191, und Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 49. Soweit ermittelt werden konnte, fand Villain nach 1990 eine Anstellung in einer Immobilienfirma.

Kräfte, die den Historikerstreit provoziert hatten, ihre ideologischen Positionen und ihre politischen Ziele nicht aufgegeben haben“ und es „unsere ureigenste Aufgabe bleibt, daß diese Art Deutsche auch künftighin gezähmt bleiben“. ⁸¹ Noch immer seien die „Ausläufer“ des Konflikts zu spüren und weitere „Wendemanöver“ zu erwarten. Während es angesichts zweier von Deutschland ausgegangener Weltkriege gerade der Geschichtswissenschaft darum gehen müsse, „aus den Lehren der Geschichte heraus das Bewußtsein für die Verantwortung der beiden deutschen Staaten und ihrer Bevölkerung immer aufs Neue zu schärfen“, das heißt die „sozialen, politischen, und in einem gewissen Sinne auch die sozialpsychologischen Bedingungen für Faschismus und Krieg exakt herauszuarbeiten“, täten „Nolte und seine Mitstreiter“ das Gegenteil. Sie arbeiteten an einem „neue[n] Nationalbewußtsein“, das von den „Schattenseiten der deutschen Geschichte weitgehend befreit ist“. Die Kontroverse zwischen den „konservativen Kräften, die sich für eine Revision bislang gültiger Urteile über den deutschen Faschismus einsetzten, und liberalen und sozialreformistisch orientierten Wissenschaftlern“ sei nur vorläufig zum Erliegen gekommen. Mit Genugtuung notierte Villain: „Solche bekannten Wissenschaftler wie Eberhard Jäckel, Hans Mommsen und Hans-Ulrich Wehler widerlegten mühelos die fragwürdigen Gedankengebäude der ‚Revisionisten‘ und kamen auch zu einigen durchaus überzeugenden und treffenden Einsichten, ohne jedoch zu einer qualitativ neuen, weil marxistischen Einschätzung vorzustoßen“.

Im Verlauf seiner Analyse musste auch dieser DDR-Historiker auf die „bolschewistischen Verbrechen“ eingehen, die während des Historikerstreits dem Stalinismus angelastet worden waren. Nolte zitierend zählte Villain sie auf: „Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottung ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als ‚feindlich‘ erachteter Menschen“. Dies alles sei jedoch „erfundene Greuelpropaganda [sic!]“, die allein dazu diene, anti-kommunistische Stimmungslagen in der Bevölkerung anzuheizen. Es sei daher wichtig, sich mit guten Argumenten zur „schwierigen“ Entstehungsgeschichte der Sowjetunion „zu wappnen“, man wisse ja, dass der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande, umgeben von einer Welt von Feinden, bei allen Erfolgen auch ein schwieriger Weg“ gewesen sei und dass dabei „Fehler“, „Versäumnisse“ und „Verbrechen“ aufgetreten seien. Hier dürfe man sich aber

„weder wegducken noch aus einer defensiven Position heraus diskutieren, und schon gar nicht dürfen wir uns auf seine [des Klassenegners] Argumentationslinien festnageln lassen. Entscheidend ist, das klassenmäßige Wesen historischer Prozesse herauszuarbeiten, nach den Ursachen zu fragen und – soweit das jeder einzelne vermag – konkret zu argumentieren.“

⁸¹ BStU, MfS, HVA/1360, Bl. 3-24, Jörg Villain, Der Historikerstreit – Wissenschaft, Politik und Ideologie nach der „Wende“ in der BRD, undatiert (ca. Ende 1988).

Villain wollte mit seiner Ausarbeitung zu einer offensiven Argumentationsfähigkeit beitragen, indem er auf diese historischen Streitfragen vier Antworten formulierte: in Bezug auf die „Beziehung zwischen Faschismus und Kommunismus“, die Motive für die „Welteroberungspläne des deutschen Imperialismus“, die vermeintlich irriige Vorstellung eines „Rassenmord[s]“ und den „Klassenmord“ der Bolschewiki“, den er für „schlicht erfunden“ erklärte. Bemerkenswert ist, wie Villain insbesondere die letzten beiden Punkte (gewissermaßen in Umkehrung des Nolteschen Gedankengangs) in einer doppelten Negation argumentativ miteinander verband. Die Behauptung, es habe keinen „Klassenmord“ gegeben, ergab sich gleichsam logisch aus der Behauptung, es habe „keinen ‚Rassenkrieg‘ oder ‚Rassenmord‘ des deutschen Faschismus an sich“ gegeben. In seltener Deutlichkeit stellt diese Argumentation eine Holocaust-Relativierung von links in Reinform dar.

Als positiv vermerkte Villain, dass im Laufe des Streits nicht nur die außenpolitischen Zielvorstellungen der Bonner Regierung samt ihrer intellektuellen Unterstützermilieus sichtbar geworden seien, sondern auch potenzielle Verbündete in einer über die Mauer hinweg „progressiven“ deutsch-deutschen Abwehrfront. Die Frage der „operativen Nutzung“ der als progressiv eingeschätzten West-Historiker erörterte er entsprechend ausführlich. Es müssten sämtliche Aspekte der Debatte analysiert werden, denn sie biete „Ansatzpunkte für die Schaffung von Gesprächskonzeptionen“, mit denen Personen mit einer gewissen „politisch-ideologischen Übereinstimmung“ angeworben werden könnten. Man werde so „zur gezielten Abklärung politischer Einstellungen, Informationsbedürfnisse und -stände sowie zur Anbahnung eines ausbaufähigen Dialoges“ beitragen.

Es gebe keinen Zweifel, so Villains Resümee, dass die „friedenspolitische Offensive der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze und der Anteil unseres Landes am Zustandekommen der Dialogpolitik mit der BRD“ an der vorläufigen Niederlage der „rechtskonservativen Vordenker“ ihren Anteil habe. Zudem seien die „sozialreformistischen“ Historiker mit ihren sozial- und strukturgeschichtlichen Forschungen immer näher an die Positionen von DDR-Historikern herangerückt. „Zu einer zutreffenden umfassenden Analyse“ würden jedoch auch sie so lange nicht vordringen können, wie sie an ihrer „Klassenposition“ festhielten. Unterdessen gewinne der Weltsozialismus weiter an „Ausstrahlungskraft“.

V. Fazit: Der Historikerstreit in der politischen Kultur (Ost-)Deutschlands

Die in diesem Dokument manifeste Selbstsicherheit war das Resultat einer stringenten Sozialisation in eine „Tschekisten“-Elite, die den Apparat „im Dienste des Volkes“ zwar bis zum Herbst 1989 ganz überwiegend unbeirrt führte, aber im Verlauf der Herbstrevolution ihren Sinnzusammenhang und damit ihr spezifisches Rollenverständnis verlor: Niemand im MfS kam in der schwersten Krise des SED-Staats auf die Idee, tatsächlich zu den Waffen zu greifen und „lieber stehend [zu] sterben als kniend in Knechtschaft“ zu leben, wie es Erich Mielke noch im Septem-

ber 1989 beschworen hatte.⁸² Es bleibt fraglich, welche realhistorische Wirkung derartige Überlegungen an der Schnittstelle von Historiografie und Konspiration hatten. Innerhalb des MfS wurden sie zu Schulungs- und Weiterbildungszwecken verbreitet und flossen zumindest punktuell auch in das operative Geschäft von DDR-Zeithistorikern ein, die als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) dem MfS zuarbeiteten.⁸³ Ein prominent platzierter West-Berliner IM war bereits im September 1987 in Klein Schwarzlosen bei Stendal als Referent zum Thema „Historikerstreit in der Bundesrepublik Deutschland“ aufgetreten.⁸⁴

Jenseits des überschaubaren operativen Nutzens stellt der für den MfS- und parteiinternen Gebrauch verfasste Text die wohl umfassendste Analyse der Kontroverse dar, die je in der DDR verfasst wurde. Sie verrät mehr über den „geistig-moralischen Bezirk“, in dem sie entstand, als über den Gegenstand, dem sie sich widmete. Sie steht gleichsam exemplarisch für den politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Umgang mit dem Holocaust – oder vielmehr dessen weitgehender Marginalisierung und Verkürzung – und den stalinistischen Gewaltverbrechen in der ostdeutschen Geschichts- und Erinnerungskultur. Sie illustriert, dass der Historikerstreit eine bisher vernachlässigte deutsch-deutsche Dimension aufwies, die über die Zäsur 1989/90 hinaus Fragen für die zeithistorische Forschung aufwirft: Etwa welche Relevanz die Kontroverse beziehungsweise ihre Nichtaustragung in der DDR mit Blick auf die geteilte Demokratisierungsgeschichte hat oder inwiefern die in ihr artikulierten Forderungen nach einer nationalen Identität stiftenden Normalisierung der Geschichte zur deutsch-deutschen Vorgeschichte des seit 2013 erstarkenden Rechtspopulismus und Neonationalismus gehören.⁸⁵ Und nicht zuletzt umreißt Villains wenige Monate vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes verfasste Argumentationsvorlage eindrücklich den

⁸² Süß, Staatssicherheit, S. 71. Zum auch im MfS anwachsenden „kritischen Potential“ und dortigen „Aufweichungserscheinungen“ vgl. ebenda, S. 113 f.

⁸³ Etwa die des IM „Ernst“ alias Olaf Groehler. Zum Teil gleichen sich Groehlers Berichte und Villains „Historikerstreit“-Analyse bis in die Formulierungen hinein. Zum Beispiel spekulierte letzterer, dass es den konservativen Kräften um die „Viererbande“ letztlich darum gehe, den Antikommunismus „als Zuchtrute“ wiederzubeleben und „alte Feindbilder neu aufzupolieren“ (Bl. 10), was an den Wortlaut der Schlussanalyse in Groehlers Bericht über ein deutsch-deutsches Zeithistorikertreffen in Müggelheim erinnert; BStU, MfS, AIM 17697/91, Beifügung 2, S. 360 f., IM „Ernst“, Bericht vom 5.1.1989 zur Tagung in Müggelheim. Vgl. dazu Morina, Triumph und Demütigung, in: Maubach/Morina (Hrsg.), 20. Jahrhundert, S. 230–244.

⁸⁴ Es handelt sich dabei um den Studienleiter der Evangelischen Akademie in Berlin (West), Peter Heilmann (IM „Adrian Pepperkorn II“), der laut Zeitungsbericht auf der Veranstaltung „Neues Denken und Friedensverantwortung von Christen in Ost und West“, anlässlich des 9. Treffens von Christen aus Ost- und Westdeutschland, ein Referat über den Historikerstreit hielt; vgl. Neue Zeit vom 26.11.1987: „Konsequent als Kirche im Sozialismus leben. Vom CFK-Seminar in Klein Schwarzlosen“. Heilmann wurde 1999 wegen seiner jahrzehntelangen Tätigkeit für das MfS zu einer Bewährungsstrafe verurteilt; vgl. Berliner Zeitung vom 29.4.1999: „Im Mittelpunkt stand der Mensch“. Zu Heilmanns Taten vgl. Hermann Weber/Gerda Weber, Leben nach dem „Prinzip links“. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006, S. 220–227.

⁸⁵ Vgl. Norbert Frei u. a., Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019.

offenen Erwartungshorizont der damaligen intellektuellen und politischen Eliten – auf beiden Seiten der Mauer: Zu einer Zeit, da fast niemand das Ende der DDR imaginierte, imaginierten nicht wenige dort das Ende der Bundesrepublik.

Dokument**Bl. 4**Der Historikerstreit – Wissenschaft, Politik und Ideologie nach der „Wende“ in der BRD⁸⁶

Im Jahr 1986 entbrannte in der BRD eine heftige Auseinandersetzung unter angesehenen Historikern, Politologen und anderen Gesellschaftswissenschaftlern um die Behandlung des historischen Erbes des Nationalsozialismus, die schon bald als Historikerstreit bekannt wurde.

Die Kontroverse zwischen den konservativen Kräften, die sich für eine Revision bislang gültiger Urteile über den deutschen Faschismus einsetzten, und liberalen und sozialreformistisch orientierten Wissenschaftlern wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf das Zusammenspiel von Wissenschaft, Ideologie und Politik in der BRD der ausgehenden 80er Jahre und erhellt die Ziele und Methoden, Möglichkeiten und Grenzen ideologischer Wendemanöver in der Gegenwart.

Im April 1986 schrieb Michael Stürmer⁸⁷ in der FAZ⁸⁸: „In einem Land ohne Erinnerung ist alles möglich. Die Meinungsforschung warnt, daß unter allen Industrieländern die Bundesrepublik Deutschland die größte Schwerhörigkeit verzeichne zwischen den Generationen, das geringste Selbstbewußtsein der Menschen, den gründlichsten Wertewandel zwischen ihnen. Wie werden die Deutschen morgen ihr Land, den Westen, sich selbst sehen? Es bleibt anzunehmen, daß die Kontinuität überwiegt. Aber sicher ist es nicht.“ (FAZ, 25.4.1986)

Stürmer verweist dann auf das in letzter Zeit spürbar gewachsene Interesse an Geschichte – vom Museum bis zum Trödelmarkt –, weist auf Orientierungsverlust und Identitätssuche unter der Bevölkerung hin und kommt dann ganz unverblümt zur Sache: „Wer aber meint, daß alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“ (Ebenda)

⁸⁶ BStU, MfS, HVA/1360, Bl. 3-24, Jörg Villain, Der Historikerstreit – Wissenschaft, Politik und Ideologie nach der „Wende“ in der BRD, undatiert (ca. Ende 1988). Orthografische Fehler und Interpunktionen wurden beibehalten.

⁸⁷ Michael Stürmer, geb. 1938, 1973–2003 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen, 1980–1986 außenpolitischer Berater Helmut Kohls.

⁸⁸ Vgl. Stürmer, Geschichte, in: Historikerstreit, S. 36.

Bl. 5

Wir wollen uns nicht bei der Interpretation dieses Zitats aufhalten, müssen aber auf zwei Aspekte aufmerksam machen, die für uns besonders interessant sind: auf den Zusammenhang von Geschichte und Politik und auf die von dem prominenten konservativen Historiker Stürmer geforderte Neuinterpretation der Geschichte. Beide Fragen berühren unsere Arbeit unmittelbar. Zwischen Politikern und Historikern bestehen in der BRD vielfältige Verflechtungen. Gerade in solchen Bereichen wie denen der sogenannten Deutschland- und Ostpolitik sind diese Verflechtungen so eng wie kaum an anderer Stelle. Geschichtswissenschaft und historische Forschungen dienen hier eindeutig einer politischen Aufgabe, die sich gegen unsere Gesellschaft und gegen unseren Staat richtet. Aber auch übergreifend ist es die Funktion bürgerlicher Historiographie, die bestehende gesellschaftliche Ordnung der BRD zu legitimieren, die Bevölkerung mit solchem historischen Wissen, mit solchen Wertungen, Vorstellungen und Überzeugungen zu versorgen, daß sie die BRD als ihren Staat akzeptiert, die spätkapitalistische Wirtschaftsweise als die überlegene versteht und auch die Außenpolitik mitträgt. Nun ist dies alles nicht neu. Offensichtlich sind aber die Meinungen in den herrschenden Kreisen der BRD geteilt, ob die Geschichtswissenschaft bisher ihrem Auftrag in ausreichendem Maße gerecht geworden sei bzw. ob es unter den heutigen Bedingungen nicht erforderlich ist – und hier wollen wir es deutlich sagen, worum es eigentlich geht –, Nationalismus und Antikommunismus in höheren Dosen zu verabreichen.

Unmittelbar nach der Niederlage des deutschen Imperialismus haben bürgerliche Historiker begonnen, mit ihren Mitteln für die kapitalistische Entwicklung und gegen eine sozialistische Perspektive zu arbeiten.

Nachdem in den ausgehenden 40er und 50er Jahren vor allem jene „europäischen“, „abendländischen“ und offen antikommunistischen Gegenstände im Mittelpunkt historischer Untersuchungen standen, die für die Begründung von Restauration und NATO-Bindung anwendbar waren, gelangten in den 60er und 70er Jahren solche

Bl. 6

Forschungsrichtungen zu höherem Ansehen wie Sozial- und Strukturgeschichte. Eine wichtige Aufgabe stellte für die BRD-Historiker von Anfang an die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus dar. Gerade bei der Untersuchung und Darstellung dieses Gegenstandes wurden eindeutige politische Absichten verfolgt und demzufolge die Geschichte in ein entsprechendes Raster gepreßt. Die Frage, wie Hitler an die Macht gelangen konnte, wurde aus dem Zusammenspiel von links und rechts in der Weimarer Republik erklärt. Die Schuld für die Verbrechen, die in Nazideutschland und Europa begangen wurden, wurde allein auf [sic!] Adolf Hitler bzw. auch beim deutschen Volk gesehen. Der Widerstand reduzierte sich auf die Männer des 20. Juli 1944. Grundsäule dieses Geschichts-

verständnis, das für die 50er und 60er Jahre bezeichnend war, war die Totalitarismuskonzeption mit ihrer Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus. Die einfachen Klischees des kalten [sic!] Krieges konnten sich jedoch zumindest in der Geschichtswissenschaft nicht halten. Auch unter dem Druck der von marxistischen Historikern der DDR vorgelegten Forschungsergebnisse entschlossen sich vor allem jüngere Historiker zu einer differenzierteren Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Bis in die Mitte der 80er Jahre blieb es nur einer Randgruppe rechtsextremer Historiker vorbehalten, das Dritte Reich zu verteidigen. Die beiden Hauptrichtungen in der offiziellen BRD-Historiographie, die konservative und die sozialreformistisch orientierte, sind sich in der verbalen Verurteilung des Nationalsozialismus einig. Die sozial- und strukturgeschichtlich orientierten Historiker – viele von ihnen stehen der SPD nahe oder sind deren Mitglieder – bemühten sich, eine Vielfalt von Wirkungsfaktoren für den Faschismus zu finden, zu denen auch die sogenannten alten Eliten, d.h. Teile von Bourgeoisie, Junkertum, höhere Beamte und Angestellte zählen. Zu einer zutreffenden umfassenden Analyse drangen sie indes nicht vor, da dies mit einer Aufgabe ihrer Klassenposition verbunden gewesen wäre. Dies blieb den marxistischen Historikern in der DDR und der BRD vorbehalten.

Bl. 7

Vor diesem Hintergrund entfaltete sich 1986 der Historikerstreit. Er wurde formell von dem Frankfurter Philosophieprofessor Jürgen Habermas⁸⁹ eröffnet, der in der „Zeit“ einen Aufsatz gegen die „apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“ veröffentlichte. („Die Zeit“, 11.7.1986)⁹⁰

Daraufhin entbrannte zwischen konservativen und sozialreformistischen Historikern eine äußerst heftige, bis ins Persönliche hineingehende Polemik, die vor allem in der FAZ und der „Zeit“ aber auch in anderen überregionalen Zeitungen und Zeitschriften geführt wurde. Nach einem halben Jahr ebte der Streit etwas ab, seine Ausläufer sind aber bis zum heutigen Tag zu spüren.

Was war geschehen? Habermas – wir erinnern uns, daß er in der APO und der sogenannten Neuen Linken eine Rolle gespielt hatte – schlug Alarm, weil er in einigen Veröffentlichungen prominenter konservativer Historiker „revisionistische Tendenzen“⁹¹ an der bisherigen gültigen Faschismusbewertung zu erkennen glaubte. In allgemeiner Form hatte Stürmer dafür den Rahmen vorgegeben, als er für Neubewertung und „Sinnstiftung“ eintrat und vor dem Gespenst des Antifaschismus warnte (FAZ, 25.4.1986). Der Bonner [sic!] Geschichtsprofessor

⁸⁹ Jürgen Habermas, geb. 1929, 1983–1994 Professor für Philosophie an der Universität Frankfurt a. M.

⁹⁰ Wiederabdruck in: Historikerstreit, S. 62–76.

⁹¹ So findet sich die Formulierung nicht in Habermas' Text „Schadensabwicklung“, in: Historikerstreit, S. 62 und S. 72 f.; vielmehr sprach er (im Untertitel) von „apologetischen Tendenzen“, einem „Neuen Revisionismus“ und „revisionistische[r] Historie“.

Andreas Hillgruber⁹² veröffentlichte eine Schrift zum Jahr 1944 mit dem Titel „Zweierlei Untergang“.⁹³ Schon der Untertitel, der auf die beiden Untersuchungsschwerpunkte hinwies, verrät, in welchem Geist diese Vergangenheitsbewältigung vorgenommen wurde: „Zerschlagung des deutschen [sic!] Reiches“ und „Ende des europäischen Judentums“. Hier wird nicht nur Unvergleichbares miteinander in Zusammenhang gestellt, es wird auch bewertet: Zerschlagung und Ende... Und um welches Hauptproblem ringt Hillgruber? Er stellt die Frage der Identifikation des Historikers und damit auch indirekt des Lesers zum Jahr 1944 angesichts der drohenden Niederlage des deutschen Faschismus. Unverfroren unterscheidet er zwischen der „Gesinnungsethik“ der Männer des 20. Juli und der verantwortungsethischen Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister in den deutschen Ostgebieten, und seine Sympathie ist eindeutig beim „deutschen Ostheer“, das einen „Schutzschirm“ gegen die

Bl. 8

Rote Armee bot und auch bei denjenigen „Hoheitsträgern der NSDAP“, die sich in dieser Zeit bei der Organisierung der militärischen Verteidigung und der Evakuierung der Bevölkerung „bewährten“. (Historikerstreit, München-Zürich 1987, S. 331–351)

Ähnlich argumentierte der renommierte Kölner [sic!] Historiker Klaus Hildebrand,⁹⁴ wenn er von der Tragödie der deutschen Soldaten sprach, deren Kampf gegen die Rote Armee „unsägliches Leid verhinderte und doch die Existenz des nationalsozialistischen Unrechtsregimes verlängerte“ (ebenda, S. 88).⁹⁵ Hier wird die Geschichte völlig auf den Kopf gestellt. Man muß doch fragen, welche Armee unsägliches Leid über Deutschland und Europa brachte, die des deutschen Faschismus oder die der Sowjetunion. Und wer griff eigentlich an, und wer verteidigte sich? Oder sollte die Rote Armee etwa an den Grenzen Hitlerdeutschlands stehen bleiben? Welche Folgen hätte das denn gehabt? Und wie verträgt sich die Aussage Hildebrands von [sic!] der Verhinderung von Leid durch die Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln nun auf deutschem Boden mit der historischen Tatsache, daß gerade in jener Zeit die größten Verluste unter der deutschen Bevölkerung zu beklagen waren?

Doch genug damit. Die Äußerungen Hillgrubers und Hildebrands nehmen sich fast noch zurückhaltend aus, setzt man sie in Relation zu denen Ernst Noltes, Pro-

⁹² Andreas Hillgruber (1925–1989), 1972–1989 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität zu Köln.

⁹³ Vgl. Andreas Hillgruber, *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*, Berlin 1986.

⁹⁴ Klaus Hildebrand, geb. 1941, 1982–2010 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bonn.

⁹⁵ Vgl. Klaus Hildebrand, *Das Zeitalter der Tyrannen. Geschichte und Politik: Die Verwalter der Aufklärung, das Risiko der Wissenschaft und die Geborgenheit der Weltanschauung – eine Entgegnung auf Jürgen Habermas*, in: *Historikerstreit*, S. 84–92.

fessor für Geschichte an der FU Westberlin und seit Anfang der 60er Jahre mit Untersuchungen zum sogenannten Dritten Reich hervorgetreten.⁹⁶ Nolte warf die Frage auf, ob nicht die ganze Geschichte des Dritten Reiches einer Revision bedürfe. Und er beantwortete seine Frage gleich wieder positiv, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, sie in eine neue Perspektive hineinzustellen. Nun ist an sich diese Forderung bezogen auf die offizielle Geschichtswissenschaft der BRD nicht verkehrt, da historisch gesehen längst überfällig. Denn bis zum heutigen Tag ist es ihr nicht gelungen, den Faschismus in die Perspektive hineinzustellen, in die er gehört, in die der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Faschismus ist die „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen

Bl. 9

Elemente des Finanzkapitals“.⁹⁷ Diese Einschätzung des Faschismus als einer Herrschaftsmethode des Imperialismus gibt es seit 1935, sie wurde auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegeben und nicht nur von der marxistischen Geschichtsschreibung, sondern von der Geschichte selbst bestätigt. Aber das ist nicht die Perspektive, die Ernst Nolte vorschwebt. Wie Stürmer sieht er im Antifaschismus eine ernste Gefahr. Und aus der Geschichte der letzten dreihundert Jahre sieht er sich zu der „zentralen Folgerung“ getrieben, „von der Tyrannei des kollektivistischen Denkens“ freizuwerden [sic!] und die „entschiedene Hinwendung zu allen Regeln einer freiheitlichen Ordnung“ zu vollziehen (Historikerstreit, S. 46).⁹⁸

Also konstruiert er beginnend mit der industriellen Revolution einen Grundwiderspruch zwischen bürgerlicher Gesellschaftsordnung und den von ihr hervorgerufenen gesellschaftlichen Veränderungen und Problemen einerseits und den seit dem 17. Jahrhundert immer wieder aufgetretenen gesellschaftlichen Konzeptionen und Bestrebungen zur Lösung dieser Probleme auf der anderen Seite. Er zieht ausdrücklich eine Linie von Babeuf⁹⁹ zu Pol Pot,¹⁰⁰ wirft alle, wie er es nennt, „Befreiungsbewegungen“ in einen Topf, die utopischen Sozialisten, englische Agrarreformer, den Kommunismus, Hitler, die PLO usw. und lastet ihnen gleich-

⁹⁶ Ernst Nolte (1923–2016), 1973–1991 Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. Nolte wurde bekannt durch seine 1963 veröffentlichte Habilitationsschrift „Der Faschismus in seiner Epoche“.

⁹⁷ Das ist die Formel, die Georgi Dimitroff 1935 geprägt hatte; vgl. ders., Arbeiterklasse gegen Faschismus – 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Bericht und Schlußwort zum 2. Punkt der Tagesordnung, Straßburg 1935, S. 5 f.

⁹⁸ Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte, in: Historikerstreit, S. 39–47, hier S. 46. In der Printausgabe „Historikerstreit“ ist das Wort „allen“ hervorgehoben.

⁹⁹ François-Noël Babeuf (1760–1797), französischer Sozialist und Revolutionär, 1797 wegen Verschwörung hingerichtet.

¹⁰⁰ Pol Pot (Salth Sar, 1925 oder 1928–1998), politischer und militärischer Anführer der Roten Khmer, 1976–1979 Premierminister von Kambodscha.

sam die Schuld für die Übel der Welt, vor allem jedoch für den Tod vieler Millionen Menschen im 20. Jahrhundert an. Das ist aber nur der allgemeine Rahmen. Bezogen auf die Geschichte des deutschen Faschismus fordert er eine Revision des Geschichtsbildes vor allem in zwei Punkten:

1. Die Vernichtung der Juden war nicht einzigartig und
2. die Verbrechen des deutschen Faschismus sind eine Kopie und eine Reaktion auf die Untaten des Bolschewismus.

Wir werden uns später noch eingehender mit diesen Behauptungen auseinandersetzen, da wir an ihnen nicht einfach vorübergehen können. Wir können das nicht tun, weil sie auf Grundstimmungen, in Teilen der Bevölkerung abzielen, weil sie einen eindeutigen politischen Zweck verfolgen, der sich direkt gegen uns richtet. Und dieser

Bl. 10

Zweck besagt nichts anderes als alte Feindbilder neu aufzupolieren, als, in einer Zeit, da sich die westeuropäischen und bundesrepublikanischen Eigeninteressen deutlicher als je in den letzten 30 Jahren von den amerikanischen abheben, den Antikommunismus als Zuchtrute einzusetzen, um Disziplin und Ordnung zu halten. Es würde zu weit führen, wenn der weitere Verlauf des Historikerstreits dargestellt würde. Von seiten der sozialreformerischen und liberalen Historiker wurden die Angriffe der konservativen zum Teil entschieden zurückgewiesen. Solche bekannten Wissenschaftler wie Eberhard Jäckel,¹⁰¹ Hans Mommsen¹⁰² und Hans-Ulrich Wehler¹⁰³ widerlegten mühelos die fragwürdigen Gedankengebäude der „Revisionisten“ und kamen auch zu einigen durchaus überzeugenden und treffenden Einsichten, ohne jedoch zu einer qualitativ neuen, weil marxistischen Einschätzung vorzustoßen.

Nach etwa einem halben Jahr war die erste heftigste Etappe des Streits abgeschlossen, ohne daß eine der beiden Seiten von ihrer Position abgegangen wäre. Seitdem ist zu beobachten, wie dieses Thema immer wieder neu aufgegriffen wird, und es ist zu vermuten, daß nun in Form größerer Darstellungen die Konservativen versuchen werden, ihre Auffassungen in soliderer Form zu präsentieren.

¹⁰¹ Eberhard Jäckel (1929–2017), 1967–1997 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart.

¹⁰² Hans Mommsen (1930–2015), 1968–1996 Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

¹⁰³ Hans-Ulrich Wehler (1931–2014), 1971–1996 Professor für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Bielefeld. Wehler publizierte erst 1988 einen Beitrag zur Debatte; vgl. ders., *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988.

Nolte hat Ende 1987 dazu bereits ein umfängliches Buch¹⁰⁴ herausgebracht. Während des gesamten Historikerstreits wurde übrigens – und das sei als Randbemerkung gestattet – kein einziges neues Forschungsergebnis, keine bislang unbekanntete Tatsache herangezogen.

Nun nochmals zu den beiden Behauptungen Noltens, in denen er von Hildebrand und ganz massiv von dem Mitherausgeber der FAZ, Joachim Fest, unterstützt wurde.¹⁰⁵

Wenn man von der gegenwärtigen Lage in der BRD und ihrer Rolle in der Weltpolitik ausgeht, so liegt es in ihrem ureigensten Interesse, aktiv für Frieden und Entspannung einzutreten. Diese Aufgabe hat aber auch mit Geschichte zu tun, denn die beiden größten Vernichtungskriege der Menschheit gingen von deutschem Boden aus. Daraus erwächst eine spezielle Verantwortung, alles dafür zu tun, daß ein drittes Mal auch nur unter deutscher

Bl. 11

Beteiligung ausgeschlossen bleibt. Schaut man von dieser elementaren und primären politischen Aufgabe in die Geschichte und bestimmt von daher die Aufgaben der Geschichtswissenschaft, so kann ihr Auftrag nur sein, aus den Lehren der Geschichte heraus das Bewußtsein für die Verantwortung der beiden deutschen Staaten und ihrer Bevölkerung immer aufs Neue zu schärfen. Das heißt aber vor allem, die sozialen, politischen, und in einem gewissen Sinne auch die sozialpsychologischen Bedingungen für Faschismus und Krieg exakt herauszuarbeiten, die Ausdrucksformen und Folgen der faschistischen Diktatur in ihrer ganzen Tragweite darzustellen, die von ihr ausgehende Bedrohung der Menschen eindringlich vor Augen zu stellen.

Was aber tun Nolte und seine Mitstreiter? Das Gegenteil. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, ein neues Nationalbewußtsein zu schaffen, das von den Schattenseiten der deutschen Geschichte weitgehend befreit ist. Kein ernsthafter Mensch kann heute die in deutschem Namen begangenen Verbrechen leugnen, auch keine konservativen BRD-Historiker. Aber es ist schon denkbar, daß man versucht, diese Verbrechen zu relativieren nach dem Motto „Jeder hat Dreck am Stecken“. Und dann ist die Vergangenheit nur noch halb so schlimm. Deshalb werden nicht nur die deutschen Kriegszielplanungen für den – was unter den Tisch fällt – Angriff im II. Weltkrieg herangezogen, sondern auch sowjetische und englische. Deshalb führt Nolte eine Rede Chaim Waizmanns¹⁰⁶ [sic!], des Vorsit-

¹⁰⁴ Hier ist wohl Ernst Nolte, *Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit*, Berlin/Frankfurt a. M. 1987, gemeint.

¹⁰⁵ Joachim C. Fest (1926–2006), 1973–1993 Mitherausgeber und Leiter des Feuilletons der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Fest verantwortete die Veröffentlichung von Noltens Artikel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ in der FAZ.

¹⁰⁶ Von einer „offiziellen Äußerung“, nicht von einer Rede, die es so auch nie gegeben hat, sprach Nolte, *Geschichtslegende*, in: *Historikerstreit*, S. 24. Chaim Weizmann (1874–1952), Präsident der „Jewish Agency“, hatte am 2.9.1939 in einem offenen Brief an Neville Cham-

zenden des jüdischen Weltbundes aus dem Jahre 1939 an, deutet sie – wie die Nazis – als Kriegserklärung an den Nationalsozialismus und rechtfertigt damit in gewissem Maße die Judenverfolgung. Deshalb werden bestimmte Fragen überhaupt nicht gestellt, werden wichtige Fakten überhaupt nicht angeführt, deshalb wird aus der Problematik des Faschismus und seiner Verbrechen nur ein Problem herausgenommen und in einen völlig fremden Zusammenhang gestellt, die Vernichtung der Juden. Hier scheint die Möglichkeit gegeben, eine Aufrechnung vorzunehmen. Originalton Nolte: „Es ist ein auffallender Mangel der Literatur über den Nationalsozialismus, daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in

Bl. 12

welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen 20er Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als ‚feindlich‘ erachteter Menschen.“ (Ebenda, S. 45)¹⁰⁷

Hier schrumpft die Vernichtung von Millionen Menschen durch die Nazis, wie einer der Kritiker Noltens bemerkte, auf eine „technische Innovation“,¹⁰⁸ auf die Vergasung als neuartige Tötungsmethode. Und Nolte und andere beeilen sich noch hinzuzusetzen: die Armenierergreuel [sic!] am Anfang des Jahrhunderts, die Bombardierung Hamburgs 1944,¹⁰⁹ Pol Pot usw. Aber bleiben wir beim Zitat. Wovon handelt eigentlich diese Literatur, wessen Taten werden darin beschrieben, wer soll all das schon getan haben, was der deutsche Faschismus später wieder tat? „Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der ‚weiße Terror‘ fürchterliche Taten vollbrachte... Aber gleichwohl muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen: Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und fak-

berlain statuiert, dass die Juden im Kriegsfall auf der Seite Großbritanniens und der Demokratie stehen würden; vgl. Jeffrey Herf, *The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust*, Cambridge 2006, S. 61–63.

¹⁰⁷ Nolte, *Vergangenheit*, in: *Historikerstreit*, S. 45.

¹⁰⁸ Habermas warf Nolte vor, in seiner Argumentation schrumpfte Auschwitz „auf das Format einer technischen Innovation“ (Schadensabwicklung, in: *Historikerstreit*, S. 71), und er reduziere „die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen auf den ‚technischen Vorgang der Vergasung‘“ (Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf, in: *Historikerstreit*, S. 243–255, hier S. 254).

¹⁰⁹ Hier wird wohl auf die Operation Gomorrha vom 24.7. bis 3.8.1943 angespielt; die Jahresangabe 1944 ist damit falsch.

tische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?“ (ebenda).¹¹⁰ Hier ist Nolte bei des Pudels Kern, und er wie auch die ihm seelenverwandten Historiker haben nach Art tibetanischer Gebetsmühlen diesen Gedanken später immer weiter variiert.

Der Totalitarismus hat in der Mitte der 80er Jahre seine Dominanz in der BRD-Historiographie verloren, er hat aber nach wie vor starke Bastionen in ihr und vor allem in der veröffentlichten Meinung, und es gibt kaum eine zeitgeschichtliche Sendung in den elektronischen Medien, in der er sich nicht ausdrückt.

Bl. 13

Die konservativen Historiker der BRD sind aber offensichtlich der Meinung, daß das nicht ausreicht. Versuchte man bislang die sozialistischen Staaten und die revolutionäre Arbeiterbewegung dadurch zu diskreditieren, daß einzelne äußere Erscheinungsformen faschistischer und kommunistischer Parteien und Staaten aus ihrem Zusammenhang gerissen und miteinander in Vergleich gesetzt wurden, so daß das Bild der Übereinstimmung beider entstand, so stehen wir jetzt vor einer qualitativ neuen Situation. Hier geht es jetzt um die Fragen, was war ursprünglicher, was war primär, wer waren die Opfer? In einer fast beispiellosen Verkehrung der Tatsachen, in einer Infamie ohnegleichen wird die Oktoberrevolution und die darauffolgende Entwicklung in der Sowjetunion nicht nur mit dem nationalsozialistischen Terrorregime gleichgesetzt, sondern ihr wird noch die Verantwortung für die Naziverbrechen aufgebürdet. Nicht die reaktionären Kräfte der deutschen Bourgeoisie, die Hitler an die Macht gebracht und an seinem Regime bestens verdient haben, nicht die Mordbanden der SS tragen die Schuld an ihren Verbrechen, nein, die Bolschewiki sind die wahren Urheber, da sie durch ihre wirkliche oder die vielleicht nur als möglich empfundene Politik Hitler und seinen Gefolgsleuten einen solchen Schreck einjagten, sie förmlich in eine Zwangsnervose trieben, daß sie gar nicht anders handeln konnten, als sie das dann taten. So die abstruse, wissenschaftlich völlig unhaltbare Logik Noltes, die gleichartiges nur in Ronald Reagans Wort über die Sowjetunion als Hort alles Bösen hat.¹¹¹ Wir sollten uns dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß solche Auffassungen nicht eine überaus verderbliche Wirkung haben können, und wir tun gut daran, uns für die Auseinandersetzung mit ihnen zu wappnen. Dazu nur einige wenige Überlegungen:

1. Wenn es überhaupt eine Beziehung zwischen Faschismus und Kommunismus gibt, dann, daß der Faschismus der radikalste, der brutal-

¹¹⁰ Nolte, Vergangenheit, in: Historikerstreit, S. 45.

¹¹¹ US-Präsident Ronald Reagan nannte erstmals in seiner Rede am 8.3.1983 auf der Jahresversammlung der „National Association of Evangelicals“ die Sowjetunion ein „Reich des Bösen“; zit. nach Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014, S. 819.

ste und offenste Versuch des Monopolkapitals war, ein für alle Mal die revolutionäre Arbeiterbewegung vom Erdboden zu vertilgen. Das kann man in Erklärungen und Dokumenten der Nazis nachlesen, das kann man vor allem an ihren Taten messen.

Bl. 14

2. Die Welteroberungspläne des deutschen Imperialismus, die Verfolgung und Vernichtung anderer Nationalitäten und Völker entsprangen allein den Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie. Sie haben eine lange Tradition – auch das läßt sich nachlesen – und erreichten unter dem deutschen Faschismus ihre besondere Aggressivität und Abenteuerlichkeit. An Verantwortlichkeit und Schuld für den II. Weltkrieg und die im deutschen Namen begangenen Verbrechen läßt sich nichts deuteln.
3. Es gab keinen „Rassenkrieg“ oder „Rassenmord“ des deutschen Faschismus an sich. Der Vernichtungsfeldzug gegen Juden, Polen, Weißrussen, Sinti und andere war ein besonders perfider Bestandteil faschistischer Unterdrückungs- und Unterwerfungspolitik nach innen und außen, er war Bestandteil des Klassenkampfes des deutschen Monopolkapitals.
4. Noch viel weniger als den „Rassenmord“ der Nazis gab es den „Klassenmord“ der Bolschewiki. Das ist schlicht erfunden, das ist nationalsozialistische Greuelpropaganda [sic!] heute.

Wir wissen, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande, umgeben von einer Welt von Feinden, bei allen Erfolgen auch ein schwieriger Weg war. Unter enormen äußerem Druck und unter ungünstigen inneren Voraussetzungen mußten in der Sowjetunion neue Wege beschritten werden, mußte der gesellschaftliche Fortschritt bei Strafe des Untergangs durchgesetzt werden. Wer die Rede¹¹² Michael Gorbatschows zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution gelesen hat, wird darin auch auf die Stellen gestoßen sein, in denen er auf die komplizierten Entscheidungssituationen, auf die Fehler, auf Ver säumnisse und auch auf begangene Verbrechen aufmerksam macht. Der Klassegegner wird uns immer wieder auf wunde Stellen in unserer Geschichte stoßen, auf vermeintliche, die er uns einreden will, und auf wirkliche, die uns selbst am meisten schmerzen. Hier dürfen wir uns weder wegducken noch aus einer defensiven Position heraus diskutieren, und schon gar nicht dürfen wir uns auf seine Argumen-

¹¹² Michail Gorbatschow, Der Oktober und die Umgestaltung. Die Revolution wird fortgesetzt, 2.11.1987, in: Ders., Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 5: April 1987 – Dezember 1987, Berlin 1990, S. 354–409. In der DDR war die Rede noch 1987 in der Zeitschrift „Neue Zeit“ veröffentlicht worden.

tationslinien festnageln lassen. Entscheidend ist, das klassenmäßige Wesen historischer Prozesse herauszuarbeiten, nach den Ursachen zu fragen und –

Bl. 15

soweit das jeder einzelne vermag – konkret zu argumentieren.

Überlegungen zur politischen Funktion des Historikerstreites

Im zweiten Teil soll thesenartig auf einige politische und politisch-operative Aspekte des Historikerstreites eingegangen werden. Vor allem wird dabei aufzuzeigen sein, welche politischen Motivationen hinter den Hauptargumenten dieser Auseinandersetzung stehen. Es handelt sich um als besonders wichtig erscheinende Zusammenhänge von gesellschaftlichem Interesse, praktischer Politik und politischer Theorie innerhalb des politischen Establishments der Bundesrepublik.

1. Mit den Grundaussagen der konservativen, nationalistischen Historiker Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand und Michael Stürmer, die von dem FAZ-Mitherausgeber Joachim C. Fest unterstützt, koordiniert und moderiert werden, ist neben der Ordnung des „historischen Hinterlandes“ vor allem die *i d e o l o g i s c h e* *A u s r i c h t u n g* der BRD auf eine stabilisierte, national-konservative Innenpolitik und eine von historischen Rücksichtnahmen befreite Interessenpolitik gegenüber den Partnern in der westlichen Allianz und Machtpolitik gegenüber den sozialistischen Staaten und den Staaten der sogenannten dritten Welt angezielt.

Damit ist gesagt, daß dieser Streit kein fachwissenschaftlicher, sondern eine sehr aktuelle politische Auseinandersetzung ist. Beobachter und Teilnehmer des Streites äußerten, daß es sich um einen „Stellvertreterkrieg“¹¹³ handelt.

So schrieb der Vorsitzende des Historikerverbandes der BRD, Christian Meier,¹¹⁴ daß es bei diesem Thema weniger um die Vergangen-

¹¹³ Hans Mommsen, Aufarbeitung und Verdrängung. Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewußtsein, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt a. M. 1987, S. 74–88, hier S. 87.

¹¹⁴ Christian Meier, geb. 1929, 1981–1997 Professor für Alte Geschichte unter Berücksichtigung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität München, 1980–1988 Vorsitzender des Verbands der Historiker Deutschlands.

heit als um die Gegenwart und Zukunft geht (FAZ vom 20.11.1986).¹¹⁵ Es sei auffällig, so Meier weiter, daß die Gesellschaft diesen Streit den Historikern überläßt.

Bl. 16

2. Eine vorrangige Aufgabenstellung dieser Weißwäscher besteht in der „Entschuldung“ des deutschen Monopolkapitals für die massenhafte Tötung politisch Andersdenkender, den millionenfachen Mord an Juden und Angehörigen anderer Völker sowie die Verantwortung für den bisher folgenschwersten Krieg in der Menschheitsgeschichte mit dem Ziel, eine auf die „historischen“ Identitätsvorstellungen in dieser Klasse eingeschworene Bevölkerung erneut widerspruchsfrei für die eigenen politischen Ziele mißbrauchen zu können.

Nichts anderes ist mit der Forderung nach „Historisierung“¹¹⁶ des Faschismus bezweckt.

Nachdem seit der Befreiung vom Faschismus begonnen wurde, den Faschismus in Vergessenheit geraten zu lassen, seine Ursachen zu verschleiern und in sehr öffentlichkeitswirksamer Form mit dem Mitte der 70er Jahre aufgeführten Film von Joachim C. Fest¹¹⁷ die zuvor von ihm ausgearbeitete Strategie der Psychologisierung und Personalisierung der Schuld am NS-Regime umgesetzt worden ist, geht es heute darum, die letzten aus dieser geschichtlichen Schuld erwachsenen Fesseln abzustreifen.

Hierzu dienen die Behauptungen von der Vergleichbarkeit der faschistischen Greuelthaten [sic!] mit den anderen geschichtlichen Vorgängen und die Unterstellung, daß Hitler seine Untaten als Reflex auf angebliche Vorgänge in der Sowjetunion begangen, daß der „Klassenmord“ der Oktoberrevolution, der in der Debatte nie mit rational zugänglichen Argumenten untersetzt werden konnte, dem „Rassenmord“ der Nazis vorausgegangen sei.

Hierzu ist anzumerken, daß das Naziregime von Beginn an zuerst Klassenmorde an den bewußten Vertretern des deutschen Proletariats, den Kommunisten, und anderen antifaschistischen Kräften

¹¹⁵ Vgl. Christian Meier, Kein Schlußwort. Zum Streit über die NS-Vergangenheit, in: Historikerstreit, S. 264–274, hier S. 273.

¹¹⁶ Broszat, Geister, in: Historikerstreit, S. 190; Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur 39 (1985), S. 373–385, und ders., Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus?, in: Historische Zeitschrift 247 (1988), S. 1–14. Dazu ausführlich die Beiträge in Norbert Frei (Hrsg.), Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007.

¹¹⁷ „Hitler – Eine Karriere“ kam 1977 in die Kinos; im Januar 1987 strahlte die ARD den Film aus.

begangen hat; Klassegegnern, die keinen bewaffneten Widerstand leisteten. Dies ist in all den Auseinandersetzungen, die hier als Historikerstreit zusammengefaßt werden, zu kurz gekommen.

3. Der Streit macht *E x i s t e n z* *s t e* des westdeutschen Monopolkapitals deutlich und zeigt auf, wie Herrschaftsstabilisierung auch für die befürchteten unruhigeren Zeiten, die der BRD

Bl. 17

im Zeichen zunehmender sozialer Konflikte im inneren [sic!], der Friedensoffensive des Sozialismus und der schärfer werdenden Konkurrenzkämpfe innerhalb der eigenen Bündnisse und Integrationszusammenhänge erreicht werden soll [sic!].

Dem innenpolitischen Gegner, äußeren Konkurrenten und dem an Ausstrahlungskraft gewinnenden Weltsozialismus soll mit einem neubeschworenen Selbstbewußtsein, das aus einer von Anfechtungen der Vergangenheit befreiten „nationalen Identität“ und einem vereinheitlichten Blick auf die deutsche Geschichte gewonnen wird, begegnet werden.

4. In den Auseinandersetzungen wird das Zusammenspiel von Kapital, Politik und Wissenschaft sichtbar.

Mit der sogenannten politischen „Wende“ entstand für das Kapital in der BRD die Möglichkeit zu radikaleren Einschnitten der sozialen, der innen- und außenpolitischen Gestaltung.

Dem Bedürfnis nach der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit ist seit der Befreiung vom Faschismus immer wieder mit wechselnder Intensität Rechnung getragen worden. Der erreichte Stand der „Historisierung“ des Faschismus ist in der Zeit der sozial-liberalen Koalition vor allem durch das engagierte Wirken von Kommunisten, Antifaschisten und Anhängern der Friedensbewegung, aber auch durch eine der sozial-demokratisch geprägten Regierung verpflichteten Sozial- und Geschichtswissenschaft partiell aufgehoben worden.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch CDU, CSU und FDP 1982 sahen nationalistische Historiker die Möglichkeit, verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen und fühlten sich durch einen Bundeskanzler, der Gorbatschow mit Göbbels¹¹⁸ [sic!] und die DDR mit dem Hitlerregime verglichen hat, aufgefordert, eine gründliche Revision des Bildes vom deutschen Faschismus vorzuneh-

¹¹⁸ Joseph Goebbels (1897–1945), nationalsozialistischer Politiker, 1933–1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

men.¹¹⁹ Die Hans-Martin-Schleyer-Stiftung [sic!] finanziert ein Symposium mit dem Thema „Wem gehört die deutsche Geschichte“.¹²⁰ Großbanken bestellen Historiker, die ihnen von der NS-Vergangenheit entsorgte Festschriften zu Jubiläen erarbeiten. Die Bundesregierung entschließt sich, ein großangelegtes „Haus der Geschichte der Bundesrepublik“ in Bonn zu stiften und schenkt nicht-zustän-

Bl. 18

digkeitshalber Westberlin ein „Deutsches historisches Museum“.¹²¹ Kommunisten, Sozialdemokraten, Grüne, Anhänger der Friedensbewegung und andere demokratische Kräfte befürchten, daß hier öffentlichkeitswirksam neokonservative Geschichtskonzepte dargestellt werden sollen und führen deshalb eine intensive Auseinandersetzung um die demokratische Inhaltsbestimmung dieser Geschichtshäuser. Anregungen für diese Museumsprojekte erhielt Bundeskanzler Kohl, der sie persönlich nachdrücklich fördert, von seinem Berater Michael Stürmer. Dieser Erlanger Geschichtsprofessor bringt die politische Funktion konservativer Geschichtsschreibung auf den Punkt. Deshalb ein etwas längeres Zitat aus Heft 20/21/1986 des „Parlament“:¹²²

„Und unter den Gespenstern der Vergangenheit wird man neuerdings auch den Antifaschismus wieder gewahr; die Legende vom edlen Willen der Kommunisten, vom Versagen der deutschen Sozialdemokraten, vom Segen der Volksfront und von der pax-sovietica. Daß der Partei Schumachers¹²³ unlängst, es war der 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation, der Kampf gegen die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus in der Bundesrepublik als politische Hauptaufgabe von ihnen Vordenkern zugewiesen wurde, kann nicht auf Unkenntnis der historischen Verhältnisse beruhen, sondern verrät verborgene Gedanken über die Zukunft.

¹¹⁹ Zu den Äußerungen Kohls über Gorbatschow vgl. Henning Köhler, Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biographie, Köln 2014, S. 551 f. Vermutlich spielte Villain auf eine Wahlkampfrede Kohls von Anfang 1987 an, in der der Bundeskanzler davon sprach, dass in der DDR politische Gefangene in „Gefängnissen und Konzentrationslagern“ interniert seien; vgl. Heinrich Potthoff, Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 461.

¹²⁰ Vgl. Klaus Hildebrand (Hrsg.), Symposium – Wem gehört die deutsche Geschichte? Deutschlands Weg vom alten Europa in die europäische Moderne, Berlin 1986.

¹²¹ Dieses Museum war ursprünglich (1982) eine Initiative des Berliner Senats und wurde ab 1983 auch von Kohl unterstützt; vgl. Christoph Stözl (Hrsg.), Deutsches Historisches Museum. Ideen – Kontroversen – Perspektiven, Frankfurt a. M. 1988.

¹²² Das Parlament vom 17./24.5.1986: „Suche nach der verlorenen Erinnerung. Es geht um innere Kontinuität und außenpolitische Berechenbarkeit“.

¹²³ Kurt Schumacher (1895–1952), 1946–1952 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wie auch immer: beim Betrachten der Deutschen vis-à-vis ihrer Geschichte stellt sich unseren Nachbarn die Frage, wohin das alles treibt. Die Bundesrepublik wird erwachsen, sie hat weltpolitische und weltwirtschaftliche Verantwortung, auch wenn man ungern an den Preis erinnert wird. Die zweite deutsche Republik ist Mittelstück im europäischen Verteidigungsbogen des atlantischen Systems, das war 1945/55 Voraussetzung und bleibt bis heute Bedingung ihrer Existenz.“

Die Furcht dieses Kanzler-Beraters vor einem schwindenden Antikommunismus in der SPD, nicht zu reden von einer Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, vor der Benennung der wirklichen Ursachen des Faschismus sowie vor einer antifaschistischen Beruflungsgrundlage demokratischer Kräfte in der Bundesrepublik verrät die verborgenen Ängste der hinter ihm stehenden Klassenkräfte und der von ihm beratenen Politiker.

Hier sei daran erinnert, daß Stürmer die, vorsichtig formuliert, unhöfliche Rede, die Bundeskanzler Kohl beim Empfang für unseren Generalsekretär in der Godesberger Redoute¹²⁴ gehalten hat, geschrieben haben soll.

Bl. 19

Um die Verknüpfung von rechtskonservativer Wissenschaft und praktizierter konservativer Politik plastischer zu machen hier noch einige Belege:

Bundeskanzler Kohl sprach völlig deplatziert von der „Gnade der späten Geburt“,¹²⁵ um damit die Nichtverantwortung für und das Nichtgebundensein an die Folgen des deutschen Faschismus auszudrücken.

Alfred Dregger sagte zum Volkstrauertag 1986,¹²⁶ daß die Toten

¹²⁴ Stürmer war seit Anfang der 1980er Jahre politischer Berater Helmut Kohls und wirkte auch in dessen Redenschreiberteam mit; allerdings wurde rekonstruiert, dass an der Redoute-Rede am Abend des 7.9.1987, deren Inhalt Kohl maßgeblich selbst bestimmt und mit der entsprechenden Schärfe versehen hatte, Klaus Hildebrand und Hans-Peter Schwarz mitgewirkt hatten; vgl. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998, S. 351–357. Die Rede ist abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 83 vom 10.9.1987, S. 705–707.

¹²⁵ In einer Rede vor der Knesset am 25.1.1984; vgl. dazu im Detail. Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3., überarbeitete und erweiterte Aufl., Bielefeld 2015, S. 247 f.

¹²⁶ Als CDU/CSU-Bundestagsfraktionschef in einer Rede in der Bonner Beethovenhalle am 16.11.1986; vgl. Der Spiegel vom 24.11.1986: „Vergebung gewährt“. Alfred Dregger (1920–2002), Politiker (CDU), 1982–1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

fordern, sich miteinander und „mit unserer Geschichte und dem Schicksal unserer Nation zu versöhnen“.

Wer sich für den Kampf der faschistischen Wehrmacht bis zuletzt entschied, habe für seine Person, so Dregger, eine ehrenhafte Wahl getroffen. „Das gilt insbesondere für die Soldaten des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine, die in den letzten Monaten des Krieges die Flucht von Millionen Ostdeutscher [sic!] vor der Roten Armee zu decken hatten“. Hier wird die enge, bis in Formulierungsdetails gehende Übereinstimmung zwischen dem Politiker Dregger und dem Historiker Hillgruber deutlich.

Und schließlich Franz-Josef [sic!] Strauß¹²⁷: „Wir müssen endlich her austreten aus dem Schatten des Dritten Reiches... Europa braucht das verantwortungsvolle und verständliche Nationalbewußtsein der Deutschen. Wir brauchen ... über alle Parteigrenzen hinweg den Konsensus über die deutsche Geschichte und ... über die deutsche Zukunft. Wir brauchen wieder eine selbstbewußte nationale Identität... Wer vorher, während oder danach zu Hitler nein gesagt hat, der muß auch mit gleicher Entschiedenheit nein sagen zum Kommunismus, weil er dieselbe kollektivistische unfreiheitliche und gewaltsame Geisteshaltung vertritt.“ (Entscheidung für Deutschland, Bayern-Kurier [sic!], vom 17.1.1987) Hier wird der Argumentationsstil des Westberliner Geschichtsrevisionsisten Nolte fast wörtlich übernommen. Festzuhalten bleibt, daß rechtskonservative Historiker und konservative Politiker der BRD ausgerechnet vom Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik, [Richard R.] Burt, aufgefordert werden, sich

Bl. 20

von den Bindungen der hitlerfaschistischen Vergangenheit zu lösen. Mit diesen Zitaten und Verweisen ist deutlich belegt, von wem die Politiker ihre Schlagwörter beziehen und in wessen Auftrag rechtskonservative Historiker arbeiten. Einen Zusammenhang, der auch durch operativ gewonnene Erkenntnisse untersetzt werden kann.

5. In diesem Streit werden mögliche Linien künftiger Außenpolitik vorweggenommen, legitimiert und für die Beeinflussung breiter Bevölkerungsschichten aufbereitet. Deutlich wird dies in der Person des einflußreichen Kölner¹²⁸ Politikwissenschaftlers Hans-Peter Schwarz. Schwarz ist Mitglied der Sachverständigenkommission für

¹²⁷ Franz Josef Strauß (1915–1988), 1961–1988 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union.

¹²⁸ Hans-Peter Schwarz (1934–2017), 1973–1986 Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, 1987–1999 Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn.

das geplante „Deutsche historische Museum“, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates für das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik“ in Bonn, arbeitet in der Arbeitsgruppe „Offene deutsche Frage“ mit und ist der führende Adenauer-Biograf. Er hat 1985 ein Buch mit dem Titel „Die gezähmten Deutschen“¹²⁹ veröffentlicht. Daraus einige Zitate:

Schwarz charakterisiert die Sowjetunion als „den gefährlichsten Feind der Freiheit in Europa“ (S. 128). Sie habe „ihr ganzes Potential darauf abgestellt, die Sicherheitslage der liberalen Demokratien zu verschlechtern und deren Bewegungsspielraum einzuschränken.“ (S. 128) Die Bundesrepublik sei zu einer „regionalen Großmacht“ neben Frankreich und Großbritannien in Europa sowie China, Japan und Indien in Asien gewachsen. Dies und die Behauptung einer spezifischen deutschen Bedrohung durch den „Feind, der sich in Sachsen, Thüringen, in Mecklenburg und in der Mark Brandenburg breit macht, wo er nichts verloren hat und 18 Millionen Deutsche unterdrückt“ (S. 30), müsse die Bundesrepublik zur Selbstbehauptung aus dem „Bewußtseinszustand der Machtvergessenheit“ (S. 12) befreien und stattdessen „verantwortliche Machtpolitik“ (S. 13) betreiben lassen.

Schwarz wendet sich gegen „unüberlegte Selbstfesselung durch einseitigen Verzicht auf Entwicklung und Anwendung verfügbarer Machtmittel“. Es gehört nicht viel Fantasie dazu, was mit diesen Machtmitteln alles gemeint sein kann und gegen welche internatio-

Bl. 21

nenen Abrüstungsmaßnahmen diese Forderung gerichtet ist. Wir sind gut beraten, wenn wir diese markigen Sprüche eines der bekanntesten und einflußreichsten Politologen für die Bewertung praktischer Politik der Bundesregierung verinnerlichen.

6. Der Verlauf der Auseinandersetzung macht aber auch deutlich, daß die Möglichkeiten zur Revision des Geschichtsbildes, die, wie versucht wurde darzustellen, mit dem Erschließen politischer Handlungsspielräume im inneren [sic!] und in den internationalen Beziehungen einhergeht, begrenzt sind.

Der von der FAZ getragene Versuch, die ideologische Wendebereitschaft der westdeutschen Öffentlichkeit zu testen, ist auf einen entschiedenen Widerstand gestoßen. Differenzierungsprozesse in der BRD haben sich in einer so selten gesehenen Deutlichkeit dar-

¹²⁹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985.

gestellt. Der Stand ideologischen Meinungsstreites wird mehr als schlaglichtartig erhellt. Wer sich mit dem geistigen Zustand der BRD befassen will [sic!] ist gut beraten, diese verdichtete Diskussion eingehend zur Kenntnis zu nehmen. Die gesellschaftliche Gegenwehr gegen Historisierung des Faschismus, Beleidigung der Sowjetunion, Ausrichtung auf eine zu innerer Stabilität im Sinne monopolkapitalistischer Interessen und zu äußerer Aggressivität befähigenden Einheitsideologie zur deutschen Geschichte war breit und nicht ohne Resultate. Herbert Mies¹³⁰ konnte unter anderem mit Blick auf diesen Streit und seine Ergebnisse feststellen, daß die innere, geistige Wende in der BRD nicht in dem Maße vollzogen werden konnte, wie dies von interessierter Seite ursprünglich beabsichtigt war. Angefangen von der Hamburger „Zeit“, die sich zum Sprachrohr für die von liberalen Positionen ausgehende Kritik an den „Revisionisten“ gemacht hat, über die „Frankfurter Rundschau“ bis hin zu „Spiegel“ und „Stern“, der kommunistischen und der Presse der nichtmarxistischen Linken in der BRD hat sich eine breite publizistische Abwehrhaltung herausgebildet. Ihr haben sich zahlreiche Rundfunk- und Fernsehjournalisten angeschlossen.

Bl. 22

Unter den Historikern der BRD sind die Positionen dieser Revisionisten ebenfalls auf starken Widerstand gestoßen. Auch hier haben bürgerliche, sozialdemokratische, kommunistische und Historiker, die der nichtmarxistischen Linken zuzurechnen sind, von verschiedenen Positionen ausgehend diese Geschichtsklitterung aus macht- und interessenpolitischem Kalkül zurückgewiesen. Unter dem Strich hat die „Viererbande“¹³¹ von Historikern das genaue Gegenteil dessen, was sie anzielte, erreicht. Die Gräben sind aufgegraben, der je. Rechtskonservatismus á [sic!] la Nolte, Hillgruber, Hildebrand und Stürmer ist weder im Lager der Ideologieproduzenten, der Massenmedien noch in der Wählerschaft widerstandslos durchsetzbar.

Das haben Kohl und Strauß während der Bundestagswahlen im Januar 1987 deutlich zu spüren bekommen. Seit dem [sic!] wird zum partiellen Rückzug geblasen. Der schon zitierte Verbandspräsident der Historiker der BRD beklagte die Polarisierung, wollte den Streit

¹³⁰ Herbert Mies (1929–2017), 1973–1990 Vorsitzender der 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei.

¹³¹ Horst Möller zufolge hatte Elie Wiesel den Begriff Viererbande in die Debatte eingebracht; vgl. Klaus Große Kracht, Debatte: Der Historikerstreit, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.1.2010, Anm. 22; www.docupedia.de/zg/kracht_historikerstreit_v1_de_2010 [15.10.2019].

am liebsten Kraft Amtes für beendet erklären und forderte im Ergebnis eine Stärkung der politischen Mitte.

Doch die Auseinandersetzungen gehen weiter.

Sie haben sich zu einem Richtungsstreit über politische Zustände und Perspektiven der BRD entwickelt, indem [sic!] ein breites Lager für die Beibehaltung des erreichten demokratischen Selbstverständnisses und die Verarbeitung des Nationalsozialismus im Interesse der Beseitigung seiner Ursachen kämpft.

Ohne hier einer verkürzten Sicht auf die operative Bedeutung der unterschiedlichen Positionen im Historikerstreit das Wort reden zu wollen, ist es begründet davon auszugehen, daß sowohl für die Bewertung der möglichen politischen Entwicklungen in unserem Hauptoperationsgebiet als auch für die Schaffung neuer Positionen die Kenntnis solcher ideologischer Grundprozesse und der an ihnen beteiligten verschiedenen politischen Lager in ihrer Differenziertheit von Bedeutung ist. Wir meinen, daß aus der Beschäftigung mit diesem Problemkreis vielfältige Ansatzpunkte für die Schaffung von Gesprächskonzeptionen zu solchen Personen, die wir mit der Zielrichtung der Werbung auf der Basis der politisch-ideologischen

Bl. 23

Übereinstimmung kontaktieren, zu gewinnen sind.

Genauerer Wissen hierzu befähigt zur gezielten Abklärung politischer Einstellungen, Informationsbedürfnisse und -stände sowie zur Anbahnung eines ausbaufähigen Dialoges.

Zusammenfassend soll hier festgehalten werden, daß mit dem Historikerstreit

- die innere ideologische Situation der BRD erhellt wurde;
- es konservativen Kräften nicht gelungen ist, ihre Geschichtsfälschungen mehrheitsfähig zu machen;
- eine breitgefächerte gesellschaftliche Gegenreaktion politische Polarisierung verdeutlicht hat, die Nolte, Hillgruber, Stürmer, Hildebrand, Fest und Schwarz zu einer vorsichtigen Zurücknahme in einigen Positionen zwang
- und seinem vorläufigen Ausgang Kohl und andere Politiker aus dem Regierungslager nicht mehr so offen mit den Positionen der rechtskonservativen Vordenker Politik machen können.

Ohne Zweifel ist, daß die friedenspolitische Offensive der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze und der Anteil unseres Landes am Zustandekommen der Dialogpolitik mit der BRD ihren Anteil haben.

Aber es ist auch künftig davon auszugehen, daß die Kräfte, die den Historikerstreit provozierten, ihre ideologischen Positionen und ihre politischen Ziele nicht aufgegeben haben.

Das machte am 5. Januar 1988 der SFB mit einer Sendung zu diesem Thema deutlich.

Dort wurde, so als sei nichts geschehen, Nolte für sein Bemühen gewürdigt, Hitler verstehbar zu machen. Nolte habe mit seinem Buch „Der europäische Bürgerkrieg“¹³² einen faszinierenden Beitrag zur „Schreckbildfunktion des Bolschewismus“ geleistet.

Bl. 24

Dazu ist am Ende des Vortrages nur festzustellen, daß es unsere ur-eigenste Aufgabe bleibt, daß diese Art Deutsche auch künftighin gezähmt bleiben.

¹³² Vgl. Ernst Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalismus und Bolschewismus*, Berlin 1987.

Jeder spricht von Globalisierung – doch was versteht man in den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen darunter und was können Historikerinnen und Historiker aus den Debatten und Diskursen über diesen Zentralbegriff zur Beschreibung der jüngsten Zeitgeschichte lernen? Wolfgang Knöbl untersucht im zweiten Teil des „VfZ-Schwerpunkts“ zum Thema Globalisierung Entstehungsbedingungen und Funktion der Globalisierungsdebatte vor dem Hintergrund der Sehnsucht nach umfassenden theoretischen Erklärungsmodellen wie der Modernisierungstheorie oder marxistisch inspirierten Weltsystemtheorien, die zunehmend obsolet geworden sind. Die Bezüge und Einsichten des Hamburger Soziologen werfen ein Schlaglicht auf die Suche nach der großen Theorie im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert.

Wolfgang Knöbl

After Modernization

Der Globalisierungsbegriff als Platzhalter und Rettungsanker der Sozialwissenschaften

I. Einleitung

Globalisierung ist in den Sozialwissenschaften spätestens seit den 1990er Jahren zu dem zentralen zeitdiagnostischen Begriff aufgestiegen, mit dem sich die wichtigsten gegenwärtigen Phänomene vermeintlich auf den Punkt bringen lassen. Diese Erfolgsgeschichte des Begriffs und das Ausufern der sich um diesen Begriff rankenden Debatte verdanken sich nicht zuletzt dem Glauben, dass man mit ihm sowohl positiv wie auch negativ konnotierte Erscheinungen der Gegenwart präzise fassen könne, wie dies Schriften von restlos begeisterten Globalisierungsbefürwortern beziehungsweise von hochgradig pessimistisch gestimmten Globalisierungskritikern eindrucksvoll dokumentieren. Eine derartige normative Aufladung sozialwissenschaftlicher Termini ist freilich alles andere als außergewöhnlich oder gar neu, sind diese doch häufig ohnehin – wie das der britische Philosoph W. B. Gallie genannt hat – „essentially contested concepts“.¹ Aber selbstverständlich ging es in der Globalisierungsdebatte um mehr als nur um normative Aspekte; ausgelotet wurde nach und nach das analytische Potenzial des Begriffs, sodass Fragen nach den Dimensionen der Globalisierung ebenso zum Thema wurden wie solche nach ihren historischen Phasen.² Insofern ist die Geschichte des Globali-

¹ Für kritische Kommentare und Hinweise danke ich Jan Eckel sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Tübinger Workshops „Was erklärt die Globalisierung?“, 13./14.11.2017. Vgl. W. B. Gallie, *Essentially Contested Concepts*, in: *Proceedings of the Aristotelian Society* 56 (1956), S. 167–198.

² Hier standen natürlich auch Historiker mit ihren Schriften im Zentrum der Debatte; vgl. Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, 6., aktualisierte Aufl., München 2019.

sierungsbegriffs nicht anders zu bewerten als diejenige schon älterer „essentially contested concepts“ wie etwa Demokratie oder Kunst (dies waren Gallies Beispiele), die alle eine komplizierte Vergangenheit haben.

Dennoch wird man im Rückblick konstatieren können, dass der schnelle Aufstieg des Begriffs Globalisierung deshalb überraschend war, weil er gerade zu der Zeit erfolgte, als andere und auf den ersten Blick ähnlich konstruierte makrosoziologische Prozessbegriffe zunehmend Kritik auf sich zogen, nicht zuletzt mit dem Argument, dass sie – siehe etwa Säkularisierung – allzu viele Phänomene unter einen Hut zu bringen versuchten und damit Gefahr liefen, die Realität zu simplifizieren oder gar völlig zu verzeichnen.³ Vor allem in jüngster Zeit ist dann aber auch zunehmend die kritisch gemeinte Frage gestellt worden, was eigentlich genau das Prozesshafte an jenen Prozessbegriffen wie Rationalisierung, Säkularisierung, Individualisierung, Bürokratisierung et cetera sein soll, mit denen Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, aber nicht zuletzt auch Historikerinnen und Historiker so gerne arbeiten. Zufriedenstellend beantwortet wurde diese Frage allzu selten, und so verwundert es nicht, dass auch bei der Rede von Globalisierung bislang kaum je geklärt wurde (oder geklärt werden konnte), ob man es hier beispielsweise mit einem eigendynamischen, sich selbst immer wieder vorantreibenden und verstärkenden Prozess zu tun hat oder doch nur mit einem von Beobachtenden konstruierten, aus höchst unterschiedlichen Kausalsträngen sich speisenden Trend. Ja mehr noch: All diejenigen, die auf den Globalisierungsbegriff setzten, schienen die an andere Prozessbegriffe gestellte kritische Anfrage kaum je ernsthaft auf ihren eigenen Begriff beziehen zu wollen. Aber belanglos ist eine solche Frage eben schon deshalb nicht, weil man je nach Antwort dann mit Blick auf die Robustheit des globalen sozialen Wandels, auf seine Linearität und Tiefe et cetera wiederum sehr unterschiedliche Prognosen abgeben dürfte⁴ – und dementsprechend dann sehr disparate Zeitdiagnosen formulieren würde.

Die theoretischen und methodischen Probleme, die sich bei der Verwendung großflächiger Prozessbegriffe – und dazu zählt eben auch jener der Globalisierung – ergeben haben, sind also durchaus nicht gering und harren nach wie vor einer Lösung. Aber nicht dieser Komplex soll im Mittelpunkt des vorliegenden Aufsatzes stehen, sondern vielmehr die Frage, was es in theoretischer Hinsicht bedeutet, wenn sich sozialwissenschaftliche Disziplinen so massiv die Rede von der Globalisierung zu eigen machen, wie dies eben in jüngster Zeit geschehen ist.

³ Vgl. José Casanova, *Public Religions in the Modern World*, Chicago/London 1995; Talal Asad, *Formations of the Secular. Christianity, Islam, Modernity*, Stanford 2003; Peter van der Veer, *Imperial Encounters. Religion and Modernity in India and Britain*, Princeton/Oxford 2001, und ders., *The Modern Spirit of Asia. The Spiritual and the Secular in China and India*, Princeton/Oxford 2014.

⁴ Vgl. José Maurício Domingues, *Global Modernity. Levels of Analysis and Conceptual Strategies*, in: *Social Science Information* 53 (2014), S. 180–196, und Hans Joas, *Gefährliche Prozessbegriffe. Eine Warnung vor der Rede von Differenzierung, Rationalisierung und Modernisierung*, in: Karl Gabriel/Christel Gärtner/Detlef Pollack (Hrsg.), *Umstrittene Säkularisierung. Soziologische und historische Analysen zur Differenzierung von Religion und Politik*, Berlin 2012, S. 603–622.

Bekanntermaßen ist der Globalisierungsbegriff in den Sozialwissenschaften derart in den Vordergrund gerückt, dass sich ohne ihn Aussagen über die gegenwärtige Welt vermeintlich nicht mehr treffen lassen. Kaum eine kleinteilige empirische Analyse kommt noch ohne Verweis auf globale Zusammenhänge und Verflechtungen aus – und das gilt natürlich sehr viel mehr für ambitionierte gegenwartsdiagnostische Narrative, die irgendwie eine globale oder sich globalisierende Welt unterstellen. Nun ist der Verweis auf globale Verhältnisse an sich kein Problem – er mag für die jeweilige Analyse angemessen sein oder auch nicht, ganz abgesehen von der Frage, wie global die Rede von Globalität tatsächlich gemeint ist.⁵ Vergessen werden sollte freilich nicht – und dies ist die im Folgenden zu verteidigende These –, dass mit der Globalisierungssemantik erhebliche Veränderungen im Selbstverständnis der Sozialwissenschaften einhergingen, die fast automatisch auch die Sichtweisen auf das Soziale und seinen Wandel dramatisch veränderten. Dies ist bislang noch viel zu wenig reflektiert worden, tritt aber besonders dann zutage, wenn man die derzeitige Situation mit der Debattenlage im Kontext früherer Leitbegriffe der sozialwissenschaftlichen Analyse und Diagnose – wie etwa demjenigen der Modernisierung – vergleicht. Dies soll dann auch im Folgenden geschehen, wobei für einen solchen Vergleich zunächst kurz, aber in systematischer Absicht einige Schlaglichter auf die frühe Globalisierungsdebatte zu werfen sind, bevor dann nach den empirischen wie theoretischen Gründen für den raschen Aufstieg des Globalisierungsdiskurses gefragt wird und danach, welche theoretischen Konsequenzen die Umstellung der Rede von der Modernisierung auf diejenige von der Globalisierung mit sich brachte. Abschließend gilt es, nochmals die Frage anzureißen, welche Theorieperspektive der Begriff der Globalisierung eigentlich nahelegt und was aus dem möglichen Auslaufen der Globalisierungsdebatte folgen könnte. Betont sei, dass all dies natürlich nur sehr holzschnittartig und mit dem Mut zur Vereinfachung erfolgen kann, weil die in den einzelnen sozialwissenschaftlichen Fächern durchaus unterschiedlichen Debatten um Globalisierung mittlerweile zu verzweigt sind, als dass sie noch von einem Einzelnen vollständig zu überblicken wären.

II. Theoretische Schlaglichter auf die Zeit vor der eigentlichen Globalisierungsdebatte

Wie Olaf Bach und Quinn Slobodian jüngst gezeigt haben, sind Geschichte und Vorgeschichte des Globalisierungsbegriffs doch schon recht lang. Bereits im 19. Jahrhundert wurde vielfach von globalen Phänomenen gesprochen, selbst wenn diesbezüglich noch kein klar ausformulierter Prozessbegriff zu sehen war. Spätestens in den 1920er Jahren postulierten dann insbesondere einige Ökonomen im Rahmen der Debatten um *Business Cycles* weltumspannende wirtschaftliche Inter-

⁵ Vgl. Frederick Cooper, *Colonialism in Question. Theory, Knowledge, History*, Berkeley/Los Angeles/London 2005, S. 91–105.

dependenzen.⁶ Die Rede von Globalisierung oder zumindest die dahinter stehende Idee waren somit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr völlig neu, was auch für die Felder der Politik und des Völkerrechts gilt, in denen zunehmend universalistisch begründete, also auf die gesamte Menschheit bezogene politische Forderungen und Erwartungen artikuliert wurden.⁷ Wie Bach aber auch herausgearbeitet hat, begann eine systematische Globalisierungsdebatte erst in den 1980er Jahren (hier vor allem im Kontext der Managementliteratur) und dann insbesondere in den frühen 1990er Jahren, als so prominente Autoren wie der britische Soziologe Anthony Giddens den Begriff Globalisierung ins Zentrum sozialwissenschaftlicher und -theoretischer Analysen rückten.⁸ Im Folgenden sollen zwei Texte aus der Frühphase der Globalisierungsdebatte analysiert werden, wobei es nicht darum geht, die Historisierung des Globalisierungsbegriffs noch weiter voranzutreiben. Vielmehr sind an diesen Texten schlaglichtartig einige theoretische Aspekte herauszuarbeiten, die in der späteren Debatte immer wieder auftauchen sollten und durch die sich auch eine etwas andere oder zumindest stärker konturierte Perspektive als diejenige von Bach gewinnen lässt, der genau diese Texte ebenfalls diskutierte.⁹

Es ist, wie von Bach vermerkt, in der Tat so, dass die Wirtschaftswissenschaften und die Managementliteratur für den Beginn der Rede von der Globalisierung eine wichtige Rolle gespielt haben.¹⁰ Einer der in diesem Zusammenhang meist zitierten Texte ist Theodore Levitts „The Globalization of Markets“, ein Aufsatz aus der *Harvard Business Review* von 1983,¹¹ in dem Levitt das vorexerzierte, was im zumeist überoptimistischen Globalisierungsdiskurs der 1990er und 2000er Jahre auch getan werden sollte. Levitt (1925–2006) schrieb, wie der Titel schon ausweist, über die Globalisierung von Märkten – und in der Tat ausschließlich darüber. Ausgehend von der Beobachtung, dass in einzelnen Produktbereichen Nachfrageklücken existierten, die Unternehmen nur dann schließen könnten, wenn sie den nationalen Rahmen verließen und global agierten, trieb er seine Argumentation unter rein ökonomischen Gesichtspunkten voran. Globalisierung heißt Le-

⁶ Vgl. Olaf Bach, *Die Erfindung der Globalisierung. Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs*, Frankfurt a. M./New York 2013, S. 10; ders., Ein Ende der Geschichte? Entstehung, Strukturveränderungen und die Temporalität der Globalisierungssemantik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: *VfZ* 68 (2020), S. 128–154, und Quinn Slobodian, *Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge 2018, S. 29–31.

⁷ Vgl. Bach, *Erfindung*, S. 92 f.

⁸ Vgl. ebenda, S. 167–169, und Petra Gödde, *Globale Kulturen*, in: Akira Iriye (Hrsg.), *Geschichte der Welt*, Bd. 6: 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 535–669, hier S. 537.

⁹ Vgl. Bach, *Erfindung*, S. 100–102 und S. 150–152.

¹⁰ Nicht berücksichtigt wird hier im Folgenden die These Slobodians, *Globalists*, wonach der Globalisierungsdiskurs – oder genauer: die Rede von der einen weltumspannenden Ökonomie – in den Wirtschaftswissenschaften von einigen der Stichwortgeber des Neoliberalismus aus dezidiert politischen Gründen vorangetrieben wurde, und zwar zum Schutz der Wirtschaft vor der nationalstaatlich verfassten Demokratie.

¹¹ Vgl. Theodore Levitt, *The Globalization of Markets*, in: *Harvard Business Review* 61 (1983), S. 92–102.

vitt zufolge, dass sich die globalen (und nicht mehr die multinationalen) Unternehmen auf die Herstellung standardisierter Konsumprodukte (die überall in gleicher Weise konsumiert werden) einzustellen und dabei die Kostenvorteile einer *Economy of Scale* zu nutzen hätten. Levitt nahm also an, dass sich die Preise (und Qualitätsanforderungen) für diese wenigen Standardprodukte angleichen würden im Sinne einer Konvergenz der zunächst noch nationalen Märkte und einer letztendlich auftretenden Homogenisierung der Welt. In Levitts Artikel taucht dann auch schon in ganz ähnlicher Formulierung der spätere berühmte Buchtitel von Thomas L. Friedman auf – „The World is Flat“ – was eben genau diesen zu erwartenden Homogenisierungsprozess umschreiben sollte.¹² All dies ist intellektuell einigermaßen anspruchslos; aus heutiger Sicht besonders bemerkenswert ist allenfalls die von Levitt zur Schau gestellte Gewissheit, dass der kommerzielle Nationalismus sich im Todeskampf befinde und dem Kosmopolitismus (und dem Freihandel) die Zukunft gehöre, weil sich die eine Moderne beziehungsweise eine einzige moderne Kultur durchsetzen werde, die eben vor allem marktgetrieben sei.

Will man Levitts Ausführungen aus den frühen 1980er Jahren einordnen, so lässt sich sehr schnell feststellen, dass sich gegenüber dem, was man zwischen den 1950er und 1970er Jahren als Modernisierungstheorie bezeichnet hat, nicht viel verändert worden ist. Oder besser formuliert: Eigentlich lieferte Levitt in den frühen 1980er Jahren nichts anderes als eine vollkommen trivialisierte, nämlich ökonomistisch interpretierte und dabei Nationalstaatsgrenzen ignorierende Modernisierungstheorie (das Wort Moderne taucht ja auch explizit auf), der gegenüber die in den 1950er und 1960er Jahren schreibenden Vertreter der klassischen Modernisierungstheorie wie Daniel Lerner oder Gabriel Almond als Verfechter höchster theoretischer Komplexität erscheinen. Derartige ökonomistische Globalisierungsanalysen hat es seit dem Erscheinen von Levitts Artikel dann zuhauf gegeben, interessant waren sie selten, sodass man vielleicht fragen sollte, ob sie überhaupt ernsthaft einer sozialwissenschaftlich relevanten Globalisierungsdebatte zuzurechnen sind.

Sehr viel spannender wird die Sache, wenn man sich einen deutlich älteren Text ansieht, von dem sich in der Tat behaupten lässt, dass man daraus für die spätere Geschichte des Globalisierungsdiskurses in theoretischer Hinsicht sehr viel mehr lernen kann. Gemeint ist ein Artikel des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers George Modelski, der 1968 unter dem Titel „Communism and the Globalization of Politics“¹³ erschienen ist. Die Themen, die der 2014 verstorbene Modelski in diesem Aufsatz anschnitt, sind natürlich aus heutiger Sicht und nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus nicht mehr sonderlich relevant. Bemerkenswert ist aber allemal die Art und Weise, wie Modelski in der

¹² Bei Levitt heißt es freilich „The earth is flat“; ebenda, S. 100. Vgl. Thomas L. Friedman, *The World is Flat. A Brief History of the Twenty-First Century*, aktualisierte und erweiterte Aufl., New York 2006.

¹³ Vgl. George Modelski, *Communism and the Globalization of Politics*, in: *International Studies Quarterly* 12 (1968), S. 380–393.

Zeit des Kalten Kriegs seine Argumentation vorantrieb, weil man darüber zu verstehen beginnt, wie der Globalisierungsdiskurs überhaupt funktionieren und warum er so einflussreich werden konnte.

Modelski, in den 1970er und 1980er Jahren einer der wichtigsten Vertreter einer Theorie der langen Wellen in der Politik und der Ökonomie,¹⁴ stand in diesem Aufsatz vor folgendem Problem: Das Staatensystem war ihm zufolge einigermaßen statisch, es gab ein paar Dutzend kommunistische Staaten, die relativ stabil waren und deren Herrscher auch in der nahen Zukunft an der Macht bleiben dürften. Der sozialwissenschaftlichen Analyse bereitete dies zunächst keine Schwierigkeiten. Gleichwohl aber sah Modelski, dass auch außerhalb kommunistisch regierter Länder starke kommunistische Parteien existierten, dass auch diese Politik machten, einerseits angeleitet und gelenkt von China oder der Sowjetunion, andererseits aber mit gewissen nationalen Eigenständigkeiten. Wenn man dies berücksichtige, dann – so Modelski – liege der Schluss nahe, dass man nicht mehr wie selbstverständlich den Nationalstaat oder den jeweiligen Machtblock (den Ostblock oder den „Westen“) zum Ausgangspunkt der Analyse von Weltpolitik erklären könne.¹⁵

Auf genau diese Einsicht baute nun Modelski seine theoretischen Reflexionen auf, er sprach – zunächst mit Blick auf das weltweite Agieren von kommunistischen Parteien – einerseits von einer „Globalisierung“ der Politik, andererseits aber von einer „Weltgesellschaft“,¹⁶ womit er im Prinzip bedeutungsgleich zwei Begriffe verwendete, die später aus mehreren Gründen einem sehr unterschiedlichen theoretischen Diskursuniversum angehören sollten. Modelski ging davon aus, dass es ein Netzwerk von Institutionen und Organisationen (und nicht nur von solchen kommunistischer Prägung) gebe, das weltweit agiere, wobei er in funktionalistischer Diktion Weltprobleme ansprach, die einer globalen Governance-Struktur bedürften. „An dieser Stelle müssen wir auf den zentralen Punkt aufmerksam machen, dass Nationalstaaten oder auch nur bestimmte Nationalstaaten wie etwa Großmächte nicht die besten, ja nicht einmal adäquate Instrumente sind, um Probleme der Weltordnung und der Weltpolitik anzugehen.“¹⁷ Auch dies, so Modelskis Schluss, verweise wieder darauf, dass man besser von Globalisierung und einem globalen System sprechen solle und nicht wie bisher von einem internationalen. Eine solche globalisierte Politik (übrigens auch globalisierte Parteipolitik) könne das Telos der weiteren Entwicklung sein.¹⁸ Damit beschrieb er genau das, was er andernorts und einige Jahre später¹⁹ auch mit Blick auf ökonomische Prozesse konstruierte: Die Welt der Nationalstaaten werde nicht nur durch politische Organisationen unterlaufen, auch in ökonomischer Hin-

¹⁴ Vgl. George Modelski, *Long Cycles in World Politics*, Houndmills/London 1987.

¹⁵ Vgl. ders., *Communism*, S. 388.

¹⁶ Ebenda, S. 389. Übersetzung des Zitats von Wolfgang Knöbl. Wenn nicht anders gekennzeichnet, dann stammen Zitatübersetzungen immer aus seiner Feder.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 390.

¹⁹ Vgl. George Modelski, *Multinational Business. A Global Perspective*, in: *International Studies Quarterly* 16 (1972), S. 407–432.

sicht werde der Nationalstaat durch die „corporate giants“ abgelöst, die von global agierenden Gewerkschaften begleitet würden. Die Welt bewege sich also in verschiedenen Dimensionen hin auf einen Zustand der Globalität.

Wie schon angedeutet sind Modelskis Analysen nicht aufgrund ihres empirischen Gehalts und ihrer Prognosefähigkeit heute noch interessant. Aufschlussreich sind vielmehr die theoretischen Operationen, die er vornahm und an deren Eigenheiten zu erinnern ist, weil sie Hinweise geben auf Spezifika und Merkwürdigkeiten des späteren Globalisierungsdiskurses.

Erstens: Modelski postulierte einen Systemzusammenhang, der über die Grenzen des Nationalstaats hinausgeht, der also größer ist als dieser. Bekanntlich hatte im Gegensatz dazu die Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er Jahre fast ausschließlich einzelne Nationalstaaten analysiert. Dabei kam mit der Annahme der Systemhaftigkeit eben jenes Nationalstaats zumeist ein strukturfunktionalistisches Interpretationsmuster zum Einsatz, das stets die Frage aufwarf, wie sich in diesem staatlichen Container die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Prozesse wechselseitig verstärken, sodass es irgendwann zu einer positiven, das heißt zu einer dem westlichen Institutionenmodell folgenden wirtschaftlichen und politisch-nationalstaatlichen Entwicklung führe.²⁰ Diese von vornherein endogene Betrachtungsweise ist natürlich schon frühzeitig von *Dependencia*-Theoretikern²¹ kritisiert worden, die auf größere, vor allem weltwirtschaftliche Zusammenhänge und Ungleichheitsstrukturen aufmerksam machten. Sie kritisierten, dass es zu fatalen Fehlschlüssen komme, wenn man bei der Analyse von sogenannten Entwicklungs- oder Modernisierungsprozessen die Weltmarktbedingungen, die von den nicht-westlichen Ländern frag- und einflusslos zu akzeptieren seien, unberücksichtigt lasse. Ja, mehr noch: Was aus Sicht der Modernisierungstheoretiker als fehlende oder ausbleibende Entwicklung begriffen werde, sei in Wahrheit ein fortschreitender Prozess der Unterentwicklung, durch den die Länder der sogenannten Dritten Welt zunehmend in eine ausweglose ökonomische wie dann auch politische Lage gerieten.

Modelski schloss sich dieser methodischen Kritik ausschließlich endogen verfahrenender Analysen an und nahm dann (freilich mit einer ganz anderen politischen Orientierung) das vorweg, was der jüngst verstorbene Immanuel Wallerstein wenig später mit seiner These von der Existenz eines kapitalistischen Weltsystems machen sollte: Er verabschiedete den Nationalstaat als selbstverständlichen Ausgangspunkt sozialwissenschaftlicher Analyse durch die Verlagerung des Analysefokus auf die Weltebene.

Zweitens: Wie schon angedeutet, verwendete Modelski sowohl den Begriff Globalisierung als auch den Begriff Weltgesellschaft. Dies deutet darauf hin, dass ihm die alleinige Rede von Globalisierung zu Recht als wenig tragfähig oder gar trivial erschien, weil sich theoretisch interessante Aussagen eben nur dann ergeben,

²⁰ Vgl. Wolfgang Knöbl, Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit, Weilerswist 2001, S. 155–157.

²¹ Vgl. Fernando H. Cardoso/Enzo Faletto, Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a. M. 1976.

wenn man einen (globalen) Systemzusammenhang postuliert, in dem die ablaufenden Prozesse ihre spezifische Struktur finden. Denn die Behauptung, dass sich etwas geografisch ausbreitet oder dass lokale soziale Phänomene von geografisch entfernteren Phänomenen beeinflusst werden, ist nicht schon automatisch eine besonders erhellende oder überraschende sozialwissenschaftliche Aussage; deshalb Modelskis spezifischere Rede von der Existenz einer größeren interdependenten Einheit, eben der Weltgesellschaft. Zu postulieren, es gebe ein Weltsystem oder eine irgendwie systemisch integrierte Weltgesellschaft, ist freilich zunächst nicht vielmehr als eine ungedeckte Behauptung. Um ein altes Argument von Ernst Troeltsch aufzugreifen, das auch in der späteren, gegenüber Globalisierungstheorien kritischen Literatur zitiert wurde: Die Tatsache, dass zwei oder mehrere Entitäten miteinander verbunden sind, ist noch kein Beweis dafür, dass sie damit auch schon Unterentitäten einer größeren Einheit sind.²² Gleichwohl postulierte Modelski aber eine solche globale Systemeinheit unter Verweis auf einige wenige empirische Evidenzen. Zwingend ist das allerdings nicht. Ein solches Systempostulat ist also in erster Linie – um es zu wiederholen – rein theoretischen oder gar spekulativen Überlegungen geschuldet.

Drittens: Bei den stetigen Verweisen auf das Globale und die Weltgesellschaft schob Modelski auffallend oft empirische und funktionale Argumente ineinander, etwas, was auch noch die spätere Globalisierungsdebatte plagen sollte. Einerseits wird nämlich behauptet, es gebe einen weltweiten Systemzusammenhang, andererseits findet man aber auch das Argument, dass es ihn geben sollte, weil ansonsten die Weltprobleme nicht mehr lösbar seien, jedenfalls nicht mehr von Akteuren, die auf der Ebene des Nationalstaats handelten. Das als teleologisch-funktionalistisch zu bezeichnende Argument ist natürlich eines, das vor langer Zeit von Friedrich Hölderlin so auf den Punkt gebracht wurde: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“²³ Es gibt freilich kaum einen guten Grund – so der kritische Einwand –, warum man in der Sozialwissenschaft dem prophetisch-religiösen Sprachduktus eines Dichters nacheifern sollte, sodass man gut daran täte, derartige Argumentationsfiguren zu vermeiden.

Resümiert man all dies, dann wird deutlich, dass bereits ganz zu Beginn der theoretisch anspruchsvollen (politikwissenschaftlichen) Debatte um die Globalisierung, schon bevor sie überhaupt so recht begann, die zentralen Probleme auf dem Tisch lagen oder zumindest sichtbar waren, die dann später die gesamte kritische Auseinandersetzung mit Globalisierungstheorien begleiten sollten und die sich in folgende Fragen kleiden lassen: Wie ist das Verhältnis von Nationalstaat (beziehungsweise anderen regionalen Entitäten) und globale(re)n Zusammenhängen zu denken? Wie weit reicht die Globalisierung, und lässt sich mit Blick darauf gar eine Art Systemzusammenhang behaupten? Lässt sich das Ineinander-

²² Vgl. Michael Lang, *Globalization and Its History*, in: *The Journal of Modern History* 78 (2006), S. 899–931, hier S. 924.

²³ Friedrich Hölderlin, *Patmos. Dem Landgrafen von Homburg*, in: Ders., *Sämtliche Werke „Frankfurter Ausgabe“*, hrsg. von D. E. Sattler, Bd. 7: *Gesänge 1*, Frankfurt a. M./Basel 2000, S. 426–445, hier S. 426.

schieben von normativen und empirischen Argumenten überhaupt vermeiden? Dies leitet über zum nächsten Abschnitt, wobei zu fragen ist, was den so schnellen Aufstieg der Rede von der Globalisierung seit den 1980er Jahren verursacht hat.

III. Der Boden, auf dem die Globalisierungsdebatte wachsen konnte

Warum es überhaupt zu einem derart rasanten Aufstieg des Globalisierungsdiskurses kam, hing mit unterschiedlichen Entwicklungen zusammen, wobei im Folgenden ganz grob zwischen empirischen Ursachen und Hintergründen sowie solchen theoretischer Natur unterschieden wird.²⁴ Selbstverständlich veränderten sich seit den 1970er Jahren eine ganze Reihe von empirischen Indikatoren, auf die die Sozialwissenschaften reagieren mussten. Besonders relevant waren das Ende des Bretton-Woods-Systems mit dem daraufhin einsetzenden freien Flottieren der Wechselkurse und den neuen Möglichkeiten der internationalen Währungsspekulation, die geografische Verlängerung der Produktions- und Verwertungsketten, die Zunahme von ausländischen Direktinvestitionen und die beginnenden Deindustrialisierungsprozesse in Teilen Westeuropas und Nordamerikas.²⁵ Dazu kam 1979 die Revolution im Iran, da mit einer sehr fundamentalistisch interpretierten Religion das bislang geltende weltanschaulich-politische Ordnungsgefüge des Kalten Kriegs plötzlich massiv gestört wurde. Man könnte noch sehr viel mehr Punkte benennen, nicht zuletzt natürlich den Fall der Berliner Mauer, sollte es aber vielleicht dabei belassen, weil sich ideengeschichtliche Tendenzen im Allgemeinen und die Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften im Besonderen kaum je restlos auf außertheoretische oder reale Begebenheiten zurückführen lassen. Realhistorisch gab es jedenfalls eine ganze Reihe von Entwicklungen, die einen Wechsel des theoretischen Bestecks der Sozialwissenschaften nahezulegen schienen.

Die steile Karriere des Globalisierungsdiskurses hing natürlich auch damit zusammen, dass für einige die alten Makrotheorien der Sozialwissenschaften allmählich in Misskredit gerieten, für andere freilich schon längst in Misskredit geraten waren. Wenn man auf die Makrodebatten der 1970er Jahre blickt, dann schien es tatsächlich so zu sein, dass sich im Streit zwischen der irgendwie liberalen Modernisierungstheorie auf der einen Seite und den marxistischen Weltsystemtheorien auf der anderen allmählich die Waagschale zugunsten der letzteren neigte. Die Modernisierungstheorien hatten spätestens in den 1960er Jahren aus einer Reihe von Gründen an Plausibilität verloren, nicht zuletzt auch deshalb, weil es nie so recht gelungen war, einen generalisierbaren Kausalmechanismus für Entwicklung dingfest zu machen, was letztlich die große Hoffnung zerstörte,

²⁴ Zu einer etwas anderen Einschätzung und Gewichtung von Faktoren kam Jan Eckel, „Alles hängt mit allem zusammen.“ Zur Historisierung des Globalisierungsdiskurses der 1990er und 2000er Jahre, in: *Historische Zeitschrift* 307 (2018), S. 42–78.

²⁵ Vgl. Judith Stein, *Pivotal Decade. How the United States Traded Factories for Finance in the Seventies*, New Haven/London 2010; Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013, und Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019.

Entwicklungshilfepolitik auch theoretisch anleiten zu können.²⁶ Die meisten sogenannten Entwicklungsländer fielen in ökonomischer Hinsicht immer weiter gegenüber dem sogenannten Westen zurück, selbst wenn man nicht bestreiten mochte, dass es durchaus auch Erfolge gab. Worauf aber die Erfolge und Misserfolge beruhten, blieb in theoretischer Hinsicht eher unklar.

Dies war die Chance der marxistischen Weltsystemtheorie à la Immanuel Wallerstein (und zuvor schon der lateinamerikanischen Dependenztheorie), die tatsächlich in den 1970er Jahren mit ihrer Perspektive immer stärker durchzudringen schien.²⁷ Denn dieses Theoriegebäude lieferte zumindest einige Erklärungen, warum Entwicklung aufgrund von Ausbeutungsverhältnissen und Surplus-Transfers in vielen Teilen der Welt schlicht scheiterte und scheitern musste, sodass mit diesem spezifischen Marxismus tatsächlich eine theoretische Alternative vorlag, die versprach, die bis dato dominierende Modernisierungstheorie in theoretisch anspruchsvoller Weise ablösen zu können.²⁸ Zudem boten sich Dependenz- und Weltsystemtheorien auch aus normativen Gründen an, versprachen sie doch, dem den modernen Sozialwissenschaften tief eingeschriebenen westlichen Ethnozentrismus entgegenwirken zu können.

War die Modernisierungstheorie – vereinfacht gesprochen – in der Tat nicht viel mehr als ein Versuch des „Westens“, seinen Aufstieg mit Verweis auf endemische Rationalitätspotenziale zu rechtfertigen und zu feiern, so machten die Weltsystemtheoretiker um Wallerstein im Unterschied dazu darauf aufmerksam, dass jener Aufstieg nicht zuletzt einer war, der mittels kolonialer Ausbeutungsverhältnisse erfolgt und mitnichten schon aufgrund bestimmter kultureller Präparierungen angelegt war. Die postulierte Differenzierung zwischen Zentrum, Semiperipherie und Peripherie war Wallerstein zufolge eine historisch gewachsene, die nicht zuletzt auch auf gewaltsamen Surplus-Transfers basierte, auf ungleichem Tausch, auch wenn sich die darüber schreibenden Theoretiker nur selten einig

²⁶ Vgl. Knöbl, Spielräume; Michael E. Latham, *Modernization as Ideology. American Social Science and „Nation Building“ in the Kennedy Era*, Chapel Hill/London 2000; Nick Cullather, *The Hungry World. America's Cold War Battle against Poverty in Asia*, Cambridge/London 2010, und David Ekbladh, *The Great American Mission. Modernization and the Construction of an American World Order*, Princeton/Oxford 2010. Mit detailliertem Blick auf Indien vgl. auch Corinna R. Unger, *Entwicklungspfade in Indien. Eine internationale Geschichte 1947–1980*, Göttingen 2015.

²⁷ Vgl. Immanuel Wallerstein, *Modernization. Requiescat in Pace*, in: *The Capitalist World-Economy. Essays by Immanuel Wallerstein*, Cambridge u. a. 1983, S. 132–136.

²⁸ Vgl. etwa die ab 1974 publizierten vier Bände von Immanuel Wallerstein, *The Modern World-System*, New York u. a. Einen konzisen Überblick über Wallersteins theoretische Argumentation findet man in: Ders., *Der historische Kapitalismus*, Hamburg 1984. Zu einer leicht greifbaren jüngeren Veröffentlichung, die Wallersteins Blick auf die jüngste Vergangenheit verdeutlicht, vgl. ders., *Die strukturelle Krise oder Warum der Kapitalismus sich nicht mehr rentieren könnte*, in: Ders. u. a., *Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./New York 2014, S. 17–47.

wurden, wie diese dauerhaften Transfers in die Metropolen des Zentrums in ihrer langanhaltenden Persistenz genau zu erklären sind.²⁹

Allerdings sollten sich die zunächst vermeintlich auf der Hand liegenden Vorteile des Wallersteinschen Systemdenkens schnell verflüchtigen, und zwar nicht nur deshalb, weil der Ökonomismus Wallersteins allzu deutlich war und er mit dem Erstarken des Islam relativ wenig anzufangen wusste. Dies wäre noch zu verschmerzen gewesen, zumal sich auch die konkurrierende Modernisierungstheorie mit ihren Säkularisierungsannahmen gegenüber den Vorgängen im Iran mindestens genauso hilflos zeigte. Was für Wallerstein und seine Anhänger dann wirklich zum Problem wurde, war der rasante ökonomische Aufstieg der sogenannten asiatischen Tigerstaaten in den 1970er und 1980er Jahren, der überhaupt nicht in Wallersteins Theoriemodell passte, sodass dann doch wieder die Modernisierungstheoretiker Oberwasser zu gewinnen schienen.

Allzu viel Oberwasser war das freilich nie, weil die Modernisierungserfolge in den „Tigerstaaten“ alles andere als mit den üblichen modernisierungstheoretischen Instrumenten zu erklären waren.³⁰ Zudem gestalteten sich selbst nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Sowjetblocks die Wandlungsprozesse nicht so, wie man sich diese „Transformation“ (so der Fachjargon) als klassischer Modernisierungstheoretiker gern vorgestellt hätte. All dies bedeutete, dass die makrosoziologische Theorielandschaft wenig beeindruckend wirkte, dass sich zu viel im Fluss und in der Kritik befand, als dass sie hätte stabil bleiben können. Anders formuliert: Die Theorielage war wie bestellt für den Aufstieg eines neuen Paradigmas, das eben mit dem Schlagwort Globalisierung gefunden schien. Allerdings ist der Begriff eines neuen Paradigmas im Sinn von Thomas Kuhn mit Vorsicht zu genießen, wurde doch bereits darauf aufmerksam gemacht, dass in die Globalisierungsdebatte (und nicht nur in diejenige der Wirtschaftswissenschaften) vielfach auch modernisierungstheoretische Annahmen einfließen, nicht zuletzt bei denen (siehe Theodore Levitt), die eine überoptimistische Interpretation der Globalisierung vertraten und bei denen die Anknüpfungspunkte an die alte Modernisierungstheorie allzu deutlich waren.³¹

Hinzuweisen ist diesbezüglich aber noch auf einen anderen Aspekt, auf den vermutlich vor allem Forschende stoßen, die nicht aus der Sozialwissenschaft kommen, wenn sie sich möglicherweise darüber wundern, dass der Globalisierungsdiskurs derart rasch zu einem Meisternarrativ avancieren konnte – und dies trotz der schon angesprochenen Probleme, denen offensichtlich alle makrosozio-

²⁹ Vgl. Henry C. Veltmeyer, A Central Issue in Dependency Theory, in: Canadian Review of Sociology and Anthropology 17 (1980), S. 198–213, hier S. 201–203.

³⁰ Vgl. Atul Kohli, State-Directed Development. Political Power and Industrialization in the Global Periphery, Cambridge 2004.

³¹ Vgl. Frederick Cooper, Was nützt der Begriff der Globalisierung? Aus der Perspektive eines Afrika-Historikers, in: Sebastian Conrad/Andreas Eckert/Ulrike Freitag (Hrsg.), Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 131–161, hier S. 139 f., und Wolfgang Schwentker, Globalisierung und Geschichtswissenschaft. Themen, Methoden und Kritik der Globalgeschichte, in: Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Weltgeschichte, Stuttgart 2008, S. 101–118, hier S. 115.

logischen Prozessbegriffe begegnen. Dieser Verwunderung liegt die Unterstellung zugrunde, dass Zeit- und Gegenwartsdiagnosen – und mit dem Globalisierungsbegriff war ein scheinbar perfekt passendes Instrument zur Erstellung solcher Diagnosen gefunden – deshalb so prominent werden, weil sie so treffend, so empirisch richtig, kurz: weil sie wahr sind. Dies ist aber eine einigermaßen naive Annahme, schon allein deshalb, weil solche Diagnosen zumeist auf einem derart hohen Abstraktionsniveau formuliert sind, dass sie kaum zu falsifizieren sein dürften.

Wie deshalb Fran Osrecki jüngst argumentiert hat, werden in Zeiten einer sich immer weiter ausdifferenzierenden und dann auch multiparadigmatischen Sozialwissenschaft Zeitdiagnosen zu einer Art übergreifendem Theorieersatz, zu einer Theorie, auf die sich alle einigen können, weil man darüber mit allen sprechen kann und niemanden ausschließt.³² Anders formuliert: Die Gegenwartsdiagnostik erfüllt eine Art innerwissenschaftliche Kommunikationsfunktion, weil Systemtheoretiker wie Anhänger des Symbolischen Interaktionismus, Verfechter des Rational Choice-Ansatzes wie Ethnomethodologen kaum je Verweisen auf globale Phänomene widersprechen werden. Jede und jeder kann mit Globalisierung etwas anfangen, sodass sich die Frage der Angemessenheit der die Zeitdiagnose tragenden Begrifflichkeit – in unserem Fall der Begrifflichkeit des Globalen – gar nicht stellt. Globalisierung – so die These – war eine Art kommunikatives Hilfsmittel, durch das sich die Einheit der Sozialwissenschaften nach dem Ende der großen Theorie doch wieder suggerieren ließ. Damit zum nächsten Teil und zur Frage, welche theoriebautechnischen Veränderungen im sozialwissenschaftlichen Makrodiskurs mit der plötzlich überhandnehmenden Rede von Globalisierung unmittelbar einhergehen mussten.

IV. Die Globalisierungsdebatte nach der Dominanz der Modernisierungstheorie – theoretische Weichenstellungen

Es ist vermutlich nicht sinnvoll, erneut nach ursprünglichen Bedeutungen von Globalisierung oder nach klaren begrifflichen Bedeutungsveränderungen suchen zu wollen; zu umfassend und verstrebt ist die Debatte seit den 1990er Jahren geworden, die – wie Olaf Bach zu Recht betont hat – nicht zuletzt durch das 1990 erschienene Buch von Anthony Giddens „The Consequences of Modernity“³³ ihren großen Aufschwung nahm; für einige ist dieses Buch der Urtext einer sozialtheoretisch ambitionierten Globalisierungsforschung.³⁴ Ich will für die weitere Argumentation deshalb eine Definition des schwedischen Soziologen Göran Therborn verwenden, um von hier aus die Argumentation voranzutreiben. Ther-

³² Vgl. Fran Osrecki, Die Geschichte der Gegenwartsdiagnostik in der deutschsprachigen Soziologie, in: Stephan Moebius/Andrea Ploder (Hrsg.), Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie, Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden 2018, S. 453–475, hier S. 471–473.

³³ Vgl. Anthony Giddens, *The Consequences of Modernity*, Cambridge 1990.

³⁴ Vgl. Bach, *Erfindung*, S. 167.

born schlug im Jahr 2000 folgende, sehr formale und abstrakte Definition vor, die in der Lage sein sollte, alle wesentlichen Dimensionen zu fassen, die in der Globalisierungsdiskussion bis dato Thema waren. Unter Globalisierung – so Therborn – seien „Tendenzen hin zu einer weltumspannenden Reichweite sozialer Phänomene, ihrem weltweiten Einfluss oder ihrer ebensolchen Verbundenheit bzw. zu einem weltumspannenden Bewusstsein unter sozialen Akteuren“³⁵ zu verstehen. Therborn fasste damit sowohl ökonomische wie kulturelle Phänomene, er nahm sogar eine Art Weltbewusstsein von Akteuren mit in seine Definition auf, um nur allen Aspekten der (bisherigen) Globalisierungsdebatte gerecht zu werden. Gleichzeitig war sich Therborn, der eher zu den Kritikern eines allzu forschenden Globalisierungsdiskurses zählt, aber bewusst, dass sich die Sozialwissenschaften mit einer solchen Definition von vielen früheren Theorieansprüchen verabschiedet haben, was sich durch den Vergleich mit den zuvor dominanten und sich so sehr voneinander unterscheidenden Modernisierungstheorien und Weltsystemansätzen tatsächlich auch zeigen lässt.

Mit Blick auf die Kontrastfolie der Modernisierungstheorie ist schlicht festzuhalten, dass jede Rede von Globalisierung (und dies gilt ebenso für solche Ansätze der Globalisierungsforschung, die in großer Nähe zur Modernisierungstheorie entwickelt worden waren) ganz anders zeitlich und in diesem Zusammenhang dann auch ganz anders normativ konnotiert war: Der Modernisierungsansatz machte mit Bezug auf die Zukunft starke und durchaus klar ausformulierte, theoretisch hochrelevante empirische Annahmen: Ökonomische, politische und kulturelle Prozesse würden sich wechselseitig befördern und damit überall zu einem Ergebnis führen, das in etwa den Strukturen der westlichen Gesellschaften entspräche.³⁶ Einher ging mit dieser zeitlichen und letztlich teleologischen Konnotation die Unterstellung, dass der Modernisierungsprozess auch deshalb so durchdringend und erfolgreich sein werde, weil mit ihm etwas Universelles transportiert werde, nämlich soziale und kulturelle Muster, die prinzipiell für alle Menschen (auch in normativer Hinsicht) gültig sein könnten, weil etwa ökonomischer Fortschritt ebenso von allen Menschen gewollt werde wie politische Gleichheit oder allgemeine Menschenrechte.³⁷ Modernisierung wurde eben nicht in erster Linie oder ausschließlich als ökonomischer Prozess verstanden, sondern auch als politischer und sozio-kultureller, was dazu führte, dass in die Modernisierungstheorie hohe normative Erwartungen eingebaut waren und diese Erwartungen nicht selten von komplexen Debatten um eben diese Normativität genährt waren.³⁸

³⁵ Göran Therborn, Globalizations. Dimensions, Historical Waves, Regional Effects, Normative Governance, in: *International Sociology* 15 (2000), S. 151–179, hier S. 154.

³⁶ Ob dieser funktionale Zusammenhang freilich tatsächlich bestand, ist eine ganz andere Frage. Kritiker der Modernisierungstheorie bestritten dies natürlich. Vgl. etwa die frühe Kritik von C. S. Whitaker, A Dysrhythmic Process of Social Change, in: *World Politics* 19 (1967), S. 190–217.

³⁷ Vgl. Göran Therborn, Introduction. From the Universal to the Global, in: *International Sociology* 15 (2000), S. 149 f.

³⁸ Vgl. Talcott Parsons, *Action Theory and the Human Condition*, New York 1978. Auch wenn Parsons nicht zu den Modernisierungstheoretikern im engeren Sinne zu rechnen ist (hierfür

Mit der aufkommenden Rede von der Globalisierung wurden nun solche Annahmen schlicht verabschiedet; ein Telos im Sinne eines klar zu umreißenen Institutionengefüges ist nicht mehr wirklich vorhanden. Selbstverständlich ist in Globalisierungsansätzen stets auch Temporalität zentral, da man davon ausgeht, dass sich bestimmte Phänomene mit der Zeit immer weiter ausdehnten, dass sich ehemals weit entfernte Einheiten immer stärker vernetzten, oft auch, dass der soziale Wandel sich beschleunige und in den unterschiedlichen Bereichen (von der Politik über die Ökonomie bis hin zur Kunst) immer schneller ablaufe. Aber am Ende dieses Prozesses steht aus Sicht von Globalisierungstheoretikern eben kein klar prognostizierbares und zu definierendes Institutionengefüge mehr, sondern ein allenfalls vage zu beschreibender, irgendwie global vernetzter Zusammenhang, was Interpreten zur Behauptung veranlasste, Globalisierungstheorien würden weniger die Zeit als den Raum theoretisieren.³⁹ Das einigermaßen konkrete modernisierungstheoretische Versprechen der Entwicklungskonvergenz in einem klar zu umreißenen westlichen Institutionenkomplex ist somit verabschiedet worden.

Diese institutionentheoretische Leerstelle der Globalisierungstheorie hat auch normative Konsequenzen: Natürlich kann man kaum bestreiten, dass es begeisterte Globalisierungsbefürworter gab und gibt, die durch die Globalisierung alle möglichen segensreichen Erscheinungen heraufziehen sehen und die deshalb in höchst kämpferischer Pose normativ für die Globalisierung eintreten. Und ebenso selbstverständlich gibt es genügend Globalisierungskritiker, die durch die Globalisierung eine schwarze Zukunft erwarten und die deshalb – mindestens genauso kämpferisch – die Globalisierung aus normativen Gründen verdammen. Insofern wird in der und um die Globalisierungstheorie herum immer normativ argumentiert. Aber eine systematische Diskussion über normative Fragen, die sich an das Phänomen Globalisierung stellen, hat sich in den Sozialwissenschaften eher selten entwickelt – im Unterschied zur früheren Modernisierungstheorie. Eben weil über zukünftige Institutionen innerhalb der Globalisierungstheorie wenig Konkretes behauptet wird, muss auch die normative Debatte wesentlich weniger systematisch geführt werden, durch die sich Institutionen rechtfertigen lassen. Globalisierungstheoretiker konstatieren allenfalls, dass die Dinge in unterschiedlichen Bereichen und Feldern immer globaler werden, also immer mehr Menschen betreffen. Wie diese Betroffenen genau aussehen werden – dies bleibt weitgehend im Dunkeln, mit Ausnahme der schon wiederholt betonten Tatsache, dass Globalisierungstheoretikerinnen und -theoretiker entweder höchst leuchtende oder höchst düstere Bilder von den Auswirkungen der Globalisierung zeichnen, die entweder so unumstritten gut oder so offensichtlich schlecht sind, dass sich eine ernsthafte normative Debatte kaum noch lohnt. Das in der Moder-

war sein Denken zu komplex), war er doch für die Modernisierungstheorie ein wichtiger Stichwortgeber. Und Parsons hat zeitlebens, und verstärkt in seinem Spätwerk, wie wenige andere die philosophischen und ethischen Konstellationen und Konsequenzen der historischen Entwicklung auszubuchstabieren versucht.

³⁹ Vgl. Therborn, Introduction, S. 149.

nisierungstheorie vorhandene normative Versprechen des Universellen und dessen Attraktivität (weil eben potenziell gültig für alle) wird ersetzt durch die bloße Deskription. Verwiesen wird also nur mehr auf das Globale, das aber eben als solches nur ist, somit positiv wie negativ konnotiert werden kann, aber nicht notwendig konnotiert werden muss.

Um nicht missverstanden zu werden: Die Rücknahme normativer Ansprüche kann für sozialwissenschaftliche Theorien selbstverständlich extrem hilfreich und befreiend sein. Dies soll hier nicht weiter bewertet werden. An dieser Stelle ist nur der Hinweis wichtig, dass der Übergang zur Rede von der Globalisierung tatsächlich in theoriebautechnischer Hinsicht ein einigermaßen neues Unterfangen war, was eben auch mit dieser normativen Abrüstung zusammenhing⁴⁰ – eine Abrüstung nebenbei bemerkt, die auch Weltsystemtheoretiker à la Wallerstein, allerdings auf eine spezifische Weise, vorweggenommen hatten. Denn der Marxist Wallerstein scherte sich wenig um diffizile normative Begründungen, schienen ihm diese doch aufgrund der offensichtlichen Ausbeutungsverhältnisse in der sogenannten Dritten und Vierten Welt auf der Hand zu liegen, schienen ihm die gerade von Modernisierungstheoretikern vorgebrachten normativen Argumente nicht mehr zu sein als die Camouflage einer ökonomisch privilegierten Position von Intellektuellen aus der Sozialwissenschaft im Zentrum des Weltsystems.

In anderer Hinsicht wird man gegenüber den um Immanuel Wallerstein herum entstandenen Weltsystemansätzen durchaus konstatieren können, dass die Differenzen zum Globalisierungsdiskurs in der Tat enorm waren und blieben, so dass doch von einem massiven theoretischen Abrüstungsvorgang gesprochen werden kann. Denn große prognostische Ansprüche wurden von den meisten Globalisierungstheoretikern nicht mehr erhoben, ganz im Unterschied zu den doch ziemlich provokanten Thesen von Wallerstein: Während dieser – um es hier zu wiederholen – noch von Zentrum, Semiperipherie und Peripherie gesprochen hatte, von Surplus-Transfers hin zum Zentrum, vom geografischen Wandel der Zentren über die Zeit hinweg (von Antwerpen über London nach New York City), von der tatsächlichen Existenz eines alles determinierenden kapitalistischen Weltsystems et cetera, bleiben die Aussagen der Globalisierungstheoretiker letztlich doch recht vage. Mutige Prognosen oder auch nur pointierte Interpretationen der Vergangenheit waren und sind kaum zu finden, sieht man ab von jenen überoptimistischen oder überpessimistischen Zeitdiagnostikern, die es natürlich auch im Globalisierungsdiskurs immer gab und gibt. Wenn man dies konstatiert, wird deutlich, dass die Globalisierungstheorie – vielleicht aus guten Gründen – auch Ausdruck einer gewissen Theoriemüdigkeit war, einer Desillusionierung zumin-

⁴⁰ Vielleicht sollte man in wissenssoziologischer Absicht hinzufügen, dass die Entnormativierung der Makrotheorie, wie sie im Globalisierungsdiskurs erfolgte, möglicherweise auch dem Zeitgeist der 1990er Jahre entgegenkam, der vielerorts vom Ende der Geschichte kündete und genau deshalb nicht mehr so sonderlich bereit war, harte normative Debatten zu führen. Die Modernisierungstheorien mussten sich weltanschaulich noch gegen einen Gegner (den Marxismus) verteidigen, gerade auch in normativer Hinsicht, was der Globalisierungstheorie nicht mehr aufgegeben war, weil ihr der weltanschauliche Kontrahent abhandkam.

dest im Felde der Makrotheorien, weil allzu viele Ansätze gescheitert waren, nicht zuletzt eben auch die Modernisierungstheorie und die Weltsystemtheorie Wallersteins.

Diese in der Globalisierungstheorie zu findende normative wie theoretische Abrüstung samt der Zurücknahme großer Erklärungsansprüche zog relativ schnell die Frage nach sich, um was es sich in der Globalisierungsdebatte eigentlich drehe. Wird hier eine Theorie, die Globalisierungstheorie, verhandelt? Und wenn ja, was soll eigentlich das Theoretische an dieser Globalisierungstheorie sein? Oder geht es vielmehr bloß um eine Globalisierungsperspektive,⁴¹ will man sich in der Debatte also nur versichern, dass es wichtig sei, über den Tellerrand des Nationalstaats hinauszublicken und nicht etwa einem „methodologischen Nationalismus“⁴² anheimzufallen, weil man auf diese Weise und durch diese Perspektive etwas anderes sieht als die bisherigen Nationalhistorikerinnen und Nationalhistoriker sowie Nationalsoziologinnen und Nationalsoziologen? Warum also überhaupt von Globalisierung sprechen? Derartige Unsicherheiten und Unklarheiten führten alsbald dazu, dass der Begeisterung, die den Anfang der Globalisierungsdebatte begleitet hatte, schnell die Ernüchterung folgte, weil im Gefolge der Theorie-debatte um den Begriff und das Phänomen Globalisierung den Sozialwissenschaftler irgendwie ihr Gegenstand abhandenkam: die Globalisierung.

V. Nach der Globalisierungsdebatte: Wie weiter?

Die Globalisierungsdebatte zeitigte jedenfalls paradoxerweise insofern Ergebnisse, als sehr schnell deutlich wurde, was man tunlichst lassen sollte, wenn man von Globalisierung spricht und damit die Existenz von Globalisierungsprozessen behauptet. Will man systematisieren, dann ließen sich folgende Punkte benennen: Die Diskussion zeigte, dass der Globalisierungsprozess nicht als einer der Makrodetermination verstanden werden darf, weil – wie durch aufmerksame Beobachter vermerkt – Globalisierung nicht nur ein zutiefst ungleicher Prozess sei, sondern einer, der gewissermaßen lokal angeeignet oder implementiert werde. Globalisierung sei als ein ungleicher und lokalisierender Vorgang zu begreifen, er bedeute also nicht notwendig Homogenisierung oder gar Amerikanisierung. Lokalität und globale Prozesse hingen immer stark zusammen, das Lokale entsünde erst in Reaktion auf das Globale, wie es Arjun Appadurai⁴³ formulierte, was dann auch zur Bildung des Begriffs Glokalisierung führte. Damit war auch schon die Annahme vom Tisch, Globalisierung werde zu echter Konvergenz führen. Was freilich noch wenig diskutiert wurde und bis heute wenig diskutiert wird, ist die

⁴¹ Vgl. Jürgen Osterhammel, *Die Flughöhe der Adler. Historische Essays zur globalen Gegenwart*, München 2017, S. 20, und Sebastian Conrad/Andreas Eckert, *Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen. Zur Geschichtsschreibung der modernen Welt*, in: Conrad/Eckert/Freitag (Hrsg.), *Globalgeschichte*, S. 7–49, hier S. 20 f.

⁴² Vgl. Andreas Wimmer/Nina Glick Schiller, *Methodological Nationalism and Beyond. Nation-State Building, Migration and the Social Sciences*, in: *Global Networks* 2 (2002), S. 301–334.

⁴³ Vgl. Arjun Appadurai, *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalizations*, Minneapolis/London 1996, S. 18.

Frage, ob man vielleicht von unterschiedlichen Graden der Konvergenz sprechen kann? Sind Behauptungen etwa in Bezug auf eine schwache ökonomische Konvergenz unterschiedlicher Weltregionen überzeugender und plausibler als solche in Bezug auf eine (schwache) kulturelle Konvergenz? Wenn ja, warum könnte dies so sein? Gerade mit Blick auf mögliche kulturelle Konvergenz ist überzeugend darauf hingewiesen worden, dass die Existenz eines Weltbewusstseins unter den meisten Akteuren noch keineswegs die Annahme des Vorhandenseins einer Weltkultur nahelegt,⁴⁴ ein Kurzschluss, der aber offensichtlich allzu häufig gemacht wird. Ist man also wirklich sehr viel klüger und weiser, also soziologisch aufgeklärt, wenn man weiß, dass wir (vermeintlich) alle wissen, dass wir einer Welt zugehörig sind? Was – wenn überhaupt – folgt daraus?

Die Debatte demonstrierte des Weiteren, dass es ziemlich fruchtlos sein dürfte, von dem Globalisierungsprozess reden zu wollen; vielmehr müsse man davon ausgehen, dass es verschiedene Prozesse der Globalisierung gebe,⁴⁵ etwa ökonomische Globalisierungsprozesse ebenso wie solche politischer, militärischer und kultureller Art. Wenn dem so ist, dann folgt darauf sofort die Frage, wie diese unterschiedlichen Subprozesse der Globalisierung zusammenhängen (eine Frage, die im Übrigen auch in der Modernisierungstheorie nie wirklich geklärt wurde und auch nicht geklärt werden konnte) und wie deren Zusammenspiel zu theoretisieren sei. Hierzu finden sich kaum ausgearbeitete Antworten, sondern allenfalls solche, die auf der Basis eines ökonomischen oder technologischen Determinismus gegeben wurden und dementsprechend einseitig oder intellektuell dürftig sind. Unabhängig davon blieb zudem oft unklar, was die einzelnen Prozesse antreibt und was eigentlich genau das Prozesshafte dieser unterschiedlichen Globalisierungsprozesse sein soll: Reden diejenigen, die etwa von ökonomischer oder kultureller Globalisierung sprechen, davon, dass diese Prozesse (alle derartigen Prozesse?) sich selbst verstärken und somit eigendynamisch sind, oder davon, dass diese durch andere Faktoren (etwa durch technologische Innovationen) angetrieben werden? All dies wurde selten geklärt. Immerhin machte man aber darauf aufmerksam, dass es notwendig sei, bei der Analyse von Globalisierungen darauf zu achten, dass einzelne Prozesse erstens unterschiedlich weitreichend beziehungsweise extensiv, zweitens unterschiedlich intensiv oder prägend und drittens unterschiedlich schnell voranschreitend sein können. Viertens können sie unterschiedlich massive Ergebnisse zeitigen.⁴⁶ Dies führte dann zur Einsicht, dass es weiterhin eine enorme Anzahl nicht-globaler Prozesse gibt und notwendig geben muss, dass es eben auch Nicht-Transfer gibt, dass es bewusste oder unbewusste Grenzen oder Barrieren für den Transfer und die Mobilität gibt.⁴⁷ All das

⁴⁴ Vgl. Sebastian Conrad, Eine Kulturgeschichte globaler Transformation, in: Ders./Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Geschichte der Welt*, Bd. 4: 1750–1870. Wege zur modernen Welt, München 2016, S. 411–625, hier S. 424.

⁴⁵ Vgl. Michael Mann, *The Sources of Social Power*, Bd. 4: Globalizations, 1945–2011, Cambridge 2013, S. 2.

⁴⁶ Vgl. David Held u. a., *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*, Stanford 1999, S. 15.

⁴⁷ Vgl. Sebastian Conrad, *Globalgeschichte. Eine Einführung*, München 2013, S. 101–103.

sind Aspekte, die im globalisierungseuphorischen wie -skeptischen Diskurs allzu schnell untergehen, der zudem oft allzu schnell bereit ist, die nach wie vor bestehende Existenz von Nationalstaaten zu ignorieren.⁴⁸

Sobald man letzteres ernst nahm, stieß man sofort auf einen anderen Punkt, nämlich dass in Wahrheit der Globalisierungsprozess in all seinen Subprozessen nicht zu einer globalen Einheit führt, sondern zu Regionalisierungen, eben weil die Subprozesse höchst unterschiedlich sind. Empirisch-ökonomisch zeigt sich dies etwa darin, dass das, was man unter Globalisierung versteht, oft nicht mehr ist als eine „OECD-isierung“,⁴⁹ weil sich nur bestimmte Regionen der Welt wirtschaftlich verflechten, durchaus nicht alle.⁵⁰ Konstatiert man dies, dann lässt sich fragen, was der analytische Mehrwert der Globalisierungsunterstellung ist, vor allem dann, wenn man wie Thomas W. Zeiler mit einigen guten Argumenten behauptet, dass nach 1945 gerade Regionalisierungen in Europa (Europäische Union) und in Ostasien den Globalisierungsprozess befördert haben.⁵¹ Damit wird das Problem des Verhältnisses der Begriffe Globalität einerseits und Regionalität andererseits aufgerufen, und es ist keineswegs klar, warum überhaupt der Begriff der Globalität (und nicht derjenige der Region) der wichtigere sein sollte.

Gerade die Verweise auf die Komplexität der unterschiedlichen Prozesse, die global sein können oder auch nicht, machten es einigermaßen schwierig, an einem Punkt voranzukommen, an dem Forschende aus den Geschichts- und Sozialwissenschaften gleichermaßen interessiert sind: an der Periodisierungsfrage. Es gab von Seiten der Historiker eine ganze Reihe von Vorschlägen in diese Richtung, aber die Frage, wann Globalisierung begann – in den 1970er Jahren, 1945, im 19. Jahrhundert oder mit der sogenannten Entdeckung Amerikas – blieb ungeklärt. Auch in der Soziologie wurde man diesbezüglich nicht müde, insofern etwa von Göran Therborn der Vorschlag kam, einige Tausend Jahre zurückzugehen und eine erste Welle der Globalisierung am Entstehungskontext der achsenzeitlichen Religionen dingfest zu machen, der dann in den folgenden Epochen fünf weitere Globalisierungswellen folgten.⁵² Globalisierung begann demzufolge also – überspitzt gesagt – bei Adam und Eva.

Selbstverständlich kann man dieses Periodisierungsspiel unendlich weitertreiben, was sich aber letztendlich als ziemlich witzlos erweisen dürfte, weil ohne ei-

⁴⁸ Vgl. Cooper, *Colonialism in Question*, S. 91.

⁴⁹ Damit ist gemeint, dass die meisten vermeintlich globalen Prozesse innerhalb der OECD-Welt ablaufen, also in und zwischen den hochindustrialisierten und überwiegend „westlichen“ Staaten, die sich im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung („Organisation for Economic Cooperation and Development“) zusammengeschlossen haben.

⁵⁰ Vgl. Stefan A. Schirm, *Analytischer Überblick. Stand und Perspektiven der Globalisierungsforschung*, in: Ders. (Hrsg.), *Globalisierung. Forschungsstand und Perspektiven*, Baden-Baden 2006, S. 11–34, hier S. 14.

⁵¹ Vgl. Thomas W. Zeiler, *Globalization, Anglo-American Style*, in: J. R. McNeill/Kenneth Pomeranz (Hrsg.), *The Cambridge World History*, Bd. 7: *Production, Destruction, and Connection, 1750–Present*, Teil 2: *Shared Transformations*, Cambridge 2015, S. 490–514, hier S. 504.

⁵² Vgl. Therborn, *Globalizations*, S. 162–164.

nen klaren Theorierahmen jede Periodisierung einigermaßen willkürlich sein wird. Da ein solcher Theorierahmen aber in der Globalisierungsdebatte gerade fehlt (was man Modernisierungs- und Weltsystemtheoretikern nicht vorwerfen kann), ist erst gar nicht zu erwarten, dass irgendjemand mit einem überzeugenden und letztlich dann konsensfähigen Vorschlag auftauchen wird.

Damit aber gerät die Debatte um die Globalisierung notwendig in eine Sackgasse, weil zwar natürlich immer mehr soziale und historische Phänomene benannt und untersucht werden können, die mehr oder minder globale Dimensionen haben oder hatten. Aber zu einem stimmigen Gesamtbild wird sich all dies nicht fügen, sodass sich zu Recht die Frage stellt, ob die Debatte um die Globalisierung, ob eine globale Soziologie (falls es so etwas gibt) oder die Globalgeschichte nicht Gefahr laufen, durch die gewissermaßen inhärente Theorielosigkeit allmählich ins Leere zu fallen. Immer mehr Wissen über vermeintliche oder tatsächliche globale Zusammenhänge führt nicht automatisch zu mehr Einsicht. Und selbst wenn man – wie kluge Historikerinnen und Historiker⁵³ – die Differenz zwischen Globalisierungstheorie und -perspektive aufmacht und sich lediglich auf letztere verlassen will, so verstummt auch hier die Frage nicht, wozu wir all diese globalen Verflechtungen überhaupt wissen wollen und sollen, wenn keine neuen theoretischen Fragen generiert werden können.

In der Soziologie jedenfalls war diesbezüglich einiges Unbehagen zu beobachten, wobei aus dem Unbehagen noch nicht das Heilmittel folgt. Aber auch bei Historikerinnen und Historikern machen sich aus meiner Außenseiterperspektive diesbezüglich einige Suchbewegungen bemerkbar.⁵⁴ Wie also weiter nach der Globalisierungstheorie? Was macht man – nachdem so viel Theorie also nicht war – nach der Debatte um die Globalisierungstheorie(n)?

VI. Nach der Globalisierungsdebatte: Große Theorie oder nur mehr Globalisierungsperspektive?

Wie schon angedeutet, erschien die Globalisierungsdebatte im Hinblick auf theoretische Weiterungen relativ wenig fruchtbar oder anschlussfähig zu sein. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn insbesondere Soziologinnen und Soziologen versuchten, neue theoretische Ansätze ins Spiel zu bringen, die zumindest ein Anliegen der Globalisierungsdebatte aufgreifen wollten: den nationalstaatlichen Container als Ausgangspunkt der sozialwissenschaftlichen Analyse hinter sich zu lassen.

Und tatsächlich gab es mindestens zwei solcher Versuche, die hier nur noch ganz kurz angerissen werden können. Seit den 1970er Jahren und schon bevor der eigentliche Globalisierungsdiskurs begann, kam es in der Soziologie, erstens, zu Bemühungen, das Zivilisationskonzept wiederzubeleben, wobei vor allem der is-

⁵³ Vgl. Osterhammel, Flughöhe, und Conrad/Eckert, Globalgeschichte, in: Conrad/Eckert/Freitag (Hrsg.), Globalgeschichte, S. 20 f.

⁵⁴ Vgl. Jürgen Osterhammel, Global History, in: Marek Tamm/Peter Burke (Hrsg.), Debating New Approaches to History, London/New York 2019, S. 21–35.

raelische Soziologe Shmuel N. Eisenstadt federführend war.⁵⁵ Über die Probleme, die ein jedes Zivilisationskonzept mit sich bringt, zumal ein solches, das – wie bei Eisenstadt – in erster Linie religions- oder vielleicht besser: kultursoziologisch angelegt war, muss hier nicht diskutiert werden.⁵⁶ Wichtig ist nur der Hinweis, dass mit dem Konzept der Zivilisation versucht wurde, umfassende Prozesse, deren Reichweite oft weit über die Grenzen von Staaten hinausgingen, nicht nur zu beschreiben, sondern in ihrer je spezifischen Strukturiertheit zu erklären. Die zivilisationstheoretischen Neuansätze⁵⁷ und die daran anschließende Debatte um die *Multiple Modernities* konnten also als Versuche gelesen werden, die Theorielosigkeit der Globalisierungstheorien hinter sich zu lassen, ohne gleichzeitig wieder in die Falle des „methodologischen Nationalismus“ zu tappen.

Eine ähnliche Stoßrichtung verfolgten innerhalb der Soziologie, zweitens, die sogenannten Weltgesellschafts-Ansätze, gleichgültig, ob sie im Umkreis der Stanford School um John Meyer⁵⁸ formuliert worden waren oder von Niklas Luhmann und seinem Bielefelder Schülerkreis. Auch hier war die Kritik an der Theorielosigkeit der Globalisierungstheorien ausgeprägt. Dabei postulierte man in beiden Ansätzen (gerade deshalb) die Existenz eines übergeordneten Systems, was im Übrigen sehr an die Theoriestrategie von George Modelski erinnerte. Entweder machten – wie in Stanford – starke Behauptungen hinsichtlich der Makrodetermination lokaler Strukturen die Runde oder – wie im Umkreis von Bielefeld – diejenigen von der Existenz einer Weltgesellschaft, die über die These der kommunikativen Erreichbarkeit definiert wurde und im Anschluss daran immerhin Fragen der funktionalen Differenzierung im globalen Zusammenhang aufwarf und somit weiterhin höchste theoretische Ambitionen verfolgte.⁵⁹

Wie fruchtbar diese Ansätze, die zum Teil explizit als Gegenentwürfe zu Globalisierungstheorien formuliert wurden, tatsächlich waren, muss hier nicht weiter diskutiert werden. Die Kritik auch an diesen alternativen Ansätzen war jedenfalls durchaus scharf, sodass unsicher ist, inwieweit in den Sozialwissenschaften über-

⁵⁵ Vgl. Shmuel N. Eisenstadt, *Sociological Theory and an Analysis of the Dynamics of Civilizations and of Revolutions*, in: *Daedalus* 106 (1977), S. 59–78.

⁵⁶ Vgl. Wolfgang Knöbl, *Path Dependency and Civilizational Analysis. Methodological Challenges and Theoretical Tasks*, in: *European Journal of Social Theory* 13 (2010), S. 83–97.

⁵⁷ Vgl. Johann P. Arnason, *Civilizations in Dispute. Historical Questions in Theoretical Traditions*, Leiden/Boston 2003.

⁵⁸ Für einen frühen Text vgl. John W. Meyer, *The World Polity and the Authority of the Nation-State*, in: Albert Bergesen (Hrsg.), *Studies of the Modern World System*, New York u. a. 1980, S. 109–137.

⁵⁹ Vgl. Armin Nassehi, *Geschlossenheit und Offenheit. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 2003, S. 188–228. Auch Rudolf Stichweh kritisierte Globalisierungstheorien, etwa solche Giddensscher Prägung: Die dortige Rede von Globalisierung sei deshalb defizitär, weil sie „primär auf das genetische Moment der Ausweitung oder der Delokalisierung bis dahin lokal begrenzter Phänomene blickt, aber dies nicht aus dem Blickwinkel eines gleichzeitig entstehenden Systems einer höheren Systemebene tut, das Mechanismen der Globalisierung als Mechanismen des eigenen Strukturbaus nutzt“; Rudolf Stichweh, *Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*, Frankfurt a. M. 2000, S. 14. Warum aber die Existenz einer höheren Systemebene behauptet werden muss, bleibt freilich in der gesamten Argumentation Stichwehs ziemlich unklar.

haupt noch große Ansprüche in Bezug auf die Theoretisierbarkeit von Makroprozessen erhoben werden sollten. Das „Scheitern der großen Theorie“ wurde schon des Öfteren konstatiert,⁶⁰ sodass sich eben fragen lässt, ob den Globalisierungstheorien wie auch all ihren Nachfolgern und Alternativen nicht ein ähnliches Schicksal drohen wird.

Wenn man nun die Theorieskepsis teilt, wenn man nicht mehr hofft, die Ambitionen der Globalisierungstheorie durch neue und andere Theorieentwürfe überbieten zu können, bleibt eigentlich nur noch der Ausweg, theoretisch nochmals weiter abzurüsten und Globalisierung konsequent nur mehr im Sinne einer bloßen Perspektive zum Thema zu machen, eben nicht mehr im Sinne von Theorie. In der Soziologie und Geschichtswissenschaft wurde dies ohnehin schon seit einiger Zeit vorgeschlagen. Aber selbst wenn man sich mit einem perspektivischen Ansatz bescheidet, entkommt man damit – und auch das sei hier wiederholt – dennoch nicht folgender Frage: Wozu eigentlich die globale Perspektive? An irgendeiner Stelle muss man Farbe bekennen, muss dann doch Theoriarbeit erfolgen, weil man sonst im Meer transnationaler Phänomene versinkt. Wenn nicht große Theorie, dann aber doch wohl kleine. Aber welche? Wohin die Reise gehen könnte, ist interessanterweise stärker von Historikerinnen und Historikern als von Soziologinnen und Soziologen angedeutet worden – und die aus der einzig noch verbliebenen Zunft kommenden Vorschläge erscheinen mir mindestens genauso gut zu sein wie all das Rasonieren in der Soziologie. Wenn etwa Jürgen Osterhammel versucht, die Globalisierungsthesen kleinzuarbeiten und mit empirienahen Begriffen von unterschiedlichen Wandlungsformen redet, von Expansion, Zirkulation, Vernetzung, Verdichtung, Standardisierung oder Universalisierung, Asymmetrierung von Macht,⁶¹ scheint mir dies allemal besser zu sein als all die Versuche der Theorieüberbietung, wobei klar sein sollte, dass eine solche Position zumindest in der Soziologie sicherlich keine Mehrheitsmeinung darstellt.

⁶⁰ Vgl. Ulrich Menzel, *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*, Frankfurt a. M. 1992.

⁶¹ Vgl. Osterhammel, *Flughöhe*, S. 47–49.

Europa und der Holocaust

Forschungstrends auf dem Kongress *Lessons & Legacies* 2019 in München

I. Von Nordamerika nach Europa

Seit 1989 findet in Nordamerika alle zwei Jahre die Konferenz *Lessons & Legacies of the Holocaust* statt, die sich als zentrales, interdisziplinäres Forum der Holocaust-Forschung etabliert hat. 1978 waren Holocaust-Forscher aus aller Welt erstmals im kalifornischen San José zusammengekommen: Ein Indiz, dass sich der Massenmord an den europäischen Juden damals von einem Randthema zu einem internationalen Forschungsschwerpunkt entwickelte.¹ Es war kein Zufall, dass Konferenzen vor allem in den Vereinigten Staaten zustande kamen, ging doch die Etablierung des Holocaust als Paradigma einer globalen Erinnerungskultur von Nordamerika aus.

Wegen der erheblichen Anreisekosten für europäische Wissenschaftler machte deren Anteil an den Konferenzteilnehmern nie mehr als ungefähr ein Fünftel aus und spiegelte damit den Aufschwung der Holocaust-Forschung in Europa seit den 1990er Jahren nur unzureichend wider. Auch deshalb sollte die erste *Lessons & Legacies*-Konferenz außerhalb Nordamerikas, die vom 4. bis 7. November 2019 in München stattfand, der europäischen Holocaust-Forschung die überfällige Beachtung und Anerkennung eintragen. Veranstaltet wurde der Kongress von einem Konsortium unterschiedlicher Institutionen: Dazu zählten das Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in München, von dem die Idee zu diesem europäischen Konferenz-Ableger ausgegangen war, die Bundeszentrale für Politische Bildung, die seit vielen Jahren in der pädagogischen Vermittlung der Holocaust-Geschichte engagiert ist, die *Holocaust Educational Foundation* an der Northwestern University, die die *Lessons & Legacies*-Konferenzen in den USA ausrichtet, sowie die Ludwig-Maximilians-Universität München, die in Deutschland das umfassendste Lehrangebot zum Thema Holocaust hat. Mit 36 Panels und elf Workshops wurde es der größte Fachkongress, der zu diesem Thema bislang in Deutschland beziehungsweise Europa organisiert wurde. Und dennoch reichte dieser Rahmen nicht einmal ansatzweise aus, waren doch im Vorfeld mehr als 700 Bewerbungen für Einzelvorträge, Panels und Workshops eingegangen.

Zwar war der Münchner Kongress wie das amerikanische Vorbild interdisziplinär ausgerichtet, doch ungleich stärker geschichtswissenschaftlich geprägt. Schließlich fand der Holocaust in Europa statt und ist daher deutlich stärker mit der europäischen als mit der amerikanischen Geschichte verbunden. Er fungiert deshalb in Europa bis heute als Stachel und Herausforderung für nationale beziehungsweise nationalistische Geschichtsnarrative. Auch die Tendenz zur Universalisierung, die die „Amerikanisierung“ des Holocaust in besonderer Weise begleitet hat, ist in Eu-

¹ Vgl. Magnus Brechtken, Raul Hilberg, der Begriff Holocaust und die Konferenzen von San José bis Stuttgart, in: René Schlott (Hrsg.), Raul Hilberg und die Holocaust-Historiographie, Göttingen 2019, S. 47–70.

ropa deutlich schwächer entwickelt. Gleichzeitig findet sich in Europa – anders als in den USA – eine große Zahl authentischer Orte der NS-Herrschaft und des Massenmords, an denen heute vielfach Gedenkstätten historische Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit leisten, auch auf regionaler und lokaler Ebene. Von daher war der Münchner Kongress weniger durch Themen wie die philosophische oder theologische Deutung des Holocaust oder dessen literarisch-filmische Repräsentation geprägt, sondern in erster Linie durch die empirische, geschichtswissenschaftliche Forschung. Um die Forschungstendenzen, die auf der Konferenz eine wichtige Rolle spielten, soll es im Folgenden vor allem gehen.

II. Vom Zentrum zur Peripherie

In ihrem Einführungsvortrag zur Konferenz beleuchtete Natalia Aleksion (Touro College, New York) die Veränderung familiärer und sozialer Beziehungen bei den jüdischen Opfern unter dem Druck der Verfolgung, vor allem deren Neukonfiguration im verzweifelten Überlebenskampf.² Ihr Thema repräsentiert zugleich zwei der wichtigsten Forschungstrends der jüngeren Zeit, nämlich den detaillierten Blick auf die Verfolgten als individuelle Akteure und eine Mikrogeschichte des Holocaust, die sich im Detail dem Geschehen auf lokaler und regionaler Ebene widmet. Die Schauplätze liegen insbesondere in Mittel- und Osteuropa, also den Regionen, in denen der Holocaust stattgefunden hatte, aus denen aber auch die meisten Opfer stammten.

Als sich in Stuttgart 1984 zum ersten Mal in Deutschland Holocaust-Forscher auf einer Konferenz versammelten, damals organisiert von Eberhard Jäckel, hatten solche Themen noch keine Rolle gespielt.³ Nicht die Peripherie, sondern allein das Zentrum der Entscheidungsprozesse stand im Mittelpunkt des Konferenzgeschehens: In welchen Schritten vollzog sich die „Genesis der Endlösung“? Trieb ein „Führerbefehl“ das Mordgeschehen voran, oder radikalisierte sich dieses durch die polykratische Herrschaftsstruktur des Regimes? Es war bezeichnend, dass sich auf dem Münchner Kongress kein einziger Beitrag mit diesen Fragen beschäftigte, weil sich der Fokus des Interesses auf die Akteure jenseits der NS-Elite in Berlin verschoben hat, sodass insgesamt eine zunehmende „Europäisierung“ des Holocaust konstatiert werden kann. Nicht mehr Hitler, Himmler oder Heydrich stehen im Mittelpunkt der Forschung. Wenn Täter des Holocaust in den Blick genommen werden, dann richtet sich dieser eher auf die deutschen Akteure vor Ort, aber auch auf ihre europäischen Helfer und Unterstützer. So analysierte Jan Grabowski (University of Ottawa) die Kooperation zwischen deutschen Kriminalpolizisten und ihren polnischen Kollegen im Generalgouvernement bei der Ermordung der Juden.⁴ Letztere verfügten durch ihre Orts- und Sprachkenntnis-

² Vgl. Natalia Aleksion, In Extremis. Family Networks in the Holocaust, 4.11.2019.

³ Vgl. Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985.

⁴ Vgl. Jan Grabowski, The Role of the Criminal Police (Kripo) and of the PKP (Polnische Kriminalpolizei) in the Extermination of Jews in the Generalgouvernement, 1939–45, 6.11.2019.

se oftmals über einen Informationsvorsprung gegenüber ihren deutschen Vorgesetzten, der ihnen allerdings schwierige Entscheidungen abverlangte, und dies nicht zuletzt in moralischer Hinsicht: Ihr Wissen für den Kampf gegen den polnischen Untergrund zu nutzen, war für die polnischen Polizisten oftmals gefährlich, weil der polnische Widerstand auf allzu liebedienerische Helfer der Deutschen Attentate verübte. Vergleichsweise ungefährlich war es hingegen für die polnischen Polizisten, gegen untergetauchte Juden vorzugehen. Auch andere Funktionsträger im besetzten Polen wie Bürgermeister, Dorfälteste und Informanten waren in die Ausgrenzung und Ermordung von Juden involviert. Zugleich waren die Reaktionen vielfältig und wandelbar; es gab auch zahlreiche Polen, die untergetauchte Juden unterstützten und damit ihr eigenes Leben und das ihrer Familie aufs Spiel setzten. Zudem konnte ein und dieselbe Person aus unterschiedlichen Gründen vom Judenretter zum Denunzianten oder gar zum Mörder werden.⁵

Wie nachhaltig Kollaborateure die Erinnerung an den Holocaust in Mittel- und Osteuropa geprägt haben, zeigte der Vortrag von Anna Engelking (Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau) über Holocaust-Erinnerung in Weißrussland.⁶ Jenseits der offiziellen Geschichts-Narrative, in denen die Kollaboration kaum vorkommt, ist die Erinnerung an „unsere Verräter“ in den Dörfern und Städten umso stärker virulent, während die deutschen Täter, die sich eher kurz an einzelnen Orten aufgehalten hatten, zu Schemen verblasst sind. Der Perspektivwechsel vom Zentrum zur Peripherie und zur Mikrogeschichte des Holocaust in Mittel- und Osteuropa liefert wichtige Erkenntnisse unter anderem über die Täter vor Ort, einschließlich ihrer lokalen Unterstützer und Helfer. Dennoch bedürfen diese neuen Befunde der Rückbindung an ältere Erkenntnisse, um ein neues analytisches Ungleichgewicht zu vermeiden: Auch eine „Europäisierung“ des Holocaust sollte die zentralen genozidalen Impulse, die von NS-Deutschland und vor allem der NS-Führung ausgingen, nicht außer Acht lassen.

III. Sozial-, Alltags- und Kulturgeschichte des Holocaust

In der expandierenden Mikrogeschichte des Holocaust werden die Täter nicht mehr isoliert, sondern in jenen gesellschaftlichen Zusammenhängen betrachtet, in denen sie agierten. Die Zeiten, in denen die Täter-Perspektive verabsolutiert und die Geschichte des Holocaust allein aus Sicht der Initiatoren des Massenmords geschrieben wurde, gehören der Vergangenheit an. Auch die auf Raul Hil-

⁵ Vgl. Grzegorz Rossoliński-Liebe, Polish City Mayors and the Administration of the General Government. Holocaust, Collaboration and Resistance; Lukasz Krzyzanowski, Intermediaries of Genocide. Village Heads in the German-Occupied Polish Countryside, und Tomasz Frydel, „Every Single Employee Should Have at Least 4 Informers“. V-Leute Networks and the Dynamics of German Occupation in Poland. Alle Vorträge fanden am 5.11.2019 statt.

⁶ Vgl. Anna Engelking, Our Traitor as a Focal Point of Belarusian Folk Narrative on Local Perpetrators of Holocaust, 6.11.2019.

berg zurückgehende, relativ statische Trias aus „Tätern, Opfern und Zuschauern“⁷ bietet keinen geeigneten Rahmen mehr, die dynamischen Prozesse zu analysieren, die mit der radikalen Ausgrenzung und Ermordung der europäischen Juden verbunden waren. In Diktaturen und autoritären Regimen, die ihre jeweilige Mehrheitsbevölkerung mobilisieren wollen und eine radikale Ausgrenzung von Minderheiten propagieren, kann es streng genommen keine unbeteiligten „Zuschauer“ geben. Daher kam es oft zu schnellen Rollenwechseln, wenn zeitweilige Unterstützer untergetauchter Juden zu Tätern mutierten. Dementsprechend bemühen sich die zahlreichen Lokalstudien um eine integrierte Sozial- und Alltagsgeschichte des Holocaust. So wird es zugleich möglich, den Massenmord an den europäischen Juden in einem weiteren Rahmen zu kontextualisieren, ihn als Teil von Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft, aber auch eines breiter angelegten Felds der Massengewalt in den Blick zu nehmen, ohne damit die drängenden Besonderheiten des Holocaust zu negieren oder unzulässig einzuebnen.

Der Trend zur Alltags- und Sozialgeschichte schließt nicht zuletzt auch kulturgeschichtliche Themen ein, die früher in der Holocaust-Geschichte als randständig galten, ja geradezu als unangemessen angesehen wurden. So widmete sich eine Sektion der Konferenz Handlungsspielräumen von Frauen im Holocaust und der Veränderung von Geschlechterkonstellationen.⁸ Auch sexuelle Beziehungen, Homosexualität und Geschlechter-Konstruktionen werden mit der Geschichte von Holocaust und Massengewalt in Beziehung gesetzt, und selbst Themen wie Privatheit, Freizeit, Sport und Kleidung, die Bestandteil jeder Alltagsgeschichte sind, wurden auf der Konferenz behandelt, ohne damit den Holocaust in irgendeiner Weise zu banalisieren.⁹

Die dramatische Erweiterung der Forschungsschwerpunkte im Sinne einer umfassenden Sozial-, Alltags- und Kulturgeschichte des Holocaust muss gleichzeitig mit der Herausforderung fast unüberschaubarer Quellenbestände fertig werden, zumal diese Quellen in rund zwei Dutzend Sprachen abgefasst sind, die niemand flächendeckend beherrschen kann. Solange die Geschichte des Holocaust mit der „Genesis der Endlösung“ gleichgesetzt wurde, reichte die Kenntnis der deutschen Sprache und der überschaubaren Quellenbestände der Täter aus, sodass sich die Holocaust-Forschung oftmals mit der Frage konfrontiert sah, was denn überhaupt noch zu tun sei. Mit der Erweiterung der Themen und Forschungsperspektiven ist diese Frage obsolet geworden. Allein das europäische Projekt *European Holocaust*

⁷ Vgl. Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1939–1945*, Frankfurt a. M. 1992.

⁸ Vgl. Natalia Aleksion, *Sexual Barter and Love in Eastern Europe*; Katarzyna Person, *Post-War Discussion on Women's Experience of the Holocaust and the Rebuilding of Jewish Life in Poland*; Maren Röger, *Bartering and Surviving. Female Experiences in German-Occupied Poland*, und Zofia Trębacz, *Adulthood out of Obligation. Young Women in the Ghettos in Occupied Poland*. Alle Vorträge fanden am 5.11.2019 statt.

⁹ Vgl. Svenja Bethke, *Clothing, Fashion and Survival in Ghettos during World War II. A Private or a Public Matter?*; Elissa Mailänder, *People Working. Leisure, Love, and Violence in Nazi Concentration Camps*, und Veronika Springmann, *Between Leisure and Work. Sports in National Socialist Concentration Camps*. Alle Vorträge fanden am 5.11.2019 statt.

Research Infrastructure listet in seinem Internet-Portal so viele Quellenbestände in internationalen, nationalen, regionalen und lokalen Archiven auf – nämlich 325.346 Bestände in 2.165 Archiven in 59 Ländern –, dass es noch jahrzehntelanger Forschung bedarf, diese auch nur ansatzweise auszuwerten.¹⁰

IV. Neue Trends und neue Quellen zur Geschichte der Verfolgten

In dieser internationalen Alltags- und Sozialgeschichte und in den Forschungen zu Mittel- und Osteuropa als den Schauplätzen des Holocaust ist es derart selbstverständlich geworden, die Perspektive der verfolgten Juden mit einzubeziehen, die vor allem in der deutschen Forschung lange Zeit nur wenig beachtet wurde, dass es auf der Münchner Konferenz nur wenige Sektionen gab, die sich ausschließlich damit beschäftigten oder dies eigens betonten. Vielmehr ging es in zahlreichen Panels eben auch um Juden. Wenn nach den komplizierten sozialen Dynamiken in Ost- und Ostmitteleuropa, nach Geschlechterverhältnissen sowie Familienstrukturen und nach Sexualität gefragt wird, dann ist hier meist die jüdische Perspektive integriert oder steht sogar im Mittelpunkt.

Die unterschiedlichen Interpretationen und Reaktionen unter dem dramatischen Verfolgungsdruck führten auch in der jüdischen Bevölkerung zu Konflikten, wie aktuelle Forschungen eindrucksvoll belegen. Besonders zugespitzt zeigen sich die Diskussionen um „richtiges“ Verhalten angesichts von Verfolgung, Deportation und Massenmord am Beispiel der von den deutschen Machthabern eingesetzten „Judenräte“. Waren diese Institutionen – insbesondere der Kenntnisstand und die Handlungsspielräume ihrer jeweiligen Vorsitzenden – bisher vor allem für einzelne Orte oder Regionen untersucht worden, versuchte ein Panel auf der Münchner Konferenz, diese Fragen in einem breiteren Kontext am Beispiel der Niederlande, Belgiens, Ungarns sowie der Slowakei für West- und Osteuropa vergleichend zu diskutieren.¹¹

Die „Judenräte“ argumentierten meist, dass sie die deutschen Anordnungen umsetzen und kooperierten, um Schlimmeres für die jüdische Bevölkerung zu verhindern. Nach dem Krieg gab es oftmals erbitterte Diskussionen über diese Haltung, klagten Überlebende die jüdischen Funktionäre immer wieder der „Kollaboration“ an. Die jüngere Forschung thematisiert diese Konflikte und geht auch der Frage nach, wie es gelingen konnte, in dieser schwierigen Situation nach dem Krieg – und die innerjüdischen Konflikte waren nur eines unter zahlreichen existenziellen Problemen – wieder ein jüdisches Leben aufzubauen. In München ha-

¹⁰ Dazu vgl. die Projekthomepage www.portal.ehri-project.eu.

¹¹ Vgl. David Kann, *German Policy Conflicts and the Demise of „Het Joodsche Weekblad (The Dutch Jewish Council's Weekly Newspaper)“*; Ferenc Laczó, *The Central Jewish Council and Interpreting the Pre-History of 1944 in Hungary*; Denisa Neštáková, „It turned out that the girls are healthy, working in Auschwitz“. Letters of Deportees on the Pages of the Vestník of the Jewish Center in Slovakia, und Laurence Schram, *Cain's Betrayal. The Association of Jews in Belgium, the Jewish Population and the Jewish Partisans*. Alle Vorträge fanden am 6.11.2019 statt.

ben Forscherinnen und Forscher dies unter anderem am Beispiel von Rumänien oder der Ukraine diskutiert.¹²

Für die jüdischen Überlebenden in verschiedenen Ländern war die Dokumentation des Holocaust von zentraler Bedeutung. Anknüpfend an mannigfache Bemühungen aus der Zeit der Verfolgung, das Erlebte aufzuzeichnen und zu bewahren, schrieben sie und sammelten Dokumente, führten Interviews und zeichneten auf, was andere erlebt und wie sie überlebt hatten. Sie mussten mit Sprach- und Darstellungsproblemen ringen und neue Formen finden.¹³

In zahlreichen nationalen und internationalen Projekten werden diese Quellen (nicht nur) der Opfer in Editionsprojekten der Wissenschaft, aber vor allem auch Multiplikatoren und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Editoren sind dabei immer wieder mit methodologischen Problemen konfrontiert: Wie nah am Original oder wie gut lesbar soll eine Übersetzung sein? Wie kann sinnvoll mit der Vielsprachigkeit gerade der osteuropäischen Juden umgegangen werden, die sich in vielen dieser Quellen widerspiegelt? Wie kann die existenzielle Schreibsituation, die die Textproduktion massiv beeinflusst hat, dokumentiert und der Leserschaft damit näher gebracht werden? Auch diese und weitere Fragen wurden auf dem Münchner Kongress diskutiert.¹⁴

V. Visual History

Lange Zeit war die Holocaust-Forschung vor allem an Quellen interessiert, die Licht auf die komplexe Entscheidungsbildung zum Massenmord warfen. Bildquellen, die Täter trotz des bestehenden Fotografier-Verbots hinterlassen hatten, blieben weitgehend unbeachtet. Wenn überhaupt, wurden Fotos fast ausschließlich illustrativ verwendet. Wie sehr fotografische Quellen mittlerweile ins Zentrum der Forschung gerückt sind, demonstrierten ein Workshop und ein Panel,

¹² Vgl. Stefan Cristian Ionescu, *Restitution of Jewish Property in Post-Holocaust Bucharest, 1944–1950*; Gaëlle Fisher, *Facing the Question of Jewish Collaboration. Romanian Jewish Leaders and the Legacy of the „Jewish Center“*, und Julie Dawson, „... I bought myself a Star-of-David Necklace...“ *Jewish Survivors between Agency and Oppression in Early Postwar Romania*. Für die Ukraine: Yurii Kaparulin, *The Reaction of Returning Jews to the Holocaust in the Kalinindorf District of the Kherson Oblast in 1944*. Alle Vorträge fanden am 6.11.2019 statt.

¹³ Vgl. Malena Chinski, *New Directions in Khurbn-Forschung*. Michał Borwicz, Joseph Wulf, and the „Recreation“ of the Jewish Historical Commission in Paris (1947–1956); Aurélia Kalisky, *Hybrid Genres of Knowledge Production*. H. G. Adler’s Poetics for Documenting the Holocaust, und Katrin Stoll, *Vernichtungswissenschaft*. Nachman Blumenthal’s Studies on the Shoah Reconsidered. Alle Vorträge fanden am 6.11.2019 statt.

¹⁴ Vgl. Joanna Nalewajko-Kulikow, *Imagined Readership – Various Editions of Emanuel Ringelblum’s „Notes and Their Readers“*; Ewa Wiatr, *Methodological Issues of Publishing Holocaust Sources. On the Example of the „Chronicle of the Lodz Ghetto“*, und Iwona Guśc, *Authenticity or Readability? On Various (Critical) Editions of the Diary of Anne Frank*. Alle Vorträge fanden am 6.11.2019 statt. Dazu auch der Workshop am selben Tag „Archival Sources in Historical and Commemorative Discourse. The Persecution and Murder of the European Jews by National Socialist Germany, 1933–1945“ mit Susanne Heim, Alan E. Steinweis und Caroline Pearce.

die Foto-Alben von Tätern gewidmet waren.¹⁵ So stellten Anne Lepper und Steffen Hänchen das neu entdeckte Foto-Album des ehemaligen stellvertretenden Kommandanten der Vernichtungsstätte Sobibor, Johann Niemann, vor.¹⁶ Wie fast alle fotografischen Hinterlassenschaften von Tätern blendet auch dieses Album die Details des Mordgeschehens aus und dokumentiert in erster Linie die bildliche Selbstinszenierung eines Mord-Spezialisten, der schon vor seinem Einsatz in Sobibor als „Leichenbrenner“ bei der Aktion T4 in der NS-Tötungsanstalt Bernburg mitgewirkt hatte. Gleichzeitig liefert das Album wichtige Erkenntnisse über die systematische Täuschung der Opfer vor dem Massenmord, präsentierte sich doch die Vernichtungsstätte Sobibor in ihrem äußeren Erscheinungsbild als Siedlung sommerlicher Ferienhäuser mit Blumenrabatten, die bei den am Bahnhof eintreffenden Deportierten keinerlei Argwohn erwecken sollte.

Bereits länger bekannt sind zwei Foto-Alben aus Auschwitz, die in der Regel als „Lilly-Jacob-Album“ und „Höcker-Album“ bezeichnet werden. Beide sind nun en détail rekonstruiert und analysiert worden. So haben Tal Bruttman, Stefan Hördler und Christoph Kreuzmüller das „Lilly-Jacob-Album“, benannt nach deren Finderin, systematisch entschlüsselt. Sie konnten einzelne Bildserien, die in erster Linie den Ablauf von Selektionen bei der „Ungarn-Aktion“ zeigen – dem Massenmord an ungarischen Juden 1944 – anhand von Waggonnummern auf den Tag genau datieren. Etliche Opfer konnten namentlich identifiziert werden, aber auch Täter wie der SS-Fotograf Bernhard Walter oder der Lagerapotheker Gerhard Gerber, die bei Vernehmungen in Nachkriegsprozessen noch behauptet hatten, „niemals auf der Rampe“ gewesen zu sein.

Das „Höcker-Album“, angelegt von Karl Höcker, dem Adjutanten des letzten Auschwitz-Kommandanten Richard Baer, zeigt ein Gruppenfoto von SS-Angehörigen nach Abschluss der „Ungarn-Aktion“ im Juli 1944. Auf diesem sind Täter zu sehen, die formal nie in Auschwitz eingesetzt waren, aber vom Kommandanten Rudolf Höß im Rahmen seines kameradschaftlichen Netzwerks für die „Ungarn-Aktion“ informell mobilisiert worden waren: Ein wichtiges Bild-Dokument für die personellen Konstellationen und Netzwerke, aber auch für die informelle Befehlspraxis und das durch flache Hierarchien gekennzeichnete Sozialgefüge der SS-Täter, das sich in den zeitgenössischen schriftlichen Quellen oft nicht widerspiegelt. In diesem Sinne fungiert eine *Visual History* als analytische Sonde sui generis und liefert deutlich mehr als bloß additive Illustrationen für eine aus anderen Quellen rekonstruierte Geschichte.

¹⁵ Vgl. Tal Bruttman/Stefan Hördler/Christoph Kreuzmüller, Die fotografische Inszenierung des Verbrechens. Ein Album aus Auschwitz, Darmstadt 2019, und Christophe Busch/Stefan Hördler/Robert Jan van Pelt (Hrsg.), Das Höcker-Album. Auschwitz durch die Linse der SS, Darmstadt 2016.

¹⁶ Vgl. Fotos aus Sobibor. Die Niemann-Sammlung zu Holocaust und Nationalsozialismus, hrsg. vom Bildungswerk Stanisław Hantz und der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Berlin 2020.

VI. Politische und pädagogische Herausforderungen

Auf dem Münchner Kongress wurden auch die gewandelten politischen Rahmenbedingungen reflektiert, denen sich die Holocaust-Forschung in etlichen europäischen Ländern mittlerweile ausgesetzt sieht. War noch die Stockholmer Erklärung¹⁷ des Internationalen Forums über den Holocaust aus dem Jahr 2000 von einem internationalen liberalen Konsens getragen, mit der Aufklärung über den Holocaust zugleich Erscheinungen wie Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen,¹⁸ so bezeichnen sich mittlerweile einige der damaligen Unterzeichnerstaaten selbst als „illiberal“. Letztere funktionalisieren die Geschichte des Holocaust im Sinne ihrer nationalistischen Agenda, indem sie die Bevölkerung des jeweiligen Lands als Helden, Opfer, Märtyrer und Judenretter präsentieren, Kollaboration und Mit-Beteiligung aber systematisch ausblenden. Kritische Forscherinnen und Forscher, die dieser Linie nicht folgen, werden immer stärker unter Druck gesetzt, im Internet denunziert oder mit fragwürdigen Anschuldigungen vor Gericht gezerrt. Von daher erfüllte der Münchner Kongress, auf dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa zahlreich vertreten waren, eine wichtige internationale Stützfunktion und bekräftigte die Errungenschaften kritischer Forschung.

Zugleich wurde über die Herausforderungen für die pädagogische Vermittlung des Holocaust diskutiert, die sich aus der Zuwanderung außereuropäischer Migranten und Flüchtlinge ergeben.¹⁹ Letztere haben oft keinerlei Bezug zum Thema, verfügen aber oft über biografische Erfahrungen wie Ausgrenzung und Flucht, an die eine pädagogische Vermittlung der Holocaust-Geschichte anknüpfen kann. Auch wenn von Migranten, die sich dauerhaft in Europa niederlassen wollen, erwartet werden kann, die Relevanz des Themas für die europäische Geschichte und die europäischen Gesellschaften nachzuvollziehen und anzuerkennen, so eröffnen Migranten und Flüchtlinge gleichzeitig die Chance, den Blick der Holocaust-Forschung komparativ zu weiten und das Forschungsfeld insgesamt stärker international zu kontextualisieren.

Insgesamt demonstrierte der Münchner Kongress den Bedarf für ein ständiges europäisches Forum, das die Probleme und Erkenntnisse der Holocaust-Forschung in breiter internationaler Perspektive diskutiert. Deshalb soll die Konferenz in München nicht die letzte dieser Art gewesen sein. Gegenwärtig werden Gespräche geführt mit dem Ziel, die Konferenzserie *Lessons & Legacies* in Zukunft alternierend in Nordamerika und Europa auszurichten.

Frank Bajohr und Andrea Löw

¹⁷ Vgl. International Holocaust Remembrance Alliance, Marking 15 years of the Stockholm Declaration 2000–2015, Berlin 2015; www.holocaustremembrance.com/sites/default/files/ihra_annualbrochure_web.pdf [9.1.2020].

¹⁸ Vgl. den Wortlaut unter www.holocaustremembrance.com/stockholm-declaration [9.1.2020].

¹⁹ So war ein Workshop (5.11.2019) der Konferenz dem Thema „Holocaust Commemoration and Education – Migrants and Refugees“ gewidmet.

... von der Redaktion betreut (Dezember 2019 – Januar 2020)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionjournal *sehpunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehpunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die zuvor in den *sehpunkten* erschienen sind.

Anastasia Antipova, *Die nationalsozialistische Sprachpolitik im besetzten Weißrussland 1941–1944*, Berlin u. a. 2018.

Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehpunkte.de/2019/12/33037.html

Ioannis Balampanidis, *Eurocommunism. From the Communist to the Radical European Left*, London / New York 2019.

Rezensiert von: Michele Di Donato (Università di Pisa) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehpunkte.de/2020/01/32957.html

Silja Behre, *Bewegte Erinnerung. Deutungskämpfe um „1968“ in deutsch-französischer Perspektive*, Tübingen 2016.

Rezensiert von: Jonas Fischer (Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum) in sehpunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehpunkte.de/2019/12/29546.html

James Cameron, *The Double Game. The Demise of America's First Missile Defense System and the Rise of Strategic Arms Limitation*, New York 2018.

Rezensiert von: Bernd Lemke (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehpunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehpunkte.de/2019/12/32314.html

Ang Cheng Guan, *Southeast Asia's Cold War. An Interpretive History*, Honolulu 2018.

Rezensiert von: Pai-Li Liu (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehpunkte.de/2020/01/33798.html

Michel Christian / Sandrine Kott / Ondřej Matějka (eds.), *Planning in Cold War Europe. Competition, Cooperation, Circulations (1950s–1970s)*, Berlin / Boston 2018.

Rezensiert von: Jost Dülffer (Historisches Institut, Universität zu Köln) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehpunkte.de/2020/01/33021.html

Gabriele Clemens / Alexander Reinfeldt / Telse Rüter, Europäisierung von Außenpolitik? Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in den 1970er Jahren, Baden-Baden 2019.

Rezensiert von: Guido Thiemeyer (Düsseldorf) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehepunkte.de/2020/01/33587.html

Johannes Due Enstad, Soviet Russians under Nazi Occupation. Fragile Loyalties in World War II, Cambridge / New York 2018.

Rezensiert von: Corinna Kuhr-Korolev (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33084.html

Nils Fehlhaber, Netzwerke der „Achse Berlin – Rom“. Die Zusammenarbeit faschistischer und nationalsozialistischer Führungseliten 1933–1943, Köln 2019.

Rezensiert von: Hans Woller (München) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33482.html

Carole Fink, West Germany and Israel. Foreign Relations, Domestic Politics, and the Cold War, 1965–1974, Cambridge 2019.

Rezensiert von: Michael Borchard (Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehepunkte.de/2020/01/33242.html

Heike B. Görtemaker, Hitlers Hofstaat. Der innere Kreis im Dritten Reich und danach, München 2019.

Rezensiert von: Sebastian Peters (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33280.html

Bodo V. Hechelhammer, Spion ohne Grenzen. Heinz Felfe – Agent in sieben Geheimdiensten, München 2019.

Rezensiert von: Armin Wagner (Dresden) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33133.html

Wolfgang Hien / Peter Birke, Gegen die Zerstörung von Herz und Hirn. „68“ und das Ringen um menschenwürdige Arbeit. Wolfgang Hien im Gespräch mit Peter Birke, Hamburg 2018.

Rezensiert von: Sebastian Voigt (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33230.html

Arne Hordt, Kumpel, Kohle und Krawall. Miners' Strike und Rheinhausen als Aufruhr in der Montanregion, Göttingen 2018.

Rezensiert von: Michael Farrenkopf (Montanhistorisches Dokumentationszentrum, Deutsches Bergbau-Museum Bochum) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/32113.html

Corinna Kuhr-Korolev / Ulrike Schmiegelt-Rietig / Elena Zubkova, Raub und Rettung. Russische Museen im Zweiten Weltkrieg, Wien / Köln / Weimar 2019.

Rezensiert von: Frank Grelka (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/32701.html

Katharina Lenski, Geheime Kommunikationsräume? Die Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Frankfurt/M. 2017.

Rezensiert von: Bertram Triebel (Frankfurt/M.) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/32617.html

Andreas Petersen, Die Moskauer. Wie das Stalintrauma die DDR prägte, Frankfurt/M. 2019.

Rezensiert von: Michael F. Scholz (Universität Uppsala / Visby) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehepunkte.de/2020/01/33479.html

Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, Göttingen 2019.

Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33539.html

Stefan Rinke / Kay Schiller (eds.), The FIFA World Cup 1930–2010. Politics, Commerce, Spectacle and Identities, Göttingen 2014.

Rezensiert von: Jürgen Mittag (Deutsche Sporthochschule, Köln) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/26486.html

Daniel Rittenauer, Das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten in der NS-Zeit, München 2018.

Rezensiert von: Rick Tazelaar (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehepunkte.de/2020/01/31332.html

Maria Schubert, „We Shall Overcome“. Die DDR und die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, Paderborn 2018.

Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 1

www.sehepunkte.de/2020/01/32560.html

Jörg Später / Thomas Zimmer (Hgg.), *Lebensläufe im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2019.

Rezensiert von: Anne-Kristin Hübner (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33371.html

Siegfried Suckut, *Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1990*, Leipzig 2018.

Rezensiert von: Manfred Agethen (Sankt Augustin) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/32302.html

Meik Woyke, *Helmut Schmidt*. 100 Seiten, Stuttgart 2018.

Rezensiert von: Heiner Möllers (Potsdam) in sehepunkte 19 (2019), Nr. 12

www.sehepunkte.de/2019/12/33298.html

Tobias Hof, **Reluctant Rescuers? The Jewish Policy of the Italian Foreign Ministry under Galeazzo Ciano, 1936 to 1943**

Around the 80th anniversary of the Italian Racial Laws of 1938 there was increased interest in Italian antisemitism and the role of Italy in the persecution and murder of the European Jews. Despite this dynamic, empirical studies about the individual institutions and leading functionaries responsible for Jewish Policy are lacking to date. These studies are indispensable in order to explain when and why specific antisemitic tendencies and discourses guided regime action. The present article for the first time focuses on the Italian Foreign Ministry under Galeazzo Ciano as an actor in Jewish Policy. It not only investigates the position of leading diplomats towards the “Jewish Question”, which was shaped by racist worldviews, strategic considerations, difficult to grasp humanist dispositions, cynical-pragmatic cost-benefit calculations, economic concerns und internal Italian power struggles. The article shows how various marriages of convenience allowed the ministry to decisively help shape the Jewish Policy of the regime. This constant dynamic of marriages of convenience was one of the reasons, why Fascist Italy ultimately pursued a less radical policy than the Third Reich, even though the rhetoric of the Fascists was no less radical than that of the National Socialists.

Frieder Günther, **Constitutions Come and Go, the Administration Endures? The Four Ministries of the Interior in Germany, 1919 to 1970**

Which continuities existed between the state administrations of the Weimar Republic, the Nazi State, the Federal Republic and the GDR – and how did they differ? The article tries to provide nuanced answers to these questions; it places the respective Ministries of the Interior at the heart of its enquiry, thoroughly investigating their personnel, their administrative reform policies and their administrative cultures. While the Ministry of the Interior of the GDR differed considerably from the other three regarding personnel policy and the self-image of the staff, its administrative culture reveals some matches with those of the Reich Ministry of the Interior of the Nazi period. On the whole it becomes clear that strong political will to reshape is necessary during system changeovers if the persistence of modern bureaucracies is to be overcome.

Christina Morina, **Between Suppression and Appropriation. The Historikerstreit and the GDR**

The present contribution is the first publication of an analysis of the so-called *Historikerstreit* (historians’ dispute), written at the *Hauptverwaltung Aufklärung* (Main Directorate for Intelligence) of the Ministry of State Security in 1988. It illustrates that this was not a purely West German affair. The strategy of the East German historians, the SED leadership and the Stasi, which oscillated between suppression and appropriation in order to exploit the controversy in the media, in the field of research policy and in intelligence work, reveals the specific dealing with the Holocaust in the GDR in a new light. Simultaneously it shifts the focus to a hitherto little noted dimension of a historical-political debate. These East-West conver-

gences and divergences in the political-cultural history of the Federal Republic of Germany have remained virulent long after the 1989/90 caesura.

Wolfgang Knöbl, **After Modernization. The Term Globalisation as a Placeholder and Lifeline for the Social Sciences**

Since the 1990s, the term globalisation has become a central catchword for the diagnosis of the times. This reveals a changed self-perception of the Social Sciences, which requires reflection if one wishes to avoid problematic premises in the use of this term. The article initially highlights aspects of the early globalisation debate and asks for the reasons of the fast rise of the globalisation discourse. Subsequently it analyses the theoretical consequences of the new semantics. Finally it discusses the question, what follows from the increasingly vocal criticism of the term globalisation, i.e. what possibilities still exist for the use of possible macro-sociological or -historical terms at all.

Dr. Tobias Hof ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München); Publikationen u. a.: Staat und Terrorismus in Italien 1969–1982 (München 2011); Die Tagebücher von Galeazzo Ciano, in: VfZ 60 (2012), S. 507–527; From Extremism to Terrorism. The Radicalisation of the Far Right in Italy and West Germany, in: Contemporary European History 27 (2018), S. 412–431; Der „Fall Italien“. Flucht, Vertreibung und Deportationen im italienisch-jugoslawischen Grenzgebiet 1922–1954, in: Mathias Beer (Hrsg.), Krieg und Zwangsmigration in Südosteuropa 1940–1950. Pläne, Umsetzung, Folgen (Stuttgart 2019), S. 263–286.



Dr. Frieder Günther ist Visiting Lecturer an der University of California (One Shields Avenue, Davis, CA 95616, USA) und arbeitet ab Juli 2020 am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin an einem Projekt über „Verwaltungskulturen. Die zentralstaatlichen Innenministerien in Deutschland 1919–1975“; Publikationen u. a.: Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Devisen und Integration 1949–1970 (München 2004); Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten (Stuttgart 2006); Otto Schily als Jurist. Biographische Zugänge zur juristischen Zeitgeschichte, in: Journal der Juristischen Zeitgeschichte 13 (2019), S. 93–104; als Mitautor in: Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus (Göttingen 2018).



Dr. Christina Morina ist Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld (Universitätsstrasse 25, 33615 Bielefeld); Publikationen u. a.: gemeinsam mit Norbert Frei/Franka Maubach/Maik Tändler, Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus (Berlin 2019); Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte (München 2017); Legacies of Stalingrad. Remembering the Eastern Front in Germany since 1945 (Cambridge 2011); gemeinsam mit Krijn Thijs (Hrsg.), Probing the Limits of Categorization. The By-stander in Holocaust History (New York 2018); gemeinsam mit Franka Maubach (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert erzählen. Zeiterfahrung und Zeiterforschung im geteilten Deutschland (Göttingen 2016).





Dr. Wolfgang Knöbl ist Soziologe, seit 2015 Direktor des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Mittelweg 36, 20148 Hamburg) und seit 2017 nebenberuflicher Professor für Politische Soziologie und Gewaltforschung an der Leuphana Universität Lüneburg (Universitätsallee 1, 21335 Lüneburg); Publikationen u. a.: Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit (Weilerswist 2001); Die Kontingenz der Moderne. Wege in Europa, Asien und Amerika (Frankfurt a. M./New York 2007); gemeinsam mit Thomas Hoebel (Hrsg.), Gewalt erklären! Plädoyer für eine entdeckende Prozesssoziologie (Hamburg 2019).

VfZ-Online

Auf unserer Homepage (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/) finden Sie – zum Teil auch in englischer Sprache:

- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen u. a.,
- die Dokumentationen (Video und Transkript) der Veranstaltungen im Rahmen des „Podiums Zeitgeschichte“,
- die Videokolumne „Rückblicke“ mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehspunkten*, der Aldersbacher Schreib-Praxis etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag De Gruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf,
- Informationen zu Profil sowie Herausbergremium und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

Informationen für Autorinnen und Autoren

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/neue-vfz-manuskripte/

Begutachtungsverfahren

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausbergremium und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung. Die entsprechenden Sitzungen finden dreimal im Jahr (Frühling, Sommer und Herbst) statt.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff decide on publication. Editorial meetings take place three times per year – in spring, summer and autumn.